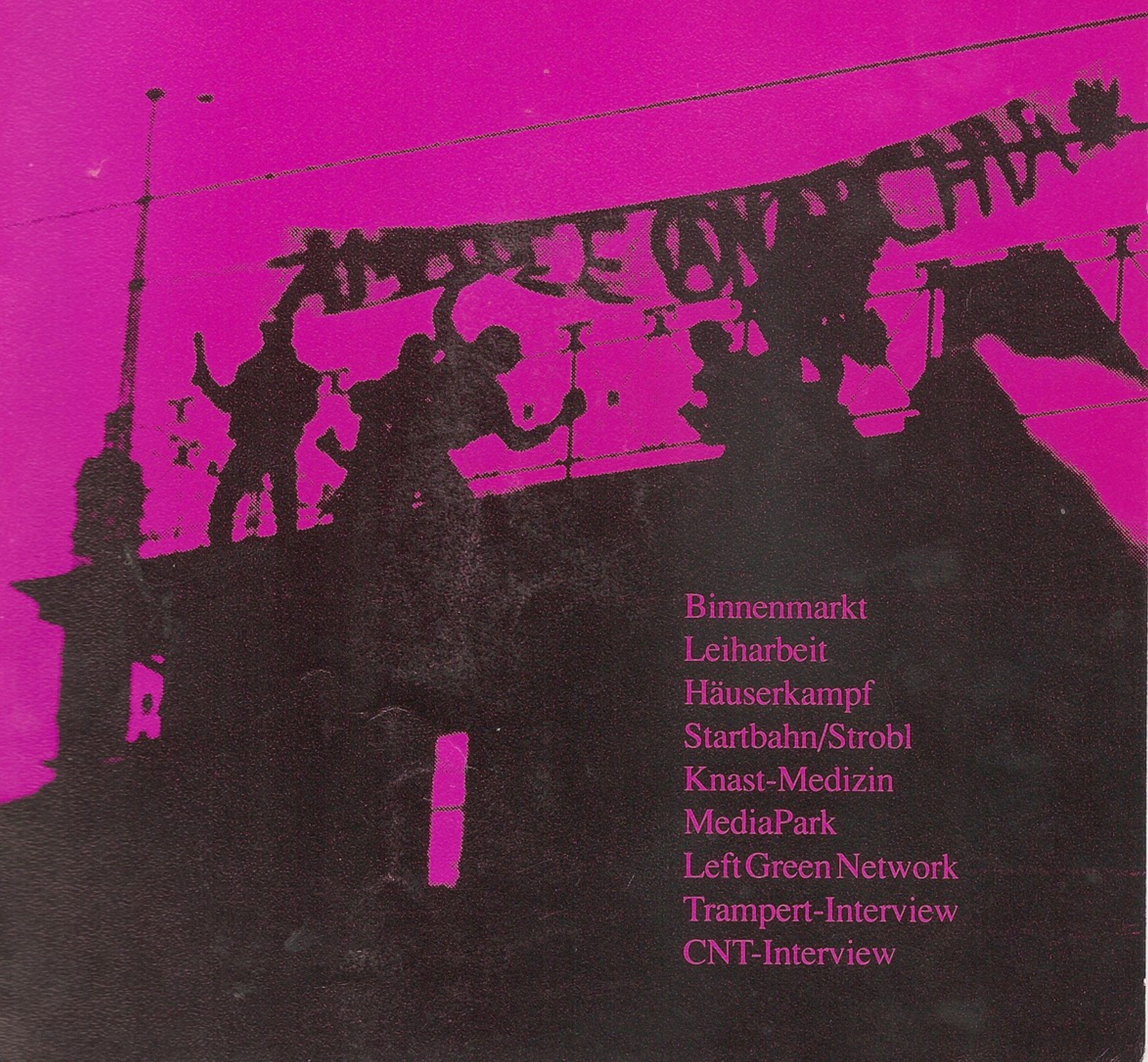
NR.31 2/89 6.-DM

schwarzer faden

VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT



Binnenmarkt
Leiharbeit
Häuserkampf
Startbahn/Strobl
Knast-Medizin
MediaPark
Left Green Network
Trampert-Interview
CNT-Interview

Editorial zum Zeitgeist

Wir haben die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu wahren! ... Es wird ... nötig sein, meine Erklärung zu unterstreichen; zu sagen, daß es dumm, niedrig, feig, borniert, infam ist, die Ehre der Vaterlandslosigkeit anzutasten; daß alles Große, Edle, Gewaltige, daß alles Anbetungswürdige nur groß, edel, gewaltig, anbetungswürdig ist, wenn es vaterlandslos ist. Was sich da als "nationales Empfinden" aufspielt, ist, selbst wenn es sich hinter der Phrase "völkerbefreiend" versteckt, selbst wenn es ein Eventual-Empfinden darstellt, vorzeitgemäß, rückschrittlich, schädlich.

Wir haben die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu wahren. Das erfordert: wir haben Front zu nehmen gegen Nationalgefühle und -gefühlchen, das ergibt: wir haben den Staub, den Rost der Jahrhunderte gegen uns. Die Ehre der Vaterlandslosigkeit schließt alles in sich: Menschheitsfrieden, Menschheitsglück, Kultur.

Was ist zu tun? Laßt uns wirken, Autoritäten zu entlarven! Es gibt nichts Wichtigeres. Die Vergangenheit ist zu überwinden. Autoritäten sind das Bleigewicht jeder Entwicklung. Wer für den Fortschritt ist, hat mitzuwirken, daß ihre Stellung erschüttert wird. Feigheit, Trägheit und Irrtum, diese drei bilden die Throne aller verwitterten Autoritäten. Wir, die wir aufräumen wollen mit dem alten Wust von Vorurteilen, die wir die Gläubigkeit als Abergläubigkeit, die Ehrfurcht als Furcht entlarven wollen, wir haben die Pflicht, die Götzen von gestern von ihren Sesseln zu reißen.

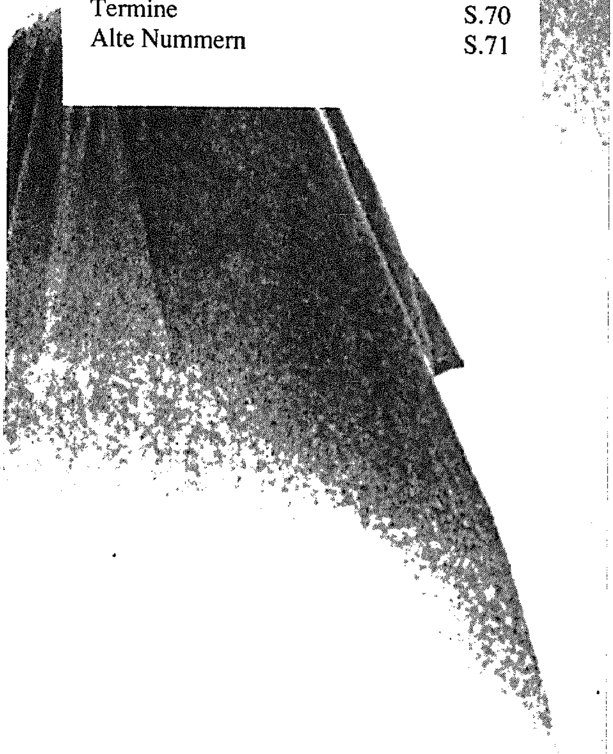
Autoritäten ringsum. Bis zur Mütze des Unteroffiziers, ja, bis unter die Räder der Hofkalesche dehnt sich der Autoritätsdusel des Bürgers.

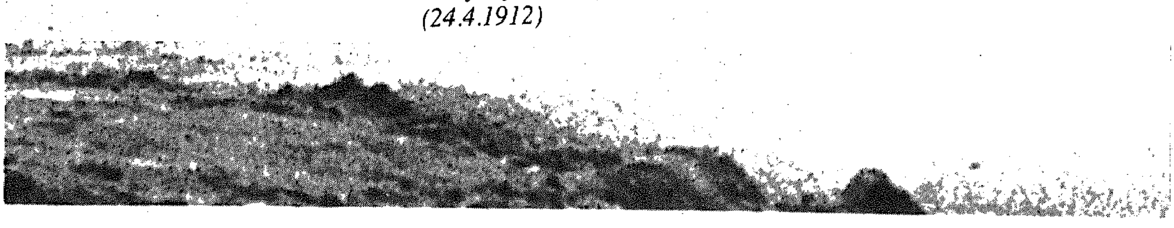
Autoritäten. Das Wort allein genügt dem braven Philister, um andächtig aufzuhorchen. Seine Vernunft, sein gesunder Menschenverstand ist ausgeschaltet, wenn dieses Wort an sein Ohr klingt. Autoritäten. In tausenden Gestalten marschieren sie auf. Als Thron und Altar. Als Staat und Familie. Als Alter. Als Titel. Als Tradition. Als Presse. Der gute Bürger wird sich nie zu der Frage hinreißen lassen: Warum sollen mir das Autoritäten sein? Er fragt nur: Wer ist Autorität? Das eine Warum würde die Autoritäten ins Wanken bringen. Es würde zum Forschen, zum Prüfen führen. das eine Warum wird nicht gefragt. Wir wollen die Zeitgenossen rütteln, wollen die Denkapparate revolutionieren, bis das Warum ersteht.

Ohne Pathos: Wir haben die Ehre der Vaterlandslosigkeit zu wahren.

Franz Pfemfert
(24.4.1912)

Inhalt





Impressum

HERAUSGEBER:
SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben *nicht* die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Des weiteren suchen wir dringend ÜbersetzerInnen von polit-soziologischen Beiträgen aus dem Italienischen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die Unkosten für aufwendige Interviews mit Photos ersetzen. Eine überregionale Diskussionsmöglichkeit (Kritikmöglichkeit/ Mitarbeitsangebote) mit MitarbeiterInnen der Redaktion besteht auf den zweimal jährlich stattfindenden Treffen des Forums für libertäre Informationen (**FLI**). Anmeldung und Information zu den Arbeitsgruppen der Treffen bei: FLI-Rundbriefstelle, c/o Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid. Nachdrucke: sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare und nach vorheriger Absprache mit der Redaktion erwünscht.
Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Rechtsstaat-Konto des SF (für Prozesse gegen Leute, die wegen anarchistischer Umtriebe — § 129a, z.B. — angeklagt werden): Volksbank Döffingen - Wolfgang Haug - Ktonr. 42 622 000; BLZ 603 901 30, in 7043 Grafenau-1.
Auflage: 3000 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe.
Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 20.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 (Name "Kamann" nicht vergessen!)
Anzeigenpreise: 1 Spalte: 200.-DM + MWST; 1/2 Seite: 350.-DM + MWST; 1 Seite (wollen wir nicht!): 1000.-DM+MWST. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%.!!
Redaktionsanschrift: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1, Tel.: 07033/44273; ISSN: 0722-8988.

Redaktionsschluß Nr. 32 (2/89): 10.7.89
Anzeigenschluß Nr.32 : 15.7.89



SF-ABO-Aktion

Die SF-ABO-Aktion hat gute Resonanz gefunden und uns darin bestärkt, an die ca. 2200 Abos zu glauben, die wir eigentlich nötig hätten. Da jedoch gleichzeitig zwei größere Wiederverkaufsstellen ihr Engagement einstellen mußten, steigt die Kurve unter dem Strich nicht viel höher, als zuletzt geschildert. Wir rufen also erneut zu ABOs auf!
SF-ABO über 4 Nummern für 20.-DM. Als **Prämie** für ein ABO über 8 Nummern wird es weiterhin das Buch zum Selbstverwaltungskongreß in Venedig geben, mit Beiträgen von Bookchin, Lanza, Colombo u.a. (Trotzdem-Verlag, Grafenau).
Für die Förderabos - 8 Nummern zu 50.-DM - stehen einige wenige Exemplare, der zuletzt angebotenen Photobände "Die Chaoten"-Bilder aus Wackersdorf (AV-Verlag, Augsburg) noch zur Auswahl. Neu hinzukommt der Band "Technik des Glücks" von Franz Jung (Edition Nautilus)!
SF-Konto: Postgiro Stuttgart, F. Kamann - Ktonr. 57463-703.

Rechtsstaat-Konto:

Stand 1.4. 89: 430.-DM
Konto: Wolfgang Haug - Volksbank Döffingen - **Ktonr.: 42 622 000**, BLZ 603 901 30 in 7043 Grafenau-1.

SF-Spendenliste:
D.F., Stuttgart 10.-; R.C., Berlin 10.-; Hel, Düsseldorf, 20.-; R.S., Heidelberg 22.-; J.S., Oldenburg 10.-; M.S., Münster 39.-; B.B., Tübingen 20.-; U.S, Esslingen 50.-; D.S.,KÜPS 20.-; U.S, Hameln 10.-; S.V., Mannheim 40.-; Sch, Essen 30.-; H.F., Werl 30.-; H.J.F., Heidelberg 30.-; H.M., Heidenheim 10.-; K.D., Essen 5.-; O.M., Heidelberg 80.-; G.H., Berlin 20.-; V.S., Groß-Umstadt 10.-; B.S., München 50.-

Spenden im monatlichen Dauerauftrag (unsere Traumvorstellung!):
R.M 60.-; E.T., Nürnberg 30.-; A.R., Paderborn 30.-; F.-J.M., Dortmund 10.-; xx, Gelsenkirchen 15.-; N.H., Nürnberg 75.-; W.F., Berlin 30.-; T.S., Münster 65.-; T.P., Köln 20.-; T.A., Hersfeld 30.-; T.D.L. 30.-

Kunstgebilde: Industrieeuropa

- Vom Mythos "freier Konkurrenz"

Binnenmarkt-Serie, Teil 1

von Wolfgang Haug

"Die ökonomische Vereinheitlichung Europas wird Gewinner und Verlierer aufweisen. Wir können jetzt schon vorhersagen, wer die Verlierer sein werden."
(Chaban-Delmas, frz. Ex-Premier, heute: Mitglied des Aktionskomitees für Europa)

Ein Prophet ist Chaban-Delmas wegen dieser Aussage nicht, denn schon drei Jahre vor dem magischen Datum 1992 gibt es in den 12 Mitgliedsstaaten ca. 14 Millionen Menschen, die unter dem Existenzminimum leben müssen. Doch nicht ihnen gilt die Sorge der Wirtschaft wie es die Stzraßburger Rede Franz Schosers (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags - DIHT) belegt:

> "In dieser Phase der Konsensbildung wird jeder Mitgliedstaat seine eigenen Vorstellungen einbringen und auch für sie werben. Wir von der deutschen Seite haben ebenfalls solche Essentials. Darunter steht an erster Stelle die Geldwertstabilität. (...) In der Bundesrepublik wird das Prinzip der Geldmengensteuerung verfolgt, wobei die Notenbank ein jährlich im voraus festgelegtes Geldmengenziel anstrebt. (...)" (4.7.88)

Ganz im neoliberalen Geist verlangt er einen freien Wettbewerb, den Abbau von Subventionen, ein Ende allen Protektionismus und eine Unabhängigkeit der Zentralbanken. Vom europäischen Markt erwartet er Wachstum und Innovationen, falls den "Kräften des Marktes" freie Hand gelassen werde. 'Lästige' Pflichten wie den Umweltschutz hebt er als Aufgabe hervor und macht zugleich deutlich, daß und wie sie unterlaufen werden können:

> "Wenn wir Deutschen im Interesse einer gesunden und lebenswerten Umwelt - vor allem auch im Blick auf die kommenden Generationen - die Umweltschutzanforderungen hoch ansetzen, ist das für uns ein Stück notwendiger Politik. Das kann aber nicht heißen, daß die strengen deutschen Anforderungen unterschiedslos für die gesamte EG gelten müßten."

Gerade bei einem der Problembereiche also, in denen sinnvoll nur im internationalen Maßstab gehandelt werden kann, wird jede Hintertür offengelassen und nur dafür gesorgt, wie weiterhin kapitalabschöpfend und - als unumgängliches Beiprodukt - die Umwelt vergiftend, innerhalb der EG produziert werden kann. Ganz nach dem Motto: wenn das Kapital nun schon 35 Jahre darauf hinarbeitet, die eigene Internationalisierung durch die Schaffung eines übernationalen Binnenmarkts auszuweiden, dann läßt es sich nicht von "Begleitumständen" die schwarzen Zahlen versauen.



"Oetker bereitet sich auf den Binnenmarkt vor"
(Wirtschaftsteil v. 8.9.1988)

[Oetker-Konzern: Schiffahrt, Nahrungsmittel, Brauereien (Berliner Kindl, Binding, DUB), Hotels, Versicherungen, Banken; jährlicher Umsatz ca. 5 Milliarden DM]

Oetker mag als Beispiel dienen für die Planung aller europäischen Konzerne, die momentan ihr Kapital "aufstocken" um 1992 handlungsfähig zu sein: in Geschäftsbereichen, wo man starke Marktanteile (Oetker: Backwaren) besitzt, sollen diese über das Eröffnen "ausländischer" (binnenmarktlicher!) Filialen abgesichert werden; dort wo man auf hohe Konkurrenz stößt, wird abgeklopft, wer mit wem kooperiert/austauscht und den Markt nach Teilländern aufteilt! Ein wahrlich interessantes "Spiel der freien Kräfte des Marktes" wird vor unseren Augen inszeniert werden: Kartellabsprachen, Industriekooperationen, Monopolbildungen, Kapitalbeteiligungen, Fusionen, Firmenaufkäufe werden europaweit fortsetzen, was heute "national" bereits im Gange ist, um 1992 "binnenmarkt bezogen" konkurrenzbereit zu sein.

Daß Konzentration und Konkurrenz sich noch nie arbeiterInnenfreundlich niedergeschlagen haben, wissen wir und so können wir heute schon feststellen, daß die "Verlierer" diesselben sein sollen wie immer. In der Diskussion um den "Verfall der Arbeit" (vgl. u.a. SF-Sondernummer ARBEIT) wurde u.a. festgehalten, daß die Massen-Arbeitsplätze in der Produktion mit geringer Wertschöpfung (Beispiel etwa: Textilindustrie, Stahlindustrie) drastisch reduziert werden, wohingegen die sehr viel wenigeren Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung gefördert werden und zunehmen (Beispiel: Atomindustrie). Dieser Prozeß wird sich durch den Binnenmarkt für die BRD, die Niederlande, Dänemark etc. beschleunigen, weil z.B. der Industriestandort BRD für Unternehmen "mit geringerer Wertschöpfung" in dem Moment zu teuer erscheint, wo es im selben Binnenmarkt einen Industriestandort Portugal gibt, der billigere Arbeitskräfte, weniger Sozialleistungen etc., also größere Profite verspricht. Lothar Späth (CDU):

> "Wir werden eine große Zahl von Arbeitsplätzen mit gerinerer Wertschöpfung verlieren, weil einfache Produkte viel kostengünstiger zum Beispiel in Südeuropa hergestellt werden können." (Rede vor der Aachener und Münchner Beteiligungsaktiengesellschaft, Stuttgart Februar 1989)

Luft- und Raumfahrtindustrie

Nicht zu diesen "minderen" Produktionsstätten, dafür aber automatisierter, gehört zweifellos die "Luft- und Raumfahrtindustrie", deren Hauptbeschäftigung und Hauptprofit allerdings im Bereich der Rüstung liegt. In diesem Bereich fand sich in der BRD seit langem wenig "Konkurrenz". 77% der Beschäftigten (insgesamt 87.000) waren auf 10 Unternehmen konzentriert. Die größten davon, nämlich MBB, MTU, Dornier und AEG werden jetzt noch vor 1992 vom Daimler-Konzern zur "Deutschen Aerospace" zusammengeschlossen. Das Umsatzvolumen dieses "nationalen" Zusammenschlusses wird nach den British Aerospace in Europa den zweiten Platz einnehmen. Das Ziel dieser Politik ist jedoch, den USA einen Teil ihres 80%-Weltmarktanteils in diesem Sektor streitig zu machen und dies verlangt

Die Politik mit dem "Standortnachteil"

Von den Milliardengewinnen der Großkonzerne wissen wir, doch darüber spricht man nicht, wenn es um die Standortnachteile der deutschen Industrie geht, die 1988 immerhin der Welt 1. Exporteur war und somit ohne Zweifel gut an allen verdient. Gesprochen wird umso mehr von den Arbeitskosten des Industriestandorts BRD. Um nun diesen europäischen "Spitzensatz" an Sozialleistungen und Umweltschutzausgaben auszugleichen (in Dänemark und den Niederlanden wird übrigens genau gleich argumentiert), verlangt die deutsche Industrie zweierlei:

Einmal den



Photo: Herby Sachs

"Abbau der - bei uns auch nach der Steuerentlastung von 1990 noch zu hohen - Unternehmenssteuern"

und zweitens

"Nach 1992 müssen die Arbeitszeiten in der Bundesrepublik deshalb länger und nicht kürzer werden. Das gilt für die Wochen- und für die Lebensarbeitszeit. Wir können uns in Zukunft auch die bisherigen Zuwachsraten bei den sozialen Leistungen nicht mehr leisten, ja es ist sogar zu bezweifeln, ob das erreichte Niveau zu halten ist." (Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Rede beim Symposium EG-Binnenmarkt, 7.12.88 in Stuttgart)

Verkürzt gesagt: wenn die Steuerentlastungen für die Industrie mit dem Argument "zu hohe Sozialleistungen" durch sind, werden die Sozialleistungen gekürzt, immer mit dem Verweis auf die gewachsene Konkurrenz (mit der man sich längst abgesprochen hat) oder die möglichen ausländischen Standorte etc.

nach 1992 einen weiteren "europäischen" Konzentrationsprozeß.

Trotz allen politischen Abrüstungsinitiativen der UdSSR befindet sich die EG bereits heute auf dem Kurs, das "Rüstungsgleichgewicht" (hier mal die Herrschaftssprache angewandt) entscheidend durcheinander zu bringen, in dem sie zu den USA rüstungswirtschaftlich in Konkurrenz tritt. Politische Schützenhilfe für diese Vorhaben erhalten die Konzerne von den 13 europäischen Verteidigungsministern der NATO. Objekt der Begierde sind dabei momentan vor allem sogenannte "Drohnen", jene unbemannten Flugobjekte, von den im März eines auf einer bundesdeutschen Autobahn niederging.

Was also wirklich geschieht und geschehen wird, ist ein neuer Konzentrationsprozeß des Kapitals. Die großen europäischen Konzerne werden sich über eigene Stärke, über Absprachen, über gemeinsame Beteiligungsfirmen der vielfältigen kleineren Konkurrenz zunehmend entledigen und vor allem mit Unternehmen in den USA um den Weltmarkt streiten. Auf der Strecke bleiben werden neben vielen bäuerlichen Betrieben auch viele kleinere und mittelständische Firmen. Auch die Zahl der Genossenschaften ist stark rückläufig (1987: 6027 Raiffeisen-Genossenschaften, 1988: 5855, wovon nur noch 3600 am Markt beteiligt sind) und der Genossenschaftsverband befürchtet größere Einbrüche nach 1992.

Zwischenerwartung

Größere Arbeitslosenzahlen, Berufsaufgaben (Bauern, Konkurse), verschärfter Leistungsdruck und größere Verwertung der Ware Arbeitskraft, stärkere Monopolisierung der angebotenen Arbeit, stiefmütterlich behandelter Umweltschutz, vermehrte Rüstungsproduktion - das sind auf einen kurzen Nenner gebracht einige der Resultate, die wir konkret vom Binnenmarkt zu erwarten haben und die es vielfältig zu bekämpfen gilt. Dabei handelt es sich hier noch keinesfalls um eine Gesamtschau sondern nur um ganz willkürlich herausgegriffene Beispiele.

300 "Harmonisierungsbeschlüsse" stehen noch an bis 1992 und nahezu alle betreffen wirtschaftliche Belange, verändern jedoch auch unseren Alltag. Deutlich wird, für wen dieses Gebilde ins Leben gerufen wird und klar wird auch, daß Politik dabei keine Rolle spielt. Oder anders ausgedrückt: Politik ist nur dazu da, die Rahmenbedingungen zu schaffen und abzusichern. D.h. daß eine "sozialistische" Regierung wie in Spanien, Italien, Griechenland und Frankreich genau diesselben vorbereitenden Maßnahmen, "Harmonisierungen" und Gesetze verabschieden wird, wie eine "liberale" Regierung in den Niederlanden oder "konservative" Regierungen in Großbritannien oder der BRD. Zu den wenigen nichtwirtschaftlichen Punkten zählt deshalb die

Innere Sicherheit

Wer die Grenzkontrollen abschaffen will und dennoch nicht an Liberalisierung denkt, muß seine Vorstellung von Sicherheit allen anderen aufzwingen. Daß dabei Staaten im allgemeinen wenig Widerstand gegen die eigene Perfektionierung entwickeln, selbst wenn diese aus Deutschland kommt, muß niemand mehr wundern. Am 9. Dezember 1988 traf sich das Trevi-Komitee für innere Sicherheit Europas auf Rhodos. Ursprünglich für internationalen Drogenhandel und die Mafia zuständig, beriet es diesmal über die "Harmonisierung" der Einreisebestimmungen und Aufenthaltsgenehmigung für Angehörige von Nicht-Mitgliedsländern und Flüchtlinge; bzw, über einheitliche Gesetze gegen illegale Ausländer.

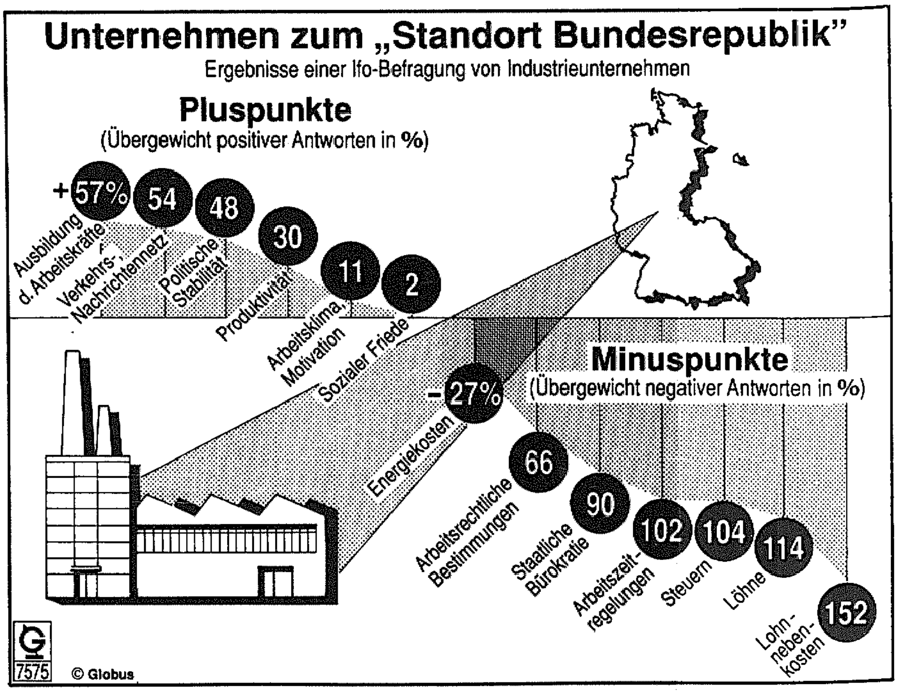
Ausländer stören die Berechenbarkeit der Bevölkerung und angesichts der massiven Eingriffe und Veränderungen rechnen auch die Strategen der EG mit Störungen:

> "Die Krise muß nicht durch die Halsstarrigkeit einer der Mitgliedsstaaten entstehen, sondern sie kann auch durch soziale Unruhe an der Basis zustandekommen." (Chaban-Delmas, in: Volkskrant 19.11.88)

Noch bevor sich also der Widerstand tatsächlich formiert, werden die ersten Gegenmaßnahmen getroffen. Im Gefolge des Freundschaftsvertrages zwischen der BRD und Frankreich 1984 wurde auch das sogenannte Schengen-Abkommen getroffen, in dem Maßnahmen gegen internationale Kriminalität, Terrorismus etc. vereinheitlicht werden und das 1990 EG-weit Richtlinie für die Gesetzgebung und Rechtssprechung werden soll. Für diese Arbeit wird u.a. ein europaweites Informationssystem (SIS) eingerichtet, in dem die Daten sämtlicher Flüchtlinge, Ausländer und politischer Störpotentiale erfaßt sein sollen.

Soll alles 1990 funktionieren, heißt das nichts anderes, als daß bereits jetzt die europäische Regierungs-Politik darauf ausgerichtet wird, neue Gesetze vorzubereiten, die z.B. die deutschen Antiterrorismusgesetze, § 129a etc. zum Vorbild nehmen. Wie weitläufig die Begriffe "kriminell" oder "terroristische Vereinigung" hierzulande ausgelegt werden, hängt mehr vom gewünschten Zweck als von "objektiven" Kriterien ab, so daß über die "Harmonisierung" der staatlichen Willkür in allen Mitgliedsstaaten Tür und Tor geöffnet wird. In den Niederlanden wurde z.B. ein neuer Paragraph § 140 (129a-ähnlich) verabschiedet und eine ganze Anzahl Kommissionen (Moons-, van Veen-...) eingerichtet, deren Ziel es ist, vorbereitende Handlungen für eventuelle Taten strafrechtlich belangen zu können. Interessant in diesem Zusammenhang ist der neuste bayrische Vorstoß, nach der Polizeibeamte den Ermessensspielraum erhalten jede/n 14 Tage lang im Knast "verschwinden" zu lassen!!

Die innere Sicherheit rüstet auf, - trotzdem wird das Ende von Grenzkontrollen propagandistisch ausgeschlachtet werden; allerdings erst, wenn auch der letzte rechte Regierungspolitiker davon überzeugt sein



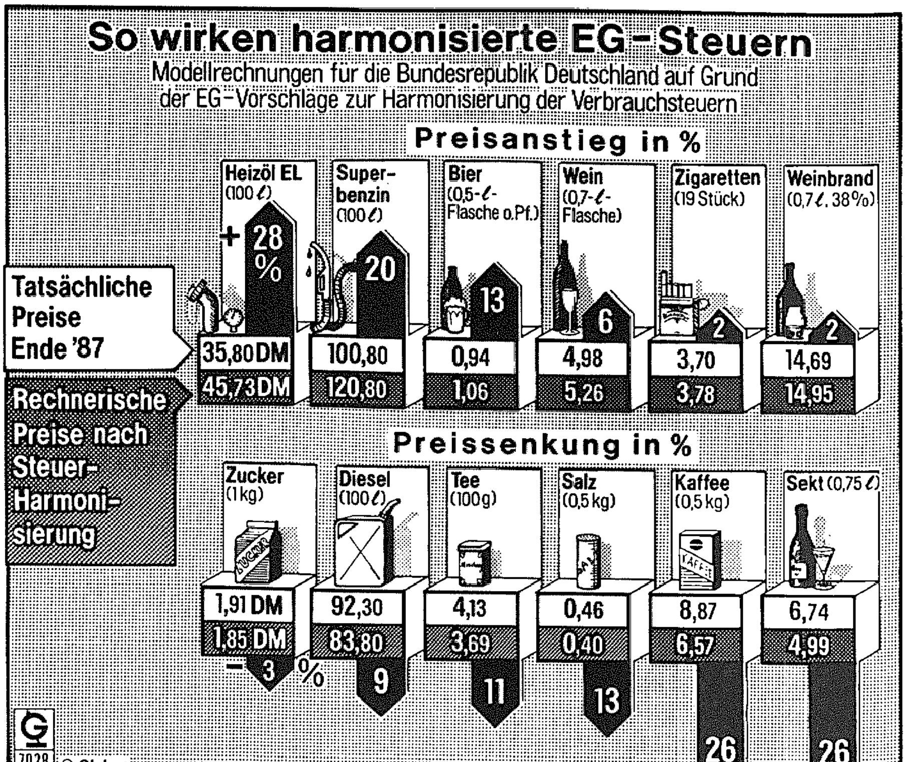
wird, daß die "neuen" Maßnahmen die althergebrachten doppelt und dreifach ersetzen. Unter diesen Maßnahmen soll auch, vielleicht mit etwas Verspätung, ein europäisches FBI das Licht (?) der Welt erblicken. Erste Vorschläge kamen von ... (?)

... deutscher Seite. Helmut Kohl hätte gern "europol", dem in allen Mitgliedsstaaten Observationen möglich wären und das Strafakten problemlos hin- und herschieben könnte. Europol soll dann SIS benutzen können, so daß Polizeiüberwachungsdateien wie z.B. die des BKA in Wiesbaden zu einer europäischen Großraumüberwachungsdatei zusammenfließen würden.

Erste Maßnahmen in dieser Richtung finden wir in der gelegentlichen Aufstellung internationaler Polizeiteams; heute öffentlichkeitswirksam (und deshalb kaum kritisch betrachtet) gegen den Drogenhandel eingesetzt, wird mit ihnen die öffentliche Resonanz und die praktische Zusammenarbeit getestet.

Die Integration des "Europäers" soll also über die Wirtschaft und in zweiter Instanz über Zwang, nämlich über die Sicherheitsgesetze und Polizeigewalt laufen. In späteren Ausgabe des SF wollen wir näher auf einige der meist wirtschaftlichen Veränderungen (wie etwa die "Harmonisierung" der Mehrwertsteuer, Ladensterben, Energiepolitik, Regionalpolitik etc.) und auf regionale Unterschiede eingehen.

Dieses mal sei jedoch noch grundsätzlich nach den Überlebenschancen dieses Industrieeuropas gefragt.



Wo bleibt die politische Integration?

Steigender Nationalismus in fast allen EG-Staaten mag auch ein erster Reflex auf die Formierung der EG von oben sein. Auch wenn die EG-Strategen einen Zusammenhang momentan leugnen würden und ganz auf der "Ausländer"-Argumentation verharren, trifft z.B. für die BRD-Bauern sicherlich zu, daß jahrelang aufgestauter Unmut über die EG-Agrarpolitik sich in dem Moment endgültig für rechtsradikalere Gruppen entscheidet, wo mit der sicherlich fragwürdigen Aussiedlerpolitik der CDU/CSU/FDP eine weitere finanzielle Ungerechtigkeit von dieser Regierung ausgeht, die Neid hervorruft.
Doch grundsätzlicher:

Europa ist weder geistig noch politisch zusammengewachsen, zumindest nicht das Europa der zwölf. Das Kopieren etwa deutscher Institutionen durch z.B. den spanischen Staat ersetzt dabei auch nicht den notwendigen Prozeß, der in Politik und Kultur von den Bevölkerungen nachvolllzogen werden müßte. Sucht man genauer nach, so bleibt außer den Wirtschaftsverflechtungen wirklich nicht viel Tragfähiges für ein Gebilde nach dem Vorbild der USA. Zu sehr ist alles den Bedürfnissen der Industrie angepaßt. Die Konstruiertheit wird offenbar, wenn wir fragen, ob denn z.B. die Schweizer Eidgenossenschaft mit einer Union der kantonalen Käsereien begonnen hat oder ob da nicht doch eine ganz andere, nämlich politische Integrationsentwicklung stattgefunden hatte, an deren Ende (!), nämlich erst 1848, die wirtschaftliche Integration in Form der Abschaffung der Binnenzölle gestanden hat.

Daß das Europaparlament diese politische Integration nicht leisten kann, belegt das Desinteresse selbst der offiziellen Medien. Wer hätte zwischen den Europawahlen denn je etwas über die Tätigkeit, die Entscheidungen gehört? Welche Medien hätten je über Straßburger Debatten und Entschlüsse berichtet? So dienen die Europawahlen lediglich der Parteienfinanzierung und wir sollten unsere Wahlbenachrichtigungskarten zu deren Ärger ungenutzt an die "Parteizentrale unserer Wahl" schicken. So bleibt tatsächlich als politisch einziges integratives Moment der halbjährliche Phototermin der Gipfeltreffen, der inhaltsleerer nicht sein könnte.

Die Regierungen werden schon "Jubelperser" an die Grenzen karren müssen, wollen sie über Freudenfeste der Bevölkerung berichten, wenn die innereuropäischen Schlagbäume beseitigt werden. Wenn jedoch einer der wenigen Vorteile keine positive Bewegung in Gang setzen kann, werden die zahlreichen Nachteile die politische Integration sicherlich erst recht verhindern. Schon die alte wirtschaftliche Zollunion brauchte eine gewisse geistig-politische Integration; steckt die Wirtschaft ihre Ziele nun weiter und weiter, ohne daß dem politisch etwas entspricht, verschärft sich die Diskrepanz, die Entfremdung, die Ohnmacht und beschleunigt die politische Krise der europäischen "Demokratien", deren Herrschaftssystem ganz wesentlich auf der Integrationsfähigkeit der Mehrheit beruht. Nur darüber gelingt es bislang eine radikale Minderheit gewaltsam auszugrenzen und niederzuhalten.



Week-end 1932

Gerd Arntz

Ändert sich diese Integrationskraft und etwas anderes läßt das Industrieeuropa nicht erwarten, steuert dieses Herrschaftssystem in eine existentielle politische Krise. Und allem Anschein nach hat es nicht vor, diese politische Krise dadurch zu kaschieren, daß es die Menschen wenigstens wirtschaftlich reintegriert, in dem z.B. Vollbeschäftigung, Mindesteinkommen, Arbeitszeitverkürzung und Kaufkraftzuwachs garantiert werden.

Wenn der Kapitalismus momentan aufgrund seiner wirtschaftlichen Krise nicht auf die ausreichende politische Vorbereitung seiner benötigten größeren Märkte warten kann, und wenn er daraus nicht die Konsequenz zieht, die Menschen - mehr als ihm lieb ist - an den wirtschaftlichen Privilegien zu beteiligen, steuert er in eine entscheidende politische Krise, die er nur über steigende Repression zu meistern versuchen kann. Daß diese prognostizierte politische Krise aufgrund der Konstellation eher nach rechts ausschlagen wird, mag uns nicht gerade in euphorische Aufbruchstimmung versetzen

Aufhalten könnte die Linke eine solche politische Rechtsentwicklung nur, wenn sie entschiedener gegen das Industrieeuropa Front macht, ohne sich dabei auf den nationalen Rahmen zurückzuziehen und ohne als notwendiges politisches Beiwerk von den Strategen des Industrieeuropas vereinnahmt zu werden. In den bevorstehenden Kämpfen gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Harmonisierung und Rechtssprechung werden genügend Entfaltungsmöglichkeiten für eine solche internationalistische Politik bestehen.

Startbahn-Prozeß

von Ulli Mamat

Wie im Theater, eine gelbe, schwere Drehtür reguliert den Strom der ProzeßbesucherInnen, einzeln. Nach dem ruppigen Abtatschen - "Hände an die Wand, Beine breit" - erhälst Du endlich Deine Eintrittskarte, gehst an einem grün angereicherten Männerklub vorbei - hin zur Tribüne - ein Eisverkauf findet diesmal nicht statt, obwohl sich die drei Platzanweiser von der BAW in ihren samtroten Roben und kalten Mienen gut dazu eignen würden. In der Mitte die Phalanx der befangenen Richter-Männer; - kann es einen von ihnen geben, der es nicht ist?

Nüchtern, trocken sitzen sie da wie ihre BGB's, STGB's, STPO's und die 500-seitige Anklageschrift. Wir sitzen hinter der federnden Plexisglasscheibe - dienstags und donnerstags: hundert Leute.

Es ist ein politischer Prozeß, die bürgerliche Presse und deutsche Justiz wird alles tun, um ihn seines politischen Inhalts zu berauben.

Neben den 9 Männern und Frauen, denen staatlicherseits der seit dem 1.1.87 verschärfte § 129a vorgeworfen wird, sitzt hier auch die Bewegung gegen die Startbahn-West auf der Anklagebank, mit ihrer Geschichte, ihren Aktionen und Unterschiedlichkeiten. Ihre Zerschlagung soll rituell inszeniert und vorgeführt werden.

Seit dem 2.11.87 sind die Linksradikalen im Rhein-Main-Gebiet von Turbulenzen durcheinandergewirbelt worden. Die Kombination von § 129a und Mordvorwurf sollte einen Ausnahmezustand "normalisieren". Die Zahl der Hausdurchsuchungen wird auf über 100 geschätzt, 23 Verfahren wegen 129a, 50 wegen schweren Landfriedensbruchs, zahlreiche Straßenkontrollen, U-Haft, Fahndung.

Die Konstruktion von "terroristischen Vereinigungen" in politischen Prozessen ist wohl so alt wie die Geschichte des Staates. Der politische Zusammenhang einer sozialen Bewegung selbst ist das Verbrechen. Seit 1976 besteht der §129a, hauptsächlich gegen die RAF und die Bewegung 2. Juni angewendet.

Die "Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel" (§305), "Gefährliche Eingriffe in Luft-, Bahn- und Schiffsverkehr" (§315 I) und die "Störung öffentlicher Betriebe" (§316 I) sind seit Anfang 87 in den § 129a "eingebaut" worden. Sie sollen der politischen Justiz und dem Repressionsapparat in den nächsten Jahren dazu dienen, soziale Bewegungen, die sich gegen die technologische Zerstörung des Lebens wehren, ins kriminalisierte Abseits zu drängen und sie so politikunfähig zu machen. Das massenhafte Umsägen von Strommasten Mitte der 80er Jahre hatte einen empfindlichen Nerv staatlicher Energiepolitik getroffen, ein Grund dafür, den §129a zu erweitern. Der Glaube an Abschreckung in den verknöcherten Hirnen der Politiker ist wohl ein weiterer Grund für die Verdopplung des Strafrahmens auf 10 Jahre.

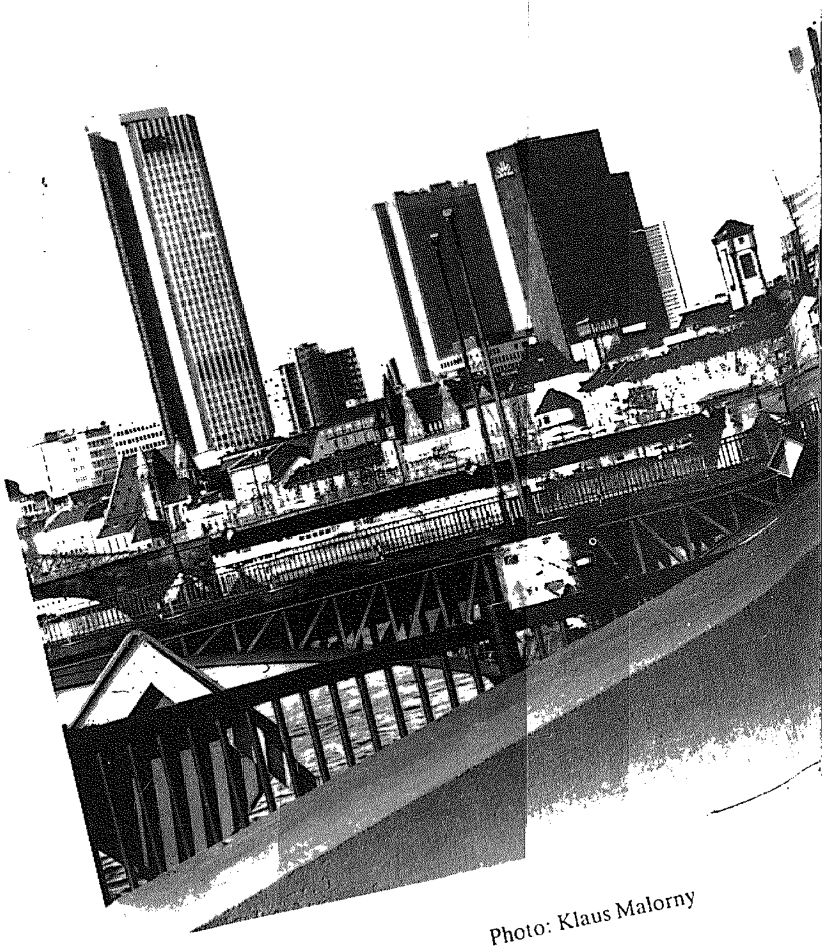
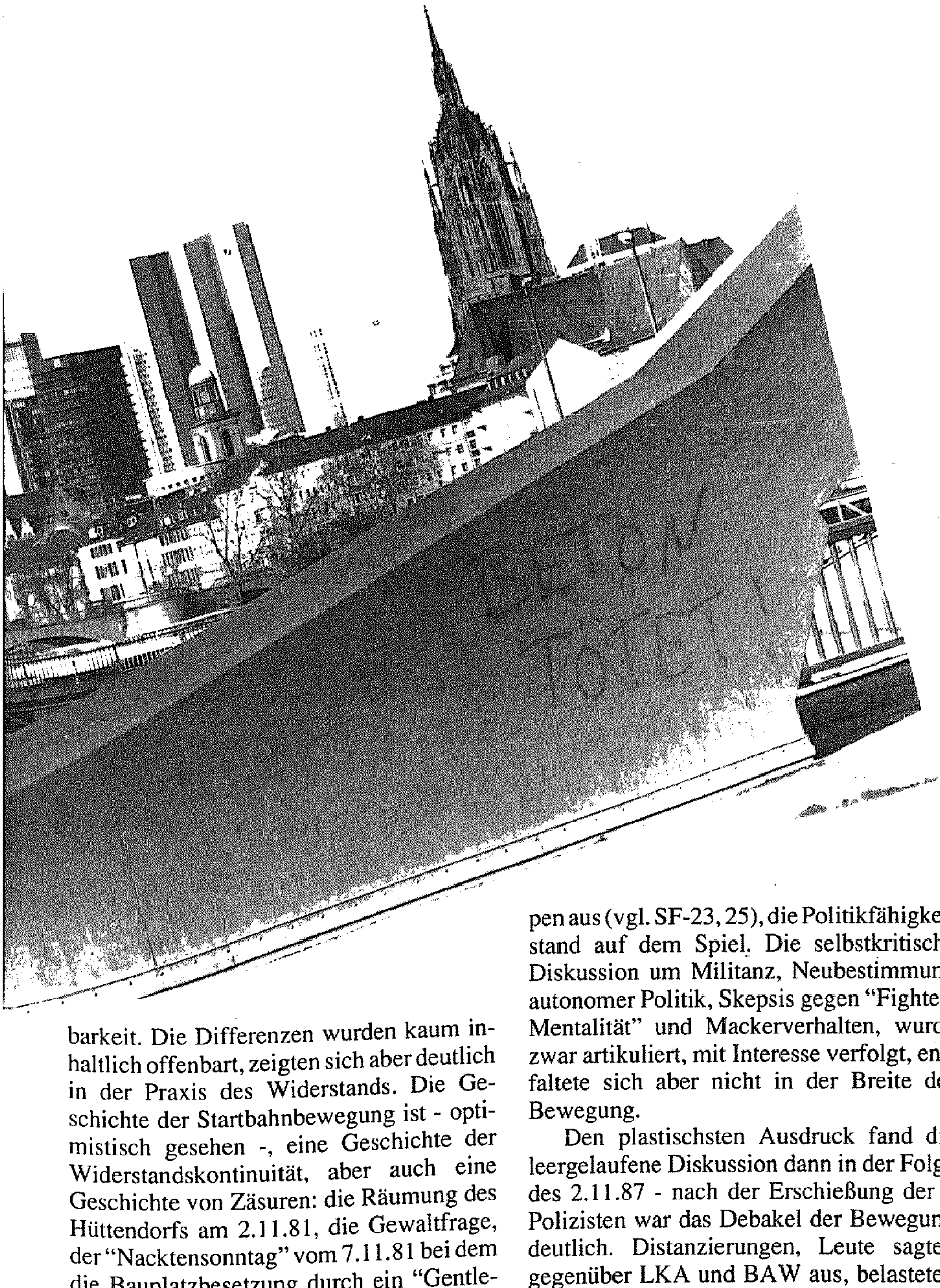


Photo: Klaus Malorny

Der Prozeß in Frankfurt ist der erste Versuch, den um den §316 erweiterten "Gesinnungsparagraphen" anzuwenden.

Das Gefasel, gerade von grünen PolitikerInnen, von einem 'Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie' fand im Umsägen von Strommasten eine ganz konkrete Alternative, die nach Meinung der autonomen Gruppen im Rhein-Main-Gebiet auf "breite emotionale Zustimmung" stieß. Dieser "Ausstieg" war kein Lamento sondern mögliche Praxis. Die politischen Möglichkeiten, die Möglichkeiten einer inhaltlichen Begründung, d.h. die Sabotage gegen Nukleartechnik und -politik zu erklären, sowie an antizentralistischen, antitechnologischen Konzeptionen zu arbeiten, wurde kaum genutzt. So blieb die Entwicklung einer konzeptionellen Widerstandsperspektive aus, die sich nicht nur auf einen Aspekt der Technologie bezieht (AKW's), sondern auch andere Technologien einbezieht (Gentechnologie, Automation). Wie läßt sich die thematische Differenz - hier die Kritik an der Gentechnologie, da Kritik der Nukleartechnologie überwinden um in eine gemeinsame Widerstandsperspektive zu münden, die sich nicht in einer Arbeitsteilung verschiedener Interessen verliert?

Die verschiedenen und oftmals konträren Positionen machten die politische Stärke der Anti-Startbahn-Bewegung aus und erzeugten ihre Diffusität und Unberechen-



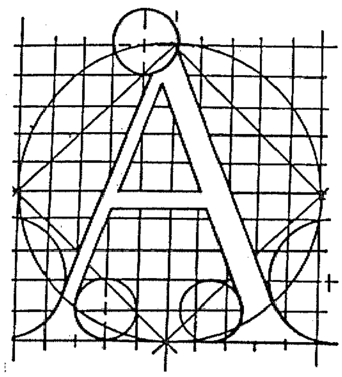
barkeit. Die Differenzen wurden kaum inhaltlich offenbart, zeigten sich aber deutlich in der Praxis des Widerstands. Die Geschichte der Startbahnbewegung ist - optimistisch gesehen -, eine Geschichte der Widerstandskontinuität, aber auch eine Geschichte von Zäsuren: die Räumung des Hüttendorfs am 2.11.81, die Gewaltfrage, der "Nacktensonntag" vom 7.11.81 bei dem die Bauplatzbesetzung durch ein "Gentlemen-Agreement" von BI-Spitzen und Polizei verhindert wurde. Die Ernüchterung vom 14.11.81 in Wiesbaden, der Endpunkt der "Volksbegehrenkampagne", die zwar auch "breite emotionale Zustimmung" gegen die Startbahn ausdrückte, aber keine politische Konsequenzen an der Startbahnmauer hatte - eher Enttäuschung gegenüber einer Demokratie. Die Besetzung von Baulos II blieb ein Versuch, 20.000 Menschen konnten sie nicht durchsetzen.

Die militanten StartbahngegnerInnen machten weiter Sonntagsspaziergänge mit Hunderten von Leuten, über Jahre! Permanentes Nagen an der Mauer, Kleingruppen schotteten sich in Diskussion und Aktion ab. 1984 wurde die Startbahn eingeweiht und von vielen Bewegten sicher auch verabschiedet, die letzte Massenaktion mit 15.000 Leuten blieb bei der Konfrontation mit der Staatsmacht stecken.

Die Zersplitterung ging weiter und die Diskussionen im Rahmen der Libertären Tage in Frankfurt 1986 drückten das Unbehagen autonomer und anarchistischer Gruppen aus (vgl. SF-23, 25), die Politikfähigkeit stand auf dem Spiel. Die selbstkritische Diskussion um Militanz, Neubestimmung autonomer Politik, Skepsis gegen "Fighter-Mentalität" und Mackerverhalten, wurde zwar artikuliert, mit Interesse verfolgt, entfaltete sich aber nicht in der Breite der Bewegung.

Den plastischsten Ausdruck fand die leergelaufene Diskussion dann in der Folge des 2.11.87 - nach der Erschießung der 2 Polizisten war das Debakel der Bewegung deutlich. Distanzierungen, Leute sagten gegenüber LKA und BAW aus, belasteten sich und andere, wurden gesucht, festgenommen, eingesperrt. Eine breit geführte Auseinandersetzung um Verrat brachte die verschütteten Differenzen an den Tag. Dazu die breit angelegte Repressionswelle.

Aus dem samtroten Ärmel der BAW wurde der "neue" 129a-Trumpf herausgezogen, aus den Computern des hessischen LKA, der "AG Strom" die Infos und Namen. Unter dem Druck der Ereignisse vom 2.11., der massiven Repression im Rhein-Main-Gebiet, begann eine riesige Reflexionsarbeit. Die Essenz der Diskussionen aus den letzten Jahren mündete in einer Plattform von autonomen Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet zum "2.11.-Prozeß". Beabsichtigt wird, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren, in dem sich auch die Angeklagten wiederfinden können. Eine Einheit soll sie nicht herstellen, da diese real nicht existiert. Sie soll die Erfahrungen, Diskussionen und Konsequenzen verschiedener autonomer Gruppen zusammenbringen. Die Diskussion um diese Plattform (abgedruckt im Rhein-Main-Info Nr.4, in der taz, in der ATOM), um diesen Prozeß wird die Startbahnbewegung und die militanten Gruppen im Rhein-Main-Gebiet und anderswo weiterhin intensiv beschäftigen; - es geht hier darum, in eine solidarische Auseinandersetzung zu treten, an der sich möglichst viele Gruppen mit verschiedenen politischen Ansichten und Einstellungen beteiligen. Eine Auseinandersetzung, in der die Unterschiede nicht verwischt werden - zwischen autonomen und anarchistischen Gruppen - steht noch an! Zumal laut BI-Info Nr.21 es Anzeichen dafür gibt, die dafür sprechen, "daß Pläne für den Bau einer neuen Piste am Frankfurter Flughafen existieren." Die Suche nach gemeinsamen Ansatzpunkten angesichts massiver Veränderungen der Herrschenden im Rhein-Main-Gebiet und in anderen Regionen erfordern eine gemeinsame, aber nicht einheitliche Widerstandsperspektive.



Adressen:
Rhein Main-Info
c/o Nicaragua-Komitee, 3.Welt-Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt-90 (bei weniger als 10 Ex. Geld in Briefmarken beilegen)
Prozeßbüro, JUZ Bockenheim, Varrenkrappstr. 38, 6000 Frankfurt-90 (Di, DO, 12-19Uhr; FR 12-13Uhr)
Briefadresse für die 2.11.Gefangenen: Andreas Semisch, Frank Hoffmann, Reiner Hübner, Andreas Eichler über Strafsenat am OLG Frankfurt, Zeil 42, 6000 Frankfurt

Anlaß zur Unruhe!



von Jutta Hackland

Wenn diese Ausgabe des SF erscheint, ist das Urteil gegen Ingrid Strobl - offiziell - noch nicht gesprochen, der Startbahn-Prozeß in den Anfängen, das Gerichtsverfahren gegen Uli Winterhalter* noch nicht eröffnet, sitzen die ersten wegen Aussageverweigerung in Beugehaft und sind eventuell Tote des Hungerstreiks zu beklagen.

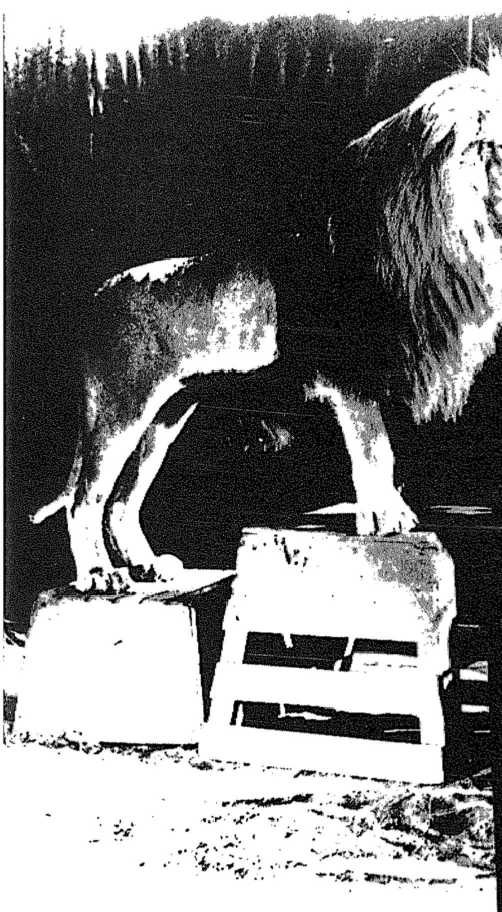
Anlaß zum Handeln?

Dank einer massiven Unterstützungsarbeit ist es der Solidaritätsbewegung mit Ingrid Strobl gelungen, über Insiderkreise hinaus, eine breite öffentliche Diskussion in Gang zu setzen. Eine Diskussion, die über Ingrids persönliche Situation hinausgeht:
Das Interesse an "anschlagsrelevanten Themen" erfährt eine ungeahnte Hochkonjunktur und auch die Debatte um den § 129a des Strafgesetzbuches ist neu entflammt. Die Frage stellt sich: warum?

Es hat in der jüngsten Vergangenheit einige haarsträubende § 129a Verfahren und Urteile gegeben, im Prinzip die Regel, die nicht annähernd diese Aufmerksamkeit erfahren haben, und sie hätten es wahrlich nötig gehabt. Das Verfahren beispielsweise gegen vier Duisburger, das Anfang des Jahres seinen traurigen Abschluß mit langjährigen Haftstrafen fand, blieb weitgehend unbemerkt. Nur in der linksradikalen Presse wurde nicht ganz der Mantel des Schweigens darübergehüllt. Die Konstruktion der BAW (Bundesanwaltschaft), die zur Verurteilung der Vier führte, war ebenso abenteuerlich und abstrus, wie sich das im Prozess gegen Ingrid Strobl zeigt.

Es ist nicht erst seit gestern offensichtlich, daß der § 129a

- ein politisches Instrument des Staates gegen jegliche theoretische sowie praktische Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist
- sein unbestimmter Wortlaut es ermöglicht, politische Aktivitäten hemmungslos zu durchleuchten, völlig losgelöst und unabhängig von konkreten Tatvorwürfen
- eine langandauernde Untersuchungshaft, die meist Isolationshaft bedeutet, legalisiert, ohne auf ein Verfahren zu drängen
- einen sehr umfassenden Verurteilungskatalog beinhaltet, der von passiver Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, über Werbung und Unterstützung, bis hin zur Gründung derselben, reicht
- die Verurteilung ohne individuellen Tatnachweis längst zum Standard erhoben hat.



Tick-Tack, Tick-Tack, Tick-Tack, Tick

In der Erklärung des Deutschen JournalistInnenbundes vom 24. November '88 wird die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl gefordert. Desweiteren "sieht der Deutsche JournalistInnenbund einen gefährlichen Eingriff in die Presse-und Meinungsfreiheit, da publizistische Darstellungen mit davon unabhängigen Strafvorwürfen vermengt und als Belastungsmittel in einer bislang unsicheren Beweisführung gegen Ingrid Strobl verwendet werden."

Die DJU - Deutsche Journalisten Union -, die sich ebenfalls solidarisch mit Ingrid Strobl erklärt, teilt weitgehend diese Befürchtungen. "Wir wehren uns nicht genug", stellte Ursula Göttrup, Mitglied des DJU-Bundesvorstandes, fest, "wenn der Staat uns bei der Arbeit behindert." "Kaum eine Zeitung hat mehr den Mut authentisch über die Sonderhaftbedingungen der politischen Gefangenen zu berichten". Derzeit seien, so Ursula Göttrup, rund 200 Verfahren wegen Unterstützung oder Werbung einer kriminellen Vereinigung anhängig, die sich mit Presse- und sonstigen öffentlichen Meinungsäußerungen befassen. Die Verurteilung von Fritz Storim zeige, daß der "Terroristenparagraph" der Gesinnungsjustiz Tor und Tür öffne.

Diese durchaus berechtigte Feststellung schlägt sich, wenn auch vorsichtig und eher vereinzelt, durch öffentlichen Druck ausgelöst, in den Medien nieder. *Konkret* beschäftigt sich in der März-Ausgabe in einem Sonderteil auf über 13 Seiten mit dem §129a und dokumentiert auch die Hungerstreikerklärung der RAF. *Die Zeit* bringt unter dem Titel "§129a - der Freiheit eine Falle", eine gute Übersicht über die Problematik jüngster Verfahren. Der *Kölner Stadt Anzeiger* - eine SPD nahe Zeitung - hält seine Leser, um Ausgewogenheit bemüht, über den Strobl-Prozeß ständig auf dem Laufenden.

Der WDR-Hörfunk berichtet in seinen Tagesmagazinen ebenfalls kontinuierlich über den Prozeßverlauf. Die Fernsehzuschauer, die regelmäßig WDR III einschalten, werden des öfteren mit dem Strobl-Prozeß und dem § 129a konfrontiert. So nahm die täglich gesendete "Aktuelle Stunde" die Anti-§129a-Demonstration für die Freilassung von Ingrid Strobl in Essen zum Anlaß, um den §129a etwas kritischer zu durchleuchten. Und daß eine aktuelle Berichterstattung zu fast jedem Verhandlungstag gehört, ist nun schon bald so selbstverständlich wie etwa Hintergrundberichte über das Zustandekommen der Anklage gegen Maria Lichtenhagen (sie hat bei der *EMMA*-Redaktion angerufen um Ingrid zu warnen; der *SF* plant eine ausführliche Darstellung in Zusammenarbeit mit Maria Lichtenhagen in der nächsten Nummer), wegen Strafvereitelung.

Die Sendung "Frauenfragen" beleuchtete in einem Beitrag die Hintergründe der Razzia vom 18.12.87 und richtete recht deutliche Worte zu Sinn und Zweck des §129a an die Zuschauer. Gut so! Da haben wohl einige RedakteurInnen wie die Teufel gekämpft. Aber bis dato die Ausnahme. Über die Berichterstattung der TAZ, die nach der Razzia, die sie ja auch betraf, nur zu Anfang laut zeterte, hülle ich den berühmten Mantel des Schweigens. Sie ist unter aller ...

Der überwiegende Teil der Presse gebärdet sich trotzdem eher als Hofberichterstatter der Justiz und der Polizei. Die Berichterstattung zur Demonstration in Essen etwa, liest sich wie von der Polizei diktiert. "Krawalle ..." oder "Schwere Ausschreitungen ..." So beginnen die meisten, sehr kurz gehaltenen Meldungen. Die Inhalte fallen weitgehend unter den Tisch. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die "schweren Ausschreitungen", allein für das öffentliche Bild der Demonstration inszeniert wurden.

Tick-Tack, Tick-Tack, Tick-Tack, Tick

Einige Wochen vor Prozeßbeginn, hat sich eine Gruppe von ProzeßbeobachterInnen gebildet: JournalistenkollegInnen, VertreterInnen gesellschaftspolitischer Organisationen, Menschen aus Politik, Kunst und Kultur. In einem Rundbrief riefen sie dazu auf, den Prozeß regelmäßig aufmerksam zu verfolgen. "Unseres Erachtens kann eine Verurteilung, wenn überhaupt nur durch eine kritische Öffentlichkeit während des Prozesses verhindert werden."

Die Blickwinkel der ProzeßbeobachterInnen konzentrierten sich in der Hauptsache auf das Verfahren als solches.



Insbesondere die bei politischen Prozessen zur Routine gewordenen Schikanen der Einlaß begehrenden Öffentlichkeit: Leibesvisitationen, Personalausweis fotokopieren lassen, Taschen abgeben, selbst Kaugummis oder Bonbons werden in Sicherungsverwahrung genommen, von individuellen Tritzereien ganz zu schweigen ... - und die große Anzahl von ZivilipolizistInnen, die einen großen Teil der vorhandenen Besucherplätze einnehmen, werden scharf kritisiert.

"Dazu stellen wir fest, daß das Prinzip der Öffentlichkeit dieser verhandlung zur Farce verkommt, zumal BesucherInnen und PressevertreterInnen ausgesperrt blieben", heißt es in einer Presseerklärung, die am Abend des ersten Verhandlungstages u.a. von der Ex-Bundestagsabgeordneten *Ellen Olms* (DIE GRÜNEN) und Prof. Dr. Elmar Altvater herausgegeben wurde. Selbst in der Türkei, so *Monika Ganseforth*, SPD-Bundestagsabgeordnete, habe sie es nicht erlebt, daß die Personalpapiere von ProzeßbeobachterInnen abgelichtet werden.

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Problematik von §129a-Verfahren: "Es herrscht ein staatsautoritärer Umgangston, den der Vorsitzende, Richter Arend, in einer gewissen Variationsbreite pflegt ... Letzten Endes haben wir es ja mit einer Ausnahmejustiz wie im Belagerungszustand zu tun. Das allerdings gehört seit beinahe zwei Jahrzehnten zum Normalbestand politischer Justiz."





Der Marburger Politologieprofessor Dr. *Georg Fülberth*, empört sich besonders über das Verlesen von Ingrids Texten: "Man muß sich fragen, was hier eigentlich los ist. Offensichtlich hat man keine echten Beweisstücke, und jetzt scheint literarische Tätigkeit als Beweis herhalten zu müssen. Wenn das als Beweis durchgeht für die Beweisaufnahme in diesem Prozeß, dann sind neue Barrieren der Rechtssprechung durchbrochen! Offensichtlich will man den Eindruck erwecken, die Tat, die man ihr zu Last legt, sei ihr zuzutrauen, da sie ja auch radikale Texte geschrieben hat." Und "beeindruckend ist für mich das Verhalten von Ingrid Strobl selbst, die andere Leute nicht preisgibt. Die sich ihre Sache sehr genau überlegt hat, das Risiko kennt und bewußt eingeht. Ich habe großen Respekt vor dieser Tapferkeit."

Jakob Moneta, Ex-Chefredakteur von "Metall" und Mitbegründer des Hamburger Instituts für Sozialforschung, prophezeit in einem Artikel der "Sozialistischen Zeitung": "... bei allen, die diesen Prozeß beobachten oder sich für ihn interessieren, reift die Erkenntnis, daß dieser Staat dabei ist, sich auf alte, ausgetretene, glitschig gewordene Pfade zu begeben, auf denen er leicht in die Nähe von rechtsbeugenden Diktaturen abrutschen könnte. Das allerdings würde den Kreis von potentiellen Attentätern erheblich erweitern."

Einig ist sich die Gruppe, daß die Entwicklung der politischen Justiz, mehr als bedenklich ist.

Tja, - bei der Beobachtung eines "Terroristenprozesses" gerät so manche Demokratievorstellung doch erheblich ins Wanken.



Tick-Tack, Tick-Tack-Tick-Tack, Tick

"Die Frauenbewegung wird kriminalisiert!" - "Eine neue Qualität im Kampf gegen Patriarchat und Kapitalismus!" Seit den Ereignissen um den 18.12. kursieren die Einschätzungen.

Nun, *die* Frauenbewegung gibt es sowieso nicht und das Spektrum welches sich dafür hält, ist nicht gerade arm an politischen Konzepten: vom langen Marsch durch die Institutionen bis hin zum trikontinentalen, antiimperialistischen Frauenkampf ist der Weg lang und beschwerlich. Dementsprechend unterschiedlich fallen Analysen und praktische Konsequenzen aus.

Für die einen ist es der Versuch, die Strukturen militanter Frauenpolitik zu zerschlagen, für die anderen fängt das Geschichtsbewußtsein bezüglich §129a, mit dem Datum 18.12.87 gerade mal an.

Mal wird Ingrid als "Opfer" politischer Gesinnungsjustiz und zur Heldin hochstilisiert, mal wird sie als Staatsfeindin - im positiven Sinne - benannt.

Einige bestehen auf einer feministisch bestimmten Anti-Repressionskampagne, andere fordern eine breiten Widerstand. Und, und, und... viel Raum für Kritik und Auseinandersetzung. Eines ist - fast allen - Frauenbewegten allerdings gemeinsam: Die nicht verhohlene Sympathie für die Aktionen der Roten Zora!, - auch wenn sie mit deren Analyse nicht übereinstimmen.

Und der Wille sich *nicht* wie leider sonst üblich, in Staatstreue und Staatsfeinde auseinanderdividieren zu lassen und den Rückzug anzutreten. Ganz im Gegenteil! Die Antwort vieler Frauen war die öffentliche Verbreitung dessen, was mit der Kriminalisierung eingedämmt und zum Verschwinden gebracht werden sollte: Sie hat ganz wesentlich auf die Verzahnung von Gen- und Reproduktionstechnologien aufmerksam gemacht, die Schweinereien in der Bevölkerungspolitik und des Sextourismus benannt - die "Anschlagsthemen" relevant gemacht, quer durch verschiedene soziale Bewegungen.

Tick-Tack, Tick-Tack, Tick-Tack, Tick

ABER: Die Solidarität mit Ingrid Strobl ist eine Ausnahme. Die zunehmende Verunsicherung kritischer Kreise, ausgelöst durch die breite Streuung der Razzia um den 18.12., die bisher mit einer direkten Repression nicht konfrontiert wurden, ist ein Grund.

Ein anderer, eine Identifizierungsmöglichkeit mit Ingrid als Frau, Mensch und Journalistin.

Die Einschätzung der Zeitung "Nicht zu fassen", herausgegeben von der UnterstützerInnengruppe Ingrid Strobl, bringt's auf den Punkt:

"Ein Glück für Ingrid Strobl ist zum einen ihre Prominenz. Sie hat einen guten Ruf und als Medienarbeiterin ist dieser öffentlich. Ingrid Strobls guter Ruf hat eine solide Grundlage: Sie hat zu brenzligen Themen als linke Feminstin klar und nachvollziehbar Stellung bezogen. Ihre aufrechte Haltung im Knast hat diesen Ruf gefestigt. Zum zweiten hat Ingrid Strobl die Solidarität der Frauenbewegung. Und diese kann sie nicht nur wegen der inhaltlichen Nähe für sich bemühen: Fordert frau ihre Freilassung, steht nicht die Befürchtung an, einen Frauenfeind oder Vergewaltiger zu unterstützen. Der dritte und wichtigste Grund ist gleichzeitig der politische Pferdefuß. Der größte Trumpf für Ingrid Strobls Solidaritätsbewegung ist die Unschuldsvermutung. Unschuld schafft Breite. In diesem Fall braut sich ein öffentlich gut zu verfolgender "Justizirrtum" zusammen. Dieses Zusammenspiel von "öffentlicher Person" und offensichtlicher Tat-Konstruktion schafft Sympathie. Frauen aus der RAF, die an ihrer Identität keinen Zweifel lassen und in deren Prozessen die Beweislage - wie im übrigen fast immer - die gleiche "Qualität" hat, erfahren bei weitem nicht eine vergleichbare Solidarität. Da spielt weder das Frausein eine Rolle, noch eine eventuelle Prominenz, noch ihre moralische Integrität. Der Trennungsstrich verläuft zum einen an den politischen Inhalten und zum anderen an der Schuldfrage."

Vielleicht liegt aber gerade in dieser Ausnahme auch eine Chance. Die Chance über den Fall Ingrid Strobl die Regel zu erkennen - und zu bekämpfen.

Nicht in dem wir uns über die Repression beklagen und unser Handeln über die "Opfer" bestimmen. Der Antirepressionskampf muß nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ breiter werden. Der beste Schutz vor Repressionen ist die konsequente Verbreitung dessen, was der Staatsschutz mit dem §129a kriminalisieren will!

Anmerkung der SF-Redaktion:
* Uli Winterhalter wurde am 9.September 1988 unter dem Verdacht, er sei "Mitglied in der RAF" festgenommen. Seitdem sitzt er unter Sonderbedingungen nach §129a in U-Haft. Inzwischen hat der 5.Strafsenat des OLG Stuttgart den Vorwurf auf "Unterstützung" entschärft. In seinem Eröffnungsbeschluß behauptet das Gericht, Uli habe einige Ampullen des Narkosemittels "Ketanest" "für Zwecke oder im Auftrag und mit Wissen von Mitgliedern der RAF" aufbewahrt. Statt 10 Jahren drohen Uli Winterhalter nach der neuen Version "nur" noch 5 Jahre Knast.
Post: Uli Winterhalter, über 5.Strafsenat des OLG Stuttgart, PF 839, 7000 Stuttgart-10.

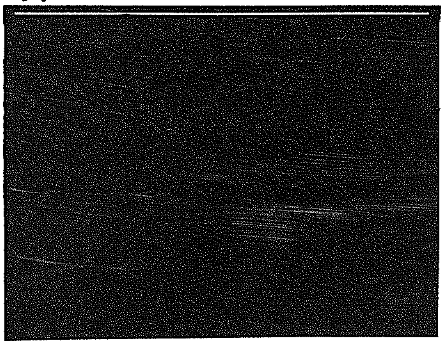
Photo: Bilderdienst Berlin

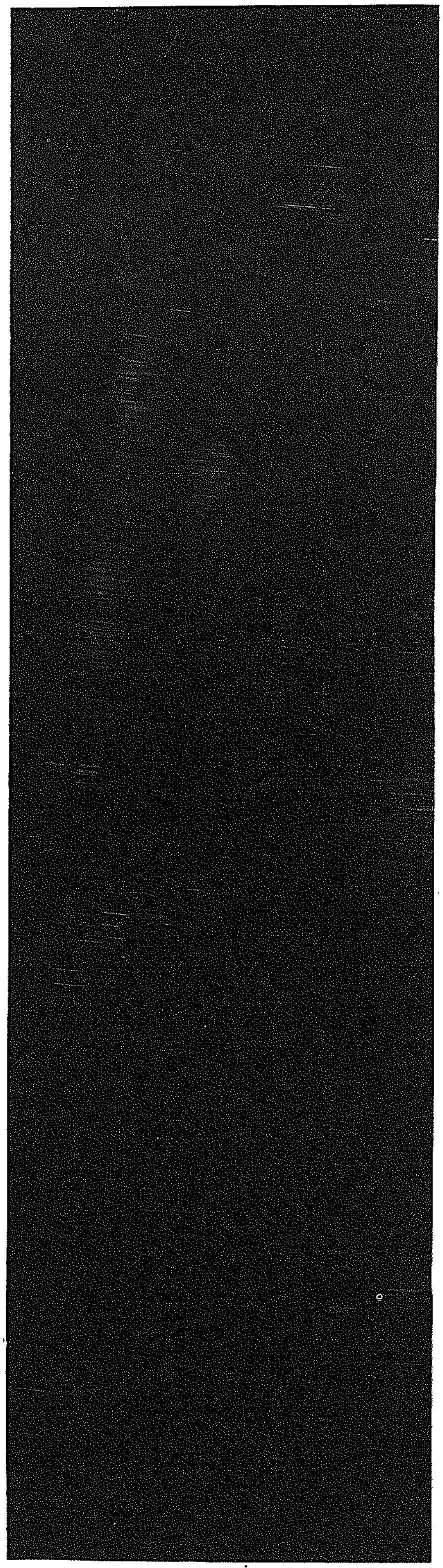




Gesinnungsjustiz

von Eva-Maria Thoms





"Wir sollten schon mal den Sekt kaltstellen", witzelten Freunde von Ingrid Strobl vor dem 10. Verhandlungstag. Sekt für den Fall, daß Ingrid am Abend des 15. März vielleicht nur noch ihre Sachen aus der JVA in Essen abholen müßte - und dann frei wäre. Die Verteidigung hatte einen Antrag auf Haftentlassung gestellt.

In den vergangenen Prozeßtagen war die Beweisführung zum einzigen Indiz - dem Weckerkauf - immer weiter abgebröckelt. Es tauchten Fehlerquellen auf, Zweifel, ob der Wecker, den Ingrid am 11. September 1986 gekauft hat, wirklich derselbe ist, der rund sechs Wochen später beim Anschlag auf die Lufthansa in Deutz verwendet wurde. Dringender Tatverdacht ist nicht mehr gegeben, meint die Verteidigung. Das Gericht schien die Zweifel zu teilen und kündigte einen Auftrag ans BKA an, noch einmal genauer zu ermitteln.

So ganz ernst gemeint war das mit dem Sekt natürlich nicht. Eigentlich glaubte niemand so recht, daß der Vorsitzende Richter Klaus Arend, der so gerne seine "rein kriminalistische" Beweisaufnahme herausstellt, mit einer Haftentlassung zugibt, daß die Indizien im kriminalistischen Sinne nichts wert sind. Ein Journalist im Saal, der Arend schon in anderen Prozessen erlebt hat, mochte sogar "jede Summe" darauf wetten, daß aus der Haftentlassung nichts wird. Ohne Bedenken verließ er schon vor der Entscheidung den Gerichtssaal.

Der Mann hatte recht. Das wußten auch die anderen Prozeßbesucher. Ingrid Strobl wußte es, als sie sich vor Verhandlungsbeginn über die Bänke hinweg mit einer ehemaligen Kollegin von *EMMA* zum Kölsch verabredete. Als sie mit Besuchern plauderte, bis ihr vom Gerichtsdiener der Mund verboten wurde. Niemand hatte sich große Illusionen gemacht. Und trotzdem - als Richter Arend den Antrag mit beiläufiger Betonung ablehnte, fuhr es einigen wieder in die Knochen: das Entsetzen, die ohnmächtige Wut und die Frage, woher dieser Mensch das Recht nimmt, andere in den Knast zu stecken. Für Ingrid dauert die Untersuchungshaft jetzt schon fast 15 Monate.

Szenen eines 129a-Prozesses. Da stellt der Richter eines Tages grinsend einen Reisewecker auf den Tisch. Farbe: grün. Marke: ein Emes-Sonochron aus der mechanischen Serie, allerdings ohne Registriernummer. "Den hab ich schon seit zehn Jahren", bekennt er dem staunenden Publikum. Spontanes Lachen im Saal: Der Senatsvorsitzende ein Weckerkäufer! Ein Sympathiepunkt für den Staatsschutzrichter. Hintergründig setzt sich in den Köpfen fest, was Arend wahrscheinlich auch suggerieren wollte: Hier wird nicht gegen x-beliebige im Geschäft bleiben sollte) wollten sie nun nach Anschlägen jeweils ermitteln, wer den Wecker gekauft hat. Wenn sie dann diesen

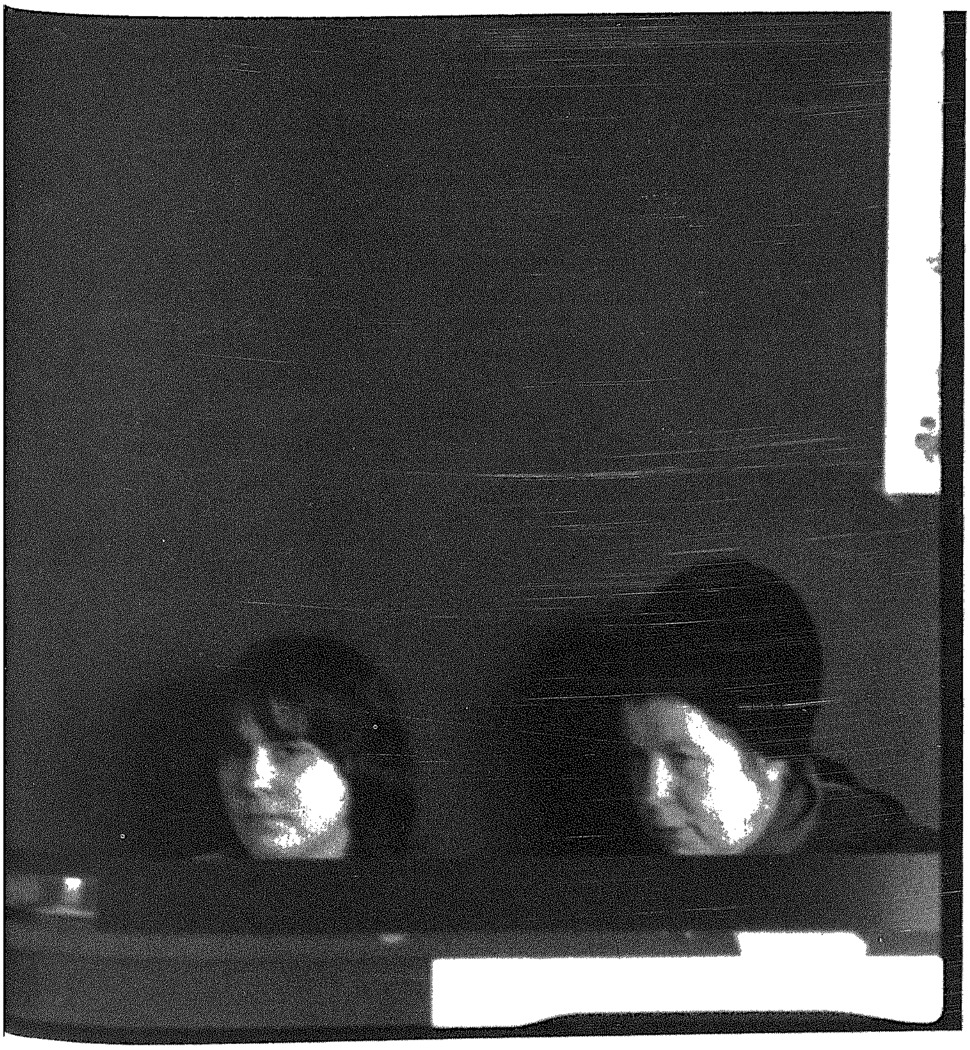
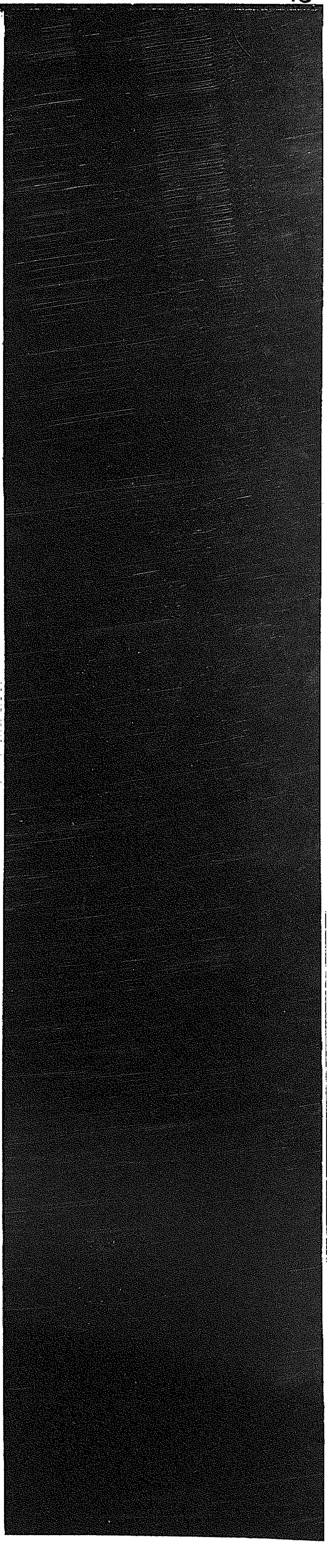


Photo: Theo Heimann



Weckerkäufer überwachen - kalkulierten die BKA'ler - könnten sie die ganze Zelle aufrollen und auf frischer Tat verhaften. Soweit die Planung.

Die Realität sah anders aus. Eine Weckerkäuferin wurde überwacht, aber die wollte und wollte nichts Verdächtiges tun. Keine Zellentreffen, keine Anschlagsvorbereitungen - nur eine radikale linke Feministin. Eine, der man es öffentlich zutrauen konnte.

Für die Anklage blieb also nur der Weckerkauf. Den aber hatten die Fahnder nicht gerichtsfest recherchiert. Wer die Etiketten nach welchem System auf die Packungen geklebt hat, ist kaum noch feststellbar. Die Firma Emes hatte dafür Aushilfen eingesetzt - zum Teil im Akkord. Verwechslungen der Nummern sind also nicht ausgeschlossen. Dazu noch die Schlamperei im Uhrengeschäft Wempe, in dem Ingrid den Wecker kaufte. Wempe arbeitete nicht mit den BKA-Aufklebern, sondern mit handbeschrifteten Fadenetiketten, die an den Weckern befestigt und beim Kauf dann abgenommen werden sollten. Just in Ingrids Fall ist dieses Etikett spurlos verschwunden. Beweismittel für die Frage, welche Nummer der von Ingrid gekaufte Wecker trug, ist hier die handschriftliche Notiz des stellvertretenden Geschäftsführers. Der will sie in Anwesenheit eines Angestellten vom Fadenetikett abgeschrieben haben. Der Angestellte bestreitet das. Er kann sich daran nicht erinnern.

Und trotzdem: Eine Verwechslung des Weckers sei nicht anzunehmen, sagt der Richter. Eine minutiöse Beweisaufnahme, das ist sein Verhandlungsstil. Das Ergebnis wird dann den Erfordernissen angepaßt.

Wo Indizien fehlen, fordert der Staatsschutzsenat Denunziationen ein. Eine runde halbe Stunde lang fragte er die Zeugin aus der *EMMA*-Redaktion immer wieder, ob Ingrid erschreckt reagiert hätte, als nach dem Warnanruf bei der *EMMA* im Februar 1987 zum ersten Mal die Rede vom Weckerkauf und einem Anschlag war (Die Freundin eines Kölner Polizeibeamten hatte angerufen und gewarnt, daß Ingrid überwacht wird.) Die ehemalige Kollegin konnte sich an keine Schreckreaktion erinnern. Ingrid sei völlig gelassen gewesen und hätte das Ganze nur absurd gefunden. Der Richter bohrt nach: Ob sie Ingrid überhaupt gut genug gekannt habe, um ihre Reaktionen einschätzen zu können. Und kündigt ihr an, daß sie eventuell wegen Strafvereitelung verfolgt werden kann, weil sie die Warnung damals an Ingrid weitergegeben hat, statt die Polizei zu informieren, daß da jemand Dienstgeheimnisse ausplaudert. Denunziation ist Bürgerpflicht!

Wo die Beweise nicht reichen, muß das Persönlichkeitsbild, die politische Gesinnung herhalten. Dafür werden seitenlang Artikel von Ingrid Strobl aus der EMMA

vorgelesen. Besonders solche, die pointiert Weckerkäufer verhandelt, sondern gegen eine Terroristin.

Arend kanzelt einen BKA-Fahnder im Zeugenstand herunter. Macht ihn fertig, läßt ihn von der Verteidigung auseinandernehmen. Das sympathisierende Publikum freut sich, unterstellt dem Richter gar Unparteilichkeit. Dann wiederum greift er an einem kritischen Punkt in die Befragung ein, legt dem Zeugen die passenden Antworten in den Mund, lenkt beiläufig vom Thema ab.

Als die Verteidigung den Antrag auf Haftentlassung stellt, kontert er mit einem Kompliment. Eine so sachliche, klassisch strafprozessuale Verteidigung habe er in 129a-Prozessen noch nicht erlebt. Am nächsten Tag dreht er alle Argumente der Verteidigung einfach um und lehnt die Haftentlassung ab. Dann wiederum verteilt er Strafarbeiten ans BKA. Signal: Hier ist noch gar nichts entschieden, hier wird ordentlich die Wahrheit ermittelt.

Der Arend-erfahrene Berichterstatter ist auch das gewohnt. Arend witzelt, macht Zugeständnisse, "und am Tag der Urteilsverkündung kommt der große Hammer. Dann denkst Du, Du wärst in einem anderen Prozeß gewesen." In der Mittagspause auf dem Flur debattieren Prozeßbesucher über des Richters "väterliche Art". Tenor: Den habe man/frau sich schlimmer vorgestellt.

Die Decke jovialen Verhaltens ist dünn. Urplötzlich brüllt Arend hemmungslos die VerteidigerInnen an. Die anderen Richter des Senats sitzen wie Mumien dabei. Nach solchen Ausbrüchen wieder Ruhe, kleine Scherze, die Stimmung entspannt sich, the show must go on. Selten die Momente, in denen die Realität dieses Prozesses durch die Lücken der Inszenierung lugt: Ein Staatsschutzprozeß, Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen, Strafmaß bis zu zehn Jahre Haft.

Ingrid soll den Wecker gekauft haben, der für den Sprengsatz verwendet worden ist, der am 28. Oktober 1986 vor dem Lufthansa-Gebäude explodierte. Der Kauf beweise, so die Anklagelogik, daß sie Mitglied der RZ ist, denn die Revolutionären Zellen arbeiten - das behauptet die Bundesanwaltschaft - streng abgeschottet und besorgen alle Tatmittel ausnahmslos selber. So soll einzig der Wecker die Mitgliedschaft beweisen. Untermauert wird das ganze mit Ingrids politischer Identität, mit Artikeln, die sie geschrieben hat und den Themen, für die sie sich interessiert.

Selbst die RZ-Fahnder vom Bundeskriminalamt hatten nicht erwartet, daß ihre registrierten Wecker einmal zum wichtigen und einzigen Indiz eines Prozesses aufsteigen würden. Sie wollten das "Weckerprogramm" eigentlich geheim halten und damit weiter RZ-Mitglieder jagen. Der Plan war einfach. Nach "jahrelanger Durststrecke" war den Fahndern 1983 aufgefallen, daß die RZ öfter mechanische Emes-Wecker für ihre Sprengsätze benutzten. Mit den Registriernummern (eingraviert auf der Rückseite des Ziffernblattes und zusätzlich auf einem Etikett, das und deutlich zu "anschlagsrelevanten Themen" Stellung nehmen. Beweisen kann das natürlich gar nichts. Aber es schafft ein Klima, eine "geistige Nähe", die auch im Urteil gegen Fritz Storim in Hamburg die Beweise ersetzte.

aus: Kölner Stadt-Revue, April 89;
Hervorhebungen SF-Red.

Photo: Theo Heimann





Foto - /Bildarchiv

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste

Zur Forderung nach freier medizinischer Versorgung

von der Gruppe Papiertiger, Berlin

Am 1.2.1989 sind Gefangene aus Guerilla und Widerstand in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Einige sozialpolitische Gefangene haben sich ihnen angeschlossen (sozialpolitisch deshalb, weil auch die sogenannten sozialen Gefangenen aus durchaus gesellschaftspolitischen Gründen im Knast sind, und wir's wichtig finden, dies mit unserem Sprachgebrauch auch immer wieder bewußt zu machen).

Die Gefangenen kämpfen für die Durchsetzung folgender Forderungen:

- **Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.**
- **Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.**
- **Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder.**
- **Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.**
- **Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.**

Da die Gefangenen in ihrer Hungerstreikerklärung ausführlich auf ihre Forderung nach Zusammenlegung eingegangen sind, wollen wir an dieser Stelle die Forderung nach freier medizinischer Versorgung, ihre Hintergründe und Bedeutung etwas genauer herausarbeiten.

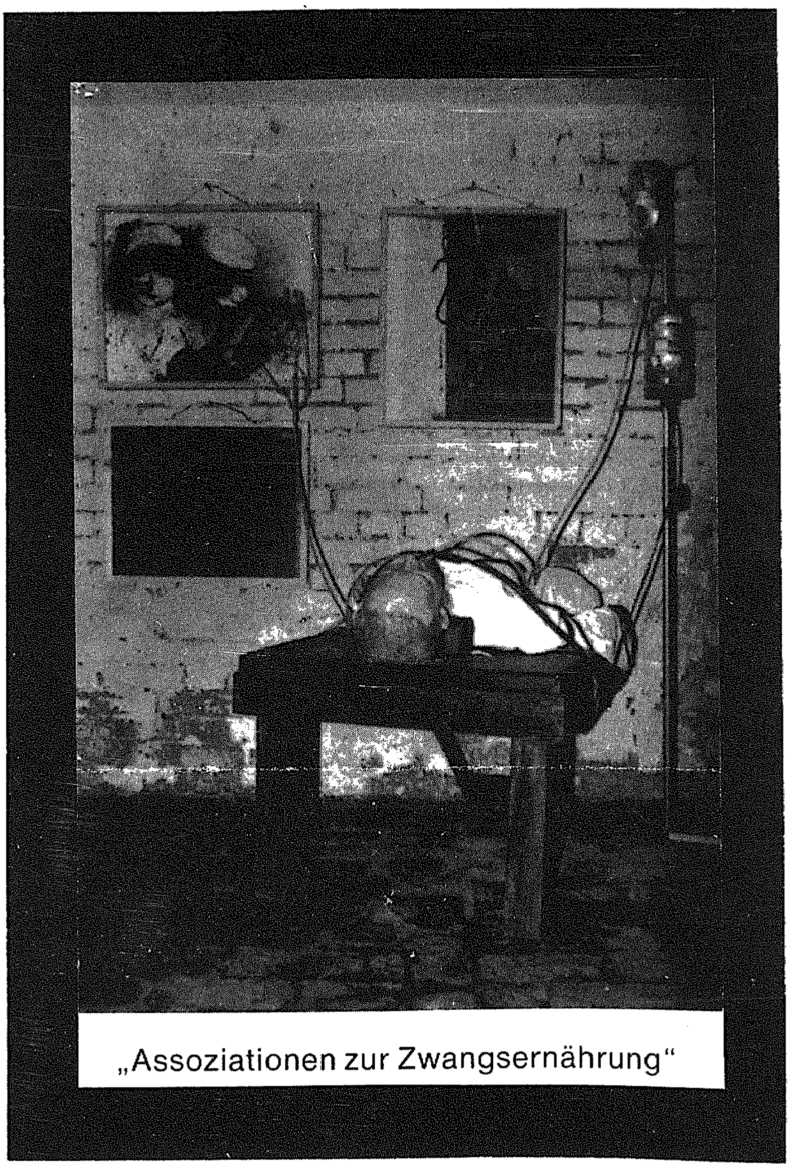
Wir verbinden mit diesem Text die Hoffnung, daß andere Gruppen sich der genaueren Beschäftigung mit anderen Forderungen zuwenden und ihre Ergebnisse ebenfalls öffentlich zugänglich machen. Diese Form der Unterstützung des Hungerstreiks der Gefangenen erscheint uns als eine nicht zu unterschätzende Möglichkeit, mehr Menschen mit den Fragen und Hintergründen von Kämpfen im Knast vertraut zu machen, ein Bewußtsein für die Zusammenhänge der Kämpfe drinnen und draußen zu schaffen und damit auch eine breite Unterstützungskampagne voranzutreiben.

Knast macht krank

Knast bedeutet Einschränkung und Reglementierung in allen Bereichen. Die Bedingungen im Knast sind insgesamt lebensfeindlich und damit krankmachend. Wir gehen davon aus, daß den meisten die Abläufe im Knast und ihre Auswirkungen auf die gefangenen Menschen zumindest grob bekannt sind. Trotzdem wollen wir hier einige Grundzüge vom Knast im Hinblick auf ihre krankmachende Wirkung noch mal benennen, sozusagen als Versuch, Knast etwas greifbarer zu machen, auch für uns selbst.

Im Knast eingesperrt zu sein, bedeutet nicht nur, sich nicht "frei" bewegen zu können. Es bedeutet auch Trennung von FreundInnen, GenossInnen, von der Familie, für viele sogar der Wegfall aller sozialen Kontakte nach draußen. Mit der Inhaftierung werden die Menschen aus ihrem gewohnten Leben brutal herausgerissen.

Stattdessen sind sie einer totalen Insti-



tution unterworfen, die den Tagesablauf und das Leben überhaupt perfekt reglementiert, die nur sehr begrenzten Raum für eigene Entscheidungsmöglichkeiten läßt. Wann es was zu essen gibt, wann und mit wem der Hofgang stattfindet, häufig auch, wann das Licht ein- oder ausgeschaltet wird (diese Aufzählung läßt sich seitenlang fortführen), dies alles können die Gefangenen nicht selbst entscheiden.

Knast bedeutet auch den Verlust eines eigenen Bereiches, der Privatsphäre. Man/frau ist einer permanenten Kontrolle ausgesetzt, fast jede Lebensäußerung wird registriert, ständig droht eine Zellenrazzia. Dies alles führt bei den Gefangenen zu einer ständigen Anspannung, zu Dauerstreß. Verschärft wird die Situation noch durch die miserable Versorgung und Unterbringung. Die Zellen sind winzig (in der Regel unter 10m^2), in den neuen Knästen oft überhitzt und in den alten zu kalt (im Winter wurden dort schon Temperaturen von 8° gemessen). Das Essen ist nach wie vor schlecht: kohlehydratisch, eiweißarm, kaum Vitamine. Hinzu kommt noch der Bewegungsmangel, sowie die Auswirkungen einer meist stumpfsinnigen, eintönigen Arbeit.

In dieser extremen Situation krank zu werden, ist sicherlich eine gesunde Reaktion des Körpers, ein Signal, ein Sichaufbäumen gegen die Bedingungen. Die Beschwerden und Krankheiten, unter denen Gefangene zu leiden haben, sind sehr vielfältig. Das geht von Erkältungsanfälligkeit (die Widerstandskräfte sind fast zwangsläufig herabgesetzt) über Kopfschmerzen, Magengeschwüre bis hin zum Haftkoller und Depression einmal quer durchs Medizinbuch. Im folgenden das Zitat eines Gefangenen:

"Ein Gefangener, der neun Monate inhaftiert ist, unter denselben Bedingungen wie ich, also innerhalb des Gefängnisses nicht isoliert. Er klagt über dauernde starke Kopfschmerzen, migräneartig - ein starker Druck um die Schläfen. Er kann sich nicht mehr konzentrieren. Ein Buch zu lesen, ist ihm unmöglich geworden - schon seit drei, vier Monaten gelingt ihm das nicht mehr, das Lesen hat er deswegen ganz aufgegeben. Er spricht nur flüsternd, "nuschelnd" und verwirrt. Manchmal versteht man ihn nicht. Er sagt, er kann nicht mehr lauter reden, er sei zu aufgeregt, die Kehle ist ihm zugeschnürt. Bei der Gerichtsverhandlung war er derart aufgeregt. daß er kein Wort herausbrachte. Die Verhandlung mußte ausgesetzt werden Sein Pulsschlag war bei der Verhandlung auf 130. Er zitterte und hatte Schweißausbrüche. Er konnte nicht stehen, nicht reden, verstand kaum etwas von dem, was vorging. Er sagt, die Gedanken würden sich ihm verwirren, er könne nichts mehr aufnehmen. Er "faselt" assoziativ, in langen Pausen."

Auswirkungen der Isolationshaft in den Trakten

Die Isolationshaft ist die brutalste der vielen Sonderhaftbedingungen, mit denen die Herrschenden die Gefangenen zu spalten versuchen; sie ist eindeutig auf die Vernichtung der Identität der Gefangenen ausgerichtet. Seit Jahren schon ist die Isohaft nicht nur auf politische Gefangene beschränkt. Auch für viele sozialpolitiasche Gefangene, die sich im Knast nicht widerstandslos unterordnen, ist diese Vollzugsart Realität.

Zur Isolation nach außen kommt hier noch das Abschotten vom Gefängnisalltag dazu: Einzelhofgang, Einzelduschen (oder nur mit wenigen anderen zusammen), Ausschluß von der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen oder vom Umschluß. Die Gefangenen sind einem ständigen Entzug von Sinnesreizen ausgesetzt: Sichtblenden oder Fliegengitter beschränken den Sehsinn, besonders abgedichtet Türen und Fenster sowie leere Nachbarzellen entziehen die Geräusche. Oft bleibt die Zellenbeleuchtung auch nachts eingeschaltet, zeitweise wird die Situatioin durch Schlafentzug noch verschärft.

Die zwangsläufigen Auswirkungen sind bekannt: Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten, Schlafstörungen, Verdauungsstörungen, Falschwahrnehmungen, manifeste organische Krankheiten, wie z.B. auch bei Claudia Wannersdorfer, die infolge der Isolationshaft epileptische Anfälle bekommt.

"Das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen) -
Das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepreßt,
Das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B. -
Das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich unter Strom, man würde ferngesteuert."
(Ulrike Meinhof-Brief, zit. aus: Reebs: Geschichte der Knastarchitektur, Trotzdem-Verlag)

Die einzige Möglichkeit für die gefangenen Menschen, den Auswirkungen der krankmachenden Bedingungen nicht völlig ausgeliefert zu sein, ist, sich die Funktion der im Knast allgegenwärtigen Unterdrückung, Demütigung, Reglementierung bewußt zu machen und dagegen anzugehen. Auch wenn die Knastadministration darauf mit Disziplinarmaßnahmen und/oder einer grundsätzlichen Verschärfung der Haftbedingungen reagiert, und somit die offensichtlich krankmachenden Faktoren noch verstärkt werden, so ist es wahrscheinlich doch die einzige Möglichkeit, den Knast einigermaßen

"heil" zu überstehen.

Zur Funktion der Knastmedizin

Die Knastmedizin arbeitet nach ähnlichen Prinzipien wie auch die Medizin draußen, die berechtigterweise massiv kritisiert wird. Nicht die Gesundheit steht im Vordergrund der Behandlung, sondern das Interesse der Herrschenden. Es geht in erster Linie um die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit in möglichst kurzer Zeit und das möglichst billig, auch wenn das langfristig der Gesundheit schadet.

Photo: Theo Heimann



Die Knastmedizin hat im Wesentlichen drei Funktionen:
- Sie hat dafür zu sorgen, daß die Gefangenen nicht "haftunfähig" werden.
- Ihr kommen umfangreiche Kontrollfunktionen zu.
- Sie legitimiert nach außen die krankmachenden Bedingungen im Knast.

Die medizinische Versorgung im Knast ist der Justizverwaltung unterstellt. Die ÄrztInnen werden aus dem Knasthaushalt bezahlt und nicht wie draußen von den Versicherungsträgern. Es erscheint uns nur logisch und konsequent, daß die KnastärztInnen im Interesse ihrer Arbeitgeberin, der Justiz, handeln.

Dies beginnt bei der zwangsweisen Eingangsuntersuchung, die vor allem die Funktion hat, die inhaftierten Menschen "haftfähig" zu schreiben. Dieser Ablauf entbehrt nicht eines gewissen Zynismus', hält man/frau sich einerseits mal die krankmachenden Bedingungen von Knast vor Augen und andererseits die Verpflichtung der ÄrztInnen, für die Gesundheit der von ihnen behandelten Menschen zu sorgen. Noch krasser zeigt sich dieser Widerspruch bei der Beteiligung von ÄrztInnen an den Maßnahmen zur Erhaltung von "Sicherheit und Ordnung" in der Anstalt. Es sind ÄrztInnen, die die "Arrestfähigkeit" von Gefangenen attestieren, bevor diese zur Disziplinierung bis zu vier Wochen im Bunker weggeschlossen werden. (Es kommt auch vor, daß die "Arrestfähigkeit" erst nachträglich festgestellt wird.) Bunker heißt eine hermetisch abgeriegelte Zelle, in der nur eine Matratze (manchmal auch ein "Betonbett") ist und ein Klo, sonst nichts, absolut nichts.

Nach und nach sind diese offensichtlich brutalen Bunkerstrafen einer lautloseren, dafür aber noch einschneidenderen Bestrafung gewichen, an der ÄrztInnen maßgeblich beteiligt sind: der Psychiatrisierung. Aus vielen Knästen ist bekannt, daß sogenannte renitente Gefange mit "Betonspritzen" (das sind hochdosierte Psychopharmaka, Neuroleptika) ruhiggespritzt werden. Aber auch gefangene Menschen, die den Knast psychisch einfach nicht mehr aushalten und ausrasten, also den Haftkoller kriegen und/oder suizidgefährdet sind, werden inzwischen routinemäßig mit Psychopharmaka "behandelt".

Schließlich sind es auch ÄrztInnen, die die schmerzhaften und entwürdigenden rektalen Untersuchungen bei Gefangenen durchführen, die verdächtigt werden, im Darm etwas versteckt zu haben oder auch nur gedemütigt werden sollen.

Die Beteiligung von KnastärztInnen an der Zwangsernährung oder an der Komalösung erscheint in diesem Zusammenhang auch nur logisch. Es geht darum, den Widerstand hungerstreikender Gefangener zu brechen, auch wenn die angewandten Methoden lebensgefährlich sind.

Es gibt noch mehr Bereiche im Knast, wo die ÄrztInnen eine ausschließliche Kontroll- und Straffunktion haben. Bereiche, die mit Medizin überhaupt nichts zu tun haben. Es fällt z.B. auch in ihren Aufgabenbereich über "Verbesserungen" der Haftsituation einzelner Gefangener zu entscheiden. Von der Verordnung der ÄrztInnen

sind die Genehmigungen von z.B. Milch, Zusatzobst, einer Leselampe oder eines längeren Hofgangs abhängig, alles Dinge, die für die einzelnen Gefangenen lebenswichtig sein können. Die Ablehnung dieser "Vergünstigungen" wirkt entsprechend.

Die medizinische Behandlung im herkömmlichen Sinn beschränkt sich in der Regel auf eine medikamentöse Unterdrückung von Symptomen, Gradmesser der Behandlung ist der Erhalt der "Haftfähigkeit". Davon, was es bedeutet, im Knast krank zu werden, später noch genauer. Wie miserabel die medizinische Versorgung im Knast auch sein mag, allein durch das Vorhandensein von ÄrztInnen in den Gefängnissen wird nach außen der Schein einer umfassenden Behandlung aufrechterhalten, und schließlich werden die krankmachenden Bedingungen von Knast insgesamt legitimiert.

Natürlich kommt es auch ab und zu mal vor, daß engagierte ÄrztInnen in den Knast gehen, mit der Hoffnung, die Situation für die Gefangenen zu verbessern. Aber dadurch, wie die medizinische Versorgung in den Ablauf des Vollzugs integriert ist, ist klar, daß sie scheitern müssen: entweder sie passen sich an, oder sie erkennen die Hoffnungslosigkeit ihres Vorhabens und gehen, oder aber sie werden gefeuert.

Die medizinische Versorgung im Knast

Im Knast muß es, damit er seine entsprechende Wirkung behält, immer noch etwas schlechter als für die Leute draußen sein. Dies läßt sich natürlich auch in Bezug auf die medizinische Versorgung sagen. Grundlage für die medizinische Versorgung ist die sogenannte "Fürsorgepflicht" des Staates gegenüber den Gefangenen ("Für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen ist zu sorgen" §56, Abs.1 StVollzG). Das hat zur Folge, daß die Gefangenen, u.a. nicht krankenversichert sind, weil der fürsorgende Staat eigene ÄrztInnen bereithält. Einhergehend damit gibt es natürlich auch keine freie ÄrztInnenwahl.

In den Knästen gibt es sogenannte Arztgeschäftsstellen, die von SanitäterInnen verwaltet werden. Je nach Größe des Knastes sind an bestimmten Tagen, teilweise auch an allen Tagem, zu bestimmten Zeiten praktische ÄrztInnen dort. FachärztInnen kommen nur stundenweise in die Knäste. Dies genauer zu beschreiben ist schwierig, da es von Knast zu Knast verschieden ist. Es ist aber klar, daß KnastärztInnen zahlenmäßig erheblich mehr PatientInnen zu versorgen haben als ihre "KollegInnen" draußen.

Um zu ÄrztInnen zu gelangen, muß ein schriftlicher Antrag gestellt werden. Daraufhin werden die Gefangenen erstmal von SanitäterInnen aufgesucht, die dann entscheiden, ob es "ernst" genug ist, um die ÄrztInnen zu bemühen. Die meisten der SanitäterInnen sind ehemalige SchließerInnen, die Lehrgänge absolviert haben...

Je nachdem, wie der Knast mit ÄrztInnen besetzt ist, kann eine Vorstellung noch am selben Tag laufen, es kann aber auch einige Tage dauern. Es treten also immer wieder Situationen ein, wo ÄrztInnen nicht erreichbar sind. In diesen Fällen sind die Gefangenen auf die SchließerInnen und die SanitäterInnen angewiesen. Bei Krankheits- und Notfällen, bei denen keine ÄrztInnen da sind, scheint ihre Aufgabe darin zu bestehen, dafür zu sorgen, Krankheitssysmptome so lange zu unterdrücken z.B. durch Schmerztabletten oder sie ganz zu ignorieren, damit möglichst nicht extra ÄrztInnen in den Knast geholt werden müssen. Dies läuft dann teilweise über Ferndiagnosen, d.h.die SanitäterIn ruft die ÄrztIn draußen an, schildert die Symptome und bekommt dann Anweisungen. Die Wirkungsweise dieser Art von "Behandlung" ist leicht vorstellbar.

Die Untersuchung bei der ÄrztIn (wobei die SanitäterInnen anwesend sind, die sowieso Zugang zu den Krankenakten haben) läuft regelmäßig entsprechend der schon oben benannten Funktion der KnastärztIn ab: Gefangene werden, sofern sie nicht gleich als SimulantInnen abgeblockt werden, einer Fließbandabfertigung unterworfen, die eine oberflächliche Symptombehandlung zum Inhalt hat, es kommt oft zu Falschdiagnosen. Noch übler ist dies für ausländische Gefangene, die sich oft nicht mit der ÄrztIn verständigen können, DolmetscherInnen werden für diesen Fall nicht gestellt. Daß viele Krankheiten knastbedingt sind, findet weiter keine Beachtung. Die Behandlung bestimmt sich immer auch nach der Kostenfrage. Je aufwendiger und damit teurer die Behandlung ist, desto mehr Anträge und Begründungen müssen die ÄrztInnen für die Justizverwaltung schreiben, die - Fürsorgepflicht hin oder her - starke Spartendenzen in diesem Bereich zeigt. In den Knästen gibt es keine Apotheken. So wird die ÄrztIn ein bestimmtes Spektrum von Medikamenten haben, aus denen er/sie auswählen kann, was die individuelle Behandlung einschränkt.

Zudem ist bezüglich der Medikamente im Knast noch zu erwähnen, daß es immer wieder vorkommt, daß Medikamente ohne Beipackzettel ausgegeben werden, sich Gefangene also nicht über Wirkungswiese und Gegenanzeigen informieren können, daß Medikamentenversuche mit Gefangenen gemacht werden (so wird ihnen gesagt, sie bekämen Vitaminspritzen, während ihnen in Wirklichkeit Psychopharmaka gespritzt werden), daß Medikamente ausgegeben werden, bei denen das Verfallsdatum (manchmal mehre Jahre) abgelaufen ist.

Zu all diesen Faktoen einer Behandlung kommt noch, daß eine Krankschreibung sehr negative Folgen für die Gefangenen haben kann, so z.B. eine sofortige Rückverlegung vom "offenen" in den geschlossenen Vollzug.

Sehr schwierig wird es auch, wenn Gefangene sich von der ÄrztIn nicht kompetent behandelt fühlen (da selten ein Vertrauensverhältnis besteht und KnastärztInnen auch nicht gerade "Koryphäen" sind, tritt dies sehr schnell ein). Jede externe Fachbehandlung muß ausführlich begründet beantragt werden, die ÄrztIn muß dazu gebracht werden, den Antrag zu unterstützen, und schließlich muß die Anstaltsleitung zustimmen. Dies allerdings geschieht selten: aus Kosten- und "Sicherheits"gründen werden externe Behandlungen so lange wie möglich hinausgezögert, am liebsten bis zur Entlassung. Kommt es doch zu einer Behandlung außerhalb des Knastes, geschieht dies unter entwürdigenden Bedingungen: So brachte z.B. die Gefangene Beate H. 1984 ihr Kind unter den von der Justiz diktierten Umständen auf die Welt: Sowieso schon die ganze Zeit Handfesseln tragend, wurde sie während der Geburt ans Bett gefesselt, die Schließerinnen waren anwesend, das Kind wurde ihr sofort nach der Geburt weggenommen. Da die Gefangenen den Knast nur so kurz wie möglich verlassen sollen, werden sie z.B. nach Operationen oft gegen den Rat der behandelnden ÄrztInnen sehr schnell in den Knast zurückverlegt, auch wenn dies unabsehbare Folgen für die Gesundheit der Gefangenen haben kann.

So gut wie unmöglich ist es für Gefangene, an ÄrztInnen ihrer Wahl heranzukommen. Sie haben zwar das Recht, im Krankheitsfall eine beratende ÄrztIn hinzuzuziehen; aber wieder müssen Anträge gestellt werden, die ÄrztIn, die Anstaltsleitung müssen zustimmen, und die werden das jetzt noch weniger tun, da es gleichzeitig ein Eingeständnis wäre, daß die von der Justiz bereitgestellte medizinische Versorgung ungenügend ist. Hinzu kommt hier das finanzielle Problem: da die beschriebene medizinische Versorgung von der Justiz bezahlt wird, müssen die Gefangenen die Kosten einer Beratung/Behandlung durch eine ÄrztIn ihrer Wahl selber bezahlen. Gefangene sind aber in den allerseltensten Fällen krankenversichert, weil sie es sich schlichtweg nicht leisten können (außer der AOK nimmt keine gesetzliche Krankenkasse Gefangene auf und die privaten Kassen sind sehr teuer), Freundinnen und/oder Angehörige, die in der Lage wären, die Beiträge zu zahlen, haben die wenigsten.

Auch wenn das folgende Beispiel etwas spektakulär erscheinen mag: Es ist kein Einzelfall, und es ist davon auszugehen, daß die sich hier zeigende Ignoranz und Unfähigkeit der KnastärztInnen und SanitäterInnen für alle Gefangenen permanent im alltäglichen Umgang mit ihnen zu spüren ist und häufig bleibende gesundheitliche Schäden hinterläßt:

> "Am 15.2.1985 hat Peter V. (34) eine Herzattacke. Er wird ins Krankenrevier gebracht, erhält dort eine Spritze, eine Tablette und ein EKG wird gefertigt. Anschließend läßt man ihn in seine Zelle zurückkehren. Dazu muß er bei Minusgraden zwei Höfe durchqueren und dann drei Stockwerke hochsteigen. In der Zelle hat er dann sofort wieder einen Anfall. Zwar wird der Knastarzt sofort informiert, allerdings dauert es über 20 Minuten, bis dieser

und ein Sanitäter in der Zelle eintreffen. Der Sanitäter kümmert sich um den Gefangenen, stellt den Tod fest: "Der ist hin". Der Arzt hat sich erst gar nicht mehr bemüht."

Aus der vorangegangenen Beschreibung wird klar, daß Knast an sich krank macht und angesichts der Realität kaum von einer medizinischen "Versorgung" gesprochen werden kann.

Wir wollen jetzt noch versuchen, einige Kriterien für eine sinnvolle Erfüllung der Forderung nach freier medizinischer Versorgung zu entwickeln. Wir denken, daß sich gerade darüber deutlich machen läßt, wie eng und an welchen Punkten der Kampf der Gefangenen mit den Kämpfen sozialer Bewegungen und verschiedenster anderer Gruppen zusammengehört. Wie schon beschrieben, scheitert eine halbwegs vernünftige medizinische Behandlung von Menschen im Knast schon an der fehlenden Krankenversicherung. Gerade diese ist aber in unserer Gesellschaft notwendige Voraussetzung für die Finanzierbarkeit ärztlicher Hilfe. Die "Gesundheitsreform" hat das Geldproblem der medizinischen Versorgung verschärft. Es war schon bisher so, daß zahlreiche Hilfsmittel und Behandlungsmethoden (z.B. bessere Rollstühle, die Hilfe einer HeilpraktikerIn u.v.m.) nur für jene erschwinglich waren, die die erheblichen Mehrkosten tragen konnten. Inzwischen sind die durch Krankenkassen abgedeckten medizinischen Leistungen weiter verringert worden. Massagen, Krankengymnastik, technische Hilfsmittel werden nur noch teilweise oder gar nicht bezahlt.

Dies trifft in erster Linie die, die sowieso durch Krankheit und/oder Behinderung zu den Ärmsten der Bevölkerung gehören und gerade auf eine besonders gute Behandlung angewiesen sind. Als Konsequenz der "Gesundheitsreform" werden wir an den Zahnlücken und kaputten Brillen die Höhe des Einkommens unserer Gegenüber erkennen können.

Die Selbstverständlichkeit, im Falle einer Krankheit qualifizierte und gründliche ärztliche Hilfe unabhängig vom eigenen Einkommen in Anspruch nehmen zu können, verkommt zunehmend zu einer Luxus-Ware. In Knästen ist diese Selbstverständlichkeit eine kaum realisierbare Utopie. Die Gefangenen sind den AnstaltsärztInnen ausgeliefert. Ohne Krankenversicherung, bei Stundenlöhnen von ca. 1.-DM bleibt jeder Versuch, sich selbst um eine anderweitige medizinische Behandlung zu bemühen, unbezahlbar.

Die Forderung nach freier - d.h. auch für jede/n bezahlbarer - medizinischer Versorgung läßt sich also auch auf draußen übertragen, auch wenn die Situation in den Knästen härter ist. Sie könnte eine Basis für gemeinsamen Widerstand drinnen und draußen sein, gegen diesen Teil des staatlichen Programms der Auslese und Ausgrenzung der Alten, Kranken, Armen, Behinderten und Gefangenen, eben der für die herrschenden Verwertungsinteressen Uninteressanten.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Forderung nach freier medizinischer Versorgung ist das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Auch hier sehen wir ein paralleles Interesse. Die Erfahrungen, daß ÄrztInnen in enger Zusammenarbeit mit der Pharma-Industrie PatentInnen zu Objekten ohne eigenen Willen und Entscheidungsrecht machen, ist uns mit den gefangenen Frauen und Männern gemeinsam. Falsch- oder Nichtinformation über Krankheiten und Behandlungsmöglichkeiten, autoritäre Entscheidungen der "Gött-Innen in weiß" über unseren Körper sind eher die Regel als die Ausnahme. Da ist es nur folgerichtig, daß die Wirkunsgweise und Nebenwirkungen der verschriebenen Medikamente meist erst aus der Packungsbeilage zu erfahren sind (sofern wir diese verstehen). Medikamentenversuche an Nichtsahnenden gibt es draußen wie drinnen.

Doch außerhalb der Gefängnisse gibt es wenigstens noch teilweise die Möglichkeit, sich dem zu entziehen. Wir können die ÄrztIn wählen und/oder - falls es der Geldbeutel zuläßt - z.B. zu einer HeilpraktikerIn gehen. Auch für die gegenseitige Unterstützung und Information durch/in Betroffenengruppen, das Schaffen von Alternativen zur herrschenden Schulmedizin ist ein Versuch, sich der Objektrolle zu entziehen und wenigstens teilweise selbst über den eigenen Körper bestimmen zu können.

In den Knästen ist allerdings sehr wenig von diesen alternativen Strukturen zu spüren, was nicht nur an der Realität dort liegt, sondern auch Folge der geringen Sensibilität der linken und liberalen Öffentlichkeit für die Situation in den Knästen ist. Außer den AIDS-Hilfen sind uns kaum Gruppen bekannt, die sich intensiv mit den gesundheitlichen Belangen gefangener Frauen und Männer beschäftigen. Selbst bei diesen wird das Engagement dort meist von wenigen getragen.

Da viele Gefangenen überhaupt keine Kontakte nach draußen haben, sie also auch bei der Durchsetzung der Forderung nach freier medizinischer Versorgung gar nicht in der Lage wären, eine ÄrztIn ihrer Wahl zu finden, ist es unsere Aufgabe draußen, Informationen über "gute" ÄrztInnen (die sich auch damit auseinandersetzen müssen, in die Knäste zu gehen) und/oder andere Heilmethoden etc. nach drinnen zu vermitteln.

Teil einer freien medizinischen Versorgung im Knast ist, mindestens die Möglichkeit über die Behandlung des eigenen Körpers selbstbestimmen zu können. Dazu gehört auch, nicht allein auf die Schulmedizin angewiesen zu sein.

Grundsätzlich stellt sich noch die Frage, wie eine freie bzw. sinnvolle medizinische Versorgung umgesetzt werden kann, ohne die beschriebenen krankmachenden Bedingungen des Knastes einzubeziehen. Angesichts der Lebens- und Umweltbedingungen ist es auch draußen kaum möglich, gesund zu bleiben/werden. Auch hier sehen wir einen parallenen Zusammenhang der Situation innerhalb und außerhalb der Knäste, der allerdings kaum thematisiert wird. Krankheit hat ihre Ursache immer in den ungesunden Bedingungen, ist Folge der - wenn auch unterschiedlich ausgeprägten - Mechanismen von Isolation, Entfremdung und Herrschaft.

Ein Anliegen dieses Artikels ist es, die Belange gefangener Frauen und Männer anhand einer der in diesem Hungerstreik gestellten Forderungen zu verdeutlichen. Besonders wichtig aber war und ist uns, zum Ausdruck zu bringen, daß und wie die medizinische Versorgung ein Ausdruck von Herrschaft ist. Das Recht auf körperliche und gesitige Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und Geist steht hinter den Belangen von "Sicherheit und Ordnung" und den Profitinteressen der Herrschenden weit zurück. Die, deren Gesundung nicht in direktem Zusammenhang mit den Verwertungsinteressen des Marktes steht (oder diesem gar entgegenstehen), haben auch kein Anrecht auf entsprechende Pflege und Behandlung.

In diesem Zusammenhang bedeutet die Erfüllung der Forderung nach freier medizinischer Versorgung ohne Staatsschutz- und Polizeiüberwachung einen konkreten Schutz des Lebens der gefangenen Frauen und Männer.

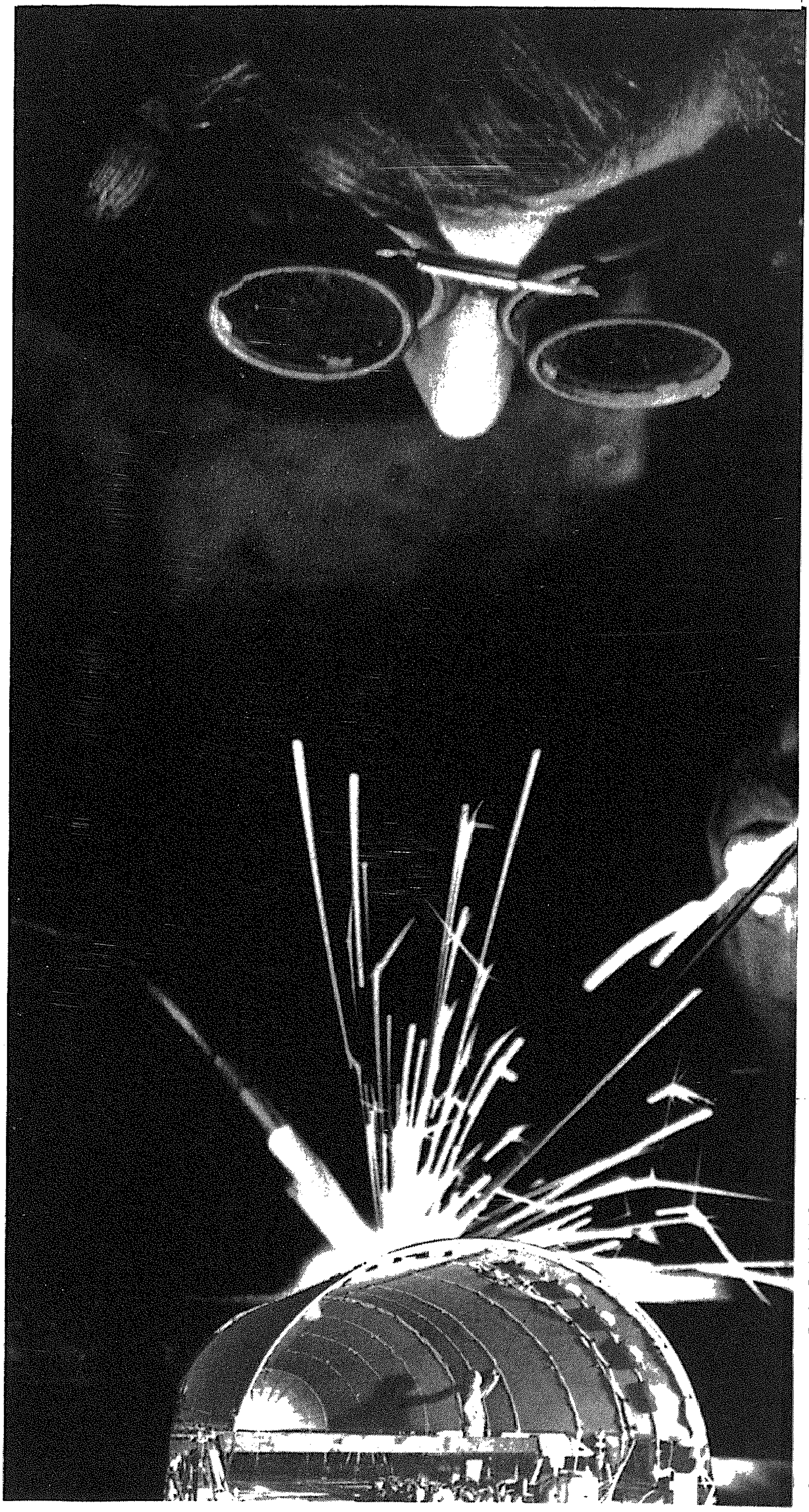
Wobei nicht vergessen werden darf, daß die krankmachenden Bedingungen, der Knast selbst, abgeschafft gehören.

Was wir vor allem wollen, ist, daß mehr Menschen und Gruppen der Zusammenhang ihrer politischen Arbeit mit den Kämpfen der Gefangenen deutlich wird, daß Widerstand an den ursächlich gleichen Gründen - drinnen und draußen - zusammenkommt: der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Leiharbeit in der BRD

vonThomas Schupp

In ihrer jetzigen Form sind in der Leiharbeit einige Charakteristika enthalten, die die künftige Organisierung der Arbeitswelt aus der Sicht des Kapitals ausmachen sollen. Leiharbeit ist daher kein "systemfremdes" Element der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Insofern kann die Analyse der Entwicklung von Leiharbeit Rückschlüsse auf die Entwicklung des kapitalistischen Arbeitssystems zulassen.



Die Entwicklung der Leiharbeit

Die ersten Leiharbeitsfirmen entstanden vor ca. 35 Jahren in den USA, die sogenannten "temporary-help-firms". Zehn Jahre später wurden die ersten Leiharbeitsfiirmen in Westeuropa gegründet und das erste Leiharbeitsbüro in der Bundesrepublik Deutschland am 1.4.1962 von der Firma "Adia Interim". Am 28.1.1969 gründete ein Teil der Leiharbeitsfirmen den Unternehmensverband für Zeitarbeit e.V." (UZA). Mit diesem schloß die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) am 30.6.1970 den ersten Tarifvertrag ab. Am 30. Juli 1987 erreichte die Zahl der LeiharbeiterInnen mit 79.529 ihren bisherigen Höchststand. Bis Ende 1987 stieg die Zahl der konzessionierten Verleihbetriebe auf den Rekordstand von 3.150.[1]

Die wirtschaftliche Situation Anfang der 70er Jahre

Zwischen 1969 und 1973 wurden von der ArbeiterInnenklasse durch wilde Streiks die Trennung von Leistung und Lohn durchgesetzt, d.h. die Löhne stiegen schneller als der Produktionszuwachs. Diese von den Lohnabhängigen erkämpften Lohnerhöhungen waren also unabhängig von der momentanen Konjunktur und die Profitrate fiel Anfang der 70er Jahre.

"Diese Kämpfe entstanden aus der einheitlichen (Arbeits-)situation in den Fabriken und Wohnbezirken und führten von daher zu einem gemeinsamen Kampf mit einheitlichen Lohnforderungen. (...) Doch nicht nur die wilden Streiks, Sabotageaktionen, Fabrikbesetzungen, Verminderung und Verweigerung von Arbeitsleistungen führten zum Stocken der Profitrate, ebenso von Bedeutung war die immer ungehemmtere Aneignung von sozailstaatlichen Leistungen".[2]

Die Antwort des Kapitals: die "Energie-" und Wirtschaftskrise

Da sich die Löhne nicht am nominalen Steigen hindern ließen, wird mittels der inszenierten "Energiekrise" ein Vierteljahr nach dem Höhepunkt der 73er Streikwelle versucht, über die gestiegenen Lebenshaltungskosten z.B. beim Auto und der Wohnung den erkämpften Lohngewinn indirekt wieder abzuschöpfen. Eine zweite Variante des Kapitals war die Abkehr vom keynesianischen Vollbeschäftigungsmodell. Mit Hilfe des sprunghaften Anstiegs der Arbeitslosigkeit wurde eine Reservearmee von Arbeitskräften geschaffen, um wie schon so oft in der Geschichte des Kapitalismus, die Lohnabhängigen zu disziplinieren und Druck auf die Löhne auszuüben.

Leiharbeitsfirmen als Rädchen in der neuen Strategie des Kapitals

Die Leiharbeitsfirmen waren in den 70er Jahren ein Instrument des Kapitals, um die

gesellschaftlich weit verbreiteten Einstellungen und Verhaltensweisen gegen die Lohnarbeit wieder in den Ausbeutungsprozeß zu integrieren. Individuelle Verweigerung wie Krankfeiern, den Betrieb wechseln, Pausen ausdehnen und kollektive Aktionen wie autonome Streiks sollten zurückgedrängt werden, damit der Produktionsprozeß nicht gefährdet wurde.

"Das Bedürfnis nach Selbstbestimmung wird vom Kapital individualisiert und damit (...) entsprechend seinen Produktivitätserfordernissen benutzbar".[2]

Die Renitenz der ArbeiterInnen sollte isoliert bleiben und nicht in kollektive Aktionen umschlagen können. Hierfür werden die Produktionsabschnitte entkoppelt: Einführung von Pufferzonen in der Fabrik, Auflösung der Fließbandabteilungen, Einrichtung teilautonomer Gruppen; außerhalb der Fabrik wurde das Klitschennetz, die diffuse Fabrik, ausgeweitet. Mit dem Mittel Arbeitslosigkeit werden die renitentesten und unproduktivsten Arbeitskräfte aus den Kernbelegschaften entfernt, um sie über prekäre Arbeitsverhältnisse wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. So sollen die Poren des Arbeitstages verschlossen werden und die Verweigerung der Lohnarbeit ins Leere laufen.

Der Arbeitsmarkt kommt über Flexibilisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen immer mehr ins Rotieren. Eine riesige Drehscheibe vermittelt immer häufiger Jobs unter dem Lohnniveau des vorherigen. So können ohne großen inflationären Druck die Profite der Unternehmen stabilisiert und gesteigert werden.[4]



Die Entwicklung in den 80er Jahren

Die Arbeitslosenzahlen wurden trotz des Aufschwungs nicht gesenkt. So griff die neue Strategie der Unternehmer: Angst um den Arbeitsplatz, Angst um ein gesichertes Einkommen, höhere Rhythmen und niedrigere Löhne wurden akzeptiert. 1984 konnten Kapital und Gewerkschaften mit der 38,5-Stunden-Woche eine weitere Flexibilisierung und damit Prekarisierung durchsetzen. Leiharbeit, befristete Verträge, 440.-DM Jobs etc. sind für viele ArbeiterInnen zur Normalität geworden und verlieren somit ihre abschreckende Wirkung. Das prekäre Arbeitsverhältnis wird von ihnen in ihre Lebensplanung eingebaut, so daß mittels Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Schwarzarbeit etc. sich der Lohnarbeit entzogen wird. Renten-, Gesundheits- und Steuerreform Ende der 80er Jahre sind nun Instrumente des Staates, erkämpftes Einkommen wieder abzuschöpfen und von unten nach oben umzuverteilen, wobei bis heute wegen des heftigen Widerstandes schon wieder beträchtliche Abstriche gemacht werden mußten, z.B. durch Warnstreiks der DruckerInnen gegen die Besteuerung der Nacht- und Feiertagszulagen.

Das Instrument der "Flexibilisierung"

"Das Prinzip der Warenverteilung durch Angebot und Nachfrage wird nun auch ... auf die menschliche Arbeitskraft angewandt ... Zudem bedeutet die Flexibilisierung der Arbeit häufig eine Arbeitsintensivierung und Disziplinierung der Arbeit."[5]

Flexibilisierung wurde in den 80er Jahren zu dem Zauberwort und der Strategie, mit der die Unternehmen versuchten, Umstrukturierungen durchzusetzen. Flexibilisierungsstrategien setzen vor allem bei der Arbeitszeit, bei Beschäftigten und bei den Arbeitsverhältnissen an.

Gerade im Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung kam es zu großen Auseinandersetzungen. Durch die industrielle Entwicklung wurde das System der Lohnarbeit ausdifferenziert in die Dreiteilung Vorberuf, Beruf, Ruhestand. Die Krise des tayloristischen Organisationsmodells (= Aufspaltung der Arbeit in Produktionsabschnitte, z.B. Fließband, wissenschaftliche Arbeitsorganisation) bzw. des fordistischen Gesellschaftskonzepts (= industrielle Massenfabrikation) bewirkte eine Erosion der Normalform der Lebens- und Arbeitszeit. Auf diesem Hintergrund formieren sich Konflikte der Wochenarbeitszeitverkürzung, Vorruhestand, der Wochenendarbeit, Teilzeitarbeit, die Entkopplung der Betriebszeit von der Arbeitszeit, Schichtregelungen und Gleitzeitsysteme.

"Zerfaserung der Erfahrungsgrundlage kollektiver Organisationspraxis ist die eindeutige politische Strategie der Arbeitszeitflexibilisierung".[6]

Von Unternehmerseite wird das Ganze so interpretiert:

"Aus Arbeitgebersicht ist Arbeitszeitflexibilisierung gleichbedeutend mit der Entkopplung von Arbeits- und Anlagenlaufzeit. ... Langfrisitig bedeutender ist das Interesse einer ständig größer werdenden Zahl von Arbeitsnehmern, die Arbeitszeitflexibilisierung zu nutzen, um in einer individuellen Kombination von Arbeitsdauer, Lage der Arbeitszeit und Gehalt ein Optimum zu erwirtschaften. Noch auf lange Sicht wird das 'Normalarbeitsverhältnis' für eine Mehrheit der Arbeitnehmer der Standard sein. Jedoch wächst die Zahl der Spezialisten, die als neue Selbständige oder Teilzeitbeschäftigte trotz kürzerer Arbeitszeit größere Einkommenschancen hätten. Es wächst der Bedarf der Unternehmer an Leiharbeitern oder befristeten Angestellten, die kurzfristig anfallende Leistungen erbringen".[7]

Die Flexibilisierung bei den Beschäftigten zielt auf die Erhöhung der Mobilität, die Ausweitung der Qualifikation, die Differenzierung der Bezahlung sowie der Entregulierung der Kündigungs- und Arbeitsschutzbedingungen.[8]

Leiharbeit in den verschiedenen Branchen

Die Gewichtigkeit der Leiharbeit dürfte nach dem Verbot im Bausektor (am 1.1.82) im industriellen Sektor noch ausgeprägter sein. Vor allem beim Maschinenbau, in der Elektroindustrie und im Schiffsbau wird die Leiharbeit überdurchschnittlich intensiv genutzt. Mit 0,58% des Arbeitsvolumens ist die Nutzungsintensität von Leiharbeit beim Schiffsbau am größten.[9] In diesem Bereich gibt es große Auftragsschwankungen, die durch Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau zum Teil bewältigt werden. Ein anderes Mittel ist der Aufbau eines Flexibilisierungsinstrumentariums bestehend aus Leiharbeit, Werkverträgen und hohem Überstundenniveau.

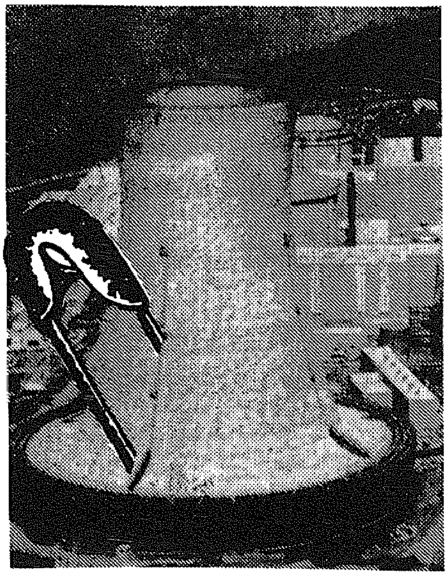
Beim Maschinenbau ist es durch Rationalisierungen mittels neuer Technologien zu einem Beschäftigtenrückgang gekommen. Produktionsschritte werden ausgelagert und sich auf die Kernproduktion konzentriert. Durch Lieferfristen kommt es zur Zunahme des Termindrucks, d.h. Flexibilisierung von Menschen und Arbeitsorganisation sind für die Unternehmen wichtig. Daher gibt es reduzierte Stammbelegschaften, hohes Überstundenniveau und Leiharbeit, die mit 0,52% vom Arbeitsvolumen nur knapp hinter dem Schiffbau liegt.[10]

In der Elektroindustrie beträgt die Nutzungsintensität 0,4%. In diesem Bereich gab es zwischen 1975 und 1980 einen Beschäftigungsrückgang vor allem bei An- und Ungelernten. Dieser Rückgang wird seit 1978 verstärkt durch Leiharbeit kompensiert. Da diese Branche in den letzten Jahren eine starke Wachstumsbranche war und ist, liegt die Vermutung nahe, daß es auch zu einem überdurchschnittlichen Anwachsen der Leiharbeit in diesem Bereich gekommen ist.

Durch den Kontinuitätsprozeß in der Produktion bestehen in der chemischen Industrie weniger Flexibilisierungsmöglichkeiten. Diese sind eher bei Wartung und Instandhaltung sowie in der Verwaltung gegeben. Im gewerblichen Bereich kommt es zum Einsatz von Subunternehmen mittels Werkverträgen sowie von Leiharbeitsfirmen. Über 50% der Beschäftigungsstunden des Leiharbeitsvolumens werden von Frauen erarbeitet, deren Anteil in der chemischen Industrie bei ca. 30% liegt. Die LeiharbeiterInnen werden vor allem im Verwaltungsbereich eingesetzt.[11]

Generell bleibt festzustellen, daß ein höher Leiharbeitsanteil in den Branchen zu finden ist, die besonders überstundenintensiv sind. Motive das Flexibilisierungsinstrument Leiharbeit einzusetzen sind Unsicherheit der Nachfrage, Konjunkturschwankungen, Krankheit, Urlaub etc.

Im Dienstleistungssektor kommt es vergleichsweise zu geringer Leiharbeitsnutzung. Sie dient hier als Option zur Aufrechterhaltung des Arbeitsprozesses (Personalengpässe) bei Banken und Versicherungen, öffentlichen Verwaltungen sowie anderen Dienstleistungsbranchen. In der Regel werden im Dienstleistungssektor zunächst interne Flexibilisierungspotentiale genutzt. Durch die Spreizung des Angebots entsteht ein härterer Machtkampf. Die Beschäftigten werden innerbetrieblich qualifiziert, damit sie an Arbeitsplätzen und -gegenständen flexibel eingesetzt werden können. Darüber wird der Aufstieg selektiert. Für unqualifizierte Tätigkeiten werden vor allem Frauen als Teilzeitkräfte eingesetzt, weniger über befristete Verträge. Kurzfristiger Mehrbedarf entsteht wegen der Automatisierung nur noch selten beispielsweise mit Werbekampagnen, die dann über LeiharbeiterInnen abgedeckt werden.



Leiharbeit in Atomanlagen

Als technologische Großprojekte mit High-Tech-Konzentration sind Atomanlagen gute Beispiele dafür, wie der kapitalistische Wirtschaftsprozeß in anderen Bereichen organisiert wird. Die Produktion von Atomenergie ist eine gewalttätige Technologie, nicht nur weil sie Leben bedroht, sondern auch weil sie in besonderem Maße die Anpassung der ArbeiterInnen an die Maschinerie verlangt. Fehler können lebensgefährliche Folgen haben, sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft. Die Arbeitsbedingungen in Atomanlagen sind gekennzeichnet durch Verstrahlung, Hierarchisierung (Festangestellte/Leiharbeiter) und Militarisierung. Etwa eine halbe Million Menschen arbeiten unter diesen Bedingungen. Leiharbeiter (3/4 der Belegschaft!), befristete Arbeiter und Ausländer werden durch die Art der Zusammensetzung der Arbeitskolonnen, den Arbeitsvertrag und durch scharfe Kontrollen diszipliniert. denn die Leiharbeiter müssen die schmutzigsten und verseuchtesten Arbeiten unter den unzureichendsten Schutzbedingungen, zu den niedrigsten Löhnen, längsten Arbeitszeiten und unsichersten Arbeitsverhältnissen erledigen.

Ohne Leiharbeit geht gar nichts in Atomanlagen. Durch die wird die Zusammensetzung der Belegschaften entscheidend mitbestimmt. Durch ständige Fluktuation, die Sprachprobleme und die Hierarchisierung soll eine Solidarisierung der ArbeiterInnen gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen vermieden werden.

In einem Atomkraftwerk sind ca. 200 Menschen festangestellt, doch tauchen in der Jahresbilanz zwischen 1000 und 2500 Beschäftigte auf. Diese Fremdkräfte sind in der Revisionszeit (ca. 4 bis 6 Wochen im Jahr) tätig. In dieser Zeit werden auch ein Drittel der Brennelemente ausgetauscht. Der Reaktor muß hierfür abgeschaltet werden. Da dies Verluste für die Betreiber bedeutet, sind alle Revisionsarbeiten genau aufeinander abgestimmt. Dies führt zu einem erhöhten Druck für die Arbeiter, die zum Teil Arbeiten im Primärsystem des Reaktors mit überaus hoher Strahlenbelastung ausführen, so daß sie nach ein oder zwei Tagen die "zumutbare" Jahresstrahlendosis abbekommen haben. Dies erklärt den hohen "Verschleiß" von Arbeitskräften während einer Revision.[12]

Und auch hierbei gibt es Möglichkeiten, die Strahlenschutzvorschriften zu umgehen, indem mal der Dosimeter zerstört wird oder bei der Kontrolle ungenau abgelesen wird.

Wer sich diesem Arbeitssystem nicht total unterordnet, unterliegt vielfältigen Repressionsmöglichkeiten, z.B. Arbeiten in den hochverstrahlten Bereichen bis hin zur Entlassung, was beides existenzbedrohend sein kann...

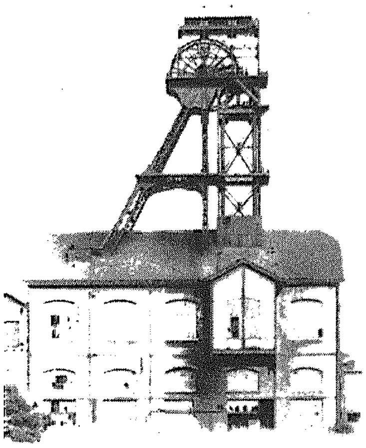
Während die festangestellten Facharbeiter die heißen Zonen möglichst meiden und nur Einweisungen geben, kommt es den Leiharbeitern nur darauf an, möglichst viel Geld zu verdienen, da sie ja nur befristet angestellt sind, wobei sie aufgrund ihrer Zwangssituation sich selbst gefährden.[13] Während nach Beendigung der Arbeiten die festangestellten Facharbeiter von ihren Firmen zur Kontolluntersuchung (Ganzkörper- und Organbelastung) geschickt werden, müssen sich die Facharbeiter von Leihfirmen selbst darum kümmern. Leiharbeiter wurden dort nicht gesehen. D.h. mit Abnahme der Qualifikation nehmen ebenso die Sicherheitsbestimmungen und die Löhne ab.

In der Broschüre "Leiharbeit in Atomkraftwerken" werden anhand des Atomkraftswerks Leibstadt/Schweiz die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter beschrieben, die in ähnlicher Form auch für die Atomkraftwerke in der BRD gelten: Die Arbeit wird in Kolonnen mit je 7 bis 9 Leiharbeitern organisiert. Ein Facharbeiter aus dem Atomkraftwerk leitet die Kolonne. Die Zusammensetzung der Kolonnen wechselt häufig mit unterschiedlich qualifizierten und aus verschiedenen europäischen Ländern stammenden Arbeitern. Die Entlohnung für die gleiche Arbeit ist oft unterschiedlich. Die Sprachbarrieren und die zum Teil großen Entfernungen machen erstens eine Organisierung fast unmöglich, d.h. ein Lohndruck in der Region wird vermieden und zweitens

wird das Erkrankungsrisiko an Leukämie, Krebs etc. verteilt, so daß es in der regionalen Statistik nicht mehr nachzuweisen ist.[14]

Leiharbeit bei ALKEM

Die Hanauer Plutoniumfabrik ALKEM beschäftigt nach Berichtern der FR[15] regelmäßig Leiharbeiter der Firmen "Manpower" aus Frankfurt und der Hofheimer "Automations-Service" in der Brennelementeferti-



gung. Laut ALKEM-Pressesprecher Jend sind dies ca. 20 qualifizierte Metallfacharbeiter, die bei "Stoßgeschäften" eingesetzt würden. Im Bereich der staatlichen Gewerbeaufsicht Frankfurt sind 128 weitere Firmen berechtigt nach §20a der Strahlenschutzverordnung Arbeitskräfte an mit radioaktiven Stoffen hantierende Firmen zu verleihen. Konkrete Zahlen werden nicht genannt, da diese unter das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis fallen.

Und nicht jeder Inhaber eines ausgestellten Strahlenpasses arbeitet dann auch in einem Nuklearbetrieb. Zwar werden diese Leiharbeiter im Wiesbadener Sozialministerium und beim Bundesinnenministerium registriert und es wird darauf geachtet, daß sie nicht mehrere Strahlenschutzpässe besitzen und sie werden sogar vom Verfassungsschutz überprüft, doch einen genauen Überblick über die in Brennelementefabriken eingesetzten Leiharbeiter haben auch die zuständigen Behörden nicht. Hier funktioniert der Zwang zu illegaler Beschäftigung über die Sechs-Monate-Grenze (= gesetzlich festgelegte Höchstarbeitsdauer für LeiharbeiterInnen in einem Betrieb) mit der Drohung der Entlassung. Nach Angaben der FR lag die Leiharbeiterquote bei den Hanauer Nuklearbetrieben 1983 bei etwa 17% (von 1300 Beschäftigten 200). Das angebliche Stoßgeschäft mit Leiharbeitern ist Dauerzustand. Hierbei wird die Strahlenschutzverordnung betriebswirtschaftlich optimal genutzt. Wenn die vorgeschriebene Strahlungsdosis überschritten ist, werden die Leiharbeiter einfach aus der Produktion genommen. Das ist für die Entleiher billiger, als Angehörige der Stammbelegschaft, die bei Erreichen der maximal zulässigen Höchstwerte für die Produktion ausfallen, weiterbezahlen zu müssen.

Leiharbeit ein Instrument der Umstrukturierung

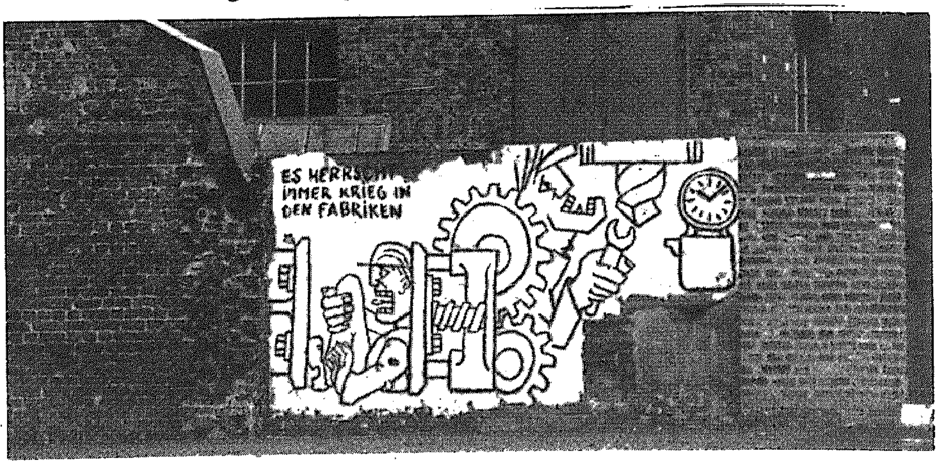
Leiharbeit ist nicht *die* Arbeitsform in einem "modernisierten" Kapitalismus, sondern eher ein Instrument im Zuge dieser Anpassung. Doch hat diese Beschäftigungsform eine Art Pilotfunktion für den Arbeitsmarktumbruch. Als ein Katalysator fungiert sie für Entdifferenzierung und Vielschichtigkeit von Berufen, d.h. sie ist konzentriert auf Berufe mit hoher Verwendungsbreite. Über die Leiharbeit laufen Mobilitätsprozesse gegen die Arbeitsmarktsegmentierung, so daß sie tendenziell das normale Beschäftigungsverhältnis in Frage stellt. Voraussetzungen sind hochstandardisierte Arbeitsplätze mit stereotypisierter Arbeit, die den LeiharbeiterInnen angeboten werden müssen, so daß die Arbeitskräfte ohne große Einarbeitungszeit einsetzbar sind. Die im Gesetz festgelegte Einsatzhöchstdauer von 6 Monaten in einem Betrieb, ist eine relativ kurze Zeit im Vergleich zu den im Beschäftigungsförderungsgesetz festgeschriebenen 18 Monaten für befristete Arbeitsverträge. Für die Einarbeitung in kompliziertere

- Leiharbeit als Aufschub der Umstrukturierung, des Lavierens zwischen zwei Modellen der Betriebsorganisation
- Leiharbeit als entlastende Funktion für absehbare Risiken und Kosten
- Leiharbeit geht auf die unterschiedlichsten Unternehmerphilosophien ein und kann mehrere Funktionen gleichzeitig übernehmen.[17]

Leiharbeit entspricht dem Unternehmerbedürfnis nach kurzfristig, flexibel einsetzbarer Arbeitskraft, die nicht oder sehr schlecht organisiert ist, so daß ein niedriges Lohnniveau und schlechte Arbeitsbedingungen gegen die Lohnabhängigen durchgesetzt werden können.

Mittels der Werbepropaganda der Verleihbranche wird dann noch den LeiharbeiterInnen das Bedürfnis nach wechselnden Tätigkeiten mit der "Sicherheit" eines Arbeitsplatzes hineininterpretiert. Dieses Bedürfnis trifft aber nur auf einen geringen Anteil der LeiharbeiterInnen zu.

Zwar gibt es den Wunsch nach individueller Gestaltung von Arbeitsverhältnissen, doch steht dies asymmetrisch zu den tatsächlichen Machtverhältnissen, so daß solche



Vorgänge ist der Verleih von Arbeitskräften für sechs Monate unrentabel, es sei denn es werden die gesetzlichen Bestimmungen umgangen. Zusätzlich wird der Leiharbeit durch die neu eingeführte Entleiherhaftung Grenzen gesetzt. "Pufferarbeitsplätze", d.h. Arbeitsplätze, die leicht mit LeiharbeiterInnen zu besetzen sind, sollten vom Zuschnitt und Inhalt so beschaffen sein, daß so wenig wie möglich Einarbeitungszeit nötig ist.[16]

Gesellschaftliche Funktion von Leiharbeit

Die Leiharbeit soll als ein Instrument des Kapitals die in jahrzehntelangen ArbeiterInnenkämpfen verfestigte und verrechtlichte Position der Klassenauseinandersetzung aufbrechen und künftig verstärkt angewandt werden.

Für Organisation und Reproduktion des Betriebes hat die Leiharbeit folgende Funktionen:

- Leiharbeit als Dispositionsmasse des Betriebsrates

Wünsche direkt gegen die Individuen gerichtet werden, d.h. kapitalistisch verwertbar werden. Nur durch kollektive Organisierung konnten bis jetzt allgemeine Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen durchgesetzt werden. Daher soll die Leiharbeit die Lohnabhängigen destabilisieren und spalten sowie deren kollektive Interessenvertretungen zurückdrängen.

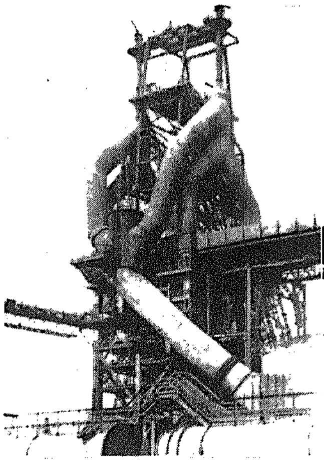
In der Diskussion um neue sozial-ökonomische Strukturen vor dem Hintergrund des Bedürfnisses nach zeitlicher befristeter Arbeit fallen Begriffe wie "Arbeitszeitverkürzung", "Teilzeitarbeitsplätze", "Job-Sharing" etc. Es geht hierbei um Ansätze nach mehr Selbstbestimmung und Selbstorganisation, z.B. "Zeitsouveränität". Das Bedürfnis nach "maßgeschneiderter Arbeitszeit", vor allem bei Frauen kommt in den "normalen" Betrieben nicht zum Zuge. Doch der Schluß, daß Leiharbeit die Alternative ist, ist sicherlich falsch; "denn außer der Befristung von Arbeitszeit wird durch die Leiharbeit nichts von den Wünschen und Wertvorstellungen eingelöst, die immer mehr Menschen formulieren: mehr (zeitliche)

Souveränität, mehr Selbstbestimmung, mehr Sinn und Qualität der Arbeit".[18]

Die Unternehmen setzen dagegen ihre Forderungen nach Anpassung des Arbeitsmarktes an die sich ändernden Bedingungen, Bedürfnisse und Wertvorstellungen. Sie wollen mehr Pluralität, d.h. mehr Konkurrenz und Flexibilität zu ihren Gunsten. Und um solche Veränderungen zu gestalten, benutzen sie die Leiharbeit als ein Mittel, neue gesellschaftliche und ökonomische Strukturen zu manifestieren.[19]

Die Verleihbranche expandiert im Boom und wird danach wieder zurückgestutzt. Das ist ihre Funktion: bei verrechtlichten Arbeitsverhältnissen jederzeit entlaßbare Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

- Leiharbeit diszipliniert unangepaßte Arbeitskräfte, läßt sie ins Leere laufen. Krankmachen, Absentismus und Fluktuation stört nicht mehr.
- "Arbeitslosigkeit" als Waffe würde durch arbeitsintensive Großprojekte in einer Region entschärft, wenn nicht Leiharbeitsfirmen von überall her Arbeitskräfte heranschaffen würden.
- Klitschenbetriebe sind aus Kostengründen auf Leihfirmen angewiesen, da sie nicht so viele ArbeiterInnen fest anstellen können.
- Innovationen können oft nur mit LeiharbeiterInnen durchgesetzt werden (neue Maschinen, höhere Arbeitstempi, neue Schichtregelungen).
- Leiharbeit funktioniert bei Großunternehmen als Probezeit, dann wird das beste Zehntel nochmals in Probe übernommen.
- die Sätze der Leiharbeitsfirmen liegen um den Durchschnittslohn plus Nebenkosten, so daß Überstundengeld bei den Entleihern gespart werden kann.



Fazit und Ausblick?

Obwohl die Leiharbeit in den letzten Jahren expandierte, ist deren volkswirtschaftliche Bedeutung weiterhin eher marginal. Doch schon in den einzelnen Branchen kann sich dieses Bild ändern. Durch den massiven Einsatz von LeiharbeiterInnen werden beispielsweise die Stammbelegschaften in der Metall-, Elektro- und Werftindustrie massiv unter Druck gesetzt, so daß Leiharbeit hier als ein Mittel der Umstrukturierung und Zerschlagung von ArbeiterInnenhochburgen fungiert.

"Menschliche Arbeitskraft stellt für die Unternehmen in erster Linie eine ökonomische Größe dar, mit der möglichst rentabel gewirtschaftet werden muß"[20] So ist Leiharbeit eine Erscheinungsform, die durch Rationalisierungen die menschliche Arbeitskraft tendenziell auflöst, um sie besser zu kontrollieren.[21] Durch den ständigen Arbeitsplatzwechsel der LeiharbeiterInnen fördert Leiharbeit die Unorganisiertheit und treibt die Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften voran. Diese Tendenz im Zusammenspiel mit den anderen prekären Arbeitsverhältnissen wirkt sich dann auf den gesamten gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbereich aus.



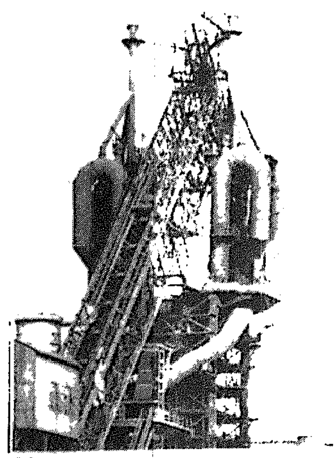
Für die weitere Entwicklung des bundesdeutschen Kapitalismus sind unter anderem die folgenden Faktoren wichtig: Mit dem angekündigten Zustrom von Über- und Aussiedlern aus den Ostblockstaaten in der Größenordnung von 600.000 in den Jahren '89-'91 und dem weiteren Zustrom von ImigrantInnen aus den Ländern der Peripherie wird ein Arbeitskräftepotential herangeführt, das wegen niedriger Ansprüche und hoher Arbeitsmotivation profitabler verwertet und auch besser in prekäre Arbeitsverhältnisse bzw. in die Untergrundökonomie gedrückt werden kann.

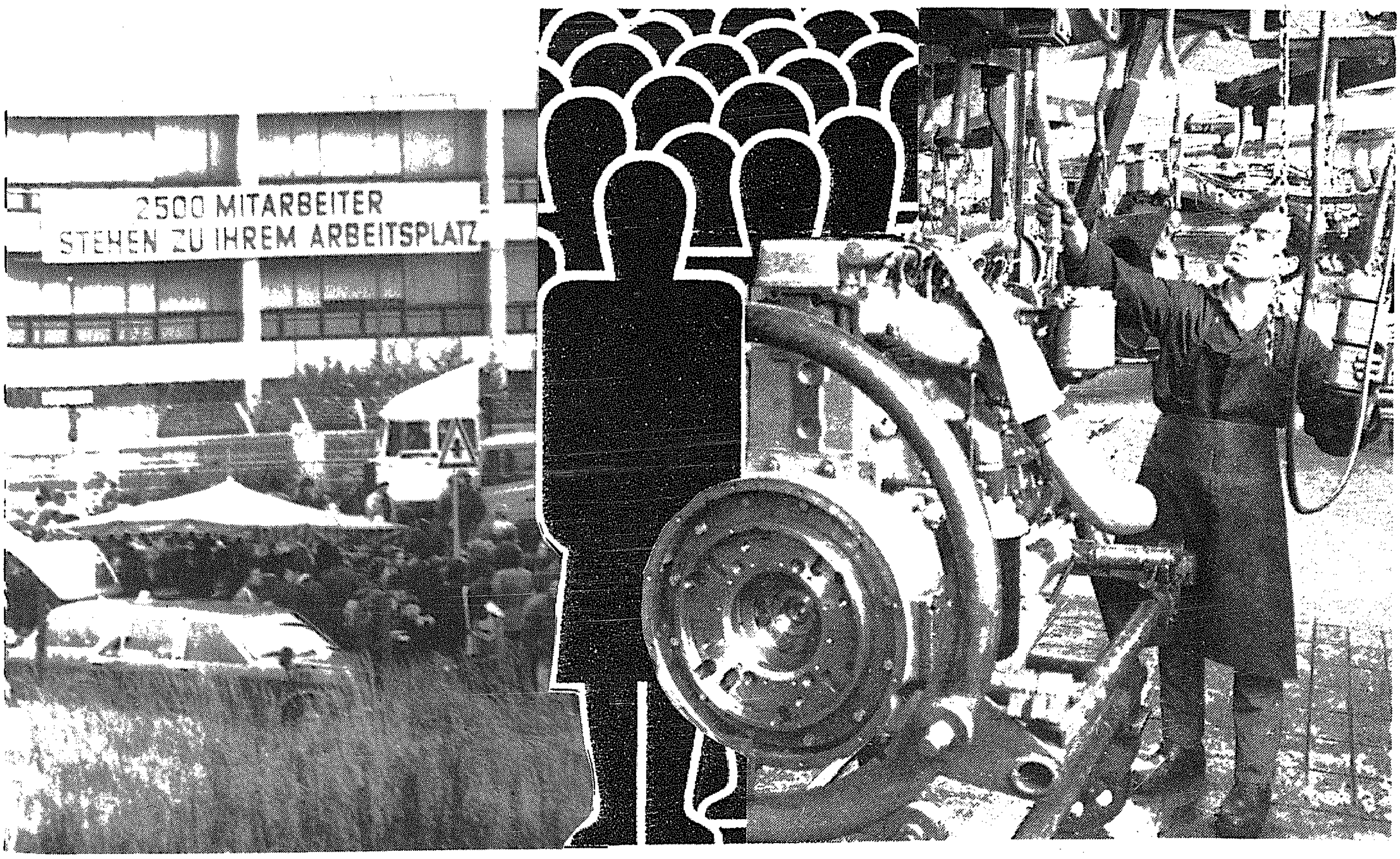
(Nimmt man das) steigende Selbstbewußtsein der Frauen, die zunehmend aus der "stillen Reserve" in den Arbeitsmarkt drängen und die Eingliederung geburtenstarker Jahrgänge in den Arbeitsmarkt (hinzu, so) wird das hohe Arbeitslosenniveau mittelfristig bestehen bleiben und neue Konfliktfelder eröffnen.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Änderung des Verbraucher- und Konsumverhaltens lassen eine Tendenz im Produktions- und Dienstleistungssektor von mehr Quantität hin zu mehr Qualität sichtbar werden. Dies stellt höhere Anforderungen an die Arbeitsorganisation in den Betrieben hinsichtlich der Ausweitung der Produkt- und Angebotspaletten. Der allgemeine Konjunkturzyklus von Boom- und Rezessionsphasen wird sich in Branchenkonjunkturen ausdifferenzieren.

Für diese Flexibilisierungsvorhaben des Kapitals sind Leiharbeits- und andere prekäre Arbeitsverhältnisse wichtige Instrumente. So plädieren Biedenkopf/Miegel in einem Gutachten für den Bundesverband Zeitarbeit für eine volle Integration der Leiharbeit in das Wirtschafts- und Sozialgefüge.[22]

Inwieweit diese Integration der Leiharbeit in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem machbar ist, wird vom Stand der Klassenauseinandersetzungen bestimmt. Diese beinhalten für mich nicht nur den Produktionssektor, sondern auch den weiten Bereich der Reproduktion. Dieses Feld war in den letzten Jahrzehnten von heftigen Auseinandersetzungen bestimmt wie dem Kampf um die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Grundlagen, Thematisierung patriarchaler Strukturen durch die Frauenbewegung, Selbstorganisation des Alltags durch Selbsthilfegruppen, Widerstand von Bürgerinitiativen sowohl gegen Großprojekte der Herrschenden als auch gegen kommunale Herschaftsstrukturen, das





Infragestellen der herrschenden "Sicherheitslogik" durch die Friedensbewegung etc. Diese Kämpfe entwickelten einen ausgeprägten antiautoritären bis zum Teil antistaatlichen Charakter der darin Agierenden.

Der Wunsch nach herrtschaftsfreieren Beziehungen zwischen den Menschen schlägt sich auch auf den Produktionssektor nieder. Offene Repressionsstrukturen werden in den Betrieben immer weniger akzeptiert, so daß das Kapital mittels Pseudozugeständnissen und dem Gewähren von Scheinautonomie (Arbeitsgruppen mit beschränkten Kompetenzen) versucht, die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen produktiv zu integrieren.

Diese Faktoren zusammengenommen werden letztlich entscheiden, wie sich die Akzeptanz von Lohnarbeit im allgemeinen und der Leiharbeit im speziellen in Zukunft entwickeln wird. Die Verwirklichung der Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung wird das antagonistische Verhältnis Kapital/ Arbeit und die daraus resultierenden Kämpfe auch weiterhin bestimmen.

Anmerkungen:
1 FAZ, 8.7.88
2 AKTION 3/87, S.17
3 Wildcat-Inofo Nr.4, S.13
4 Diskus, Heft 5, Dez. 80, S.32
5 Ellen Strathmann: Sozialethische Überlegungen zur Leiharbeit, in: Hildegard Mooge (Hrsg.): Die verliehene Arbeitskraft, SWI-Studienhefte 3, Frankfurt 1982, S.45
6 Oskar Negt: Lebendige Arbeit - Enteignete Zeit, Frankfurt/New York 1986, S.20
7 Der Arbeitgeber Nr.7/40, 1988, S.236
8 Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus - Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg 1986, S.130
9 H.-G. Brose/M. Schulze-Böing/M. Wohlrab-Sahr: Zeitarbeit - Konturen eines "neuen" Beschäftigungsverhältnisses, in: Soziale Welt 3/87, S.298
10 ebd.
11 ebd., S.299
12 Atomplenum Hannover (Hrsg.): Leiharbeit in Atomkraftwerken, Hannover 1986, S.12
13 ebd., S.9
14 ebd., S.23
15 FR, 21.1. und 25.1.1985
16 randstad-digest 1986/87, S.42
17 Bundestagsdrucksache 11/2639: 6.Erfahrungsbericht der Bundesregierung, Bonn 7.7.1988, S.13
18 H. Mooge (Hrsg.), 1982, S.36
19 Kurt Biedenkopf/Meinhard Miegel: Gutachten zur wirtschafts-, gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der Zeitarbeit, in: Informationsdienst Zeitarbeit, Hrsg. BZA, Hamburg 1980, ohne S.
20 H. Mooge, 1982, S.35
21 ebd.
22 K. Biedenkopf/M. Miegel 1980, ohne S.

Dieser Artikel ist ein Auszug einer 123 S. umfassenden Studie **"Sozio-ökonomischer Kontext von Leiharbeit in der BRD"** verfaßt im Oktober 1988. Die gesamte Arbeit kann gegen 6.-DM incl. Porto bestellt werden bei: *Thomas Schupp, c/o FKK, Schleusenstr.17, 6000 Frankfurt a.M.*

Häuserkampf in Köln

vom Anarchistischen Plenum Köln

Wir schreiben das Jahr 1989 und die Weißhausstr.20 in Köln ist immer noch besetzt. Das hätten wir im letzten Sommer niemandem geglaubt. Sah es doch so aus, als wollte die herrschende Koalition aus Stadt und Bullen mit dem HausbesetzerInnen-"Problem" in Köln endgültig aufräumen. Inzwischen, nachdem der offene Räumungsdruck etwas nachgelassen hat, ist es fast wieder selbstverständlich, daß es "die Weißhaus" gibt, und manche Erkenntnis aus dem letzten Sommer ist in dieser trügerischen Ruhe versackt - vor allem die, daß wir an der inzwischen vielbeschworenen "Verbreiterung/Verankerung" intensiv arbeiten müssen.

Wir wollen mit diesem Artikel unsere Erfahrungen und die Ereignisse im Kölner Häuserkampf der letzten anderthalb Jahre ein Stückchen aufarbeiten. Wir beschreiben Vieles im Detail, weil wir glauben, daß gerade auch angebliche Kleinigkeiten mitentscheiden, ob Menschen zum Widerstand dazustoßen oder dabeibleiben. Uns liegt nichts an der Reproduktion irgendwelcher Mythen, uns kommt es vielmehr darauf an, die Kräfteverhältnisse und unsere Chancen realistisch einzuschätzen.



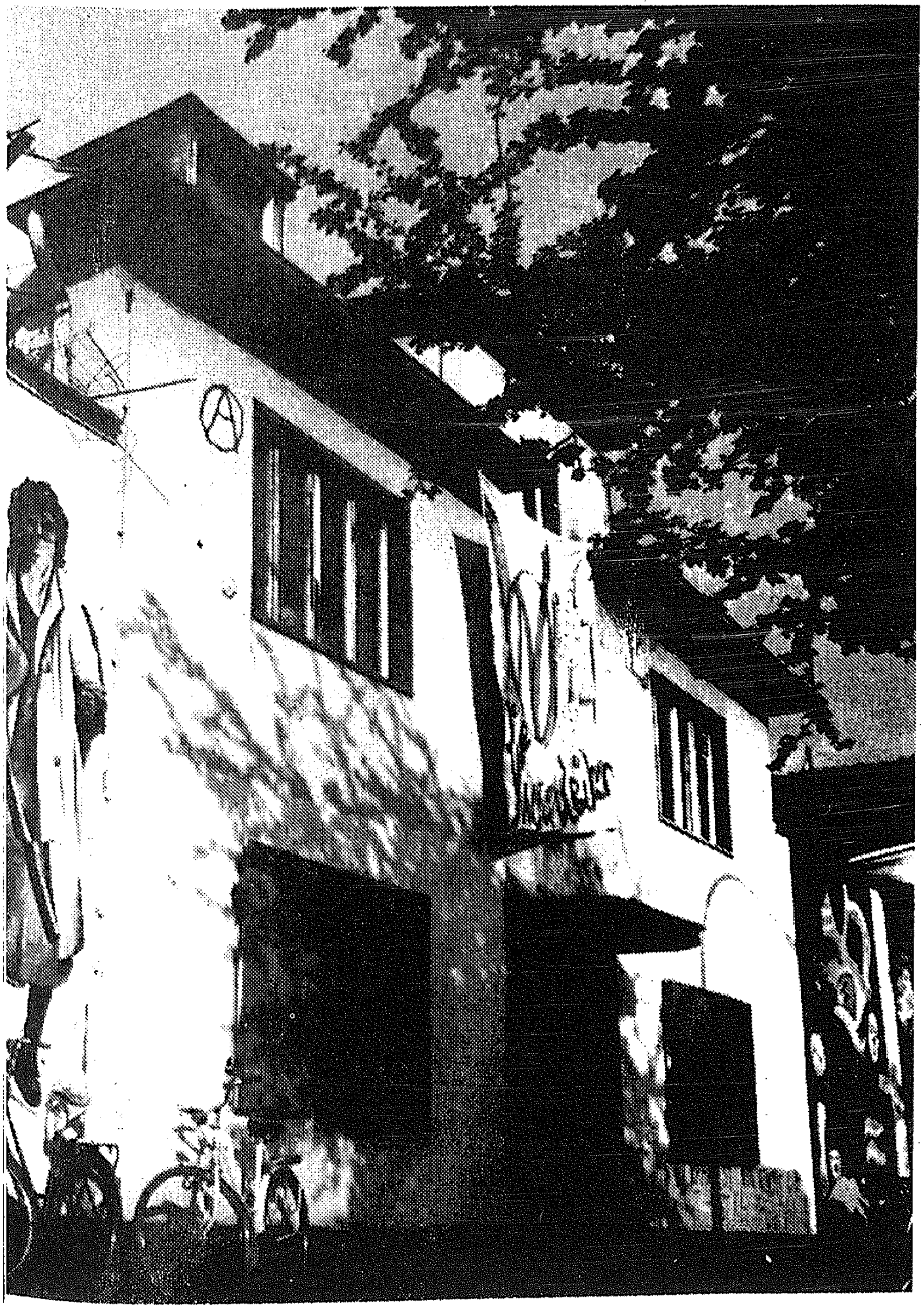
Photos: Anarchistisches Plenum Köln

Selbstverständlich gibt es Häuserkampf in Köln nicht erst seit letztem Jahr, aber seine ganze Geschichte zu erzählen würde Bücher füllen. Daher nur soviel als Hintergrund: die erste Hausbesetzung machte 1969 der SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln). In der Folgezeit besetzte er noch viele Häuser im Kampf gegen Sanierung, Vertreibungspolitik und Bürohochhäuser. Ab 80/81 dann, im Rahmen der Häuserkampfbewegung, gab es auch ein Hoch im Kölner Häuserkampf, teilweise mit ziemlicher Akzeptanz in der Bevölkerung. In der damaligen taz-Hitliste der Besetzungen stand Köln an zweiter Stelle.

Im Gegensatz zu manch anderen Orten hat sich in Köln in der Folgezeit der Häuserkampf nicht verkleckert. Er war für die Kölner Autonomen, aber auch andere Linke immer wieder Thema und Kampfform. Es war aber auch zum großen Teil keine Bewegung mehr mit Breitenwirkung, sondern Hausbesetzung etablierte sich sozusagen als "autonome Wohnraumbeschaffungsmaßnahme". Ermöglicht wurde dies durch die Duldungspolitik der SPD-regierten Stadt Köln, die sich als "Kölner Linie" auch über die Stadtgrenzen hinaus einen Namen machte. Selbstverständlich räumte die Stadt auch viele Häuser, aber sie akzeptierte besetzte Häuser quasi als billige Wohnungen und handelte nach dem Motto: "Wir tun euch nichts, dann tut ihr uns auch nichts." Sie konnte das tun in dem Wissen, daß dann in der Regel tatsächlich wenig von den Häusern ausging. Durch die Duldung erlangte sie eine gewisse Kontrollierbarkeit über diese "Szene".

In diesem Zusammenhang müssen wir leider daraufhinweisen, daß es eigentlich keine Straßenkampftradition in der radikalen Kölner Linken gibt, zumindest für die heutigen Generationen, und daß es hier unseres Wissens nach 68 auch fast keine militanten Auseinandersetzungen auf der Straße gegeben hat. Wir halten diesen Punkt in einer Einschätzung für wichtig, weil es diese Erkenntnis sicherlich auch schon länger bei den Stadtoberen und im Bullenpräsidium gibt. Letztere konnten also eigentlich immer davon ausgehen, daß ihnen von dieser Seite nichts droht.

Die letzte autonome Hausbesetzung, die glückte, war die Besetzung der Körnerstraße 12 in Ehrenfeld (einem Kölner Stadtteil) am 12.7.87. Ab Ende 87 verschärfte sich das politische Klima auch in Köln, und diese Verschärfung schlug sich im Häuserkampf recht heftig nieder. Die "Kölner Linie" wurde



verlassen und, wie es in einem Kölner Video dazu heißt, *"es war klar, daß die Schweine eine neue Runde im Häuserkampf eingeläutet haben, und daß die schnell zu unserer letzten werden könnte"*.

Mitte Januar '88 wurde ein größeres leerstehendes Wohnhaus in Ehrenfeld auf dem Gelände eines Autohauses besetzt. Es war eine "autonome Nullacht-fünfzehn Besetzung", nicht breit angelegt, die sich auf einen InsiderInnen-Kreis beschränkte: mensch geht rein, hängt ein Transparent raus und verteilt ein Flugblatt vor dem Haus. Diese Besetzung wurde sofort militärisch gelöst: die Bullen waren massiv präsent, und nach drei, vier Stunden holte das Kölner SEK die Menschen aus dem Haus. Ein paar Tage später erhielt der Besitzer die langersehnte Abrißgenehmigung von der Stadt und ließ das Haus für einen Parkplatz abreißen.

Aus dieser versuchten Besetzung wurde gelernt, und die nächste sollte ganz anders aufgezogen werden. Die Besetzung der "Oase" Ende Aptil '88 sahen wir allgemein als Test an, ob Hausbesetzungen in Köln noch möglich sind. Die "Oase" ist ein größeres älteres Wohnhaus, ebenfalls in Ehrenfeld, das der Besitzer vergammeln läßt, obwohl noch einige MieterInnen darin wohnen. Der größere Teil der Wohnungen allerdings steht leer, und die sollten besetzt werden. Im Vorfeld wurde Kontakt mit den MieterInnen aufgenommen, und da sie selber ständig, auch gerichtlichen, Ärger mit dem Vermieter haben, war der größere Teil von ihnen mit einer Besetzung einverstanden.

Was hat die Besetzung der Oase ausgemacht? Sie wurde von uns weniger erklärt über "anders wohnen/leben wollen", sondern propagiert als Kampfmittel gegen materielle Bedingungen, denen wir alle mehr oder weniger ausgesetzt sind: Wohnraum als Ware, (immer höhere) Mieten als Zwang zur Arbeit. Deshalb stellten wir die Besetzung in den Zusammenhang mit Problemen, die die Ehrenfelder Bevölkerung, zumindest objektiv, auch betreffen: Umstrukturierung, Mietwucher, Vertreibungspolitik, U-Bahn-Bau, Media-Park etc. Am Tag der Besetzung wurde massiv Öffentlichkeit in Ehrenfeld geschaffen: Flugblätter, Plakate, Leute zogen mit Megaphonen durch die Straßen. Vor dem Haus fand ein buntes Straßenfest statt, das uns zwar eine Menge Sympathie bei der Bevölkerung einbrachte, aber die allerwenigsten, außer begeisterten Kindern, überwanden die Schwelle und nahmen daran teil. Dennoch - dieses Straßenfest war es wohl, was uns vor der direkten Räumung bewahrte. Sondereinsatzkommandos standen in den Nebenstraßen bereit, trauten sich aber ganz offensichtlich nicht, in aller Öffentlichkeit in das Fest zu schlagen. Dafür kamen sie am nächsten Morgen in bewährter Nacht- und Nebel-Tradition mit den üblichen Festnahmen und ED-Behandlungen der BesetzerInnen. Der Besitzer ließ alle freien Wohnungen zumauern(!) und organisierte einen privaten Wachdienst vor dem Haus, der die MieterInnen und ihre BesucherInnen schikanierte. Vollbesetzte Wannen und VW-Bullis fuhren nach der Räumung wochenlang Streife durch Ehrenfeld, was für Kölner Verhältnisse ungewöhnlich ist.

Die Mobilisierung für die Oase ging in den Tagen nach der Räumung ziemlich massiv weiter - mit ähnlichen Inhalten und der unausgesprochenen Androhung einer Neubesetzung. Die wurde auf den 11.5.88 festgelegt, doch der Staatsschutz bekam Wind von diesem Termin und schickte seine Handlanger vor die Oase. Wir entschieden uns, zwar nicht ins Haus, trotzdem aber dorthinzugehen, aber auf einer diffusen Grundlage: es gab keine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen, damit ist auch ein organisierter Rückzug gemeint. Die Folge: rund 40 Streifenbullen im Sommerhemdchen räumten uns wie einen aufgeschreckten Hühnerhaufen von der Straße. Es gab 11 Festnahmen, davon eine schwere Anklage, für nichts und wieder nichts! Dieses Desaster löste viele Ohnmachtsgefühle aus. Es zeigte uns, wie wenig der von der Presse verbreitete Mythos autonomer Militanz oft mit der Realität übereinstimmt. Von uns selber wird dieser Mythos auch gern produziert und weitergetragen.

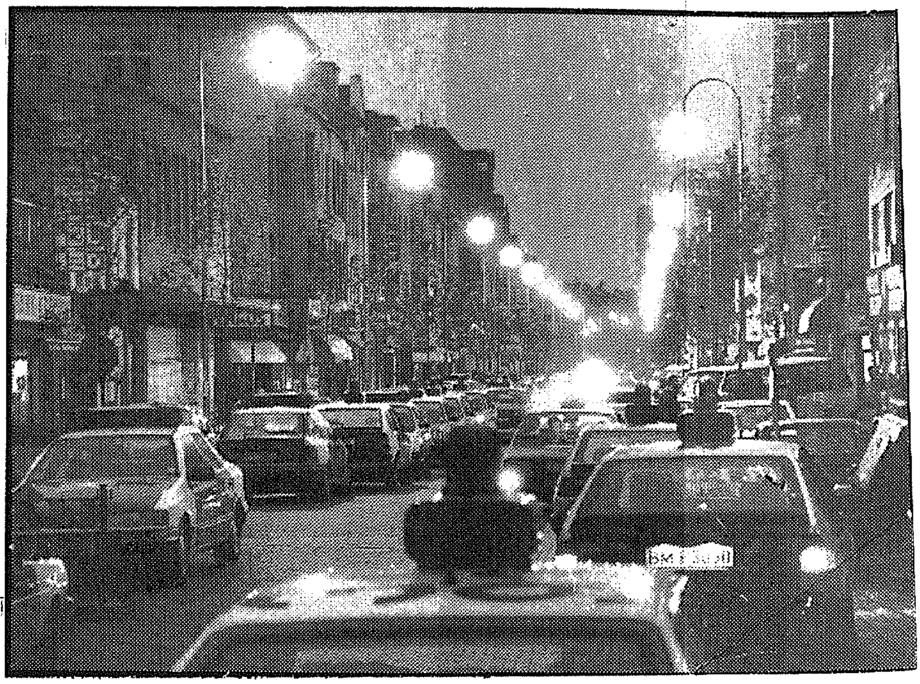
Am 31.5. wurde die Hüttenstr. 18 (ebenfalls Ehrenfeld, nur ca. 200 m entfernt von der Oase) nach zweieinhalbjähriger Besetzung ohne jede Vorwarnung geräumt. Sondereinsatzkommandos stürmten um 5 Uhr morgens mit Stahlhelm, kugelsicherer Weste und teilweise gezogener Knarre das Haus. Alle Leute wurden festgenommen, auf der Wache teilweise zusammengeschlagen, eine Frau wurde von männlichen Bullen ausgezogen. Am Tag der Räumung war Ehrenfeld durch Wannen regelrecht besetzt, teilweise jagte man einzelne Menschen oder Gruppen, was im Gegensatz zu anderen Städten für Köln noch immer die Ausnahme ist. Als Reaktion auf die Räumung gab es Tage später Glasbruch für 80.000 DM in der Innenstadt.

Diese Räumung stellte in zweierlei Hinsicht eine neue Qualität dar: Erstens geschah sie nicht, wie bisher, auf Antrag des Eigentümers, wovon mensch in der Regel etwas mitbekommt, sondern auf Antrag von Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz. damit hatten die Verantwortlichen eine Handhabe, auch ohne Eigentümer zu jedem beliebigen Zeitpunkt gegen besetzte Häuser vorzugehen. Die Gründe dieser politischen Räumung der Hüttenstr. sind bis heute nicht ganz klar. Ein Grund war sicherlich die Volxküche in der Hüttenstr., bei deren Eröffnung es zwei Wochen vor der Räumung schon einmal Ärger gegeben hatte. Zweitens wurden direkt nach der Räumung Flüchtlinge regelrecht in das Haus gestopft. Die Stadt schlug mit dieser neuen Linie gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: sie versucht Minderheiten gegeneinander auszuspielen, verhindert eine Neubesetzung und kann sich auch noch einen sozialen Anstrich geben. Ein paar Monate später flogen die Flüchtlinge wieder aus dem Haus, weil es angeblich nicht winterfest sei. Das Haus steht also wieder leer.

Mit der Räumung der Hüttenstr. stellte sich die Situation, daß es nur noch zwei ohne Verträge autonom besetzte Häuser gab, außerdem Neubesetzungen zu dem Zeitpunkt offensichtlich nicht durchsetzbar waren. Die Panik vor der großen Abräume griff um sich. Vier, fünf Tage später gab es das Gerücht einer neuen Räumungsdrohung, was ernstgenommen wurde. Wir begannen mit der Verbarrikadierung der Weißhausstr. (dazu später mehr). Am 16.6. gab es eine Häuserkampfdemo zur Verteidigung der verbliebenen besetzten Häuser. Es war der Versuch, keine szene-interne Demo zu machen, aber in so kurzer Zeit war eine Verbreiterung kaum möglich. Dennoch war es durch überregionale Mobilisierung mit 700 Leuten eine relativ starke Demo. Wir befürchteten nach den einschlägigen Erfahrungen einen Angriff auf die Demo, der dann überraschenderweise nicht stattfand.

Einen Monat später, am 16.7., wurde die Körnerstr.12 während des 1-Jahres-Festes ihrer Besetzung geräumt. Angebliche Ruhestörung wegen zu lauter Musik nahmen ein paar Streifenbullen zum Anlaß, um am Eingang des Hauses offenbar gezielt zu provozieren. Nach einigem Disput wurden sie rausgeschmissen. Mit zwischenzeitlich eingetroffener Verstärkung stürmten sie dann kurze Zeit später das Haus - teilweise wieder mit gezogener Knarre. Obwohl viele FestbesucherInnen noch fliehen konnten, gab es 70(!) Festnahmen und auch Verletzte. Ein protestierender Anwohner wurde bewußtlos geschlagen. Die Presse stellte das ganze als Massenschlägerei zwischen Polizei und Hausbesetzern dar und verbreitete die Lüge, das Haus sei gestürmt worden, weil die Hausbesetzer einen Beamten als Geisel genommen hätten.

Trotz Massenfestnahme und fehlender rechtlicher Grundlage der Aktion blieb der große Aufschrei der Empörung aus. So beschränkte sich die eine Woche später wegen der Räumung stattfindende Demo durch Ehrenfeld auf einen relativ internen Kreis (250-300 Leute). Auffallend aber immerhin, daß sich während der Demo die Staatsmacht kaum zeigte, hatten sie sich doch durch ständige Präsenz und die nicht ganz unumstrittene Räumung der Körnerstr. zeitweise unbeliebt in Ehrenfeld gemacht.







Das Haus selber wurde zuerst zugemauert, dann luxusrenoviert. Jetzt sind darin schicke Altbau-Appartements vermietet.

In diese Linie der Räumungen paßt auch die Räumung eines 7 Jahre lang besetzten Forsthauses am Rande Kölns Anfang August.

Mitte September gab es nochmal eine (Scene-)Besetzung in Köln: am Tage der Eröffnung der neuen Ringe als Einkaufsrennbahn für kaufkräftige und vergnügungssüchtige Schichten organisierte die Stadt ein riesiges Straßenfest. Als Zeichen gegen Vertreibungspolitik und Schicki-Mickisierung immer größerer Teile Kölns und zur Verteidigung der Weißhausstr. wurde das schon lange leerstehende ehemalige Sozialamt am Ring scheinbesetzt. Die vorbeiströmenden Menschen reagierten überraschend positiv. Die Stadt ließ das große Gebäude ein paar Tage später - wie sollte es anders sein?! - abreißen. Ansonsten aber hat es seit dem Kampf um die Oase im April '88 keinen Versuch einer Neubesetzung gegeben. Viele Kräfte konzentrier(t)en sich seit der Räumung der Körnerstr. auf die Verteidigung der Weißhausstr.

Am 5.9.'86 wurden in Köln das Museum Ludwig und die Philharmonie eröffnet, ein Höhepunkt in der Entwicklung zur Kulturschickeriastadt ("Kultur als Standortfaktor"). Am selben Tag wurde, sozusagen als autonomer Kulturbeitrag, die Weißhausstraße 20 besetzt. Die Weißhausstr. sollte von Anfang an mehr als nur billiger Wohnraum sein. Auf dem ca. 2500 qm großen Gelände einer ehemaligen Spedition gruppieren sich um einen großen Hof Lagerhallen und -keller, Büroräume und ein - verglichen mit dem Rest - kleines Wohnhaus. Vom Platz her bot sich die Einrichtung eines autonomen Zentrums an. Die Möglichkeiten, die die Weißhausstr. bietet, wurden aber über einen langen Zeitraum nicht ergiebig genutzt, d.h. die autonome Kultur beschränkte sich auf Punkkonzerte. Zwar hatte das Weißhaus eine Bedeutung als Kommunikationszentrum, aber für die dort stattfindenden Diskussionen und Veranstaltungen wurde fast nur sceneintern mobilisiert.

Das Weißhaus steht auf profitablem Grund. Auf dem Gelände zwischen den Hauptverkehrsstraßen Luxemburger- und Weißhausstraße und dem Bahndamm befanden sich früher viele Mittel- und Kleinbetriebe. Am Rande der Innenstadt gelegen, stehen dort heute die Hochhausklötze von Amts- und Landgericht, die Staatsanwaltschaft, das zentrale Arbeitsamt, ADAC und einige Nobelwohnblocks. Damit ist dieses Gelände sowohl politisch wie auch wirtschaftlich äußerst sensibel und interessant. Auf der anderen Seite der Luxemburgerstr. erhebt sich das Unicenter, eine in den 70er Jahren zu traurigem Ruf gekommene Appartmentwohnmaschine.

Räumlich eher zu Sülz/Klettenburg als zur Innenstadt gehörend, hat das Weißhaus jedoch keinerlei Anbindung ans Viertel. Das mag zum einen an der jeweils breiten Luxemburger- und Weißhausstraße liegen, die es zu überqueren gilt, zum anderen aber an unserer mangelnden stadtteilpolitischen Ausrichtung. Eine kulturelle oder politische Anbindung der Weißhaus an die nahegelegene Uni gibt es ebenfalls nicht. Sülz ist ein ehemals proletarischer Stadtteil mit vielen, zum Teil heute noch bestehenden kleinen Handwerksbetrieben. Durch die seit etwa 15 Jahren stattfindende Vertreibungspolitik wurde Sülz stark umstrukturiert. Heute ist es ein typischer uninaher Stadtteil. Für Sülz gilt, was für viele andere vergleichbare Stadtteile auch gilt: wohlhabendere Schichten haben in den letzten Jahren entdeckt, wie schick es ist, in Altbauten zu wohnen - mit den bekannten Folgen von Vertreibung und unbezahlbaren Mieten. Auch in Sülz etablierte sich die entsprechenden grünlich-alternative Szene der LehrerInnen und SozialarbeiterInnen.

Das Gelände der besetzten Weißhausstr. gehört immer noch der Spedition Emons und wurde von dieser - wie es sich für ein anständiges Spekulationsobjekt gehört - über mehrere Jahre leerstehen gelassen. Emons hat nie Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt oder ist auf andere Art gegen uns vorgegangen. Das hört sich merkwürdig an, hat aber gute Gründe. Die STRABAG, der drittgrößte Baukonzern der BRD, hat nach unseren Informationen Vorkaufsrecht auf das Gelände. Sobald der Bebauungsplan für Weißhaus und nähere Umgebung von der Stadt endgültig abgesegnet worden ist, wird verkauft, ob mit BesetzerInnen oder ohne.





Der Wert des Geländes dürfte in derart astronomischer Höhe liegen, daß es Emons egal ist, was wir in der Zwischenzeit damit anstellen. Die Gebäude werden sowieso abgerissen. So ist es zu der absurden Aussage von SPD und Stadtrat gekommen, das Weißhaus sei für sie nicht besetzt, da kein Räumungsantrag vorliege.

Erst in der bedrohlichen Situation nach der Hüttenstraßenräumung wurde vielen von uns der Wert eines autonomen Zentrums bewußt. Da sich ein großer Teil der autonomen Scene im Weißhaus koordiniert, befürchteten wir, daß mit der Räumung auch unsere (eh nicht besonders verbindlichen) Strukturen auseinandergerissen werden. Im letzten Jahr deutete zudem Vieles auf ein bundes- oder sogar europaweit vereinheitlichtes Vorgehen gegen besetzte Häuser/Zentren hin. Zu der vorhandenen Paranoia kam ein konkretes Räumungsinfo, was wir sehr ernst nahmen. Derartige Infos haben sich in Köln schon öfter bewahrheitet. In der Weißhausstr. wurden daher die ersten Barrikaden gebaut, optisch sehr eindrucksvoll, aber wenig effektiv. Geräumt wurde dann allerdings sechs Wochen später die Körnerstraße. Wir wollten mit den Barrikaden zwei Sachen erreichen: erstens eine Zeitverzögerung für den Fall der Räumung, so daß die Leute aufstehen, sich anziehen und sammeln können. Zweitens setzten wir ein Zeichen, daß wir endgültig die Schnauze voll haben und die Weißhausstraße nicht ohne weiteres aufgeben werden. Regelmäßige Nachtwachen wurden eingerichtet, um einen eventuellen Aufmarsch und den Versuch einer überfallartigen Räumung rechtzeitig mitzukriegen.

Die Barrikaden waren natürlich ein gefundes Fressen für die Lokalpresse: "Weißhausstr. zur Festung ausgebaut", "terroristisches Umfeld", "Terrortrupps aus der Hafenstr. und Kiefernstr. unterstützen die Kölner Szene als mobile Krawallmacher" (Kölner Stadtanzeiger/express, Juni '88). "Wie Hafenstr.!" (express, 11.6.88) war's leider nicht. Weder hatten wir die militante Entschlossenheit der HamburgerInnen, noch eine vergleichbare breite Solidarität der (linken) Öffentlichkeit.



Über etliche Wochen hinweg fanden regelmäßig Kontrollen, z.T. von Bullen mit MP's im Anschlag vor verschiedenen autonomen besetzten Häusern in Köln statt. Hintergrund war die bekannte Sonderanordnung des GBA's Rebmann im Vorfeld des IWF-Gipfels, zu dem angeblich Anschläge der RAF stattfinden sollten. In dem Zusammenhang wurden auch BesucherInnen zweier Infoveranstaltungen bzgl. IWF im Bürgerzentrum Feuerwache und dem Friedensbildungswerk kontrolliert und erfaßt. In diesem Klima von Medienhetze und Bullenterror wurde eine Kriminalisierung der linksradikalen Scene forciert und weitere Räumungen propagandistisch vorbereitet.

Nach der ersten Panik über die Räumungsbedrohtheit der Weißhausstr. kam relativ schnell die Diskussion in Gang, sich zu öffnen bzw. breiter als bisher zu mobilisieren. Denn es war klar, daß mit den paar fuffzig Autonomen das Weißhaus langfristig nicht zu halten ist. Theoretisch war der "Ausbruch aus dem Ghetto" schon länger diskutiert worden, und mit der Eröffnung des Frauencafes im April wurde eine erste Öffnung über den Tellerrand der Scene erreicht. Es entwickelte sich im Sommer eine regelrechte Aktivitätsphase: wir organisierten zum ersten Mal sowas wie eine regelmäßiges Programm in der Weißhaus, in den Wochen der akuten Räumungsangst sogar täglich. Dabei war es uns besonders wichtig, Sachen "anzubieten", die auch Menschen außerhalb des Scene-Dunstkreises interessieren, ohne gleich unsere (autonomen) Inhalte unterschreiben zu müssen. Tatsächlich haben wir bei vielen die Schwellenangst abgebaut, die es gegenüber besetzten Häusern gab und gibt. So setzten bei den open-air-und-umsonst-Filmnächten, zu denen bis zu 400 Menschen kamen, eine Menge Leute zum erstenmal ihren Fuß ins Weißhaus. Kneipe und Volxküche wurden eröffnet und erfreuten sich eines regen Interesses. Mit dem Video "Nix für Satt" über die Ereignisse im Kölner Häuserkampf '88 machten wir im Somer und Herbst mehrere Veranstaltungen in Stadtteilen und Schulen. Sie richteten sich bewußt an Menschen, die nicht in irgendwelcher linksradikalen politischen Arbeit stecken.

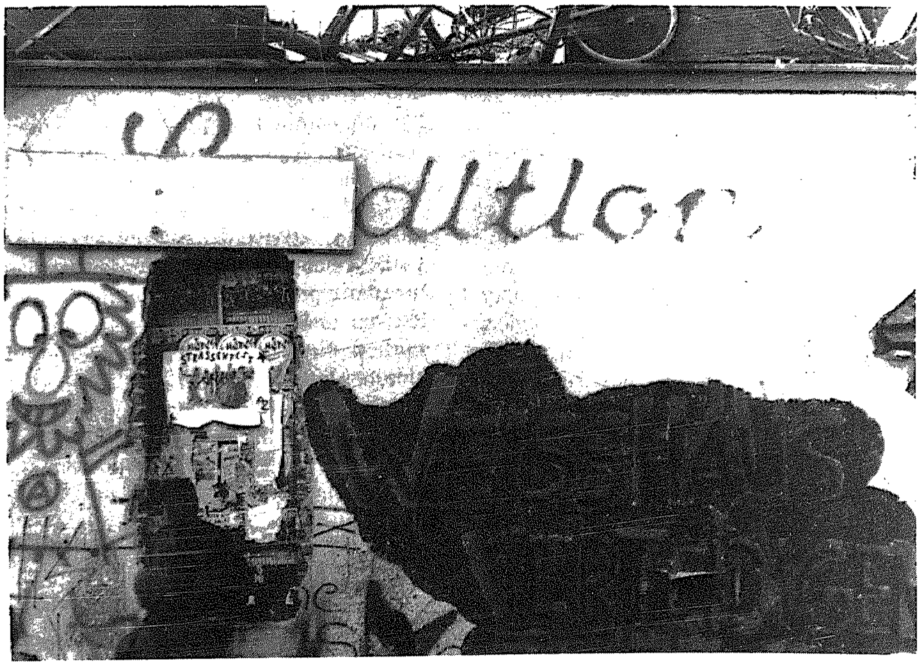
Die andere Seite der Öffnung war die Suche nach neuen Bündnissen. Wir sprachen andere linke Gruppen und Einzelpersonen an, ob und wie sie sich eine praktische Solidarität mit uns vorstellen können. Daraus entwickelte sich der UnterstützerInnenkreis,

der Aktivitäten in und ums Haus anregen und koordinieren sollte. In diesen Diskussionen ums Weißhaus wurden manche Gräben zwischen autonomen und nicht-autonomen Gruppen schmäler. Es gab immer wieder fruchtbare Zusammenarbeit, die noch vor einiger Zeit nicht möglich gewesen wäre. Wir mußten eingefahrene/angebliche Selbstverständlichkeiten (z.B. unsere Lieblingsbegriffe "Freiräume" und "selbstbestimmtes Leben") infragestellen und haben teilweise versucht, sie neu zu definieren. Diese Entwicklung des letzten Jahres empfinden wir insgesamt für die daran beteiligte autonome "Szene" als wichtigen Schritt vorwärts.

Was sich aber als problematisch erwies, war und ist das Einbinden neuer Leute in die praktische Arbeit. Wir hatten zwar die Schwellenangst genommen, konnten Interessierten allerdings kaum Ansätze zum Mit- und Selbermachen bieten. Der UnterstützerInnenkreis, der diesem Zweck erfüllen sollte, wurde oft nicht richtig genutzt und propagiert.

Lange wurde in und außerhalb vom UnterstützerInnenkreis über Sinn und Unsinn von Verhandlungen diskutiert. Dabei gab es eigentlich nie solch ein Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten, daß Stadt und Strabag von ihrem "wir sind nicht zuständig" hätten abweichen müssen. Selbst wenn Gespräche stattgefunden hätten, wäre bestenfalls ein fauler Kompromiß dabei herausgekommen. Dazu waren und sind wir nicht bereit. Auf eine Domestizierung zum sozialarbeitergerechten Jugendzentrum können wir verzichten. Und auch Verträge, die nach weitgehenden Zugeständnissen abgeschlossen werden, interessieren die herrschenden im Ernstfall einen Dreck und machen uns erpreßbar, wie die Auseinandersetzungen um Hafenstraße und Sprengelgelände/Hannover gezeigt haben.

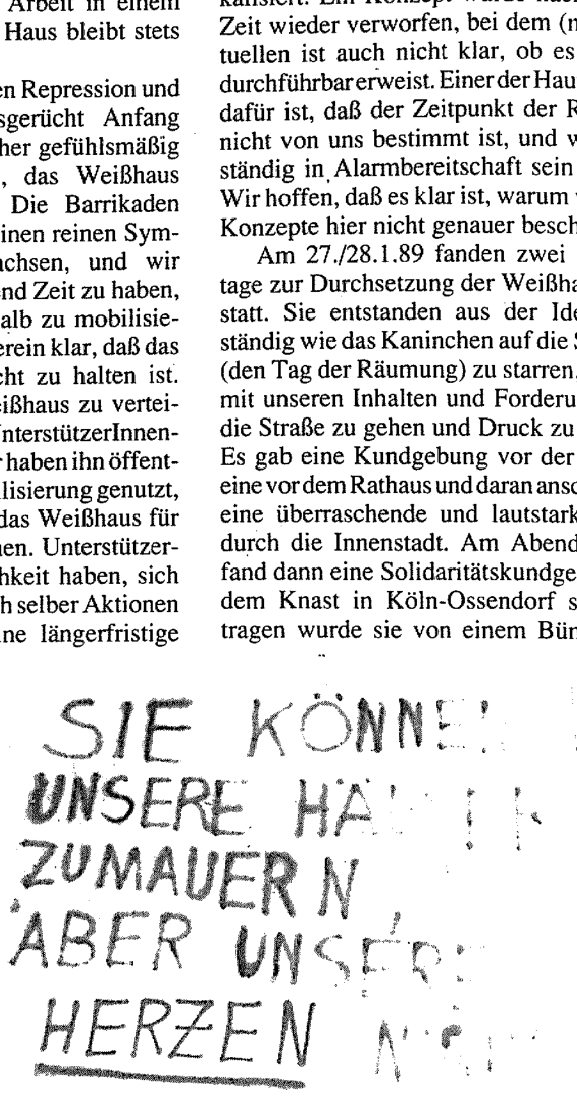
Im August verfaßten wir aus dem UnterstützerInnenkreis heraus einen offenen Brief, der von ungefähr fünfzig Gruppen, Läden und Einzelpersonen unterschrieben wurde. Er richtete sich an alle interessierten Menschen und sollte die Stadt zu einer Stellungnahme zwingen. Darin haben wir unsere Forderungen nach politischer Absicherung und Bestandsgarantie des Weißhauses als autonomem Zentrum aufgeführt, und versucht, unser Selbstverständnis zu beschreiben: Was im Weißhaus läuft (oder nicht läuft) beruht auf Eigeninitiative und Selbstorganisation. Im Prinzip steht das Weißhaus allen Gruppen und Einzelpersonen offen, die keine rassistischen, sexistischen oder kapitalistischen Inhalte vertreten. Neben dem Versuch, herrschaftsfreie Formen im Umgang miteinander zu entwickeln, geht es uns vor allen darum, unseren politischen Widerstand nach außen zu tragen und radikal Stellung zu nehmen zu allem, was uns angeht. An diesem Brief machte sich für uns aber auch ein Dilemma deutlich. Unsere Forderungen sollten einer breiten, nicht autonomen Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich



mit uns zu solidarisieren. Andererseits wissen wir genau, daß die Stadt darauf gar nicht eingehen kann, da ein autonomes Zentrum Weißhausstraße sowohl massiven wirtschaftlichen wie auch sicherheitspolitischen Interessen im Wege steht. Für eine längere Perspektive stimmt das pessimistisch. Die politische und kulturelle Arbeit in einem von Räumung bedrohten Haus bleibt stets ein Provisorium.

Unter der zunehmenden Repression und einem neuen Räumungsgerücht Anfang September entstand die eher gefühlsmäßig bestimmte Entscheidung, das Weißhaus militant zu verteidigen. Die Barrikaden waren mittlerweile über einen reinen Symbolcharakter hinausgewachsen, und wir gingen davon aus, genügend Zeit zu haben, UnterstützerInnen außerhalb zu mobilisieren. Dabei war von vornherein klar, daß das Weißhaus militärisch nicht zu halten ist. Unser Entschluß, das Weißhaus zu verteidigen wurde von den UnterstützerInnen-Gruppen mitgetragen. Wir haben ihn öffentlich gemacht und zur Mobilisierung genutzt, um den Stellenwert, den das Weißhaus für uns hat, deutlich zu machen. UnterstützerInnen sollten die Möglichkeit haben, sich dazu zu verhalten, oder sich selber Aktionen überlegen. Es begann eine längerfristige Diskussion über die Art und Weise der Militanz, die für alle, oder zumindest die meisten tragbar ist, und die Repression, die darauf folgen würde. Längerfristig deshalb, weil militante Aktionen für die Kölner Scene keine Selbstverständlichkeit sind. In diesen Diskussionen haben sich einige Leute radikalisiert. Ein Konzept wurde nach einiger Zeit wieder verworfen, bei dem (noch) aktuellen ist auch nicht klar, ob es sich als durchführbar erweist. Einer der Hauptgründe dafür ist, daß der Zeitpunkt der Räumung nicht von uns bestimmt ist, und wir daher ständig in Alarmbereitschaft sein müssen. Wir hoffen, daß es klar ist, warum wir diese Konzepte hier nicht genauer beschreiben.

Am 27./28.1.89 fanden zwei Aktionstage zur Durchsetzung der Weißhausstraße statt. Sie entstanden aus der Idee, nicht ständig wie das Kaninchen auf die Schlange (den Tag der Räumung) zu starren, sondern mit unseren Inhalten und Forderungen auf die Straße zu gehen und Druck zu machen. Es gab eine Kundgebung vor der Strabag, eine vor dem Rathaus und daran anschließend eine überraschende und lautstarke Demo durch die Innenstadt. Am Abend des 27. fand dann eine Solidaritätskundgebung vor dem Knast in Köln-Ossendorf statt. Getragen wurde sie von einem Bündnis aus

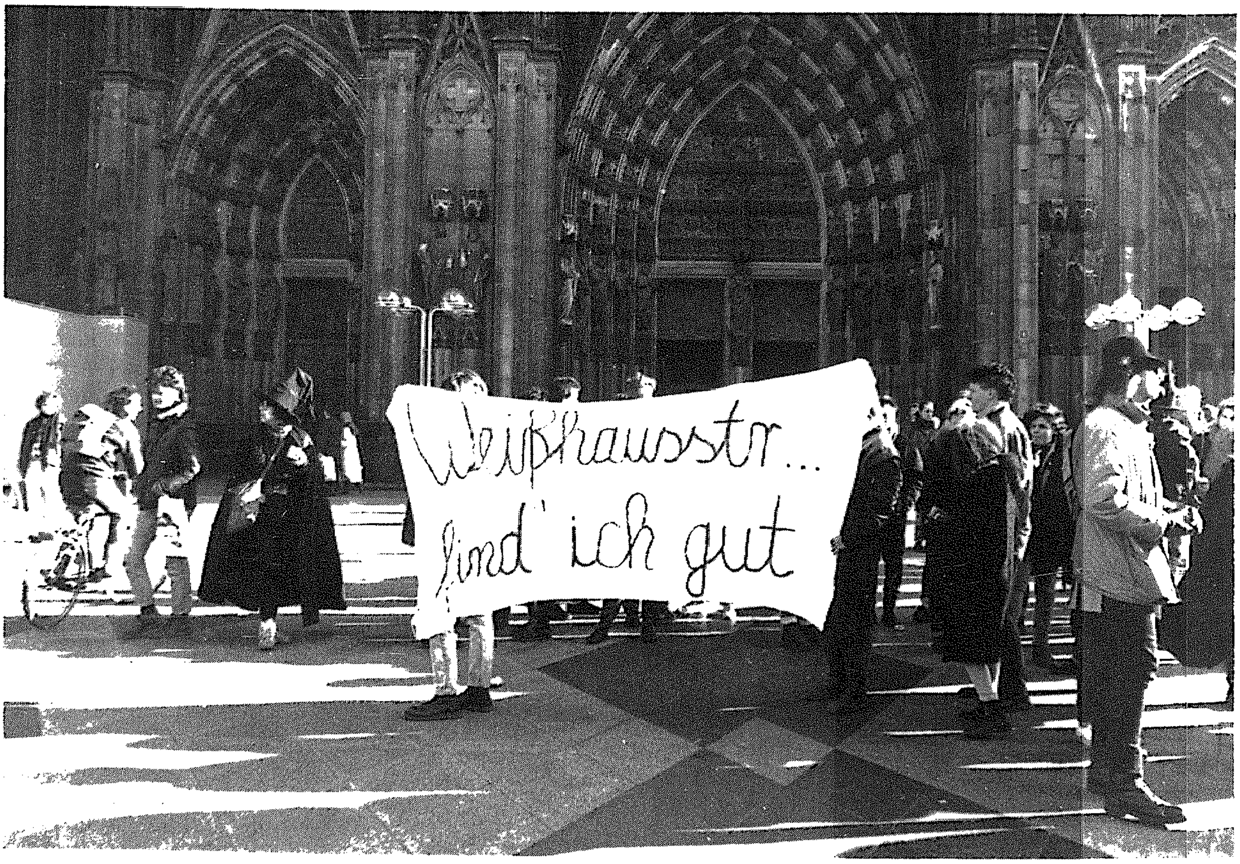


Anti-Imp-Zusammenhängen und dem autonomen Knastprojekt, d.h. sie richtete sich nicht nur an sogenannte politische Gefangene, sondern auch an die Gefangenenen im sogenannten "Normalvollzug", die sich gegen ihre Haftbedingungen zur Wehr setzen. Fast zeitgleich lief vor dem Kölner Stadtanzeiger eine Aktion zur Wohnungsnot. Hier sammeln sich jeden Freitag abend über hundert Leute, die auf die Wochenendausgabe mit den Wohnungsanzeigen warten. Ihnen wurde eine Diashow zum Kölner Häuserkampf gezeigt, als Anstiftung zum vielfachen Hausfriedensbruch. Am Samstag, den 28. trafen sich dann Bankiers, VerfassungsschützerInnen und jede Menge subversiver Gestalten auf der Schildergasse, Kölns Einkaufsmeile. Unter dem Motto: durch die Innenstadt zu ziehen. Die Reaktion der Presse auf die Aktionstage war typisch, nämlich gar keine. Öffentlichkeitswirksame Aktionen, bei denen es nicht scheppert, sind halt keine Zeile wert.

Leider ist im Moment ziemlich die Luft raus. Die Aktivität der Aktionstage ist in ein großes Loch gefallen. Von den UnterstützerInnengruppen lassen sich nur noch wenige blicken und der "harte Kern" hält - mit starken Ermüdungserscheinungen - den üblichen Betrieb aufrecht: Volxküche, Kneipe, Frauencafé usw. Auch die Nachtwachen laufen immer noch, seit über einem Dreivierteljahr jetzt, obwohl die Teilnahme gelegentlich bröckelt. Das belastet die BewohnerInnen ziemlich.

BewohnerInnen waren gewarnt worden, so daß das SEK ein leeres Haus stürmte. Am 23.12. wurde deshalb das Ganze wiederholt. Der offizielle Grund war die Anzeige eines Anwohners, einer der Bewohner hätte sein parkendes Auto beschädigt (und da hört der Spaß bekanntlich auf). Alle anwesenden Männer wurden zum Polizeipräsidium gebracht und mehrere Stunden lang festgehalten. Das Haus wurde ein zweites Mal auf den Kopf gestellt.

Hatten autonome Demos in Köln der letzten Jahre eher den Charakter von Spaziergängen, so gab es bei der Solidemo für Ingrid Strobl und Ulla Penselin am 6.2.88 auch hier eine Änderung. Zum ersten Mal in Köln erlebten wir einen "wandernden Kessel" mit ständigen Bullenprovokationen.



Terror in der Weißhausstraße, Jubel in der Innenstadt, gab es einen mehrstündigen Umzug mit Musikinstrumenten und (Schaumstoff-)Pflastersteinen durch Kaufhäuser und Fußgängerzone. Die Bullen erwiesen sich damit als völlig überfordert.

Die Anzahl der TeilnehmerInnen ging kaum über das übliche Spektrum hinaus. Trotzdem gab es auch gute Momente: Die Stadtanzeigeraktion und die Jubeldemo fanden eine Menge interssierter ZuschauerInnen, bei der Jubeldemo gingen uns nach der Hälfte der Zeit sogar die Flugis aus. Wir glauben, damit einer Menge Leute die Existenz des Weißhauses und seiner Bedeutung nahegebracht zu haben. Die Spontandemo am Tag davor war dagegen mehr was für uns selbst, endlich mal wieder ohne Bullenspalier

Unserer Meinung nach gibt es mehrere Gründe dafür, daß 87/88 die Verantwortlichen der Stadt Köln und des Staatsschutzes ihre "Kölner Linie" gegenüber Hausbesetzungen verlassen haben:

Zum einen machte sich die bundesweite Klimaverschärfung seit dem 2.11.87 (Schüsse an der Startbahn West) für die radikale Linke auch in Köln bemerkbar. Am 18.12.87 wurden im Rahmen der bundesweiten Razzien wegen Roter Zora/RZ unter anderem auch - was weniger bekannt ist - die Weißhausstr. und eine Wohnung in der Viersenerstr., einem anderen besetzten Haus, von stahlbehelmten SEK'lern gestürmt und vom BKA durchsucht. Die Razzia im Weißhaus blieb an diesem Tag erfolglos. Die Zudem griff an einer Stelle das SonderEinschlagsKommando die Demo an und versuchte, sie zu zerschlagen.

Zum anderen muß gerade der Häuserkampf vor dem Hintergrund der forcierten Umstrukturierung Kölns (und anderer Städte) gesehen werden. Hier sind ohnehin vorhandene Entwicklungen in der letzten Zeit - auch in Hinblick auf den verschärften Wettbewerb um die raren Industrieansiedlungen - beschleunigt worden:

- Köln als Messestadt mit mehren prunkvollen Hotelneubauten.
- (Bemühungen um die) Ansiedlung von High-Tech-Industrie mit den

Schwerpunkten: Luft- und Raumfahrt (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), DARA, Transschallwindkanal); Gentechnologie (innigste Verknüpfung von Bayer, der Uni und dem Max-Planck-Institut mit der ersten genehmigten Freisetzung von genetisch manipulierten Pflanzen); Neue Medien/Kommunikationstechnologie (RTL-Plus, Europazentrale von Sony, Media-Park)

- Köln soll das Flair einer Kulturmetropole erhalten (neue Philharmonie, Museum Ludwig)
- Errichtung von Luxus-Einkaufszentren und -Boulevards (Bazar de Cologne, Olivandenhof, "Die Ringe werden wieder schön")
- Vertreibungspolitik in den citynahen Stadtteilen mit gleichzeitiger Etablierung kaufkräftiger Schichten bzw. "sozialer Durchmischung".

Diese Entwicklungen finden in anderen Städten wohl ähnlich, zum Teil sogar schlimmer statt.

Im Zusammenhang damit ergibt sich auch für Köln eine katastrophale Verschärfung der Wohnungsmarktsituation. Wurde diese Tatsache noch vor nicht allzulanger Zeit von den Herrschenden und ihren Medien totgeschwiegen, so wird sie inzwischen klar zugegeben, selbstverständlich unter Aussparung ihrer Gründe. Offiziell gibt es 25-30.000 Wohnungssuchende in Köln, und ca. 2000 Zwangsräumungen pro Jahr. Unserer Ansicht nach würden Viele Häuser und Wohnungen besetzen, wenn es dafür noch (oder wieder) eine Perspektive gäbe. Das wäre nicht unbedingt eine bewußt politische Entscheidung, sondern aus der (Not-)Situation heraus, keine Wohnung zu finden, die Miete nicht bezahlen zu können, oder nicht mit mehreren Leuten zusammen wohnen zu können. Aber genug Menschen bekommen mit, wie repressiv und martialisch in letzter Zeit gegen HausbesetzerInnen vorgegangen wird. Das schafft Ohnmacht und Entmutigung und soll uns alle dazu bringen, uns mit den bestehenden Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt zu arrangieren.

Wir wissen nicht, ob die Stadt Köln unsere beschriebenen Einschätzungen teilt. Aber sie leitete bereits 1986 mit einem Ratsbeschluß die Änderung des Vorgehens gegen Hausbesetzungen ein:

> "Es wird ein neuer Personenkreis für die aktive Beteiligung an der Stadterneuerung gewonnen ... leistungsfähige Bevölkerungsgruppen werden langfristig an die Stadt gebunden und bisher benachteiligte Wohnbereiche aufgewertet... mit der Förderung des Gedankens der baulichen Selbsthilfe soll parallel das Problem der Hausbesetzung in Köln gelöst werden. Innerhalb der Besetzerscene sind Gruppierungen vorhanden, die, basierend auf dem Selbsthilfegedanken bereit sind, mit der Stadt in geordnete Verhandlungen einzutreten. Diesen Gruppen muß eine Chance gegeben werden, sich von den radikalen Mitgliedern der Scene zu unterscheiden ... Zukünftige Hausbesetzungen sind durch sofortige Räumung zu beantworten ... private oder städtische Objekte, die von ihrer bisherigen Nutzung freigestellt werden, (sollen) entweder durch sofortigen Abriß, durch Zwischennutzung oder endgültige Nutzung den Hausbesetzern nicht mehr zugänglich gemacht werden."

Dieser Antrag wurde zwar von der CDU-Fraktion im Rat eingebracht, aber von der SPD (Mehrheit) so abgesegnet. Ein Musterbeispiel für die in dem Antrag skizzierte Spaltungsstrategie ist der Kartäuserwall 18, ein seit 1980 besetztes und inzwischen legalisiertes Gelände in der Südstadt. Die Gebäude werden zur Zeit mit 9 Millionen Mark saniert, da fast alle BewohnerInnen einem radikalen Politikverständnis längst abgeschworen haben und sich mit ihrem individuellen Freiraum begnügen.

Derartige Spaltungs- und Integrationsangebote gibt es noch mehrere. Eine ähnliche Strategie der stillen Einkreisung des Häuserkampfs nach dem sozialdemokratischen Motto: "die Guten ins Töpfchen, den Schlechten aufs Köpfchen" ist die Installierung von Bürgerzentren durch die Stadt bzw. mit ihrer Unterstützung. Mit ihnen sollen die Bedürfnisse nach Kommunikation und Zusammenkommen kanalisiert werden. Den Menschen soll das Gefühl gegeben werden, über sich selbst bestimmen zu können, aber in überwachten und kontrollierbaren Räumen. Dem Wunsch nach kollektivem Leben kommt die Stadt also mit pseudokollektiven Angeboten entgegen. So scheint die Notwendigkeit von besetzten Zentren gar nicht mehr gegeben zu sein.

Wir müssen feststellen, daß die "Kölner Linie" nicht grundsätzlich verlassen worden ist. So hielten sich die Bullen während der erwähnten Aktionstage zur Weißhausstr. zurück, und selbst bei der Knastkundgebung zum Hungerstreik Mitte März gab es - zur Überraschung vieler Auswärtiger - keinen Ärger. Es gibt sie also weiterhin, die Strategie des Gewähren- und Totlaufen-Lassens. Hinzu kommt, daß in NRW Anfang Oktober Kommunalwahlen sind. Die in Köln regierende SPD hat daher kein Interesse, existierende (soziale) Konflikte von sich aus zu eskalieren. Sie will rechten Politikern nicht die Möglichkeit geben, sich daran zu profilieren, so wie es z.B. CDU-Bürgermeister Bietmann im Fall der Weißhausstr. schon öfters versucht hat.

Zukunftsperspektiven

Es stellt sich nun für uns die Frage, wie es weiter gehen soll und wie wir mit der momentanen Situation umgehen. Nach den Räumungsgerüchten letzten Sommer und der ganzen Mobilisierung zur Verteidigung der Weißhaus glaubten wir, aus unserer Isolation rausgekommen zu sein. Wir müssen nun feststellen, daß sich die Initiativen nicht mit uns, sondern mit der Weißhausstr. als autonomem Zentrum solidarisiert haben. Das scheint zwar beim ersten Hinschauen dasselbe zu sein, doch stellt es einen Unterschied dar, ob politische Inhalte aus verschiedenen Spektren zusammenkommen, oder die Existenz eines autonomen Zentrums von Vielen für gut befunden wird. Heute sehen wir es als einen Fehler, daß wir nicht versucht haben, über die Weißhauskampagne hinaus in einen politischen Dialog zu kommen und gewonnene Kontakte auf weitere Berührungspunkte abzuklopfen. Es war uns im letzten Sommer wichtig gewesen, daß die Weißhaus mehr Öffentlichkeit bekommt, es hätte allerdings frühzeitiger diskutiert werden müssen, wie wir mit einem solidarischen Bündnis weiter arbeiten können, in welchen Teilbereichen ein weiteres Zusammentun sinnvoll gewesen wäre. Es kann von daher nicht weiter verwunderlich sein, daß so langsam die Luft raus ist, der UnterstützerInnenkreis immer kleiner wird und wir wieder unter uns sind.

Hier stellt sich ein Grundproblem autonomer Strukturen. Denn es ist nicht gerade einfach, sich in autonome Zusammenhänge einzuklinken. Der Großteil stellt sich als ein geschlossener Klüngel aus Leuten dar, die sich zum Teil schon seit Jahren kennen. So kommen die meisten "neuen" Leute über persönliche Beziehungen, WGs usw. in die Scene. Feste Arbeitsstrukturen existieren nur wenige, und wenn, sind es oft geschlossene Gruppen. Selten finden sich Zusammenhänge, die kontinuierlich zu bestimmten Themen arbeiten, von einem Austausch solcher Gruppen ganz zu schweigen. Fehlende Querstrukturen zwischen den einzelnen Gruppen und Menschen werden beim Bier oder auf den Spontanplenen, die sich immer nur aus aktuellem Anlaß treffen, hergestellt.

Wer neu dazu kommen will und keine/n aus der Szene kennt, sieht sich dem autonom-typsichen Mißtrauen gegenüber. Dieses Mißtrauen resultiert zwar aus ganz konkreten Erfahrungen mit Spitzeln, die sich (u.a.) nicht scheuten, mit dem Kassettenrecorder in der Manteltasche Diskussionsveranstaltungen aufzunehmen. Andererseits kann es dem Staatsschutz nur recht sein, wenn unsere "Spitzelparanoia" uns in unserer Öffentlichkeitsarbeit behindert und manchmal sogar die Falschen trifft. Mißtrauen, wenn es zudem noch plakativ demonstriert wird, kann viele Menschen abschrecken und ermutigt, trotz aller Solidaritätsappelle, nicht unbedingt. Dabei müssen wir noch eingestehen, daß sich das Augenmerk hauptsächlich auf Leute richtet, die



dem autonomen Outfit und Verhalten nicht entsprechen, und daher recht oberflächlich bleibt.

Als der IWF im September in Berlin tagte, hatten einige Gruppe auch in Köln bereits längere Zeit vorher angefangen, inhaltlich über IWF und Weltbank zu diskutieren. Sie hatten vor im Vorfeld zu agitieren, um so eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Durch die Räumungsinfos kam die Diskussion ins Stocken, bzw. brach in manchen Gruppen völlig ab. Letztendlich ist in Köln kaum was aus autonomen Strukturen heraus zu IWF und Weltbank gelaufen. Ob das vom Staatsschutz in dieser Hinsicht so geplant war, ist schwer zu sagen, genützt hat es ihnen auf alle Fälle. Dabei taucht ganz seicht der Gedanke auf, daß das Weißhaus den Herrschenden gar nicht so unlieb ist, wie es vordergründig den Anschein hat. Durch die Konzentration eines Großteils der Scene auf und in der Weißhaus ist auch eine einfachere Überwachung möglich. Die Observanten vom Dienst brauchen nun nicht immer in der ganzen Stadt rumfahren, um die Scene zu kontroillieren. Wir wissen, daß das Weißhaus kontinuierlich beobachtet wird, zu gegebenem Anlaß werden auch schon mal die Personalien von BesucherInnen kontrolliert. Wenn der Staatsschutz denn mal wieder richtig zuschlagen will, bietet sich ein autonomes Zentrum geradezu an.

Obwohl wir mit dem Zentrum leicht angreifbar sind, ist es für uns sowohl als Kommunikationszentrum, als auch als Freiraum, in dem wir unsere Vorstellungen von Gegenkultur leben wollen, wichtig. Wir brauchen Räume, wo wir mit kollektiven Lebensformen experimentieren können.

Wir versuchen in der Weißhausstr. unsere anarchistischen (oder kommunistischen) Gedanken ansatzweise praktisch umzusetzen und stoßen dabei auf Schwierigkeiten, die für einen libertären Freiraum innerhalb einer von Unterdrückung geprägten Zivilisation wohl zwangsläufig sind.

Viele Menschen können mit einem Ort wie der Weißhausstr., wo es keine sichtbaren Zwänge gibt, nicht umgehen und dröhnen sich dort zu und lassen die Sau raus. Das erleben wir vor allem bei den Konzerten. Viele sehen wir nur zu diesen Anlässen. Einige, zum Glück nicht allzuviele, Leute sind derart aggressiv, daß wir manchmal regelrechte Bullenfunktion übernehmen müssen, um unsere Räume und Strukturen vor ihnen zu schützen. Diese Aggression ist, wie überall in dieser Gesellschaft, nicht geschlechtsneutral. Es handelt sich bei den oben beschriebenen Leuten fast ausschließlich um Männer. Zudem werden oft Frauen auf Konzerten angemacht, in mindestens einem Fall sogar verprügelt. Es ist deprimierend, daß dieser ganze Haß und Frust in einem Raum implodiert, wo relativ wenig sanktioniert wird, und sich in destruktiver Aggressivität entlädt - eine Situation, die wir zum Kotzen finden.

Um so mehr, als daß diese Leute sicherlich auch unter den herrschenden Verhältnissen leiden, und wir mit ihnen vielleicht politisch etwas zusammen machen könnten. Das Resultat ist, daß viele Menschen, mit denen wir gerne zusammen feiern würden, inzwischen nicht mehr zu den Konzerten und Festen kommen.

Das Grundproblem "Ich hau auf den Putz und die Scherben kehren andere weg" macht sich nicht nur an den Ausklinkern fest, es muß generell gesehen werden. Vom Konsumverhalten können wir uns schließlich auch nicht freisprechen. Wir sind in der Metropole BRD sozialisiert worden. Das heißt, durch die unser Leben durchflutende und bis ins Detail organisierte Arbeitsteilung haben wir uns nicht schlecht daran gewöhnt, daß bezahlte DienstleistungsanbieterInnen für jeden Arbeitsbereich zur Verfügung stehen. Dieses Verhalten wird von Vielen auch aufs Weißhaus übertragen. Die undankbare Kleinarbeit, wie Saubermachen, Flugi schreiben, Organisationskram erledigen, bleibt meistens an denselben Leuten hängen.

Nicht nur in der pragmatischen Arbeit um das Weißhaus ist dieses Syndrom zu erkennen, sondern auch in der inhaltlichen-politischen Arbeit. Oft kommen Leute auf Plenen in der Erwartung, daß die Inhalte dort schon fix und fertig formuliert sind und wie Fertiggerichte mit nach Hause genommen werden können. Diese Erwartung findet sich oft in der an sich berechtigten Klage von Autonomen über fehlende kontinuierliche Arbeit in unseren Strukturen wieder. Wenn es bei uns keinen Kader geben soll, dann müssen wir uns selbst als aktiven Teil verstehen, um eine Politik machen zu können, die einem autonom-anarchistischen Anspruch gerecht wird. Damit wir nicht selber in die hier formulierten Verhaltensmuster fallen, müssen wir uns diese Kritik vor Augen halten und die Bequemlichkeit, die das Konsumverhalten mit sich zieht, in Aktivität ummünzen. Gerade in einem Tief, wie es auch die Kölner Autonomen zur Zeit erleben, ist es wichtig, sich konstruktiv mit unseren eigenen Mißständen auseinanderzusetzen und nicht resigniert wegzubleiben, wie es einige z.B. bei der Weißhausstr. tun.

Häuserkampf im Sinne von Hausbesetzungen ist nur möglich, wenn es leerstehende Häuser gibt. Das klingt nach Banalität, hat aber Konsequenzen. Spekulation im klassischen Sinne findet nicht mehr statt, ganze leerstehende und abzureißende Straßenzüge gehören der Vergangenheit der 70er und beginnenden 80er an. Die Umstrukturierung der Viertel ist weit vorangeschritten und läuft heute wesentlich subtiler und leiser ab. Die Zeiten größerer Freiräume sind damit vorbei: Wurden früher viele Häuser und Gelände sich selbst überlassen, und konnten wir uns diesen Raum für kollektive Experimente nehmen, so haben auch die herrschenden in den letzten Jahren das "Recyceln", wie sie es schönfärberisch nennen, alter Gelände und Gebäude für sich entdeckt. Das entspricht der Logik der zunehmenden Durchdringung unseres Lebensraumes, wie in diesem Fall der Stadt, durch herrschende Strukturen, um uns die Luft zum Atmen abzudrehen.

Ein weiterer Grund ist die Begrenztheit der räumlichen Ausbreitung vor allem von Gewerbegebieten an den Stadträndern, "auf der grünen Wiese". So werden inzwischen häufig Betriebe, vor allem sogenannte "Kleingewerbe" in alte Fabriken reingesetzt. Dies wird begleitet von der Propaganda der "kleinen, überschaubaren Einheiten", unter dem Beifall der grünen Reformer. Die Anzahl leerstehender Häuser wird noch einmal dadurch verringert, daß selbstverständlich auch Spekulanten und Hausbesitzer um die Gefahr von Besetzungen wissen. Mit der Unterstützung der Stadt versuchen sie das zu verhindern.

Insgesamt betrachtet, stellt sich damit Häuserkampf nach "bewährter" Art als ein Rückzugsgefecht dar, denn je weiter die Umstrukturierung der Viertel fortschreitet, desto weniger sind Hausbesetzungen überhaupt noch möglich. Rhein-Main-Autonome schrieben in der Unzertrennlich Nr.9 über Frankfurts citynahe Stadtteile sogar: "Angesichts dieser umfassenden (Ver)planung erscheinen Häuser- und Mietkämpfe immer illusorischer." Längerfristig stellt sich auch bei der Entwicklung in Köln die Frage, ob wir uns, die wir zum großen Teil in innenstadtnahen Vierteln mit hohem Altbaubestand wohnen, wo es Häuserkämpfe gab oder gibt, dort halten können. Wenn ja, dann um den Preis zunehmender Individualisierung, z.B. mehr arbeiten, um die steigenden Mieten bezahlen zu können.

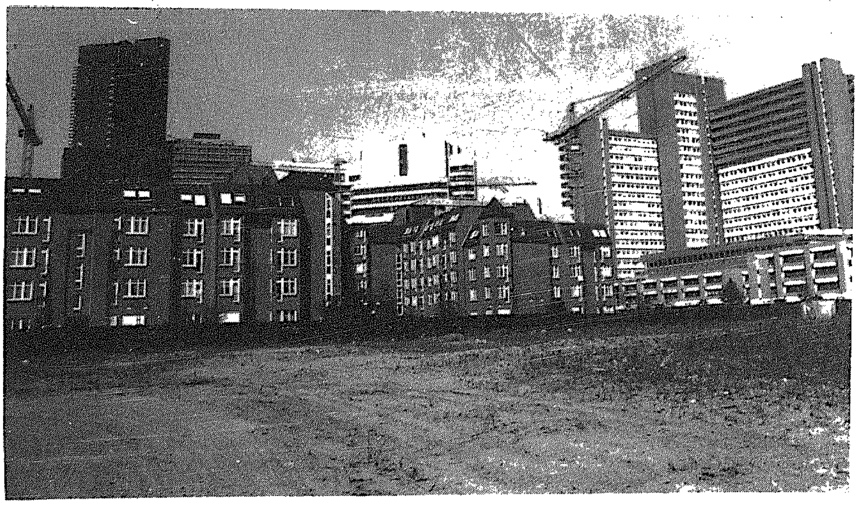
Trotz dieser pessimistischen Perspektive betrachten wir Häuserkampf nicht als veraltete Kampfform. Dabei ist die Ausgangslage zuerst einmal denkbar schlecht: die Stadt Köln hat, wie beschrieben, die Lösung des BesetzerInnen-Problems beschlossen und im letzten Jahr die 24-Stun-

den-Regel durchgesetzt. Diese Regel beinhaltet, daß jede (nicht-integrierbare) Hausbesetzung innerhalb von 24 Stunden wieder geräumt wird. In diesem repressiven Klima hat der Häuserkampf, geführt als "autonome Wohnraumbeschaffungsmaßnahme" keine Zukunft. Nur aus eigener Kraft werden die Autonomen derzeit Neubesetzungen nicht durchsetzen können. Wir mußten die letzten Monate leider feststellen, daß die Weißhausstr. trotz ihres inzwischen gestiegenen Bekanntheitsgrades in Köln nicht der Hebel für eine entscheidende Änderung dieses Kräfteverhältnisses ist. Der Häuserkampf, wie wir ihn die letzte Zeit geführt haben, - beschränkt auf "Weißhausstr. bleibt" -, hat kein systemsprengendes und auf andere überspringendes Moment. Das Weißhaus ist zur Zeit mehr oder minder interne Angelegenheit der Autonomen. Es könnte bestenfalls (wenn wir es schaffen, auch inhaltlich mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten) ein Zentrum für alle radikalen Linken in Köln werden. Das ist natürlich nicht zu unterschätzen.

Wenn Häuserkampf aber zur Kampfform vieler Menschen werden soll, müssen wir ihn auf die vermittelbare Ebene des antikapitalistischen "Wir-nehmen-uns-was-wir-brauchen" bringen. In der herrschenden Wohnungsnot sehen wir hierfür eine gute Ausgangslage. Daß der Häuserkampf, wenn wir ihn vermittelbar führen, Eigendynamik bekommt und nicht auf den üblichen Kreis beschränkt bleibt. Dabei ist uns klar, daß sich verschärfende soziale Widersprüche auch zur Faschisierung führen können. Auch klar ist, daß die Herrschenden versuchen werden, die Bevölkerung mit großen Worten und kleinen Happen ruhigzustellen.

Da die Anzahl leerstehender Häuser sich verringern wird, werden wir dazu übergehen müssen, uns auch leerstehende Läden und (Luxus-)Wohnungen, die kein Mensch bezahlen kann, anzueignen. Wirkliche Massenkämpfe, wie Mietstreiks auf breiter Basis, halten wir allerdings noch für sehr weit entfernt. Dabei besteht grundsätzlich die Gefahr, daß Teilbereichskämpfe mit sozialen oder ökonomischen Forderungen durch Zugeständnisse befriedbar sind. Aber wir sehen die Möglichkeit einer Radikalisierung der betroffenen Menschen in solch einer Auseinandersetzung. Denn sie erleben eventuell, daß sie durch gemeinsames Handeln konkrete Verbesserungen erkämpfen können, und stellen durch bewußte Gesetzesübertretung (z.B. Mietboykott, Wohnungsbesetzung) die Legitimität dieses Systems in Frage.

Es gibt noch eine andere Ebene, wo der Kampf um Räume zum Wohnen und Leben immer aktuell bleiben wird. Vereinzelung ist ein zentrales Herrschaftsmoment und drückt sich bekanntlich auch in der Architektur aus. Zwar sind die Zeiten vorbei, wo wie am Fließband Wohnklos mit Kochnischen in Beton gegossen wurden. Aber in



ergänzt worden. Die WG- und Kommune-geeigneten großen Altbauwohnungen sind zum überwiegenden Teil inzwischen an Wohlhabende und Praxen/Kanzleien vermietet oder in Appartements zerstückelt. Uns werden damit immer mehr die Möglichkeiten für kollektive Lebensformen entzogen. Es stellt sich aber die Frage, ob es überhaupt möglich ist, einen Kampf um solche Freiräume, dessen Entwicklung immer subjektiv bleibt, mit einem vermittelbaren Ansatz im Häuserkampf zusammenzuführen.

Unser Anspruch ist selbstverständlich, Häuserkampf als Teil eines revolutionären Ansatzes zu führen und uns nicht in spezialdemokratische Konzepte integrieren zu lassen. Wie wir das schaffen können, ohne den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, d.h. nicht bei alternativem "Schöner-Wohnen" stehenzubleiben, aber auch niemanden durch revolutionäre Phrasendrescherei zu vergraulen, haben wir noch nicht herausgefunden.

Das Anarchistische Plenum Köln ist eine gemischte Gruppe und offen für interessierte Außenstehende! In der Praxis arbeiten wir hauptsächlich in autonomen Zusammenhängen. Auf der anderen Seite fühlen wir uns anderen anarchistischen Strömungen wie dem Anarcho-Syndikalismus oder der Graswurzelbewegung verbunden, auch wenn ihre Ansätze andere sind. Wir würden uns hier öfters eine nähere Zusammenarbeit wünschen, wie es sie z.B. bei den "7 schwarzen Tagen", der Anarchistischen Woche, Anfang '88 in Köln gegeben hat. Über unsere Adresse können auch das Video "Nix für Satt" (über den Häuserkampf 1988 in Köln) und ein kurzes Video "Freiheit wird nicht erbettelt, sondern erkämpft" über die Weißhausstr. aus dem Februar '89 ausgeliehen werden.

Kontakt: Anarchistisches Plenum, co Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln-41

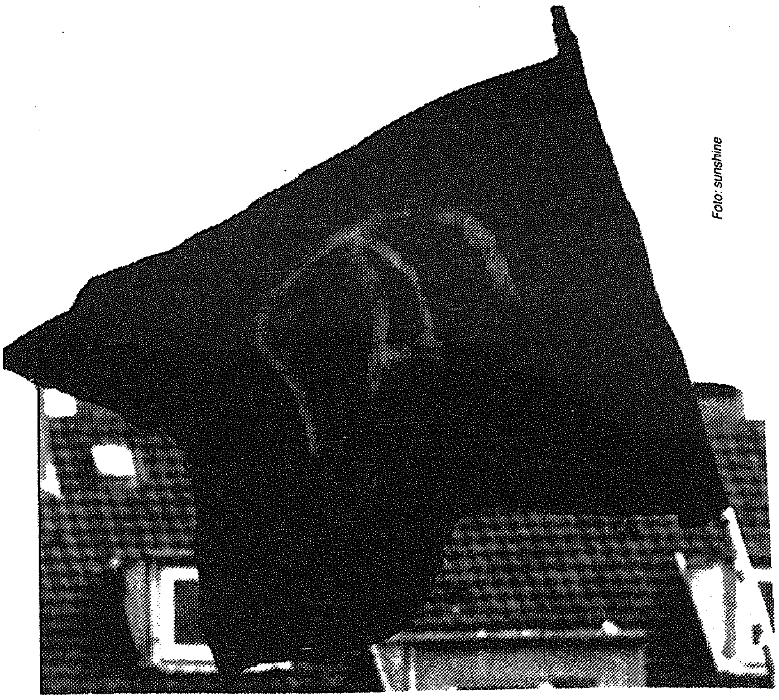


Foto: sunshine



Photo: Manfred Kampschulte

Schöne neue Stadt – Mediapark?

von Herby Sachs

Mediendiskussion

In der im SF geführten Mediendiskussion sind in den letzten Ausgaben die Auswirkungen der "audiovisuellen Medien", europäische Medienstrategien, Simulation und Modernisierung von Kultur und Wirtschaft stellvertretend für eine Reihe sozialer und gesellschaftlicher Entwicklungen thematisiert worden. Allen Beiträgen gemeinsam ist die kritische und ablehnende Haltung einem Zukunftsglauben gegenüber, der im Alltag zwar spürbar - jedoch weniger sichtbar - und oft nicht direkt angreifbar ist.

Ein Beispiel aus Köln, bekannt unter dem "Zauberwort" *Mediapark* soll den Versuch ergänzen, die Diskussion über die audiovisuellen Medien, die High-Tech-Zentren und eine fortschreitende soziale Isolation weiterzuführen.

"Schöne neue Stadt"

Köln ist eine Stadt der Medien. Nicht nur der WDR sitzt in der Rheinmetropole sondern auch BFBS, der Deutschlandfunk, die Deutsche Welle und RTL-Plus. Geplant ist "die neue Kulturstadt", mit eigenem Medienstadtteil und einer Medienuni, die mit Hamburg, München und Berlin zum vierten Medienzentrum in der BRD ausgebaut werden soll. Mit 32.000 Beschäftigten aus der Medienbranche, ihren 80 Unternehmen der Film- und Fernsehproduktion, mit 400 Verlagen kommt die Idee nicht zufälligerweise vom Himmel gefallen, - zusammen mit den Ambitionen der Post und ihr verbundener Elektronikkonzerne das alte Konzept hemmungsloser Technologieförderung im neuen Gewand "postindustrieller High-Tech"-Stadtkultur umzusetzen.

Im Zuge der Tendenz rasanter technischer Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationsmittel erstaunt auch kaum jemanden die Privatisierung von Ausbildung und Kultur, wo doch, wie Lothar Späth (CDU) meint "das eigentliche menschliche Betätigungsfeld in Zukunft die Kulturwirtschaft" sei.

In Köln ist die Errichtung einer "Kunst-Hochschule für Medien" beschlossene Sache. Fest steht ebenfalls, daß der Studiengang "Freie Kunst" abgeschafft wird.

Laut Planungsüberlegungen soll für die Kölner Medienhochschule ein "Konzept künstlerischer Integration" entwickelt werden, um eine Verbindung von Kunst und Technologie herzustellen. Die Kultusbürokratie sieht eine Mischfinanzierung der Medienhochschule mit der Elektronikindustrie vor, die selbstverständlich von medienorientierten Industrien, öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunkanstalten zur Kommerzialisierung und Vermarktung genutzt werden soll.

Kreatives Arbeiten mit audiovisuellen Medien wird kaum mehr möglich sein. Und die Experimentierkunst vollends an den Rand gedrückt, um den Bedürfnissen der Sendeanstalten und Medienindustrie Tür und Tor zu öffnen. Ganz im Sinne eines der geschäftsführenden Gesellschafter der Kölner MediaPark GmbH, der fordert. "daß in Europa endlich die Marktkräfte wirken können", damit wir "wirklich einen freien Fluß von Informationen haben."

MediaPark - Der Stadtteil aus der Retorte

Direkt unter dem Fernmeldeturm der Post lag das Gelände des alten Güterbahnhofs St. Gereon. Die letzten Schienen wurden vor

Schöne

kurzem herausgerissen, Relikte der Stahlära, die die industrielle Revolution überhaupt ermöglicht hat. Erst mit der Eisenbahn konnte die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise in alle Welt transportiert werden.

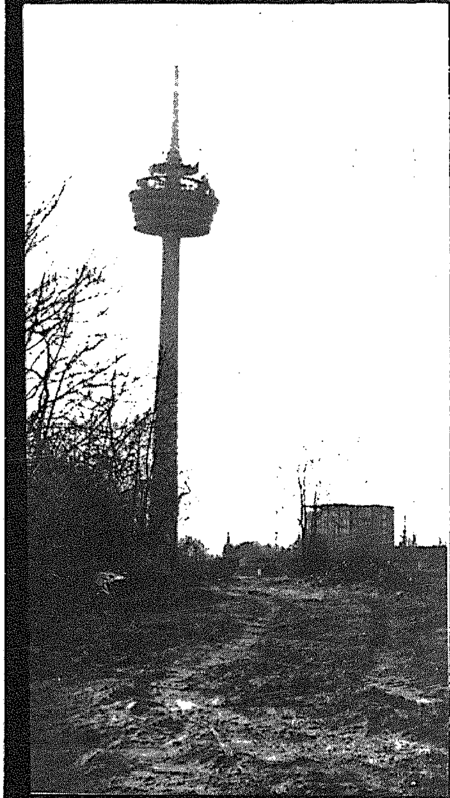
Auf diesem riesigen ehemaligen Bahnhofs-Gelände soll nun der neue High-Tech "Glanz und Protz" in Köln seinen Standort erhalten. Symbolträchtig wacht die Post über ihr zukünftiges Medienpotential.

Aus Gründen der Attraktivität, der Konkurrenz zu Hamburg und München, die seit Jahren vergleichbar versuchen Platz Nr. 1 in der Hitliste der Kämpfe um die Auszeichnung "Mediapolis" zu erstreiten, versucht Köln das besondere Image unverwechselbarer Originalität zu kreieren. Die Stadt will einen Medien-Stadtteil errichten. mit Studios und Büros, Läden für Handel und Dienstleistungen, Wohnungen und Freizeiteinrichtungen. Die Idee MediaPark ist nicht spezifisch auf eine Richtung in den Medien ausgerichtet, sondern sie ist eine Mischung aus Produktionsstätten, aus Forschung und Entwicklung. Auf fünf Ebenen soll das Mediapark-Konzept in die Wirklichkeit katapultiert werden: Medienwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnik, Kultur, dazu ein Park und ein Wohnungsangebot. Architektonisch und städtebaulich hat sich der sogenannte "Zeidler-Entwurf" durchgesetzt, der unter dem bedingungslosen Primat der Wirtschaftsförderung über andere ökologischere Stadtentwicklungs- und Gestaltungskonzepte steht.

"Der Bauhaus-Schüler Zeidler, für dessen "signifikanten" MediaPark-Entwurf sich Stadtrat und Stadtverwaltung trotz Wettbewerb vorab entschieden hatten, erweist sich in seinem Referat (auf der WTA-Tagung s.u.) als postmoderner Vielbauer, der in den USA und in Kanada die Segnungen des digitalen Zeitalters mit banalen Kulissen verpackt. - 'Die von Computern, Telekommunikation, Robotern und künstlicher Intelligenz vorangetriebene postindustrielle Technologie droht nicht mit der entpersonalisierten und funktionalisierten Metropole a la Fritz Lang', erzählt der Deutsch-Kanadier einem Auditorium, dem derlei Gedanken ohnehin fremd sind, 'sie eröffnet vielmehr der Menschheit eine neue Vision urbanen Lebens'." (Dynamik des Chaos, Stadt-Revue, Köln, Nov. 1988)

Den Verwertungsinteressen der Medienindustrie und Städteplanern sind andere vorhande Vorschläge für ein zusammenhängendes Parkgelände geopfert worden. Mit fadenscheinigen Begriffen wie "sozialverträgliche Technikgestaltung und technologiepolitischem Bürgerdialog" werden einschlägig bekannte Wachstumsstrategien und blinde Technologiegläubigkeit auf neuem Terrain verkauft.

Die scheinbare Originalität des MediaPark in Köln folgt offensichtlich einer klassischen sozialpolitischen Strategie der Städtebauer, die trotz hoher Mieten und großer Wohnungsnot ihre Sanierungskonzepte durchziehen vor dem Hintergrund des Flairs einer Medien und Kunststadt.



Während einer Tagung der Generalsversammlung der "World Teleport Association" (WTA) (Teleport meint soviel wie "Informationshafen"; H.S.) im Oktober '88 in Köln gibt Postminister Schwarz-Schilling ein weiteres Startzeichen:

"Bereits heute stellt der Bereich Telekommunikation und Informationstechnik einen Weltmarkt (Geräte und Dienstleistungen) von 800 Milliarden Mark. Vor vier Jahren wurden mehr als 2% des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft (EG) vom Telekommunikationssektor erwirtschaftet, im Jahre 2000 sind es vermutlich 7% - damit würde der stärkste Sektor (Automobile) überflügelt."

Neben der Medienwirtschaft wird die Telematik (Telekommunikation + Informatik) ein Standbein des MediaParks sein. Es geht dabei im wesentlichen um die Gestaltung, Anwendung, Beratung und Schulung, da die Produktion der Geräte (Hardware) schon längst zu Gunsten des süddeutschen Raums einschieden ist. Das Telematikdienstleistungszentrum ist auf dem Hintergrund zu verstehen, daß Köln nicht nur "Die Stadt der Medien", sondern auch "die Stadt der Versicherungen, der Banken und des Handels" ist. Im Dienstleistungsbereich arbeiten fast zwei Drittel der Bevölkerung. Das Potential der Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechniken findet hier eine Perspektive, die ohne Zweifel tiefgreifende Veränderungen der Arbeit und mit Sicherheit Rationalisierungen und Entlassungen nach sich ziehen werden. Daher ist das Argument der Kölner Planer Arbeitsplätze zu schaffen, ähnlich hohl wie die Realisierung des Konzepts "Technologie und Ökologie" oder des Konzepts "des Gebrauchswert von Erholung und Freizeit".

Im Zuge wirtschaftlicher Umstrukturierung werden durch den MediaPark keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern höchstens bereits vorhandene räumlich zusammengefaßt.

Auf wackligen Beinen stehen für die Strategen außerdem die Aussichten im Bereich der Breitbandanwendungen für

neue Stadt

Mediapark?

Bewegtbilder oder superschnelle Datenübertragung, auch wenn die Post ein besonders großes Interesse für die Telekommunikation mit dem seit 1989 begonnenen ISDN hat. (vgl. SF-30)

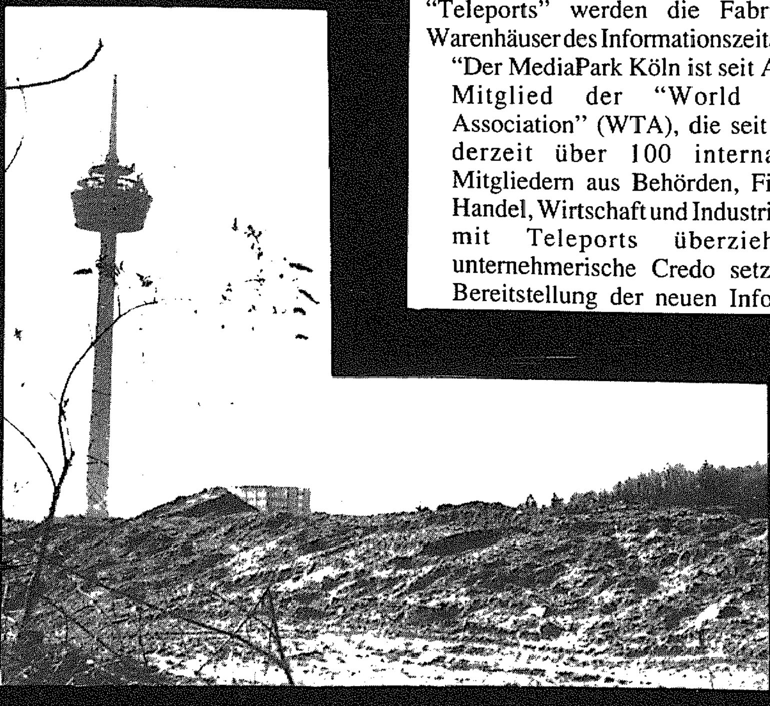
Andererseits gibt es durchaus ernstzunehmende Projekte, die mit Sicherheit realisiert werden - z.B. ein neuartiges Mailbox-Konzept oder die MediaPark-Aktivitäten zum Post-Fernwirkdienst Temex. (Temex ist eine Übertragung zusätzlicher Information über das Telefonnetz). Und von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen beteiligt sich eine Firma der Bosch-Gruppe zusammen mit der Bundespost und zwei Sicherheitsdiensten an einem neuen Betriebsversuch. Das Pilotprojekt dient der Errichtung einer Leitstelle für den geplanten Telenorma-Sicherheitsdienst, den das Unternehmen in den MediaPark legen will. Aber auch Hardware-Produzenten, wie die Kölner Niederlassung der Phillips-Kommunikations-Industrie, zeigen Interesse am MediaPark.

Jedenfalls sind sich alle einig, ob Großindustrie oder SPD-CDU-FDP und Stadtplaner mit dem Projekt MediaPark den Zug der Zeit nicht zu verpassen.

NRW-Ministerpräsident Rau findet zukunftsweisende Worte für die EG-Freizügigkeit der nächsten Jahre: "Der MediaPark ist ohnegleichen in Europa".

Mit der Verwirklichung des MediaPark-Prokjekts wird Köln dann über einen der zur Zeit etwa fünfzig "Teleports" (Informationshäfen) verfügen. Und "Teleports" werden die Fabriken und Warenhäuser des Informationszeitalters sein.

> "Der MediaPark Köln ist seit April 1987 Mitglied der "World Teleport Association" (WTA), die seit 1984 mit derzeit über 100 internationalen Mitgliedern aus Behörden, Finanzwelt, Handel, Wirtschaft und Industrie die Welt mit Teleports überzieht. Das unternehmerische Credo setzt auf die Bereitstellung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Verbindung mit der Vermarktung innerstädtischer Immobilien." (Aus: Dynamik des Chaos, Stadt-Revue, Köln Nov. 1987)



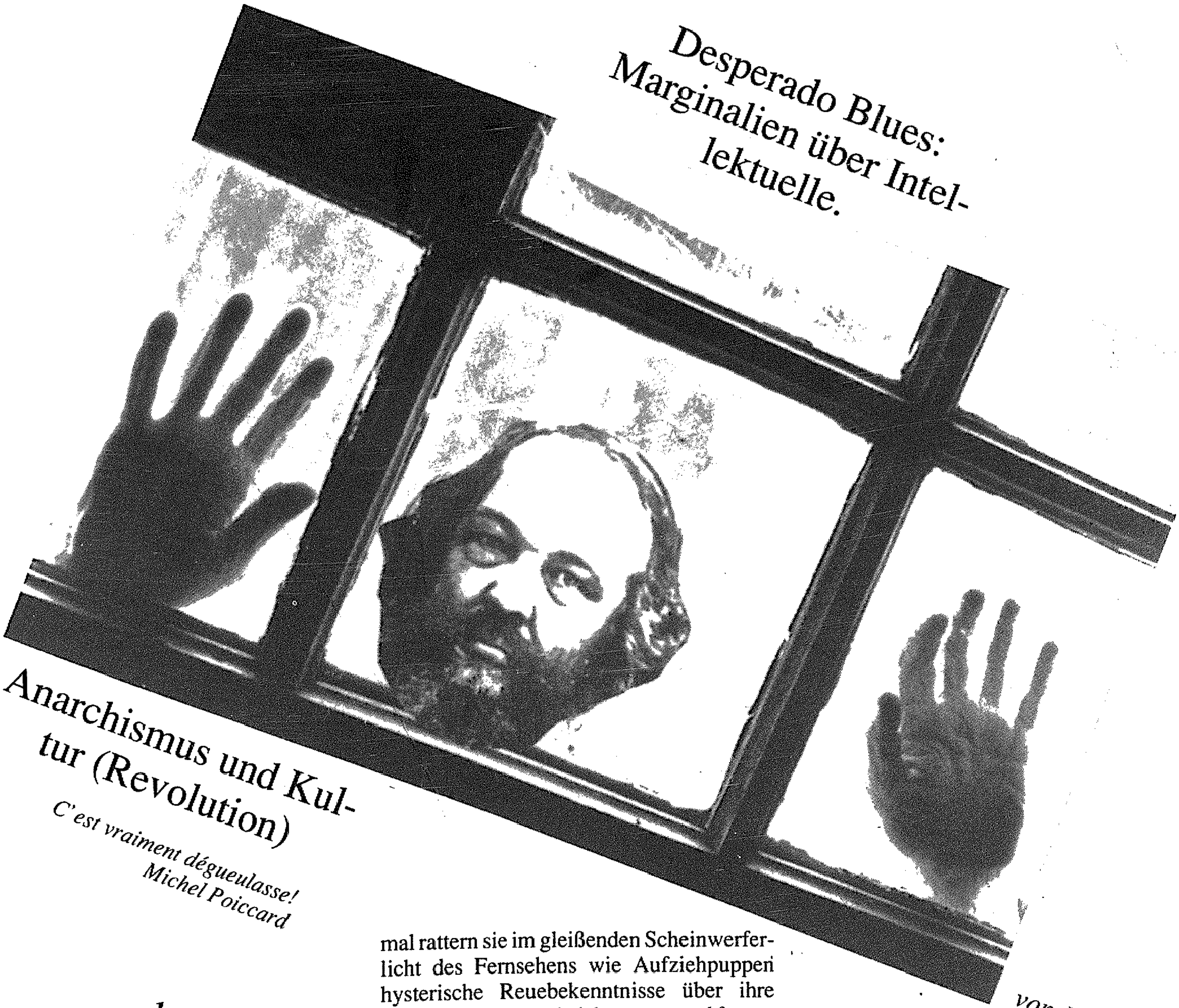
Klotz am Bein

Ganz so reibungslos wie ursprünglich geplant, läßt sich der MediaPark jedoch nicht über die Bühne ziehen. Gerade im unverzichtbaren Bereich Kunst und Kultur als integrativer Bestandteil tauchen große Probleme auf. Die kulturwirtschaftlichen Projekte, benannt mit dem hochtrabenden Namen "Leonardo", sollen nämlich unabhängig von öffentlichen Subventionen existieren, sei es in Form direkter Vermarktung, sei es durch private Sponsoren. Eine Kulturkreditbank sollte dabei behilflich sein, den Künstlern den Umgang mit Geld beizubringen. Aber diese stehen der Neuerung skeptisch gegenüber. Da scheint das stereotyp ausgedachte Konzept "die Freizeit in intelligenten Kultur- und Erholungsparks zu verbringen" an seine kulturpolitische Grenze zu stoßen. Doch fleißig wird daran gebastelt die Künstler auf Linie zu trimmen.

> "In Karlsruhe, wo ebenfalls ein Zentrum für Kunst und Medientechnologie entstehen soll, zerbrachen sich im März namhafte Wissenschaftler, Künstler und Ingenieure über den dortigen "Aufbruch der Künste" ins High Tech Zeitalter die Köpfe." (Zit. aus der Zeitschrift Neue Medien, Juli 1988).

Auf kultureller Attraktivität liegt ein Schwerpunkt des Projekts, daher auch das lebhafte Interesse der Stadt Köln mit allerlei glitzerndem Schnickschnack eine immer perfekter funktionierende Kunst und Unterhaltungsmaschinerie zu etablieren; - dringend notwendig zur Imagepflege und um in Konkurrenz zu anderen Städten zu treten. Außerdem läßt sich damit die hohe Arbeitslosigkeit von 15%, die Luxussanierung und die "Polarisierung von "Glanz und Elend" leichter kaschieren. Optimismus soll verbreitet werden mit einem innovationsfreudigen Klima für das mikroelektronische Zukunftsdorf. Denn daß auch die Mikroelektronik, trotz ständig gegenteiliger Behauptungen, keinen neutralen sozialen Charakter besitzt, - diese Lampe ist so einigen Befürwortern des "gläsernen Menschen" aufgegangen. Nach bisherigem Erkenntnisstand ist die Verbindung von Datenverarbeitungs- und Kontrollfunktion unaufhebbar in der gegenwärtigen Basistechnik enthalten und zwar auch in der Hardware, nicht nur in der Software. Wobei die Frage des "Überwachungsstaates" nur unvollständig die soziale Katastrophe skizzieren kann, die ein HighTech-Flair der neuen Medien- und Kulturstädte mit dem massiven Ausbau der Kommunikations- und Informationstechnologien auf das Zusammenleben der Menschen ausüben wird.

Desperado Blues: Marginalien über Intellektuelle.



Anarchismus und Kultur (Revolution)

C'est vraiment dégueulasse!
Michel Poiccard

von Jörg Auberg

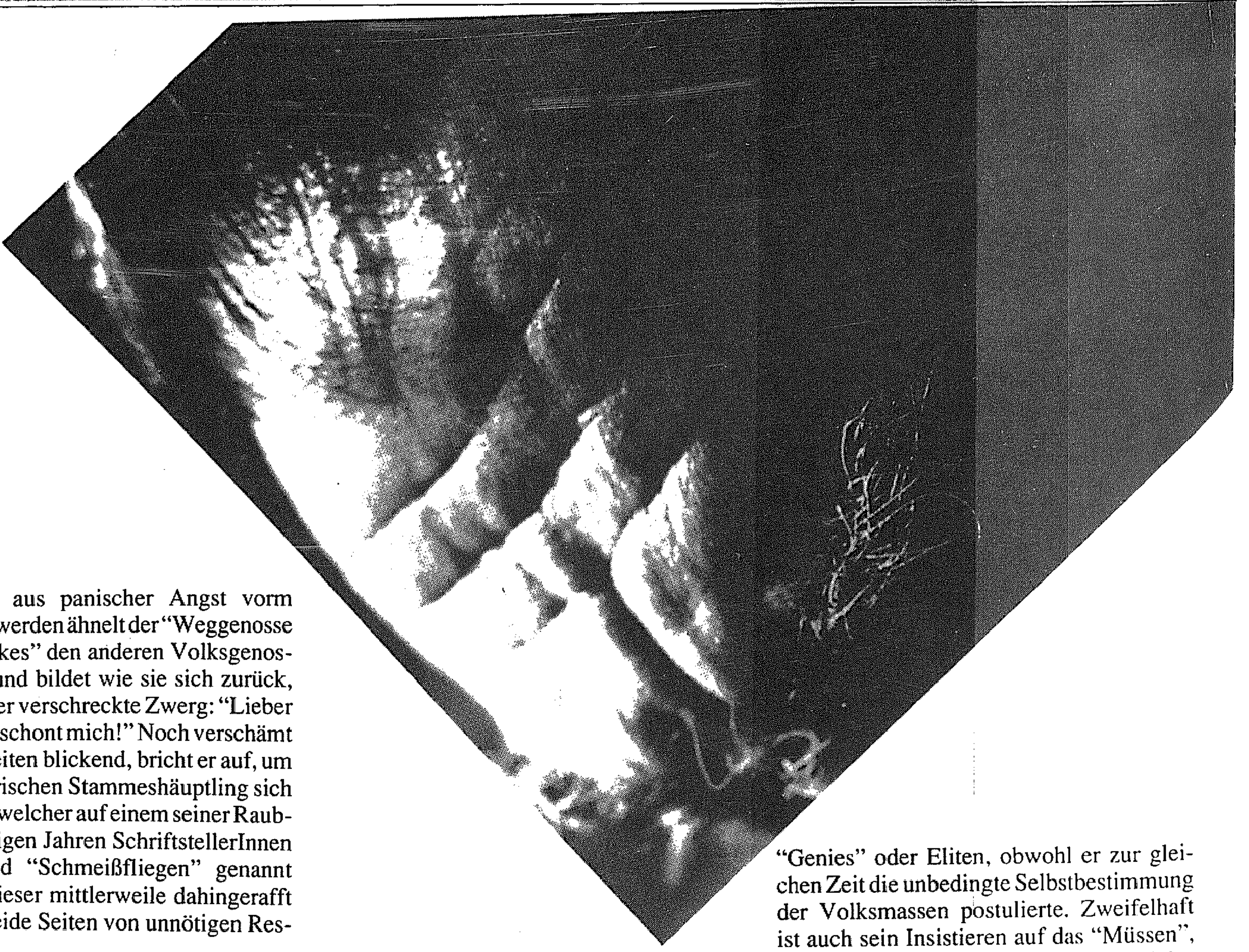
1
Dummheit des Gescheitseins

Menschen, welche von sich meinen, sie seien besonders gescheit, können zuweilen unerträglich werden. Erinnert sei etwa an jenen schurkische, verkniffen lächelnden Hundedresseur in *Le Jour se Lève*[1], welcher den ihm ausgelieferten Kreaturen die Freiheit abgewöhnt, seine Mitmenschen mit Bosheiten traktiert und obendrein großmäulig von sich behauptet: "Ich war schon immer sehr intelligent." Allerdings bewahrt ihn seine Gescheitheit nicht davor, daß er schließlich in blasierter Arroganz sein Leben verspielt und mit zwei tödlichen Kugeln im Leib die Treppen einer schäbigen Mietskaserne hinunterpurzelt.

Wie die Geschichte gezeigt hat, ist diesem nervtötenden Menschenschlag kaum beizukommen, weder mit gutem Zureden noch mit drastischeren Mitteln. Offenbar werden diese ewigen Bescheid- und Besserwisser, diese penetranten Durchblicker, die schon die Antworten parat haben, noch ehe die Fragen gestellt sind, unablässig in Serie produziert. Mal tauchen sie als Gaukler, Zinker und Zocker auf dem akademischen Rummelplatz auf; mal erscheinen sie als mit allen Wassern gewaschene Obergenossen in den marxistisch-leninistischen Generalstäben der Weltrevolution und verbreiten mit ihrem politisch-ökonomisch-soziologischen Schlagwörter-Repertoire eisiges Schweigen; mal rattern sie im gleißenden Scheinwerferlicht des Fernsehens wie Aufziehpuppen hysterische Reuebekenntnisse über ihre radikale Vergangenheit herunter; mal feuern sie ihre postmodernen Dumdumgeschosse in die unbedarfte Menge; mal geben sie auf zur eigenen Beweihräucherung inszenierten Konferenzen und Kongressen ausgelutschte Phrasen und abgeschmackte Bürokratenprosa zum Besten. Sind sie einen Moment lang in der Öffentlichkeit nicht präsent, so fragern sich einige Beobachter besorgt: "Wo sind unsere Intellektuellen?" oder "Warum schweigen unsere Intellektuellen?", als seien sie für den Lauf der Welt unentbehrlich, als hinge von ihren Verlautbarungen das Wohl der Menschheit ab, als hätten sie je der Barbarei entschlossen sich entgegengestellt.

Als Nutznießer des miserablen Systems müßten sie der Anstrengung sich hingeben, die Grundlagen für eine emanzipierte Gesellschaft zu schaffen, doch ist es allemal einfacher, im "Bauch der Bestie" es sich gemütlich zu machen und den Gesetzen des Marktes sich unterzuordnen.

So durfte unlängst ein "Weggefährte Rudi Dutschkes", welcher ehemals als Möchtegern-Hemingway der Neuen Linken im Literaturbetrieb sich zu profilieren gesucht hatte, in einer Hamburger Wochenzeitung als Zuchtmeister der "Enkel der Nazi-Generation" auftreten, welche unbewußt faschistische Muster reproduzierten und bei der Wahl ihrer Mittel und Worte durch keine Erinnerung verunsichert seien, so daß sich zeige, daß ihr Antifaschismus nicht erarbeitet sei. Mit dieser pauschalen Anprangerung läßt es der Oberlehrer, dem wirdrige Umstände ein Beamtendasein verwehrten, aber nicht bewenden; er möchte sich auch mit Haut und Haaren der deutschen Volksgemeinschaft ausliefern: "Es muß, trotz und mit Franz-Josef Strauß, einmal ein Ende haben mit dem gekrümmten [!] Gang. Mir leuchtet vieles ein, was dieser Mann, dem ich kaum ein Wort glaube, den Deutschen von seiner bayerischen Kanzel aus predigt: Die deutsche Geschichte ist länger als zwölf Jahre, sie hat Traditionen hervorgebracht, auf die wir stolz sein können, niemandem ist auf die Dauer mit der deutschen Bußfertigkeit gedient und dem ewigen schlechten Gewissen."[2] In der Tat beläuft sich die deutsche Geschichte auf mehr als zwölf Jahre, und dies ist in jedem Fall zu bedauern. Auf welche Traditionen möchte denn der "Weggefährte Rudi Dutschkes" stolz sein? Etwa auf die des preiswerten Massenmordes, welcher seit dem ersten Weltkrieg in allen Dekaden dieses Jahrhunderts von deutschen Giftgasproduzenten unterstützt wurde, oder auf die der jahrhundertelangen Dehumanisierung und Verfolgung der Roma und Sinti?



Offenbar aus panischer Angst vorm Ausgelöschtwerden ähnelt der "Weggenosse Rudi Dutschkes" den anderen Volksgenossen sich an und bildet wie sie sich zurück, schreit wie der verschreckte Zwerg: "Lieber Herr Bär, verschont mich!" Noch verschämt nach allen Seiten blickend, bricht er auf, um dem bajuwarischen Stammeshäuptling sich anzudienen, welcher auf einem seiner Raubzüge vor einigen Jahren SchriftstellerInnen "Ratten" und "Schmeißfliegen" genannt hatte. Daß dieser mittlerweile dahingerafft ist, befreit beide Seiten von unnötigen Ressentiments.

Wenn nicht alles trügt, war Kollege Walser nur der Pfadfinder, der das Terrain auskundschaften sollte, und in der nächsten Zeit werden wohl auf CSU-Parteitagen SchriftstellerInnen sich ein Stelldichein geben, um über Doitschland Auskunft zu geben.

2
Erkenntnisse eines Störenfrieds

Skepsis gegenüber Intellektuellen ist seit je angebracht. Im letzten Jahrhundert wuchs in Michail Bakunin die Erkenntnis, daß die herrschende Wissenschaft einzig und allein der Betonierung der bestehenden Verhältnisse diene. Die Universität, "diese Kirche der Bourgeoiswissenschaft", ziehe die Agenten der relativen Verelendung der Volksmassen im Bourgeoisgeist heran, um ausschließlich den Interessen des Bourgeoismilieus zu dienen und der "vollständigen und wirklichen Emanzipation des Proletariats" entgegenzuwirken. Ausbildung in den herrschenden Institutionen bilde 'geistiges Kapital' heran, welches Hierarchien, Privilegien und Herrschaft sichere. Demzufolge sollte sich die bakunistische Revoluton nicht allein gegen ökonomische und politische Einrichtungen wenden, sondern auch gegen die Bildungsinstitutionen und die Bourgeoiswissenschaft. Die 'Liquidation' der bürgerlichen Kultur erschien ihm notwendig, um neue moralische und vernünftige Menschen zu schaffen.

Nicht allein, daß die Bourgeoiswissenschaft den herrschenden Interessen diene und Instrumente zur Stärkung staatlicher Zentralisation schaffe, degradiere ihre Autorität, die den Menschen eigene Verantwortlichkeit und Kontemplation absprече, die Individuen zu "stummen Tieren", ließe eine Gesellschaft schon bald "auf die tiefste Stufe des Blödsinns herabsinken".

Zudem kritisierte Bakunin die unvermeidliche Kastration des kritischen Geistes, sobald er sich im Labyrinth der Institution verirrte: "Das größte wissenschaftliche Genie [!] sinkt unvermeidlich und schläft ein, sobald es Akademiker, offizieller, patentierter Gelehrter wird. Es verliert seine Selbstbestimmung, seine revolutionäre Kühnheit und die unbequeme und wilde Tatkraft, die für das Wesen der größten Genies charakteristisch ist, die stets berufen sind, hinfällige Welten zu zerstören und die Grundlagen neuer Welten zu legen."

In diesem Sinne verwarf Bakunin nicht jegliche Wissenschaft, doch sollte in der von ihm erstrebten Gesellschaft die Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufgehoben sein. "Jeder muß arbeiten und jeder muß gebildet sein", lautete seine kategorische Forderung. Er war überzeugt, "daß in einem lebendigen und vollständigen Menschen beide Tätigkeiten, die der Muskeln und die der Nerven, in gleicher Weise entwickelt sein müssen" und "jede die andere unterstützen, erweitern und verstärken" müsse.[3]

Natürlich muß die Zeit berücksichtigt werden, in der Bakunin seine Gedanken entwickelte, und zwangsläufig müssen heute einige seiner Ideen mehr als fragwürdig erscheinen. Beispielsweise spricht er des öfteren von "Männern von Genie", schließt auf dem Gebiet der Bildung Frauen aus und reproduziert den autoritären Glauben an "Genies" oder Eliten, obwohl er zur gleichen Zeit die unbedingte Selbstbestimmung der Volksmassen postulierte. Zweifelhaft ist auch sein Insistieren auf das "Müssen", den Zwang oder dessen Androhung. Vieles in Bakunins Denken blieb fragmentarisch, unentwickelt, war vom Augenblick bestimmt, doch auch wenn die Verhältnisse in der Zeit nach ihm sich verändert haben mögen, bleibt seine radikale Kritik bestehen. Heute wie damals verändern nicht die Menschen die Institutionen. Das Umgekehrte ist der Fall.

3
Glück im Unglück

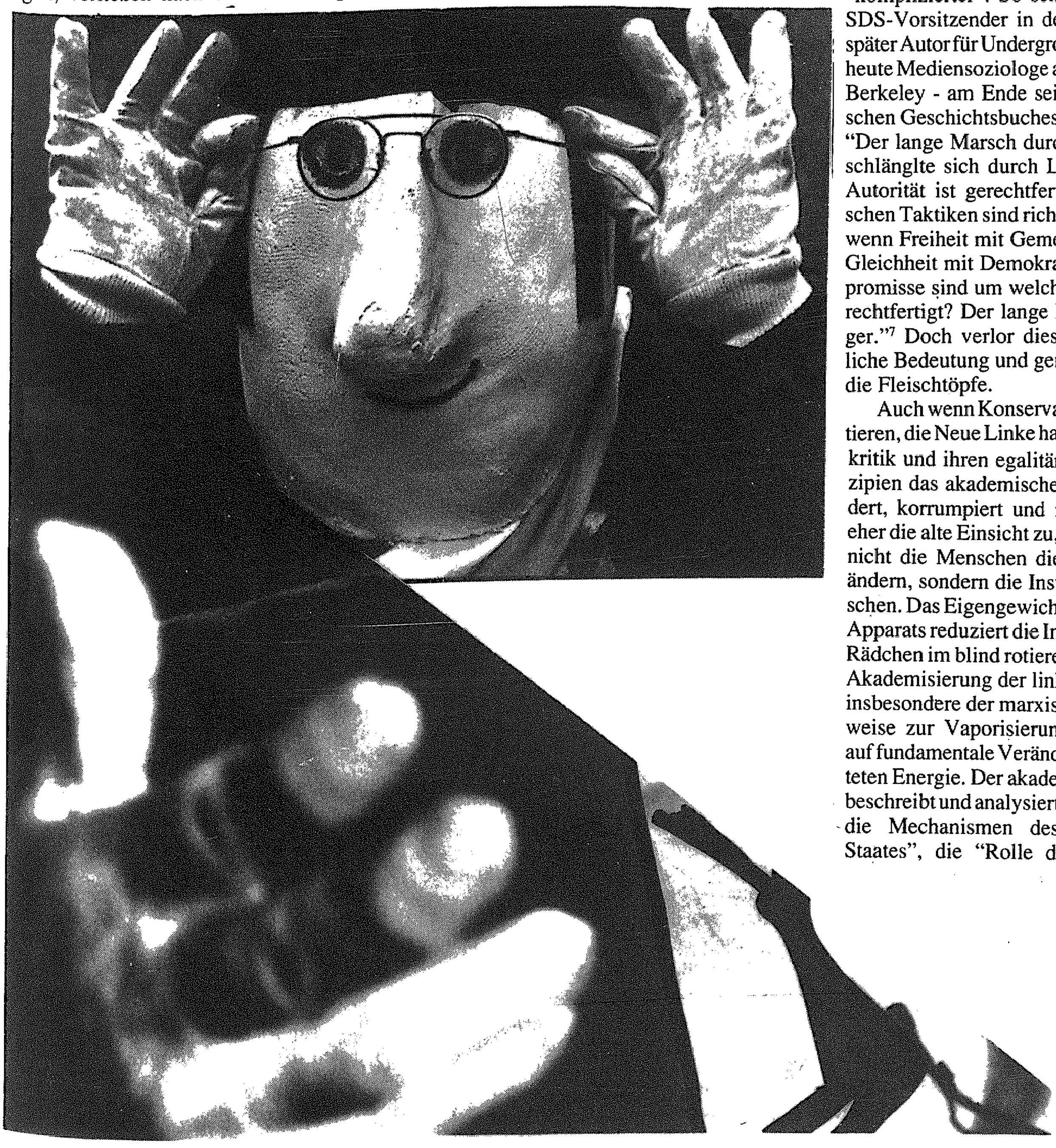
Der Intellektuelle ist, so Jean-Paul Sartre, "ein Nebenprodukt unserer Gesellschaften, und der ihm innewohnende Widerspruch zwischen Wahrheit und Glauben, Wissen und Ideologie, zwischen freiem Denken und Autoritätsprinzip hat seine Ursache nicht in seiner intentionalen Praxis, sondern in einer Reaktion, die sich in ihm abspielt, das heißt, er entspringt einem Zusammentreffen inkompatibler Strukturen in der synthetischen Einheit eines Individuums."[4]

Selbst wenn es in der Absicht der Intellektuellen liegen mag, daß ihre Arbeit zum Nutzen aller angewendet werde, so sind sie doch spezialisierte Angestellte, "Kommis" (Handlungsgehilfen) der herrschenden Eliten, welche - mit den Worten Gramscis - die "subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung" ausüben.[5] Der "Klassische" Intellektuelle steht zwar in Opposition zum herrschenden System, trägt zugleich aber durch seine Arbeit in den Institutionen zu dessen Erhalt bei. Dieser Widerspruch gebiert ein "unglückliches Bewußtsein", welches dem Intellektuellen ermöglicht, als Ankläger aufzutreten. Er unterzeichnet Petitionen,

schreibt Artikel in Zeitschriften, stellt sich an die Seite von oppositionellen Bewegungen, indem er ihnen einen Teil seines in der privilegierten Ausbildung erworbenen geistigen Kapitals zur Verfügung stellt. Im Grunde ist er glücklich, daß er ein "unglückliches Bewußtsein" besitzt, kann er doch so den Ankläger spielen und gleichzeitig die Privilegien und - wenn auch beschränkten - Machtbefugnisse auskosten, welche ihm die bürgerliche Gesellschaft bietet. Trotz gelegentlichen Murrens gefällt es ihm in dieser Sado-Maso-Beziehung.

Der "neue" Intellektuelle dagegen ist für Sartre jemand, der nicht nur das System in Frage stellt, sondern auch seine Rolle als Intellektueller in der Gesellschaft, der seine Widersprüche überwindet und am Aufbau eines Sozialismus ohne Autorität und Machtübertragung, eines "anarchistischen Sozialismus" sich beteiligt. Schon jetzt sollten die Intellektuellen sich bemühen, aus ihrer Isolation auszubrechen und mit den Massen in Kontakt zu treten. Um eine Brücke zwischen Intelligentsia und Proletariat zu schlagen, verließen nach den Mai-Ereignissen von 1968 studentische Kader die Universitäten und gingen in die Fabriken, um "Arbeiter unter Arbeitern" zu werden. So "erscheinen die Intellektuellen, die 'Betriebsarbeit machen' oder die für die Massen Partei ergreifen, als Verräter an der bürgerlichen Gesellschaft", meinte Sartre, "weil sie, um diese neuen Intellektuellen zu werden, Kenntnisse benutzen, die man ihnen für eine ganz andere Funktion vermittelt hat."[6]

Tatsächlich erschienen lediglich diese Intellektuellen als Verräter ihrer Klasse, führten mit ihren talentlosen Laienspielgruppen abgeschmackte Schmierenkomödien auf, bis sie sich neuen Aufgaben zuwandten. Es war Mimikry, inhaltsleere Gebärde, lächerlicher Revolutionismus, der mit einem Sprechblasen-Jargon gegen die Realität sich sperrte, aus der Mottenkiste hervorgekramter Proletkult-Trödel. Nicht um Befreiung ging es, sondern um geistlose Angleichung an jene, welche unter dem System der Hierarchie, Disziplin und Plackerei litten. Aber während sie ihrem erdrückenden Alltag nicht entfliehen konnten, stand es den intellektuellen MissionarInnen jederzeit offen, sich wieder in die privilegierten Stellungen zurückzuziehen. Und von dieser Möglichkeit machten sie auch Gebrauch.



4
Asyl für Obdachlose

Die einst rebellierenden, dem System sich verweigernden und nun ratlos umherstehenden Intellektuellen, welche der mühseligen und kräfteraubenden Existenz des Berufsrevolutionärs überdrüssig geworden waren, erhielten - wenn auch von Mißtrauen oder Feindseligkeit begleitet - Asyl in den herrschenden Institutionen. Abgebrochene Dissertationen wurden wieder aufgenommen, Redaktionsstühle warteten auf Besetzung oder man bewegt sich anderweitig auf den Schienen fort, welche bürgerliche Erziehung und Ausbildung gelegt hatten, ehe die stürmische Politik der sechziger Jahre alles durcheinander gewirbelt hatte.

Nun, da man selbst zu den Autoritäten vorgestoßen war und zu den Arrivierten gehörte, wurde radikale Politik immer "komplizierter". So schrieb Todd Gitlin - SDS-Vorsitzender in der Saison 1963-64, später Autor für Underground-Zeitungen und heute Mediensoziologe an der Universität in Berkeley - am Ende seines autobiographischen Geschichtsbuches über die "Sixties": "Der lange Marsch durch die Institutionen schlängelte sich durch Labyrinthe: Welche Autorität ist gerechtfertigt, welche politischen Taktiken sind richtig? Was geschieht, wenn Freiheit mit Gemeinschaft kollidiert, Gleichheit mit Demokratie? Welche Kompromisse sind um welcher Ziele willen gerechtfertigt? Der lange Marsch wurde länger."[7] Doch verlor dieser seine ursprüngliche Bedeutung und geriet zum Marsch an die Fleischtöpfe.

Auch wenn Konservative ständig lamentieren, die Neue Linke habe mit ihrer Kulturkritik und ihren egalitären, radikalen Prinzipien das akademische System unterwandert, korrumpiert und ruiniert, trifft doch eher die alte Einsicht zu, welche besagt, daß nicht die Menschen die Institutionen verändern, sondern die Institutionen die Menschen. Das Eigengewicht des akademischen Apparats reduziert die Individuen zu bloßen Rädchen im blind rotierenden Getriebe. Die Akademisierung der linken Intellektuellen, insbesondere der marxistischen, führte teilweise zur Vaporisierung ihrer kritischen, auf fundamentale Veränderungen ausgerichteten Energie. Der akademische Marxismus beschreibt und analysiert das "Weltsystem", die Mechanismen des "kapitalistischen Staates", die "Rolle der Intellektuellen"

usw.usf., aber dahinter steht keine dynamische, transformative Form der Untersuchung - alles ist statisch, starr und konsequenzlos.

Auf dem universitären Terrain verschanzen sich die linken AkademikerInnen in gesicherten Stellungen, ergehen sich in den "wissenschaftlichsten" und "unparteiischsten" Formen des "Diskurses", um nicht mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, sie betrieben "Kaderschulung" in ihren Seminaren, um ihre Chancen im Kampf um Förderungsgelder, Stipendien, Forschungsprojekte und Buchverträge zu wahren. Auf Schritt und Tritt unterwerfen sie ihren Geist und ihre Arbeit den Erfordernissen des technokratischen Akademikermilieus, entwickeln einen von Außenstehenden kaum noch zu dechiffrierenden Sprachcode, hüllen sich in ein undurchdringliches Miasma verschworenen Stammesgemeinschaften, welche ständig in irgendwelchen scheinhaften Fehden sich befinden. Nicht um Aufklärung oder Erhellung von Zusammenhängen geht es mehr, sondern um die größtmögliche Akkumulierung irgendwelcher Begriffspartikel, um intellektuelle Masturbation, welche - Todd Gitlin zufolge - das "akademische Äquivalent zum Avantgarde-Revolutionismus" darstelle. Exemplarisch hierfür mögen zwei Zitate stehen, welche willkürlich aus dem unerschöpflichen Müll-Reservoir akademischer Überflußproduktion herausgegriffen sind:

"In der Tat hat die Unfähigkeit, die tiefgreifende Unterschiedlichkeit von objektiven historischen Determinationszusammenhängen einerseits und den Artikulationsprozessen von Subjekte konstituierenden und 'interpellierenden' Diskursen andererseits theoretisch klar zu erfassen, innerhalb der marxistischen Tradition zu Schwierigkeiten geführt, die Problematik der spezifischen Anforderungen an eine historische, politische Praxis begrifflich zu strukturieren."[8]

"Im kommentierenden Diskurs sind Anschläge konnotiert mit Autoren, die sie planen, inszenieren, durchführen und schließlich begründen. Er fordert die Existenz eines Autors, der als autonomes Subjekt über seine Handlung Rechenschaft ablegen kann und muß, wobei das Individuum über Herbeiführung und Kontext der Handlung verfügt und so für deren Folgen verantwortlich ist."[9]

Die endlose, rituelle Zelebrierung einer bereits im Sarkophag ruhenden "Wissenschaftlichkeit" zerfrißt am Ende das Hirn, nicht nur das der Ptomaine-Junkies [= Leichengift-Junkies, SF], sondern auch das jener, welche diesem Apparat und seinen Agenten zwecks Anlernung sich ausliefern. Die Folgen sind kaum zu heilende Infektionen. Der Virus schafft Duplikate seiner selbst.

5
Verspätete Obsequien [= Totenmesse, SF]

Vor nicht allzu langer Zeit sorgte in linksintellektuellen Kreisen der USA ein Buch für einige Aufregung, in dem Russell Jacoby das Fehlen öffentlich intervenierender Intellektueller beklagt und diagnostiziert, daß die marxistischen Intellektuellen aus der Generation der Neuen Linken den institutionellen Versuchungen erlegen seien und ihre einst radikalen Ziele der Anerkennung im akademischen Betrieb geopfert hätten. Demgegenüber erlägen Anarchisten wie Murray Bookchin oder Noam Chomsky kaum den Verführungen von Titel, Prestige und sozialem Status, denn ihr Widerstand gegen die staatlichen Institutionen und deren Funktionäre sei moralisch motiviert:

> "Die Geschichte des Anarchismus hat ihren Anteil an Sündern und Opportunisten, aber wenige Anarchisten schlossen sich ehemaligen trotzkistischen und marxistischen Intellektuellen an, um sich für Räume im Staatsmotel einzutragen. Insoweit als das kulturelle Höhenzeichen für Anarchisten die vorindustrielle Ordnung ist, können sie manchmal eine durchdringendere Kritik der industriellen Zivilisation bieten als Mainstream-Marxisten, die die Gesellschaften eher ölen als umbauen. Während Marxisten von Fünfjahresplänen träumen, nähren Anarchisten, deren Kritik sowohl ethisch als auch politisch ist, die utopische Flamme."[10]

So radikal seine Kritik auch daherkommen mag, fordert Jacoby doch nichts anderes als die "klassischen" Intellektuellen, welche in den akademischen Institutionen stecken, forschen und lehren und in ihrer Freizeit, vom "unglücklichen Bewußtsein" angetrieben, gegen das herrschende System protestieren wie etwa der Linguist Noam Chomsky, der seit Jahrzehnten engagiert den US-Imperialismus anklagt. Als jemand, der selbst in den akademischen Betrieb verstrickt ist, vermeidet es Jacoby, die Rolle dieser Intellektuellen in Frage zu stellen.

Aber trotz allem reichte die Dosis von Jacobys Kritik aus, um linke AkademikerInnen in helle Aufregung zu versetzen. In der New Left Review beschuldigte Lynn Garafola, daß Jacoby, dieser "selbsternannte Linke", die Schuld den Opfern aufbürde.[11] Was war geschehen? Spielten sich auf dem Campus, von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, blutige Kämpfe ab? Lieferten sich todesmutige ProfessorInnen heroische Gefechte mit den anrückenden Militärs? Riefen sie "Vive la revolution!" den Gewehrläufen erntgegen, ehe sie wie die Pariser KommunardInnen neidergemetzelt wurden? Verstreute man ihre Asche mit dem Wind? Nein, ganz so dramatisch war es nicht. Suchtkrank stierten sie auf die verstaubten Holzstuhlreihen, die alte Haut blätterte ab, das Flackern erstarb, Finger trennten die aneinanderklebenden vergilbten Photographien, mechanisch reproduzierte, kratzige Stimmen hallten in den leeren Korridoren, überlagerten sich und verloren sich irgendwo. "Ich weiß nicht ... vielleicht in der nächsten Zeit .... Wir Armen, konnten wir den anders? .... und lese, was ich getan habe, und lese und lese ..."

Um Jacobys These vom Verschwinden der "öffentlich intervenierenden" Intellektuellen zu widerlegen, fällt Garafola nichts Besseres ein, als eine Garde bestimmter akademischer Linksintellektueller zu benennen, welche Jacobys Kategorisierung vordergründig entsprechen würden, und darauf zu insistieren, daß es der Neuen Linken gelungen sei, gewisse historische, soziale und kulturelle Themen in das akademische Interesse zu rücken. Wenn die Erinnerung nicht täuscht, hatte die Neue Linke allerdings dereinst weitreichendere Ziele, beispielsweise die radikale Umgestaltung des herrschenden Systems, was auch die Universitäten einbeschloß. Nun ist ein Scheitern an sich nicht verwerflich, doch bleibt es fragwürdig, wenn es AktivistInnen zwanzig Jahre später als Erfolg verkaufen wollen. Es waren technische, ökonomische und soziale Strukturen, welche die Niederlage festschrieben, und da hilft es wenig, sich in die Tasche zu lügen, man habe etwas bewirkt.

6
Schwarzes Eis

Auch wenn es unsinnig ist, Bakunin vorzuwerfen, er habe Wissenschaft per se in Grund und Boden verdammt, so ist ihm doch vorzuhalten, daß seine Forderung nach der praktischen Umsetzung von Ideen einherging mit dem Abschluß jeglicher Theoriearbeit. 1873 verlieh er seiner Überzeugung Ausdruck, "daß die Zeit der großen theoretischen Reden, gedruckter oder gesprochener, vorüber ist. In den letzten neun Jahren wurden im Schoß der Internationale mehr Ideen entwickelt, als man zur Rettung der Welt brauchen würde, wenn Ideen allein sie retten könnten, und ich fordere jeden heraus, noch eine neue Idee zu erfinden. Die Zeit ist nicht mehr für Ideen da, sondern für Handlungen und Taten."[12] Theorie und Praxis sind so für Bakunin zwei voneinander abgetrennte Prozesse; da die Zeit revolutionäre Aktionen erfordere, wird das Denken eingefroren und nicht mehr an den realen Gegebenheiten überprüft. Das Insistieren auf die Dringlichkeit des Handelns und die Verwerfung geistiger Arbeit münden in messianische Heilserwartung: Nicht Entwicklungen, sondern Explosionen erschaffen das vollkommene neue, von der Last der Vergangenheit befreite kollektive Individuum. Wenn Bakunin seine ZeitgenossInnen ungeduldig bedrängt, daß die Zeit eingeschrumpft sei, daß die ideelen Voraussetzungen für alles hier und jetzt bereits vorhanden seien, schwingt darin auch etwas Fatalistisches mit: Entweder wird alles sofort möglich und erreichbar oder gar nicht. Wollte man die Menschheit befreien, mußte im revolutionären Kampf alles auf eine Karte gesetzt werden, denn nur ein Sieg auf der ganzen Linie gewährleistete eine vollständige Befreiung der Individuen.

Zwar ist die anarchistische Theorie nach Bakunin nicht zum Stillstand gekommen, doch besteht der Mythos des unbedingten augenblicklichen Handelns weiter fort, während die ideologische Sphäre (in den Arrealen der Erziehung und Bildung, der Massenmedien und kulturellen Produktion) weitgehend vernachlässigt wird. In Zeiten, wo die Herrschenden über Bomben zur

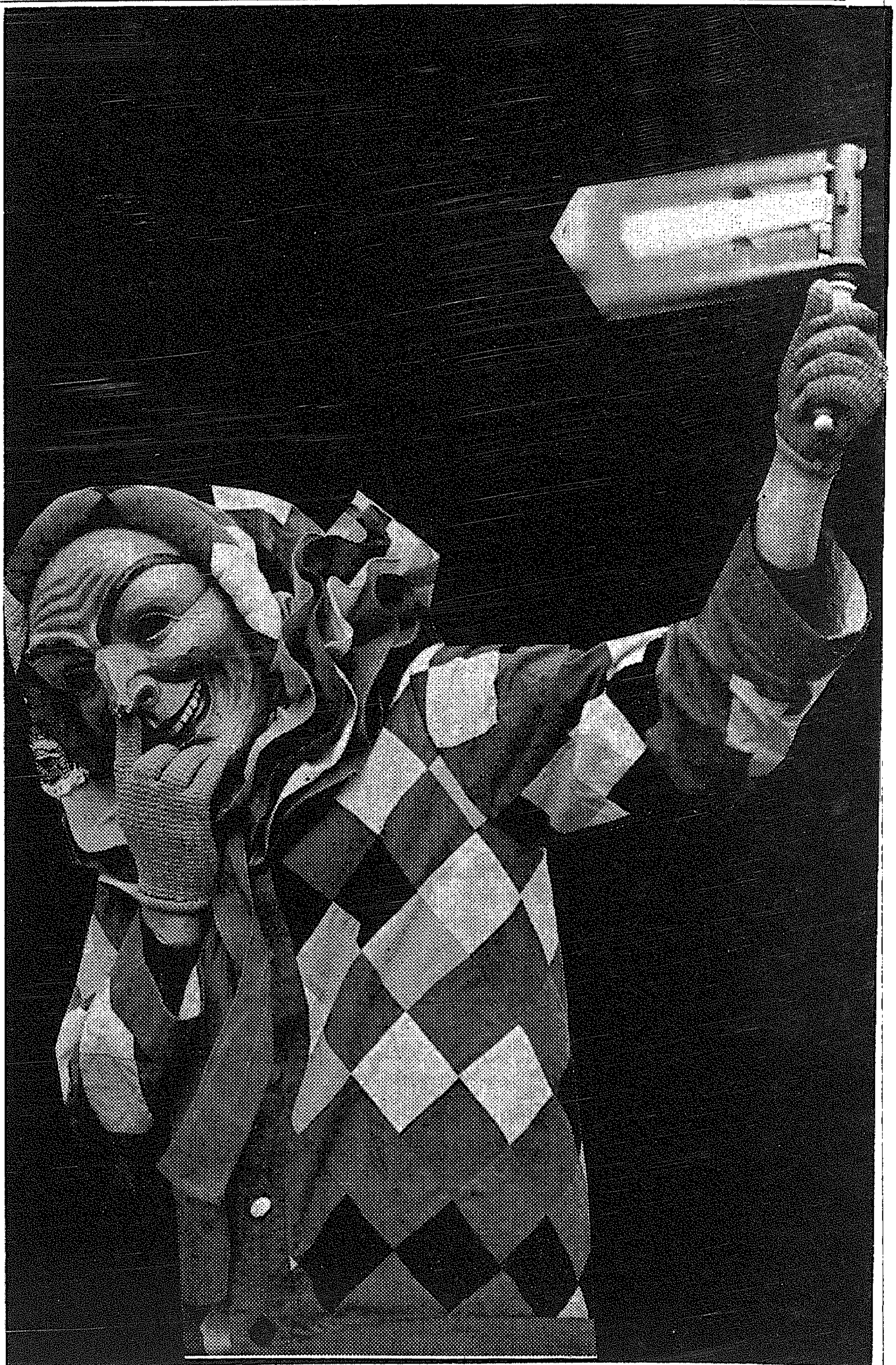
mannigfachen Vernichtung verfügen, geraten Barrikadenkämpfe in den Industrieländern zur Farce. Zu recht bemerkt Chris Marker in *Le Fond de l'air est rouge* (1977), daß im Vergleich zu den Kämpfen in Lateinamerika die Auseinandersetzungen im Quartier Latin im Mai 1968 Spiel waren. Man könnte auch sagen: Sie waren eine "Medien-Rebellion", in welcher der theorielose Aktions-Star Daniel Cohn-Bendit vom Philosophen Jean-Paul Sartre auf der Barrikade sich interviewen ließ. Wenn Praxis zum bloßen Ritual, zur selbstbestätigenden Gebärde verkommt, bewirkt sie nichts.

7
Anarchie als Reprint

In den Augen Noam Chomskys ist Rudolf Rocker der "letzte ernstzunehmende politische Theoretiker".[13]. Dies verweist auf eine intellektuelle Stagnation, welche auch in der grassierenden Reprint-Manie und der nicht versandenden zelebrierenden Nachsynchronisation des konkurrenzlosen Spitzenreiters anarchistischer Hitparaden, der spanischen Revolution, sich manifestiert.

Rocker selbst setzte sich zwischen 1927 und 1928 in einer Artikelserie für die von Erich Mühsam herausgegebene Zeitschrift Fanal kritisch mit dem geistigen Zustand der damaligen anarchistischen Bewegung - nicht nur in Deutschland - auseinander. Er prangerte Dogmatismus, Purismus, blinde Rechthaberei, geistige Erstarrung und innere Streitigkeiten an, welche "in so verletzender und abstoßender Form geführt" würden, daß sie kaum der Attraktivität der Bewegung nützten. Die Isoliertheit, "in die wir immer tiefer hineingeraten sind, ist keineswegs die Folge unserer fortgeschrittenen Anschauungen, sondern in den meisten Fällen nur das Ergebnis doktrinärer Einstellung und geistiger Unzucht, die nie zu einem günstigen Resultat führen können." Um die Isolation zu durchbrechen, müsse man Bündnisse mit sympathisierenden Menschen eingehen und eine anarchistische Literatur schaffen, welche die "Stellung der Anarchisten zum modernen Leben und seinen neuen Erscheinungsformen auf politischem, industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet" darlegen müßte.[14] Diese Kritik läßt sich im Grunde auch heute noch aufrechterhalten.

Ein neuerer anarchistischer Theoretiker, Murray Bookchin, sieht die Probleme ähnlich gelagert. In seinen Augen besteht die Notwendigkeit einer radikalen Intelligentsia, und die AnarchistInnen müßten diese "schwächer werdende Gesellschaftsschicht von Denkern stärken", um nicht in die Gefahr zu geraten, "ihre Ideen in Dogmata zu verwandeln und dadurch die selbstgerechten Nachlaßverwalter von einst lebenden Bewegungen und Menschen zu werden, die einer anderen historischen Epoche angehören."[15] Voraussetzung für eine solche Intelligentsia sei ein eigenes Gefühl von Gemeinschaft und Identität, welches vor der Vereinnahmung oder Auflösung durch institutionalisierte Formen der Kultur schütze. "Wenn eine Intelligentsia wiederbelebt werden



sollte, hätte sie das Ergebnis eines äußersten moralischen Engagements zu sein, nicht lediglich eine Reaktion auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Sie hätte zu lernen, wie man protestiert, die 'schlechten Manieren' sich anzueignen, die durch einen nasalierten, bedächtigen 'Diskurs' ersetzt worden sind, und Ungerechtigkeiten hassen zu lernen - Wesenszüge, die so auffällig in der akademischen Welt abwesend sind. Das Fehlen zuverlässiger theoretischer Grundlagen in den sogenannten 'neuen sozialen Bewegungen', die heute gefeiert werden, macht eine solche Wiederbelebung unwahrscheinlich. Infolgedessen kann man nicht übermäßig optimistisch über die Bildung einer Intelligentsia in einer Zeit sein, in der der Kapitalismus jede Facette des Lebens durchdrungen hat."[16]

In der Tat ist jeglicher Optimismus fehl am Platze, denn selbst in den Anti-Autoritären west die Autorität fort, bekunden Besserwisserei, Rechthaberei, Phrasen und Attitüden, daß sich nichts regt und alles festgeschrieben ist.

8
Kein Land in Sicht

Im Vergleich zu Universitätsintellektuellen werden, wie Jeffrey Escoffier richtig feststellt, Intellektuelle ohne solche institutionelle Bindungen solange stets im Nachteil sein, bis andere Institutionen außerhalb der Universitäten gegründet und etabliert werden.[17] Solche "Gegeninstitutionen" können allerdings nicht über die notwendigen materiellen und finanziellen Resour-

cen verfügen, welche zur Sicherung ihrer Existenz notwendig wären; zum anderen schaffen sie nicht grundsätzlich Neues, denn sie werden solche Intellektuelle als Lehrkörper haben, welche im alten System herangebildet wurden.

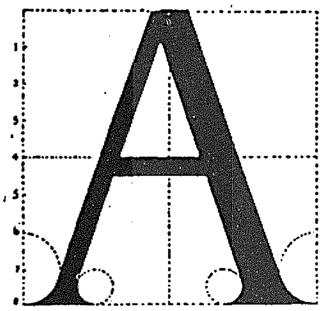
In einer rationalisierten, technokratischen Gesellschaft sind Intellektuelle "abgerichtete Gorillas" und Kollaborateure, welche das System in seinem blinden Fortbestand nähren. Im Getriebe sich Nischen schaffen zu wollen, ist illusorisch. Intellektuelle, die so etwas vorgeben, gleichen Charlot in *Modern Times*, als er zur Zigarettenpause in eine Toilette sich zurückgezogen hat, nach wenigen Zügen aber schon wieder vom omnipräsenten Chef auf dem Bildschirm ans Fließband gejagt wird.

Wenn linke AkademikerInnen behaupten, die Kultur des kritischen Diskurses beinhalte systemerschütterndes Potential, so ist dies nichts als Pfeifen im dunklen Wald. Das System liefert die Kritik gleich mit, um nur noch besser zu funktionieren. Allein die "wissenschaftliche" Infragestellung bewirkt nichts; sie beweist nur, wie resistent dieses System ist.

Einmal auf den Abstellgleisen der akademischen Endstation angelangt, wird auch der Anarchismus - wie der Marxismus - seine Sprengkraft verlieren und dem schleichenden Tod unter der gefräßigen Kritik des Rostes überantwortet sein. Mag man sich auch auf die freie Forschung und Meinung berufen, so ist es doch nichts anderes als eine Selbstlüge. Es gibt keinen Sinn im Unsinn.

Anmerkungen:

1. Film aus dem Jahre 1939; Regie: Marcel Carné, Script: Jacques Prévert; mit Jean Gabin, Arletty&Jules Berry
2. Peter Schneider, "Im Todeskreis der Schuld", *Die Zeit*, 27.3.1987; rpt. als "Das Ende der Befangenheit", in: Deutsche Ängste, Sieben Essays (Darmstadt: Luchterhand, 1987), S.79-81
3. Michail Bakunin, gesammelte Werke (Berlin/ W.: Karin Kramer Verlag, 1975); Bd. 1, S.109-110; Bd.2, S.110-111
4. Jean-Paul Sartre, Mai '68 und die Folgen, Bd.2 (Reinbek: Rowohlt, 1975), S.45
5. Antonio Gramsci, Marxismus und Kultur: Ideologie, Alltag, Literatur, hg. Sabine Kebir (Hamburg: VSA-Verlag, 1983), S.61
6. Alexandre Astruc & Michel Contat, Sartre: Ein Film (Reinbek: Rowohlt, 1978), S.85
7. Todd Gitlin, The Sixties: Years of Hope, Days of Rage (New York: Bantam Books, 1987), S.433
8. Frieder Otto Wolf, "Auf der Suche nach dem ideologischen Klassenkampf diesseits von imaginärer Klassenpolitik und symbolischen Münchenhauseniaden", *kultuRRevolution*, Nr.17-18 (Mai 1988), S.14
9. Florian Rötzer, "Anschläge, Ein Versuch", *Tumult*, Nr.11 (1988), S.117
10. Russell Jacoby, The Last Intellectuals: American Culture in the Age if Academe (New York: Basic Books, 1987), S.100
11. Lynn Garafola, "The Last Intellectuals", New Left Review, Nr.169 (Mai-Juni 1988), S.124
12. Bakunin, Gesammelte Werke, Bd.3, S.266
13. Noam Chomsky, Arbeit - Sprache - Freiheit, (Hg.) Peter Peterson (Mühlheim: Trafik, 1987), S.88
14. Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung, Bd.1 (Frankfurt/M: Verlag Freie Gesellschaft, 1980), S.61-66, 97-101, 110-114
15. Murray Bookchin, "Thesen zum libertären Kommunalismus", *Schwarzer Faden*, Nr.19 (1985), S.19
16. Bookchin, "On The Last Intellectuals", *Telos*, Nr.73 (Herbst 1987), S.185
17. Jeffrey Escoffier, "Pessimism of the Mind: Intellectuals, Universities and the Left", *Socialist Review*, XVIII, Nr.1 (Jan.-März 1988), S.129





Rudi Dutschke

Hrsg. von Peter Bernhardi
Broschüre A-4-Format;
erhältlich bei AK Karl Liebknecht;
gegen 6,70 DM;
Postgiro Frankfurt, Karin Puck, KtoNr.
515226-605



Die streckenweise diffamierende, verhöhnende APO-Studentenbewegungs-Moritat im SPIEGEL anläßlich des 20. Jahrestags von 1968 ist nur eines der typischen "Gedenk"produkte: Hier kotzt sich eine Schreiberequippe von ehemaligen "68ern" aus, die sich '68 offensichtlich mit billigen Plätzen begnügen mußten. Heute hängen sie geruhsam in hochdotierten Redakteursesseln. Aus ihrer Behaglichkeit wird Rückschau auf '68 nichts anderes als der eigene Abgesang vom einst als notwendig erkannten Engagement zur Veränderung der herrschenden Verhältnisse. Jetzt ist Larmoyanz angesagt. Der Zeitgeist ist aus auf Entpolitisierung.

Daß sich 20 Jahre nach dem Höhepunkt der Studentenbewegung, daß nach dem Attentat auf ihren charismatischen "Führer" Dutschke (Gründonnerstag 1968) sich das "Gedenken" auf dessen Person verengt, das versteht sich in etwa. Daß dabei in der Regel mit Verächtlichkeit, Ignoranz vorgegangen wird, das ist von den "Establishment"-Schreibern nicht anders zu erwarten. Dem gegenzusteuern ist der Linken - bis auf wenige Ausnahmen - nicht gelungen. Einer dieser (rühmlichen) Ausnahmen ist dem "Arbeitskreis Karl Liebknecht" gelungen: in bescheidener äußerer Aufmachung legt dieser eine Broschüre mit dem Titel: "Rudi Duschke" vor. Bis auf wenige Personenkult-Ausrutscher wird das Leben Dutschkes von Freunden, Kampfgenossen und Sympathisierenden aus der Perspektive der "Dabeigewesenen" geschildert. Dabei wird das Leben des Menschen Dutschke eng verzahnt mit den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Dutschke, die Studentenbewegung, die APO wirksam wurde, in der sie die "Umwälzung der spätkapitalistischen Gesellschaft" (Dutschke) einforderten und forcierten. Diese Schrift ist also viel mehr als eine Aneinanderreihung von Episoden aus dem Leben des politischen Aktivisten Dutschke: Sie erschließt ein Stück Zeitgeschichte, die noch aufzuarbeiten ist, aus der noch die Lehren zu ziehen sind.

Der Mensch Rudi Dutschke, das ist der rote Faden, der sich durch fast alle Beiträge der Schrift zieht. Das ist aus zwei Gründen legitim:

1. Politisches Handeln ist immer abstrakt, steht im hohlen Raum, wenn dahinter nicht die sie tragenden Individuen erkennbar werden; wenn nicht die menschlich-moralische Kategorie konform geht mit dem politischen Wollen und Handeln.

2. Die Person Dutschke hat - wenn auch von den bürgerlichen Medien damals wie heute überschätzt - entscheidend die Studentenbewegung, die APO geprägt; sie hat damit den Relikten des Adenauer-Regimes, dieser dumpfen, reaktionär-biedermännischen Gesellschaft ihre selbstgefällige Maske mit vom Gesicht gerissen; Dutschke hat einen entscheidenden Beitrag geleistet, daß seit 1968 in der BRD und West-Berlin sich ein liberaleres politisch-kulturelles Klima durchsetzte.

Es führte zu weit, die Bandbreite der Beiträge der vorliegenden Schrift vorzustellen. Die Beiträge von Heinz Brakemeier, Uwe Timm und Hans Halter seien hier besonders erwähnt: Brakemeier, linkssozialistischer Aktivist seit den 50er Jahren, schreibt über Dutschke:

> "Er ist für mich, den Älteren, ein Vorbild geblieben. Festzuhalten an dem, was ich immer wieder als zutiefst wahr und richtig erkenne, im Kern an der Kritik der Warentauschgesellschaft und an der notweendigen Negation solcher Gesellschaften, an der Idee einer gewaltlosen, aber doch solidarischen Assoziation freier Menschen, jenseits von Warentausch-beziehungen, das ist für mich auch festgehaltene Freundschaft zu alten GenossInnen, Rudi verdient das besonders."

Timm, anarchistischer Denker und Aktivist, führt über Dutschke aus:

> "Dutschkes Verdienst, nicht als Studentenführer, sondern auch als Theoretiker und Denker, (war) die existierenden Interessengegensätze zwischen 'Kapital' und 'Arbeit' aufzudecken und sichtbar zu machen.... Dutschke unterschätzte das kapitalistische Wirtschaftssystem, weil er wahrscheinlich ganz traditionell (marxistisch) das Problem Kapitalismus auf die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel beschränkte, also nie verstanden hat, was er schon bei Proudhon hätte nachlesen können: Kapitalismus ist Mangelwirtschaft."

Halter, Dutschkes Freund und Arzt, politischer (sic!) SPIEGEL-Redakteur merkt in seinem Beitrag "Rudi Dutschkes Grab" an:

> "Für ihn waren alle Menschen gleich, auf wunderbare Weise war es ihm gelungen, sich von allen herkömmlichen 'Rastern' freizuhalten. Er hielt die Männer nicht für die Krone der Schöpfung. Er mochte alle Menschen gleichermaßen, die Chilenen und Amerikaner, die Tschechen, Italiener, Dänen. Nicht mit den kleinsten Fasern seines Herzens war er von irgendeinem rassistischen Vorurteil infiziert, privat nicht, politisch nicht. Sein Glaube an das Gute im Menschen, in jedem Menschen, war grenzenlos. Das hat mich immer am meisten beeindruckt, denn dieser Glaube entfaltete seine Dynamik - er steckte die anderen Menschen an."

Die kleine Schrift über Rudi Dutschke ist besonders denen zu empfehlen, die heute nicht ganz zu Unrecht als "APO-Opas" abgekanzelt werden, die '68er Lorbeerträger'. Sie ist aber auch allen denen zu empfehlen, die den "langen Marsch" (Dutschke) gegen das herrschende System angetreten haben, um dieses System abzuschaffen, damit eine menschenwürdige Gesellschaft möglich wird.

Hans-Jürgen Degen

Left Green Network

kommentiert und übersetzt von Friederike Kamann

Seit Mitte 1988 entsteht in Nordamerika ein "Left Green Network" (Vernetzung linker grüner Gruppen). Initiiert wurde es von Angehörigen der Grünen Bewegung Kaliforniens, Wisconsins, Massachusetts, Canada, Washington D.C., New Hampshire usw. wie auch der Socialist Party, der New Haven Green Party (Connecticut), Schwarzen Bürgerrechtlern, Navahos (Dine). Unter den Initiatoren findet sich die Gruppe der *"Burlington Greens"*, Vermont um Murray Bookchin.

In dem *"Call for a Left Green Network"* vom September 1988 schreiben sie:

"Die Basis des existierenden Systems der Welt ist eine ökonomische Struktur mit dem Imperativ 'Friß oder Stirb', der das Leben, wie wir es kennen zu zerstören droht. Mit den Grundpfeilern militärischer Nationalstaaten, die die herrschenden Eliten schützen sollen, ist das gegenwärtige System zunehmend irrational, sowohl, was seine kapitalistischen wie auch bürokratischen Ausprägungen angeht. Diese Irrationalität zeigt sich nicht nur in der fortgesetzten und zunehmenden Unterdrückung und Inhumanität auf der ganzen Welt sondern auch in der ungeheuren Zerstörung der Biosphäre. Sie manifestiert sich in Tschernobyl und Bhopal, im Gift in der Nahrung und dem verseuchten Wasser, in der Zerstörung des Regenwaldes, im sauren Regen, im Treibhaus-Effekt und dem Ozonloch, in der Dürre in den mittleren US-Staaten und in den Flutkatastrophen im Ganges-Delta. Die herrschenden Eliten antworten auf den weltweiten Hunger und die Zerstörung der Basis des menschlichen Lebens mit Krieg, von Afghanistan bis Nicaragua. Für die internationalen Verbände und staatlichen Manager stellen sich aber die kritischen Probleme auf der Ebene der "Nahrungsmittelüberschüsse" und "Zinsraten".

Um diese Zerstörung des Lebens auf der Erde, die Menschheit eingeschlossen, aufzuhalten, ist eine politische Kraft nötig, die lokal, an Ort und Stelle, organisiert ist und auf globaler Ebene konföderativ verbunden wird."

Ansätze dazu sehen die Initiatoren des Left Green Network von den europäischen Grünen bis zu den brasilianischen Initiativen zur Erhaltung des Regenwaldes. In den USA beziehen sie sich auf die unabhängige sozialistische und anarchistische Linke, Schwarze und Latinos, indianische Traditionalisten, Feministinnen, die Schwulen- und Lesbenbewegung, die parteipolitisch unabhängige Friedensbewegung, ArbeiterInnen, die sich gegen den Angriff auf ihre Lebensbedingungen zur Wehr setzen und versuchen, ihre Arbeit selbst zu kontrollieren, usw. Um diese Gruppe zu einer politischen Kraft zusammenzubringen, soll das *Left Green Network* ein 1. Schritt sein. Dabei sollen die anti-hierarchischen und antiautoritären Inhalte der Neuen Linken aufgegriffen und eine sozialökologische Perspektive weiterentwickelt werden; radikal, antikapitalistisch und dem Gedanken der direkten Demokratie verpflichtet.

Das hört sich bislang alles sehr nach dem Entstehungsprozeß der bundesdeutschen GRÜNEN an, die ja auch anfangs die verschiedenen Basisbewegungen politisch zu vereinnahmen suchten, um ihr "parlamentarisches Standbein" zu sein. Dieses Ziel setzt sich das *Left Green Network* aber nicht - obwohl die Fühler zu den FundamentalistInnen und Ökosozialisten bei den GRÜNEN, Ditfurth, Trampert und Ebermann ausgestreckt sind. Von Trampert und Ebermann wurden bereits Veröffentlichungen in den *"Green Perspectives"*, herausgegeben von den *Burlington Greens* um Bookchin etc., angekündigt.

Dem *Left Green Network* geht es um "an organized educational tendency for activists" - also die Entwicklung inhaltlicher Perspektiven und die Unterstützung (nicht Gründung) politischer Alternativen zum US-2-Parteiensystem.

"Unabhängige Linke und Grüne in den USA müssen eine Alternative anbieten zu den vereinten Anstrengungen, immer wieder Radikale an die demokratische Partei anzubinden, eine Partei, deren Zweck einzig darin besteht, die notwendigen Reformen zu ergänzen, um das kapitalistische System am Leben zu erhalten, und diejenigen zu befrieden, die sich im erklärten Widerspruch dazu befinden ... Im Namen des "kleineren Übels" unterstützen zu viele Aktivisten 'progressive' kapitalistische PolitikerInnen, die in der Substanz kaum zu unterscheiden sind von dem "größeren Übel", gegen das sie angeblich opponieren."

Ebenso bleibe die US-amerikanische Grüne Bewegung weit hinter ihren Versprechungen zurück.

"Oft wird das Konsens-Prinzip mißbraucht, um kontroverse Diskussionen zu verhindern ... Das radikale Potential der grünen Bewegung wird kompromittiert von Tendenzen, die einen anti-intellektuellen Irrationalismus begünstigen ... Anstatt eine Alternative zur globalen Zerstörung zu formulieren, bieten die Grünen eine widersprüchliche Mixtur verschiedenster Orientierungen: Friedens- Bürgerrechts- und Ökologie-AktivistInnen neben unpolitischen MystikerInnen und fundamental-ökologischen Menschenfeinden, unabhängige Linke neben opportunistischen Liberalen und sich rechtsaußen befindlichen Gegnern aller Linken ... Grüne Politik muß linke Politik sein und ist nicht zu vereinbaren mit Wettbewerb, Entfremdung, Ausbeutung und kapitalistischer Akkumulation."

Geplant werden Konferenzen, Workshops, Foren und Publikationen - wie etwa die *"Green Perspectives"*, die die Burlington Greens herausgeben. Aus diesen werden wir im nächsten *SF* (Nr.32) zunächst einen Beitrag von Janet Biehl zum *Sozialen Ökofeminismus* wiedergeben, mit dem wir an unsere in Nr.26 begonnene kritische Diskussion um Ynestra Kings ökofeministische Thesen anschließen wollen.

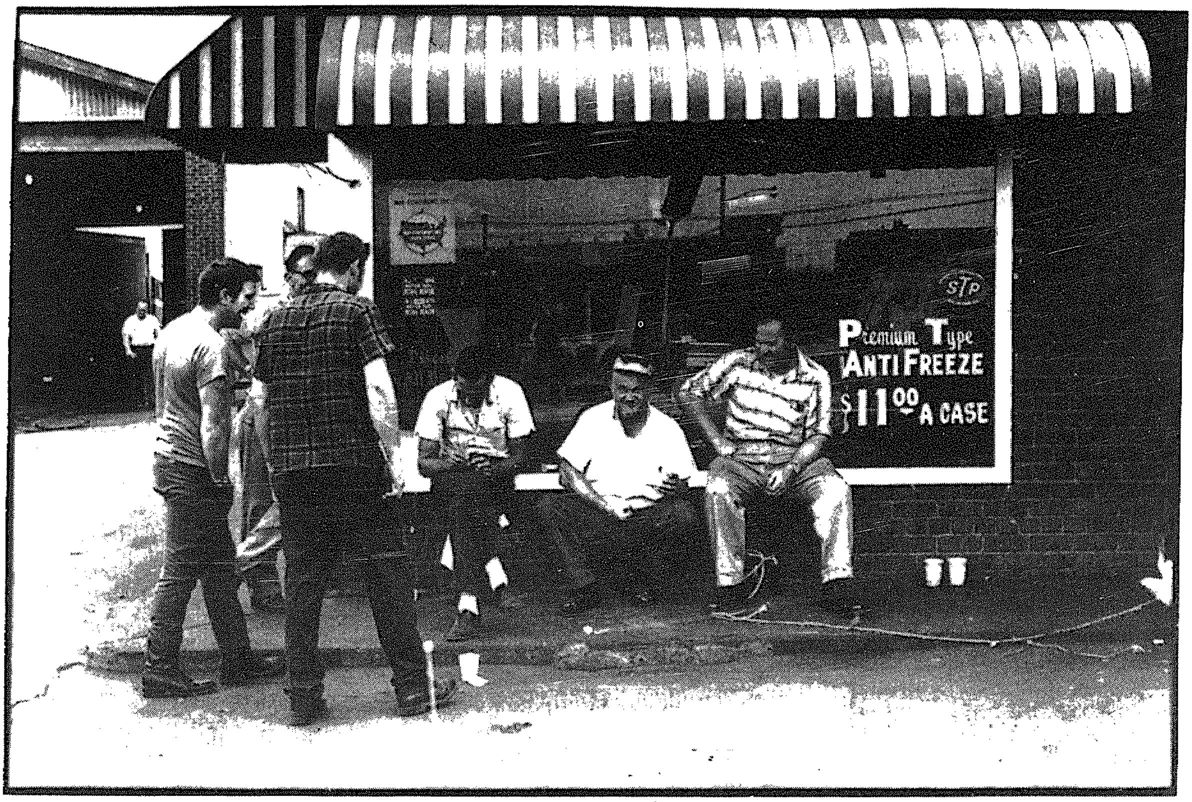
Im August 1988 wurde eine **Prinzipienerklärung** für das *Left Green Network* formuliert. daraus folgenden Auszüge:

"1. Ökologischer Humanismus

Linke Grüne streben eine Gesellschaft auf der Basis von menschlicher Freiheit, Gleichheit und Solidarität an in ökologischer Harmonie mit der Natur. Wir wollen, die höchsten demokratischen und libertären Ideale der Amerikanischen Revolution realisieren und soziale Bedingungen für das Leben, die Freiheit und die Suche nach dem Glück schaffen. Wir teilen die humanistischen Grundsätze der Revolution: daß alle Menschen von der Natur mit der Fähigkeit zu Vernunft, Einfühlungsvermögen und freier Entscheidung ausgestattet sind und daher ein natürliches Recht haben, sich demokratisch selbst zu regieren, und zu grundsätzlichen Freiheiten und ökonomischen Rechten.

Der Humanismus, für den die linken Grünen eintreten, ist jedoch ein ökologischer Humanismus. Wir weisen die Naturfeindlichkeit in der Tradition des Humanismus zurück, welche versuchte, ein "Reich der Freiheit" im Sinne der Beherrschung des natürlichen "Reichs der Notwendigkeit" zu etablieren. Wir distanzieren uns ebenso vom Antihumanismus bestimmter Ökophilosophen, die - als Reaktion auf die Zerstörung der Umwelt - die Natur dadurch zu schützen suchen, daß sie die menschliche Freiheit einschränken wollen.

Linke Grüne widersetzen sich allen Ausprägungen der Herrschaft, sowohl über die menschliche wie auch nichtmenschliche Natur, und glauben, daß die Befreiung der Menschen und die ökologische Harmonie engstens miteinander verknüpft sind. Sie fordern eine Reharmonisierung von Menschheit und Natur auf der Basis einer neuen Harmonisierung zwischen den Menschen untereinander....



2. Soziale Ökologie
Die Menschheit steht geschichtlich an einem Punkt, an dem die kühnsten utopischen Konzepte realisierbar wären, wenn wir nicht im Sumpf des Vermächtnisses der Herrschaft steckten, und sogar das Überleben der Menschheit steht damit in Frage. Auf ökologischer Basis wäre die materielle Versorgung aller Menschen möglich, aber wir sind gefangen in einer sozialen Megamaschine, die die Menschen gegeneinander ausspielt und beide, Menschen und Natur, für ihre eigenen Zwecke verschlingt.
Linke Grüne sind soziale Ökologen. Wir begreifen die Wurzeln der ökologischen Krise in ihren sozialen Ursachen - Kapitalismus im besonderen und Hierarchie und Herrschaft auf der ganzen Linie. Der gegenwärtige Krieg der Wettbewerbsgesellschaft gegen die natürliche Welt ist eine Ausdehnung des Krieges aller gegen alle, den sie unter den Menschen aufrechterhielt - auch ein Krieg, jedes und jeder gegen seine/ihre eigene Natur. Linke Grüne weisen die menschenfeindlichen Annahmen zurück, daß die menschliche Natur, die menschliche Vernunft oder die "Überbevölkerung" Ursachen der ökologischen Krise seien. Eine radikale Umgestaltung dieser Gesellschaft ist unbedingt notwendig für das Überleben....
Die Befreiung der Menschen und der Schutz des nicht menschlichen Lebens sind ... beide notwendig. Wir versuchen soziale und umweltbezogene Bewegungen zusammenzubringen, um die Gesellschaft zu verändern.....

3. Gleichheit der Rassen
Für Linke Grüne gibt es keinen Kompromiß mit Rassisten. Wir unterstützen alle Aktionen, die auf eine substantielle Gleichheit ausgerichtet sind, und jede Anstrengung rassisch unterdrückter Gruppen, die für ihre Selbstbestimmung und gegen ihre Machtlosigkeit ankämpfen. Wir unterstützen eine unabhängige "Regenbogen"-Bewegung, in der unabhängige Organisationen auf kommunaler Ebene aller nordamerikanischen ethnischen und sozialen Gruppen sich zusammenschließen auf der Basis von substantieller Gleichheit, gegenseitiger Hilfe und Kontrolle von unten über die Bewegung.

4. Sozialer Ökofeminismus
Linke Grüne verpflichten sich auf die Befreiung der Frauen, auf ihre grundsätzliche Freiheit der Gebärfähigkeit wie auf ihre volle Teilnahme in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Ein sozialer Ökofeminismus versucht die sozialen Ursprünge patrizentrischer Strukturen von Herrschaft zu verstehen und aufzurollen. Im Gegensatz zu Ökofeministinnen, die patriarchale Mythen und kulturelle Definitionen von der Frau als "natürlicher" als der Mann und als außerhalb der Kultur existent fortschreiben, verstehen soziale Ökofeministinnen Frauen als kulturelle Wesen, genau wie auch als biologische, und versuchen die sozialen Realitäten der Beziehungen zwischen Männern, Frauen, dem politischen und dem häuslichen Bereich und deren Beziehungen zur Natur zu verstehen.

5. Befreiung von Lesben und Schwulen
Linke Grüne fordern die sexuelle und soziale Emanzipation aller Menschen, egal welcher sexuellen Vorlieben auch immer. Wir unterstützen alle Versuche von Lesben und Schwulen, ihre völlige Gleichheit und zivilen Rechte in allen Bereichen zu erlangen, wie Arbeit, Wohnung, Kinderkrippen oder Anti-Aids-Fond. Solange die Sexualität nicht frei ist, sind die Menschen darin gefangen, gegen ihre ureigensten Wünsche nach Liebe, Lust und Kreativität zu leben. Daher fordern Lesben und Schwule nicht nur ihre eigene Freiheit und Würde ein, sondern die aller Menschen.

6. Demokratie von unten
Eine Gesellschaft, in der Menschen in Kooperation ihre eigenen Geschicke bestimmen, muß das Produkt der aktiven Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung sein. Weil eine solche Gesellschaft nicht von der Spitze aus regiert werden kann, wollen Linke Grüne nicht in die existierenden Machtstrukturen hineingewählt werden. Statt dessen wollen wir politische Institutionen schaffen, die den zentralisierten Staat durch eine konföderative direkte Demokratie ablösen. Unser Ziel ist Basisdemokratie, in der die öffentliche Politik auf allen gesetzgeberischen Ebenen von Gemeindeversammlungen bestimmt wird, die allen BürgerInnen offen sind. ... Auf überregionaler Ebene sind die Abgesandten nach dem Modell der Rätedemokratie an ihre Weisungen gebunden.

7. Kooperativer Commonwealth

Linke Grüne wollen die Ökonomie unter die Kontrolle der Demokratie von unten bringen. Wir fordern einen kooperativen Commonwealth - als fundamentale Alternative sowohl zum privatwirtschaftlichen Marktsystem des Westens als auch zum staatsbürokratischen Plansystem des Ostens. Die heutige Weltwirtschaft ist ein internationales System, das auf der Ausbeutung der Mehrheit der Menschen basiert. Ihr Ziel ist ... die Kapitalakkumulation, die Profitsicherung und das Machtstreben der Eliten der Wenigen, die die Produktionsmittel und die militaristischen Nationalstaaten kontrollieren. Die endlose Wachstumsspirale ist so mit diesem ökonomischen System verflochten, daß sie für die Biosphäre des Planeten den Tod bedeutet.... Dadurch werden soziale und moralische Grundlagen aufgelöst und in entpersonaliserte, amoralische Markt- und bürokratische Beziehungen transformiert ....

Der "common wealth" (hier: gemeinschaftlicher Reichtum, F.K.) der Gesellschaft - das Land und die natürlichen Ressorcen; die Banken und die materielle Infrastruktur der Produktion - ist das Ergebnis der natürlichen Evolution und der Arbeit von Millionen Menschen, nicht etwa derjenigen herrschenden Eliten, die ihn momentan unter ihrer Kontrolle haben. Linke Grüne sind davon überzeugt, daß dieser soziale Wohlstand als unser gemeinschaftliches Erbe in gemeinschaftlichen Besitz gehört und kooperativ für das gemeinschaftliche Wohlergehen und im ökologischen Kontext verwendet werden muß.

"Cooperative commonwealth" bedeutet, daß die Menschen demokratisch und kooperativ ihre Ökonomie besitzen und kontrollieren. Die globalen Kapital- und Staatsunternehmen müssen aufgebrochen und durch Individual- oder Familienbetriebe, Kooperativen und dezentrale Unternehmen, die der Öffentlichkeit zu eigen sind, ersetzt werden. grundlegende Industriezweige und Dienstleistungen müssen vergesellschaftet und in Eigentum und Kontrolle der Kommunen übergehen - auf keinen Fall nationalisiert werden und damit in die Kontrolle einer Bürokratie geraten....

Diese Form eines demokratischen Wirtschaftssystems wird sich von der Wachstumsdynamik der gegenwärtigen ökonomischen Megamaschine abkoppeln und eine ökologische Wirtschaft im dynamischen Gleichfluß mit der Umwelt ermöglichen. Sie wird die Menschen in die Lage versetzen ihre eigenen Bedürfnisse zu definieren und danach und im Einklang mit der Natur zu produzieren.

Die Gesellschaft wird in die Lage versetzt, die wachstumsorientierte, ausbeuterische Ökonomie, die blind die Umwelt vernichtet, durch eine bedürfnisorientierte, moralische Ökonomie zu ersetzen, die bewußt eineen dynamischen Gleichfluß mit der Biosphäre etabliert.

8. Menschenrechte

Linke Grüne haben eine Welt im Blick, in der jedes Individuum frei ist, seine/ihre volles Potential auszuschöpfen, weil alle Individuen grundlegende politische, ökonomische und individuelle Menschenrechte genießen. Wir sind zu keinen Kompromissen bereit, was die Verteidigung der zivilen Freiheiten angeht. Die formellen bürgerlichen Freiheiten wurden durch die Last ökonomischer Deprivation ebenso effektiv unterminiert, wie durch die offene politische Repression. Daher ... fordern wir, daß die grundlegenden materiellen Bedürfnisse jedes Menschen als Menschenrecht anerkannt werden. Wir fordern ein garantiertes Mindesteinkommen, das einen wirklich angemessenen Lebensstandard gewährleistet, und eine gerechte Verteilung aller Arbeit an die, die arbeiten wollen und dazu in der Lage sind. Wir fordern kürzere Wochenarbeitszeit und freie Lebensmittelversorgung, unter der Kontrolle der Kommunen, freie Bildung, kostenlose Gesundheitseinrichtungen, freien öffentlichen Transport und andere Basisdienstleistungen und -güter. Diese sozialen Verantwortlichkeitsbereiche sollen finanziert werden durch stufenweise progressive Besteuerung, Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen und freiwilligen Beiträgen zu öffentlichen Fonds.

9. Bündnisfreier Internationalismus

Linke Grüne unterstützen die Menschenrechte aufgrund eines universellen Kriteriums - *Freiheit* - ohne dabei auf nationale Grenzen oder die Militärblocks des Kalten Krieges zu starren .... Sie haben eine Welt im Blick ohne Grenzen, eine Welt denzentraler Regionen und Konföderationen von unabhängigen Kommunen.

Linke Grüne fordern, daß die Nuklearmächte unverzüglich einseitig abrüsten und in eine nicht provokative, im eigenen Land stationierte Verteidigung konvertieren, auf der Basis einer freiwilligen konventionell geleisteten Miliz und gewaltloser sozialer Verteidigung..... Alle Länder sollen ihre bewaffneten Streitkräfte im Ausland zurückholen und das Geld, was man dann im militärischen Bereich spart, für den sozialen und ökologischen Wiederaufbau einsetzen....

10. Unabhängige Politik

... Die demokratische Partei war stets der Friedhof aller Bürgerrechtsbewegungen für eine fundamentale Veränderung in den USA, von den frühen Arbeiterparteien und der populistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts über die Labor Bewegung in den 30er Jahren bis zu den neuen sozialen Bewegungen seit 1960. Wir lehnen die Politik der Lobbies und Kompromisse mit den bestehenden Parteien, Demokraten und Republikanern, ab, die vom Big Business und Militär abhängig sind. Wir sind gegen jegliche Unterstützung für deren Kandidaten, "progressive" Demokraten eingeschlossen .... statt dessen wollen wir uns, unabhängig organisieren und außerhalb der Strukturen der herrschenden Klasse agieren. Wir unterstützen solche Grüne, die eine unabhängige Linie vertreten mit direkten und widerrufbaren Mandatsträgern, die voll zur Rechenschaft gezogen werden können .... Wir arbeiten mit anderen unabhängigen politischen Organisationen zusammen und suchen, uns mit ihnen zu vereinigen, auf der Basis von vergleichbaren politischen Prinzipien.

11. Direkte Aktion

Wählen ist nicht genug. Weltweite Wirtschaftsverbände halten die öffentliche Politik unter ihrem privaten ökonomischen Veto und drohen mit nachlassenden Investitionen. Die bürokratischen und militärischen Strukturen des Staates behindern radikale legislative Initiativen durch bürokratische Maßnahmen und, wenn alles nichts hilft, durch militärische Repression. Daher ist breite, öffentliche Direkte Aktion notwendig, um der privaten Macht der Verbände, der Bürokratie und der gewalttätigen Repression durch das Militär zu begegnen. Bewegungen von unten sind die Basis grüner politischer Organisation. Wir wollen unabhängige Bewegungen der Direkten Aktion helfen aufzubauen, die die Basis für eine unabhängige Wahlalternative bilden können. Unsere Direkten Aktionen können viele Formen annehmen: von gewaltlosem Widerstand gegen existierende Mißstände bis zu konstruktiven Aktionen beim Aufbau von Alternativen. Wir wollen die außerparlamentarische Bewegung bis in die Wahl-/Gesetzgebungs-Arenen ausdehnen, nicht zum Zweck der Teilhabe an der existierenden Machtstruktur, sondern, um diese Macht fundamental umzugestalten.... Linke Grüne beschränken ihre Ziele nicht mit dem "linken Flügel des Möglichen". Wir wollen ändern, was möglich ist. Wir weigern uns, Kompromisse in unserem Programm zu machen, um kurzzeitig "Einfluß" im Establishment zu bekommen. Kapitalismus und die hierarchische Gesellschaft insgesamt können niemals von der Spitze nach unten transformiert werden. Obwohl Linke Grüne durchaus die Legislative betreten mögen, um ihr Programm zu forcieren, weisen sie die exekutive Macht einer Regierung zurück, bis die Mehrheit der Menschen nicht allein ein Programm grundlegenden sozialen Wandels wählen sondern dazu bereit sind, mit Direkten Aktionen die Durchführung des Programms zu sichern.

12. Radikale Kommunalisierung
Linke Grüne "denken global", um die schwergewichtigen sozialen Kräfte zu verstehen, die transformiert werden müssen, während wir "lokal agieren", um einen lokalen Rahmen zu schaffen, in dessen Verästelungen Menschen direkt an der demokratischen Umgestaltung teilnehmen können. Für uns bedeutet kommunaler Machtzuwachs nicht, bessere Repräsentanten zu wählen, diie uns dann regieren, sondern buchstäblich die Bemächtigung jeder Kommune, sich selbst zu regieren.
Linke Grüne fordern eine radikale kommunale Strategie, die unabhängige Grüne Kandidaten in Städte und Gemeinden bringen, mit dem Programm eine Gegenmacht des Volkes aufzubauen, die auf Basisbewegungen aufbaut, auf demokratisierten Gemeinwesen und die kommunale Konföderationen schaffen, die zunehmend die politische und ökonomische Macht unter kommunale Kontrolle bringen.
Unserer Ansicht nach muß im ganzen Land ein Machtzuwachs der Kommunen stattfinden, um eine Doppelherrschaft in der Gesellschaft aufzubauen, wodurch ... letztendlich die Nationalstaaten und die weltweiten Machtverbände abgelöst werden.

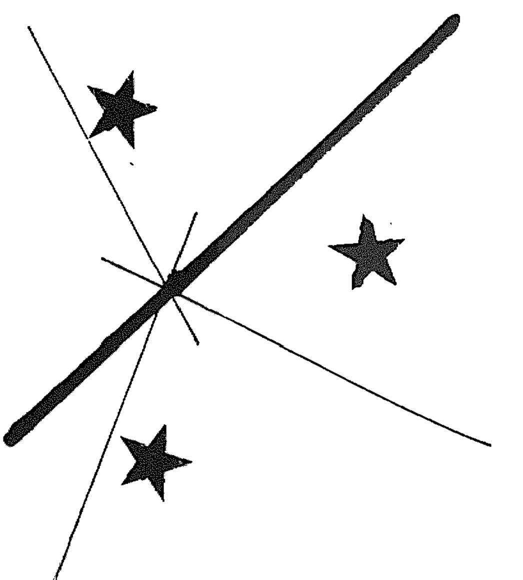
13. Strategische Gewaltlosigkeit
Linke Grüne verpflichten sich einer Strategie der gewaltlosen Revolution, aber wir beharren auf unserem Recht zur Selbstverteidigung. Wir praktizieren kritische Solidarität mit berechtigten Freiheitskämpfen, auch wenn wir nicht mit jeder Taktik oder jedem programmatischen Ziel dieser Bewegungen übereinstimmen. Wir arbeiten auf eine Gesellschaft hin, in der politische Konflikte ohne Gewalt gelöst werden. Der hauptsächliche Grund, warum das bis heute nicht so ist, sind die existierenden sozialen Hierarchien, die auf Rassenherrschaft aufbauen, auf patriarchaler Autorität, Klassenkampf und einer ungerechten Weltordnung, die von den militärischen Nationalstaaten aufrechterhalten wird.... Strukturelle Gewalt kann nur durch die Ausmerzung dieser Herrschaftsstrukturen ausgelöscht werden.

14. Demokratischer Dezentralismus
... Wir fordern strikte Überprüfbarkeit der Repräsentanten, SprecherInnen, KandidatInnen und der in bestimmte Ämter, die von der Mitgliederschaft bestimmt werden, gewählten Offiziellen. Gleichzeitig halten wir in der Mitgliederschaft den Pluralismus hoch, die Freiheit zum Dissens und zur ausufernden Diskussion aller möglichen Positionen. Abgesehen von der Anbindung an die Prinzipien und Satzungen, die die Mitgliedschaft konstituieren, sind alle Mitglieder frei, sich der Ausführung von Mehrheitsentscheidungen zu enthalten, mit denen sie nicht übereinstimmen, und können öffentlich ihren Dissens dazu äußern. Trotz imperativem Mandat, können die gewählten VertreterInnen öffentlich ihre unterschiedlichen Ansichten äußern, wenn sie mit ihrem Mandat nicht übereinstimmen. Wo möglich, soll Konsens erzielt werden. Bei Differenzen hat die Mehrheit jedoch das Recht, im Namen der Organisation Entscheidungen zu treffen...."

Hellhörig macht Punkt 11, wird hier doch der Problembereich des Verhaltens zu Wahlen und Parlamenten angeschnitten. Deutlich dürfte sein, daß die *Left Greens* keine Wahlpartei sein wollen, wie die deutschen GRÜNEN, die sich immer nur um ihre Wahlkämpfe formieren. Das Ziel ist hier stattdessen (noch?), von außerhalb der Parlamente verändernd in diese Machtakkumulationszentren hineinzuwirken, nicht umgekehrt, vom Parlament her die Bewegungen zu disziplinieren, zu erziehen, wie es die deutschen GRÜNEN unternehmen. Nur über Gegenmacht ist Veränderung möglich, nicht durch Besetzung der überkommenen Machtpositionen in den Institutionen!

Erst wenn die Gegenmacht etabliert ist und eine Mehrheit auf ihrer Seite hat (dies nicht nur rein rechnerisch, wieviele das Kreuzchen an der richtigen Stelle machen, sondern aktiv!), wenn also die Gesellschaft bereits von unten her ein anderes Gesicht hat, dann sind die *Left Greens* zur Einnahme von Machtpositionen bereit. Diese haben dann allerdings schon nicht mehr das Gesicht der Herrschaft. Damit ist sowohl einer revolutionären Besetzung von Herrschaftspositionen eine radikale Absage erteilt, wie auch dem rotgrünen Versuch, durch Verordnung von oben die Katastrophe zu verwalten.

USA-Kontakte:
Left Green Network, P.O.Box 372, West Lebanon, New Hampshire 03784
Green Perspectives, P.O.Box 111, Burlington, Vermont 05402
(10 Dollar für 10 Ausgaben)
Institute for Social Ecology (Murray Bookchin, Janet Biehl etc.),
P.O.Box 89, Plainfield, Vermont 05667



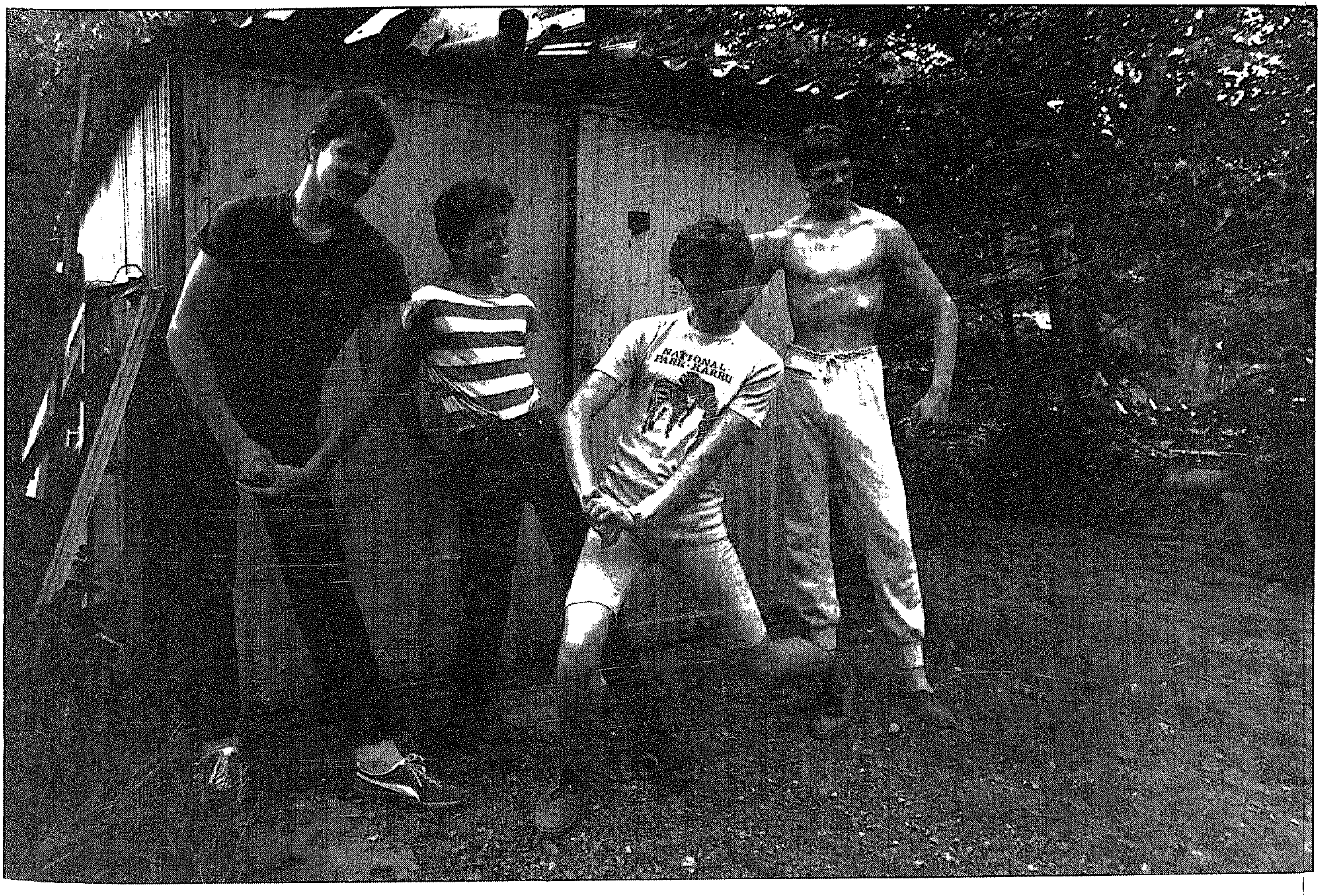


Photo: Manfred Kampschulte

"Die Demagogie ist: ich liste ellenlang das elende Los der Schwachen auf und ziehe daraus den Schluß, Minister werden zu müssen!" Interview mit Rainer Trampert

von Redaktion Die Wage, Magazin für Lippe, Detmold

Frage: Siehst du deine Entscheidung, nicht für den Bundesvorstand zu kandidieren, nach dem Verlauf des Parteitags als richtig bestätigt?

Trampert: Der Parteitag hat meine Entscheidung zu 100% bestätigt. Nicht nur mir sind restliche Zweifel vergangen. Auch andere linke Delegierte, die noch zu Beginn zu mir kamen und sagten: Schade, daß du nicht kandidierst, kamen nach dem Berliner Koalitionsspektakel zu mir und meinten, sie hätten sich nicht vorstellen können, wie tief die GRÜNEN gesunken seien.

Die Behandlung der Berliner Koalition war der letzte Dammbruch. Es ist fast unvorstellbar. Die AL unterschreibt in dem gemeinsamen Essential-Papier, daß die Alliierten zum Schutze der Demokratie da seien. Das ist reaktionär, weil diese Formel nur heißen kann: Schutz vor dem östlichen Aggressor. Und daß bei NATO-Kräften, die nicht nur hier den Kalten Krieg probten, sondern überall auf der Welt - von Vietnam bis sonstwo - den heißen Krieg. Übertragen auf die BRD heißt diese Formel: Ab sofort Anerkennung der NATO.

Die AL unterschreibt die Notwendigkeit, daß der Staat mit seinem Gewaltmonopol eingreifen müsse. Natürlich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit. Das unterschreibt jede Staatspartei. Der Verfassungsschutz, so wurde vereinbart, soll sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. D.h. gegen Linke vorgehen, statt sich mit unbescholtenen Bürgern zu verzetteln. Die AL verpflichtete sich, im Berliner Abgeordnetenhaus für die Übernahme aller Bundesgesetze zu stimmen. Als nächstes kommen die schärferen Sicherheitsgesetze oder Gesetze zur beschleunigten Flüchtlingsvertreibung. Was für ein Anblick, wenn linke Abgeordnete der AL dabei brav die Hände heben. Mich erinnert das an die sozialdemokratischen Regierungsvorbereitungen: Die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Die Leute haben recht, wenn sie sagen, diese Dinge gäbe es auch ohne Zustimmung der AL. Dennoch ist es ein Unterschied wie Tag und Nacht, ob die Linke eine politische Kraft dagegen entfaltet oder den Eid auf die Kriegskredite schwört. Sie erledigen sich dann selber als Kraft dagegen.

Was passierte jetzt auf dem Parteitag? Ströbele stellt sich hin und sagt, nichts sei bei dieser SPD durchzusetzen, aber, weil der arme Ausländer in Tränen ausbreche, müsse die Koalition eingegangen werden. Diese Demagogie übersteigt alles bisherige.

Dann verlangt er, daß sich niemand einmischen dürfe, aber alle hätten uneingeschränkt der AL den Rücken zu stärken. Und der Parteitag brach daraufhin in Jubel

aus und beschloß, keine Diskussion über Berlin zuzulassen! Das Verbot der Diskussion war der Wunsch, nicht ein einsames kritisches Wort dagegen mehr zu hören. Wie sehr mußte sich Fischer noch der Kritik stellen? Wie offen haben GRÜNE damals noch um ihren Weg gestritten? Nach dem Berlin-Spektakel kam ein führender Realo zu mir und sagte: Da siehst du den Unterschied. Wenn die Linken Regierungsverantwortung übernehmen, darf darüber nicht einmal mehr diskutiert werden. Aber, auch mit Diskussion wäre es bei der Jubelorgie für die Realpolitik geblieben. Es gab keine politische Basis für meine Kandidatur.

Frage: Welche Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesamtpartei hat deiner Ansicht nach das rasant vollzogene Umschwenken der AL auf Koalitionskurs?

Trampert: Der Jubel für die AL-Koalition hat noch einmal bewiesen, daß die Realpolitik sich in den Köpfen durchgesetzt hatte. Das Umschwenken der AL trug lediglich zu einem Triumph der Realpolitik bei. Viele fühlten sich befreit, nach dem Motto: Wenn Linke auf den Zug springen, gibt es kein Haar in der Suppe mehr.

Die AL spielt den Kronzeugen von links. Der ist bekanntlich sehr wichtig. Durch die AL bejubelte jetzt eine erdrückende Mehrheit die Pose: Dieser Staat ist unser Staat. Linke GRÜNE, die diesen Staat nicht als ihren begreifen und die in Opposition zu dieser kapitalistischen Metropole stehen, waren in der Minderheit und wurden jetzt aussichtslos minoritär. Sie können nach dem Absinken der AL kein Gewicht mehr gegen die Anpassung der GRÜNEN aufbieten. Fischer hat recht, wenn er sagt die Realos könnten sich als Strömung auflösen, weil der Zweck erreicht sei. Die Realpolitik dominiert, egal, ob einige sie mit dem Titel "Aufbruch" betreiben und andere sie als Jusos von links absichern, wie die Mehrheit im linken Forum.

Die zweite Auswirkung ist, daß ausgerechnet die AL die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung auf Null brachte. Wer der USA attestiert, hier die Demokratie gegen den östlichen Aggressor zu schützen, der kann fast alles unterschreiben. Das hat mehr ideologische Wirkung. Wer in Zukunft nicht mit dem Schwur auf die NATO regieren will, ist bereits Fundamentalist, der gnadenlos als Bündniszerstörer gegeißelt werden kann. Tatasache bleibt: Wer staatliche Exekutive im Imperialismus sein will, kann das nur im Rahmen, der vorgegeben ist: Anerkennung des Kapitalismus, Unterstützung der nationalen Wirtschaftz bei ihren weltweiten Operationen, Einsatz der staatlichen Gewalt gegen ruhestörende Elemente, innerhalb der NATO und ihren Strategien. Damit sterben die GRÜNEN als Opposition weg. Auch hier gebe ich Otto Schily recht, wenn er sagt: Wer regiert, kann nicht Opposition sein. Das wäre absurd.

Ich glaube zwar nicht, daß die Berliner Koalition halten wird. Mit Rücksicht auf die führende Rolle des bundesdeutschen Kapitals im EG-Binnenmarkt und mit Rücksicht auf die NATO-Verbündeten werden die GRÜNEN noch nicht zur Koalition im nationalen Parlament eingeladen. Deshalb nehme ich an, daß die SPD die Berliner Koalition noch vor den Bundestagswahlen platzen läßt - nach vielen Knebelungsversuchen, Polizeieinsätzen gegen Aufrührer, und mit Schuldzuweisungen an die AL, noch immer nicht ganz regierungsfähig zu sein. Das Problem: Ein Scheitern von Regierungsbündnissen bewirkt in den GRÜNEN erfahrungsgemäß, daß sie dann unter der nächsten Türschwelle hindurchkriechen, um endlich dauerhaft regierungsfähig zu sein.

Frage: In diesem Zusammenhang: Mir ist aufgefallen, daß eine ganze Reihe von Realo-Vertretern die Notwendigkeit ihres Koalitionskurses mit einem neuem Argument belegen wollen: Mit dem Erstarken der Republikaner und der immer ausländerfeindlicheren Politik der CDU/CSU. Mir kam das wie ein kaltschnäuziger Gebrauch der Moralkeule vor, mit der man den "Verweigerer"-Linken eins aufs Dach geben und sie gleichzeitig blamieren wollte. Wie siehst du das, und was entgegnest du den Realos?

Trampert: Zunächst einmal wäre es ein schlimmer Erfolg der Republikaner, wenn ihre 7% bewirken würden, daß Linke und GRÜNE sich als Kraft für eine bessere Gesellschaft aufgeben würden, um diese schlechte Gesellschaft zu verteidigen. Überhaupt war das Argument "Gemeinsam gegen Rechts" in diesen bürgerlich-demokratischen Verhältnissen immer eine Bremse für linke Politik. Es geht dann nie um Verbesserungen, sondern nur noch um die Erhaltung des Status Quo gegen eine regierende CDU. Mit der Losung haben schon linke Sozialdemokraten den Erfolg für Helmut Schmidt organisiert bis zu "Deutschland im Herbst".



Daneben geht es um die Benutzung von Menschen für eigene Zwecke. Man will in diesen Herrschaftsverhältnissen auf der Ebene der Herrschaft Platz nehmen und gibt wie jeder normale Staatspolitiker vor, das für die Armen, die Arbeiter, die Hungernden oder für dieDemokratie als solches zu tun. Die Hessen-Realos taten alles für die Frauen, die AL alles für die armen Ausländer. Die Demagogie ist: Ich liste ellenlang das elende Los der Schwachen auf und ziehe daraus den Schluß, Minister werden zu müssen.

Dabei wird eine historische Erkenntnis ausgeblendet. Gesellschaftlichen Minderheiten gelang es nur dann, Verbesserungen für sich durchzusetzen, wenn sie einen harten Kampf gegen die Herrschenden organisierten, der deren Stellung zu erschüttern drohte, statt sich vereinnahmen zu lassen. Dann fielen auch Reformen ab, um zu verhindern, daß die Opposition mehr durchsetzen könne. Die Sozialgesetzgebung wurde von einer noch revolutionären Sozialdemokratie erkämpft, weil sie mehr wollte. Sie kam nicht, weil Lasalle bei Bismarck die Klinke putzte.

Ich will sagen: Wer Wünsche von EmigrantInnen durchsetzen will, muß mit ihnen gemeinsam Opposition gegen die Mehrheitsgesetze machen und nicht die Gesetze regierend verwalten. Wer die NATO-Entscheidungen nicht anerkennt, muß gegen sie vorgehen, statt die Verpflichtung zu übernehmen, sie zu seiner Handlungsmaxime zu machen. Wer Demokratie will, muß sie leben und erkämpfen, statt die fesselnde Legalität gegen rebellierende Menschen mit Gewalt durchzusetzen.

Frage: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus (also aus dem Auswirkungen des SPD-AL-Bündnisses) deiner Meinung nach für diejenigen Linken in den GRÜNEN, die nach wie vor eine antikapitalistische und antistaatliche Politik für notwendig halten?

Trampert: Sich selber unabhängig von den GRÜNEN zu machen. Ihre Analysen, Theoriebildungen, ihre Bündnisse und politischen Aktionen nicht mit taktischen innergrünen Rücksichten zu verwässern. Sich mehr danach umzusehen, welche Menschen, Gruppen und Projekte schon lange linke Politik gestalten in Distanz zu den GRÜNEN. Der Zustand der GRÜNEN läßt keine Präferenz für die GRÜNEN mehr zu. Wir hatten gehofft, politische Bewegung würde eine politische Opposition im Paralament tragen, die den Veränderungsdruck von dort aus verstärken könnte. Erlebt haben wir die schleichende Verwandlung der GRÜNEN zu einer etablierten Staatspartei. Wir werden selber kritisch zu analysieren haben, welche objektiven Zwänge und welche subjektiven Mängel das bewirkt haben. Egal, was gelingen kann, muß eine Konsequenz stehen: Wir übernehmen nicht die Rolle der linken Sozialdemokratie und gehen auf {grünen} Wählerfang für eine Politik, die wir nicht wollen. Wer als Linker noch etwas auf sich hält, sollte nicht im grünen Morast versinken.

Frage: Bei aller Sympathie für Jutta Ditfurth - findest du nicht auch, daß sie es versäumt hat, in ihrem Rechenschaftsbericht Erklärungen für die zunehmende Isolierung des alten Bundesvorstands, also Erklärungen für den anscheinend unaufhaltsamen Bodenverlust radikalökologischer und sozialistischer Positionen zu benennen? Stattdessen hat sie sich weitgehend auf eine Chronologie der Aufbruch- und Realo-Attacken beschränkt, also letzten Endes Personalisierung betrieben. War das nicht Ausdruck von Ratlosigkeit oder von Unverständnis? Was ist Deine Erklärung für diesen Bodenverlust?

Trampert: Es kann sein, daß Jutta und andere noch überraschter davon waren als wir, wie wenig durchsetzungsfähig wir heute in den GRÜNEN sind. Ich denke aber, ihr sollte zugestanden werden, bei den vielen persönlichen Schlägen gegen sie - viele haben sie zur personifizierten Zielscheibe gemacht - eine in Teilen auch persönliche Abschiedsrede zu halten. Ganz spurlos geht so etwas an niemandem vorbei. Zweitens hat sie mit ihrer Chronologie schon ziemlich systematisch eine politische Versumpfung der Realpolitiker nachgewiesen, die viele nicht gern hören. Drittens stimmt es, daß ihre Rede andere Faktoren weniger ansprach. Wir haben dazu auch noch keine nach allen Seiten abgeklopfte Analyse.

Ich will in Stichworten einiges ansprechen: Offenbar leben wir in einer Phase, in der zwar die Sensibilität für allerlei Krisen gewachsen ist, gleichzeitig aber nicht eine Bereitschaft, für ihre Überwindung zu kämpfen. Als noch kein AKW in die Luft gegangen war, war der gesellschaftliche Druck, sie zu schließen, größer als heute, nachdem wir den ersten Supergau erlebten. Der gesellschaftliche Boden dafür, als Partei, die sich in die Parlamente begibt, oppositionell wirken zu können, ist nicht so stark, wie wir erhofften. Die Position "parlamentarische Opposition" als Ausdruck von Opposition gegen die ökonomischen und staatlichen Herrschaftsverhältnisse, ist offenbar nur durchzuhalten, wenn wir Stimmenverluste verkraften können. In einer Partei, die sich zur Wahl stellt, wird sehr schnell die Anzahl der Stimmen zum Maßstab allen Erfolgs, nicht, ob sich dadurch noch etwas verändert. Der Anteil unter Grün-WählerInnen ist groß, der sich obrigkeitsstaatliche Lösungen wünscht, sich vielleicht etwas anderes gar nicht vorstellen kann. Uns wurde der gesellschaftspolitische Boden mehr und mehr entzogen.

Dazu spielen andere Faktoren eine Rolle, gegen die wir nicht ankamen: Wir hatten die Kraft des Staates zu reintegrieren, für brüchiger gehalten, Staat und Medizin setzten sozusagen die ideologische Formel durch: Politikfähig ist, wer mitmacht, politikunfähig ist, wer dagegensteht.

Wir hatten die Sachzwänge des Parlaments unterschätzt. Eine Mischung aus Aktenbergen und Appelle an die Eitelkeit hat viele binnen kurzer Zeit gefällt. Im Parlament zu reden, suggeriert Veränderungskraft. Die Erkenntnis, Veränderung gehe nur gesellschaftlich, geht bei vielen verloren.

Unser Kernproblem bleibt aber, daß diese Gesellschaft so gut lebt, daß die Identifizierungsmöglichkeit groß ist und Verbesserungen erhofft werden, indem mit den Wölfen geheult wird. Das gilt nicht nur für die Basis der GRÜNEN. Nur ein anderes Beispiel: Die Gewerkschaften schlossen dreijährige Tarifverträge ab, um der nationalen Produktionsmaschinerie im internationalen Konkurrenzkampf Vorteile zu verschaffen. In diesem Zeitgeist werden tatsächlich etliche Yuppies die GRÜNEN wählen, als kritische Wohlstandspartei der ersten Welt, die halt noch immer gut lebt von der anderen Hälfte der Erde und die die Masse partizipieren läßt.

Dazu kommt, daß nach dem kläglichen Scheitern der großen sozialistischen Revolutionen in China und der Sowjetunion, nach der Übernahme westlicher Werte, kapitalistischer Produktionsgesetze, Leistungsnormen etc. als Antwort auf das Scheitern, auch Utopien zerbrachen und der Kapitalismus neue Anerkennung erhielt. - Das überwiegende Fundament der GRÜNEN ist realpolitisch. Das trug sich in die Partei hinein.

Frage: Dein Freund Thomas (Ebermann) spricht in letzter Zeit häufiger davon, die Linken in den GRÜNEN ... sollten sich nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit z.B. DKPlern (Erneuerern?) und Autonomen umschauen. Was soll dabei nur herauskommen - oder sind die einen etwa keine verhinderten Oberrealos und die anderen theoriefeindliche Aktionisten?

Trampert: Was du ansprichst soll es ja geben oder gibt es auch. Gäbe es nur das in der BRD müßte ich Politik sein lassen und meine Wohnung einrichten, denn in den GRÜNEN den Juso zu spielen ist trostlos. Ich will nicht bestreiten, daß einige einen blinden Aktionismus kultivieren und viele Erneuerer der DKP Sozialdemokraten werden. Aber, alle Autonomen in den einen und Leute von der DKP, wie Prof. Fülberth aus Marburg, der ein kritisches Verhältnis zur Betonpolitik wie zu Erneuerern hat, in den anderen Topf zu werfen, wäre arrogant. Unter Autonomen gibt es Theoretiker, etwa zu Fragen des IWF und der Weltentwicklung, gibt es "Lupus" mit kritischen Beiträgen zur politischen Isolation, gibt es etwa das AntiAtom-Plenum München, die Analyse und kluge Aktion verbinden und vieles mehr. Es gibt nichtangepaßte linke Zeitungsprojekte, die nicht - wie taz - die GRÜNEN sozialdemokratisch überholen. Es gibt feministische Zusammenhänge, es gibt Linke, die mit EmigrantInnen und Flüchtlingen zusammen für Verbesserungen kämpfen. Es gibt Linke um den "Arbeiterkampf", um die Zeitschrift "Konkret", es gibt Individuen wie Karl-Heinz Roth, der - natürlich nicht allein - zur Theorie und politischer Umsetzung beiträgt. Es gibt Menschen in der Kultur.

Es gibt massenhaft Linke, die die GRÜNEN verlassen haben und die sich jetzt hier oder da engagieren oder zu Hause bleiben. Du zwingst mich mit der Frage, ellenlang aufzuzählen, wieviele guten Leute es gibt. Dazu kommen wir, die bisher noch in den GRÜNEN Mitglied sind.

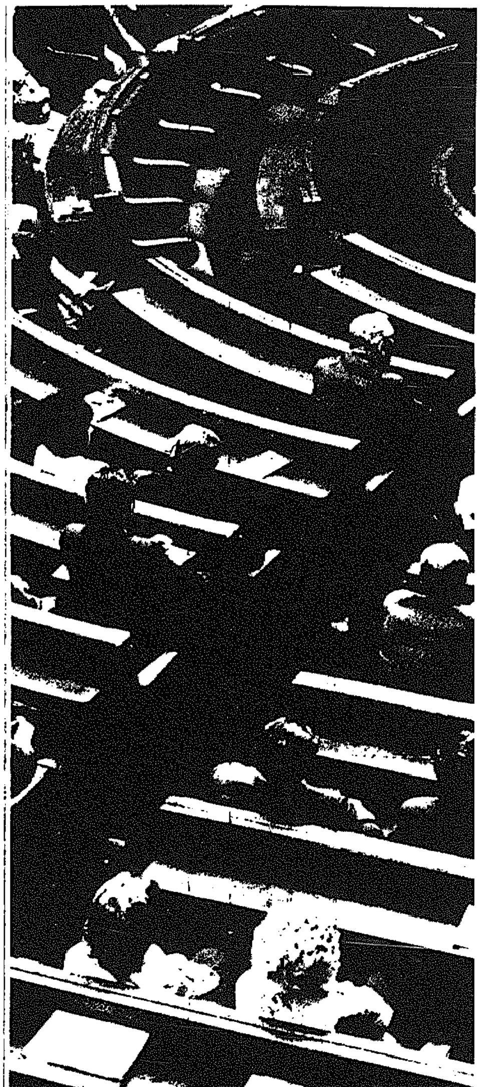
Die Linke hat das Problem, daß die GRÜNEN mit ihrem Weg in die Staatsanpassung ein Loch gerissen haben. Der Widerstand konnte so besser isoliert und angeschlagen werden. Dazwischen sind viele tätig oder - so hoffe ich - warten viele auf Möglichkeiten, wie die Zusammenhanglosigkeit etwas aufgehoben werden kann. Dafür etwas zu tun sehe ich als Chance, deren Erfolg ich nicht beurteilen kann.





(Wahl-)Parteien machen Real(o)politik!

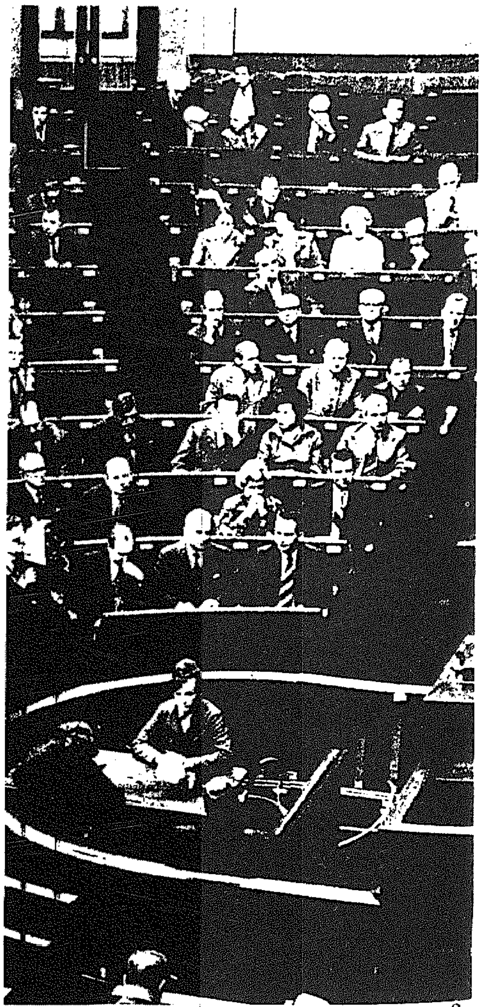
von Wolfgang Haug



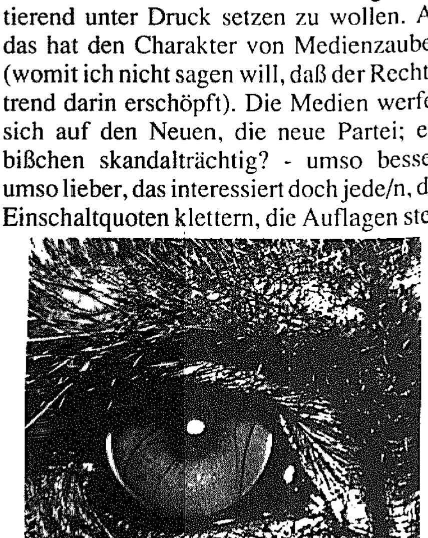
Nun wollen wir zwar alles andere sein, als Besserwisser, aber als Anarchisten wundern wir uns doch zumindest über das überraschte Erschrecken der Hamburger Ökosozialisten und Frankfurter FundamentalistInnen in den GRÜNEN über die Koalitionensvereinbarungen mit der SPD. Wer, - so sollte man meinen, die Form der Partei wählt, wer Wahlen als Gradmesser des eigenen (Miß-)erfolgs akzeptiert, wer sich in den parlamentarischen Rahmen einspannen läßt und seine politische Arbeit anstatt der Themen der Parteiorganisation verschreibt, der/die sollte sich doch eigentlich nicht über die zwangsläufigen Entwicklungen wundern.

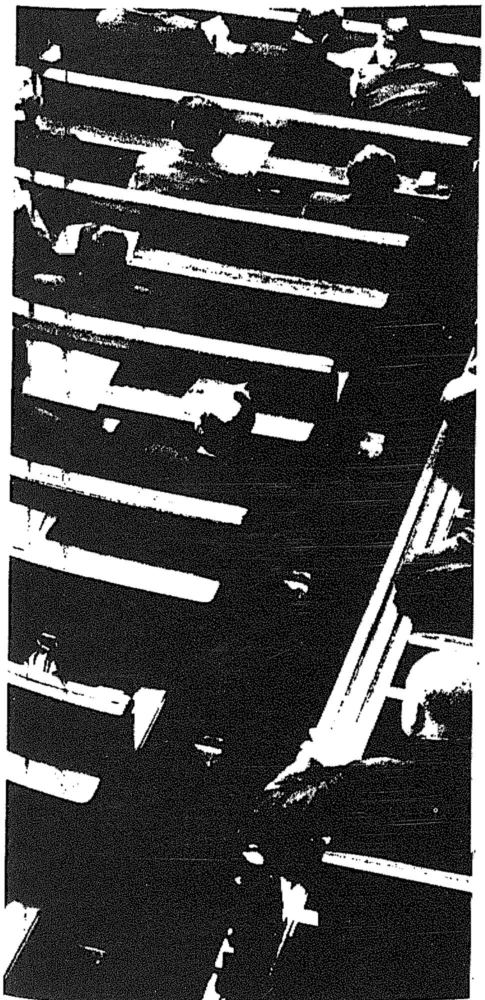
Wenn linke Grüne via Trampert nun feststellen, "wie tief die GRÜNEN gesunken seien", so meint dies nicht diese heterogene Partei, deren Mehrheit sicherlich mit bürgerlichen Reförmchen zufrieden ist und darin auch ihre politische Identität bestätigt findet. Was Trampert u.a. schockt sind nicht die Realos, sondern ist die AL, ist die GAL - sind die "linken Grünen" selbst. Ist deren Bereitschaft mit dem Verweis auf eine drohende katastrophale rechtskonservative Ausländerpolitik absolut jede SPD-Kröte zu schlucken. Die Partei also, deren Ursprung bei den bewegten Menschen zu suchen war, die die SPD-Mär vom "kleineren Übel" nicht mehr akzeptieren wollten; diese Partei verweist inzwischen auf sich selbst als "kleineres Übel" und verhilft der SPD dazu, ihre (unverändert staatstragend gebliebene) Politik endlich wieder (vielleicht sogar in Bonn) als Regierungspartei umzusetzen. Was für die GRÜNEN, die zumindest einen "anderen Staat" wollten, übrigbleibt, sind Fußgängerzonen, Verkehrsberuhigung, eine bessere (?) Müllentsorgung. Dafür schlucken sie die NATO oder die Startbahn West.

Ihre Entrüstung über das gute Abschneiden der REPs, NPD/DVU, etc. ist deshalb auch nicht völlig glaubwürdig, zu schnell wird die Gunst der Stunde genutzt und politisches Kapital aus einer von den REPs erzeugten Situation geschlagen, in der die Mehrheit der SPD- und GRÜNEN-WäherlerInnen einfach erwartet, daß den "Rechten" die Macht abgenommen wird. Plötzlich finden sich SPD'ler wieder bereit gegen die Rechtsradikalen mit auf die Straße zu gehen, rechtsstaatlich versteht sich und nicht gemeinsam mit Anarchisten oder den Autonomen. Genehmigt und so, daß der Verkehr eine Fahrspur für sich behält. Aber: auch dort hat man erkannt, wie mobilisierend die REPs gesellschaftlich wirken und daß ein guter Teil der Gegenmobilisation der SPD zugute kommen könnte: als letzter Hort der wahren Demokratie, nachdem die FDP vollends zerrieben und die CDU/CSU doch arg anfällig für den "nationalkonservativen Populismus" scheint. Überhaupt scheinen viele nur auf Schönhuber und Konsorten gewartet zu haben, so auch die Presse incl. taz, die ihn in einem popelig ausstaffierten Bodenseeschiff begleitet und staunend anmerkt, daß man ihm mit platten Antifa-Sprüchen gar nicht beikommen kann. Ob sie



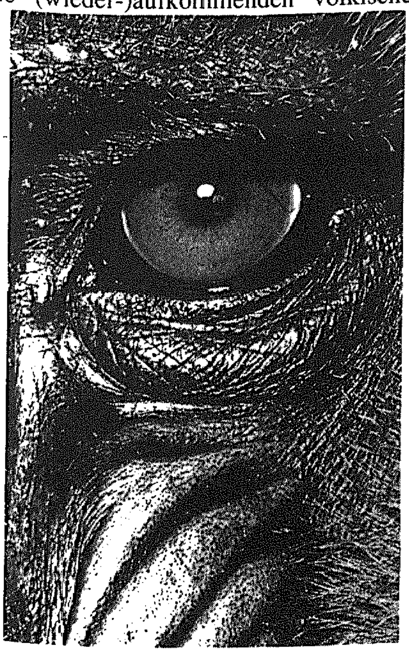
so einem Goebbels beigekommen wären? Ganz ähnlich die Rolle der österreichischen Presse für den hausgemachten Populisten Haider von der FPÖ, auch ihm bietet *Profil* eine Plattform, ohne ihn wirklich argumentierend unter Druck setzen zu wollen. All das hat den Charakter von Medienzauber, (womit ich nicht sagen will, daß der Rechtstrend darin erschöpft). Die Medien werfen sich auf den Neuen, die neue Partei; ein bißchen skandalträchtig? - umso besser, umso lieber, das interessiert doch jede/n, die Einschaltquoten klettern, die Auflagen stei-





gen. Das wenige an Kritik wird dann durch eine rechtsradikale Leserbriefflut bei weitem aufgewogen, so daß sich für die REPs etc. der publizistische Erfolg kaum noch messen läßt und mit ihm auch die Anfälligkeit/Begeisterung neuer spießbürgerlicher Wählerpotentiale.

Die Medien schlagen finanzielles Kapital aus der Ex-Nazi-und Polizistenpartei, die rotgrüne Koalition politisches. Dazu kann mensch nun stehen, wie er/sie will, d.h. wir können dies gut finden, als Trostpflaster für die (wieder-)aufkommenden völkischen



Geschmacklosigkeiten oder wir können es moralisch verurteilen; aber darüber staunen, weil die GRÜNEN endgültig das tun, was eine Partei ihrer Ambition nach tun will, sollte niemand und erst recht kein Mitglied.

Haben nicht gerade diese Linken (wie die Aushängeschilder Trampert, Ebermann, Zieran und Ditfurth) viele links gesinnte Menschen an die GRÜNEN gebunden und die Entwicklung dieser Partei durch ihre Mitarbeit unterstützt? War nicht gerade zu Anfang der Pluralismus (von ganz links bis...) für die Chancen der Partei am notwendigsten?

"Wir übernehmen nicht die Rolle der linken Sozialdemokratie und gehen auf Wählerfang..." Diese Erkenntnis kommt zu spät, denn gerade das haben Rainer Trampert u.a. längst getan und wenn es nötig war, dann in der Vergangenheit, als den GRÜNEN noch viel mehr Druck seitens ihrer ehemaligen linken Basis gemacht wurde. Heute werden die GRÜNEN von vielen Linken längst nicht mehr gewählt und finden doch ihre neuen WählerInnenschichten. Heute sind deshalb Leute wie Trampert eher lästig und selbst als linke Wahlhelfer überflüssig geworden. Sie haben den Zeitpunkt verpaßt ihren politischen Einfluß umzusetzen und etwa geschlossen die Partei zu verlassen, um z.B. eine andere, linkssozialistische Partei mitzubegründen. Heute würde die GAL, geschweige die AL einem solchen Auszug nicht mehr folgen.

Ihr letzter Anspruch, linke politische Positionen in den GRÜNEN zu verankern, ist nach der AL-SPD- und Grünen-SPD-Koalition in Berlin und Frankfurt utopischer denn je. Oder anders ausgedrückt: diese Positionen können durchaus aufs Papier, sie können sogar von Mehrheiten abgestimmt sein, und dafür können sich (die Verena Kriegers u.v.a.) abarbeiten, sie werden jedoch niemals mehr sein als Papier. Die Inhalte von Koalitionskompromissen setzt die SPD und die Charakterlosigkeit der GRÜNEN entspricht nicht zufällig der des Pflasterstrand.

Die GRÜNEN sind eine Reformpartei im Kapitalismus, die alle wesentlichen Stützpfeiler dieses Systems akzeptiert; selbst bescheidene gesellschaftliche Experimentierfelder wie das Rotationsprinzip, über das die GRÜNEN den Weg zum imperativen Mandat hätten begehbarer machen können, wurden mehr oder weniger klammheimlich verabschiedet. Die Linke steht da, wo sie zu Zeiten der SPD-CDU/CSU-Koalition schon einmal stand: vor der Aufgabe neue außerparlamentarische Zusammenhänge zu organisieren, die gesellschaftlichen Einfluß entfalten, die Macht aushöhlen, anstatt sie zu erobern, - weil letzteres noch immer damit geendet hat, daß die Macht die 'Eroberer' erobert hat.

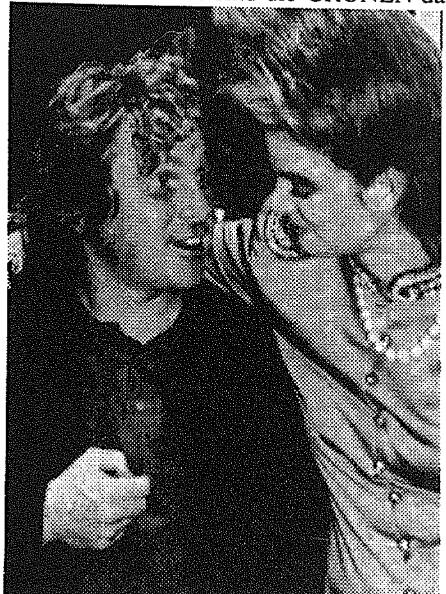
Den GRÜNEN, die so gerne mit einer Endzeitstimmung Politik machen, müssen wir sagen, daß wir aufgrund ihres gescheiterten Experiments, das trotz ablehnender Kritik Weniger, von Vielen fasziniert mit-



getragen wurde, Jahre verloren haben im Kampf um eine emanzipative Gesellschaft. Wir stehen als Anarchisten nach wie vor zu unserer Behauptung von 1978, daß die damals weit entwickeltere vielfältige und oft widersprüchliche BI-Bewegung für eine politische Utopie mehr wert war, als eine grüne Partei, die diese selbstorganisierten Aktivitäten "bündeln" und ihnen politisch zum Durchbruch verhelfen wollte. Trampert bestätigt uns dies heute indirekt, wenn er meint "Als noch kein AKW in die Luft gegangen war, war der gesellschaftliche Druck größer als heute, da wir den ersten Supergau bereits erlebt haben." Anstatt jedoch eine wesentliche Ursache für diese "Ent-Aktivierung" des außerparlamentarischen Drucks gerade in der grünen Partei zu sehen, die neues Vertrauen in das Delegationssystem schuf und gleichzeitig eine Unmenge von AktivistInnen aufsaugte, schiebt er es auf eine mehr als abstrakte "Phase", in der "wir leben". Ob so einfach eine andere Phase kommt?

Was bleibt uns von diesem gescheiterten Experiment, die Gesellschaft zu verändern?

Zunächst einmal die ungeschminkte und illusionslose Realität der grünen Partei als kleineres Übel, um z.B. das Kommunalwahlrecht für Ausländer mitzuunterstützen, um vielleicht eine harte Abschiebepraxis von Flüchtlingen zu unterbinden, um eine immer rechter werdende CDU/CSU-Politik auszusetzen, um die Quotierung für Frauen schneller zur gesellschaftlichen Normalität zu verhelfen. Dafür sind die GRÜNEN da



und aus diesen Gründen braucht die Linke, die aus diesem gescheiterten Experiment wenigstens lernen sollte, keine weitere (noch radikalere, linkere!) Partei zu gründen.

Was auch bleibt ist eine grüne Partei, die den Verfassungsschutz wieder spezieller auf u.a. uns angesetzt sehen will, damit taz, Grüne und SPD'ler in Zukunft verschont bleiben; die die NATO akzeptiert und eines Tages so ausgewogen sein wird, daß sie die Bundeswehrsoldaten nicht länger zugunsten der Zivildienstleistenden vernachlässigen wird wollen, die das staatliche Gewaltmonopol gegen uns anwenden lassen wird usw.



Diese grüne Partei wird der Wirtschaft keine Probleme machen, sie wird weder an den Eigentumsverhältnissen kratzen noch die Umstrukturierungen in der Wirtschaft, an den Unis etc. stoppen; sie wird nicht aus der europäischen Binnenmarktpolitik aussteigen und keine Konzerne entflechten. Oder konkret: sie wird eigene Ziele opfern sowie es die SPD verlangt, nur um "vertrauenswürdiger" Koalitionspartner für eine zukünftige Bundesregierung werden zu können.

Die Berlinförderung für Unternehmen ist für die AL inzwischen abgehakt, die Startbahn West und die Wichtigkeit des Flughafens für die Frankfurter Grünen. Längst ist vergessen, daß da mal - von Seiten der GRÜNEN - z.B. mit militärischen Gesichtspunkten gegen den Bau argumentiert wurde. Ganz ähnlich wird einmal das scheinbare "Essential" Anti-AKW-Politik kippen: die SPD wird den Ausstieg für das Jahr 2086 versprechen und die GRÜNEN werden es gut sein lassen: 100 Jahre nach Tschernobyl, das ist doch was!

Doch auch Trampert ist seine Einsicht nicht ganz gelungen, oder wie soll man seinen entschuldigenden Verweis auf die Gewerkschaften verstehen, die "dreijährige Tarifverträge abgeschlossen hätten, um der nationalen Produktionsmaschinerie im internationalen Konkurrenzkampf Vorteile zu verschaffen." Seit wann hätten Anhänger der Neuen Linken nach 67/68 Illusionen über die Rolle der deutschen Einheitsgewerkschaft gehabt, die nun enttäuscht worden seien? Der Vergleich ist unzulässig. Enttäuscht haben nur die VertreterInnen der Neuen Linken, die in die GRÜNEN gegangen sind und den Absprung noch immer nicht schaffen!

Doch kommen wir zum Ausblick. Trampert überlegt sich eine neue Bündnispolitik gegen die erstmal nichts einzuwenden ist, außer daß sie sich recht eindeutig auf die marxistisch orientierte Linke beschränkt. Von Autonomen, von Reformern der DKP, von linken Grünen, von linken Feministinnen, von Roth, Fülberth, vom *Arbeiterkampf* und *Konkret* ist da die Rede. Das hört sich zunächst gut an: es könnte den Eindruck erwecken, daß es sich hier um einen neuen Aufbruch verschiedenster politischer Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem linksradikalen Spektrum handeln soll. Daß in der Aufzählung keine Gruppe vorkommt, die explizit über die Basis marxistischer Grundanschauung hinausweist, mag an Tramperts Wahrnehmung liegen, kann aber auch ungewollt bereits Rückschlüsse für das geplante neue (Partei-?)Projekt zulassen. Wir wollen an dieser Stelle nichts unterstellen, wollen andererseits aber vehement darauf hinweisen, daß es bei einer neuen linksradikalen Sammlungsbewegung keinesfalls um die Schaffung eine neuen Wahlpartei gehen kann. Wer dies anstrebt, erweckt bereits neue Illusionen und lenkt erneut von den eigentlichen Themen zugunsten seines Vereins ab. Selbst wenn es Trampert gelänge, eine solche Partei statutengemäß auf eine Oppositionsrolle in den Parlamenten festzulegen, wäre dies - als Lernschritt aus der grünen Erfahrung - ein politisches Desaster. Es würden nur neue AktivistInnen für ein neues abgehobenes politisches Projekt verbraucht und die neue linke Partei könnte allenfalls auf linksaußen in die Rolle der NPD/DVU schlüpfen: als tabuiserte Flügelpartei, die einige Sitze einnimmt, aber keine gesellschaftsrelevante Politik machen darf. Daß das politische Klima in der BRD eine solche Partei im Gegensatz zur NPD nicht in die Parlamente einziehen lassen würde, steht dabei auf einem anderen Blatt.

Was wir allerdings brauchen ist eine breite linksradikale Bewegung, die aus ihrer Vielfalt durch bessere Zusammenarbeit politisches Kapital schlägt, ohne diese Vielfalt aufzugeben. Die fähig wird zu gemeinsamen Aktionen in Einzelbereichen um so auf diese Gesellschaft Druck auszuüben. Die sich eine politische und kulturelle Basis erarbeitet, die sie zur Gegenmacht befähigt. Eine Bewegung, die keine politische Vereinheitlichung ihrer Mitgliedsgruppen anstrebt, keine Beteiligung an der Macht und somit keine (Koalitions-)Kompromisse anstrebt, aber in ihrer antikapitalistischen, antipatriarchalen, antihierarchischen und antirassistischen Tendenz einig ist und diese Prinzipien offensiv nach außen trägt.



Photo: Manfred Kampschulte

Kurzes

Vom 2.-7.5. fand im Libertären Zentrum Basel eine Veranstaltungsreihe statt, u.a. mit einem Vortrag Michael Seligmanns zur *Bayrischen Räterepublik*, einem Vorstellungsabend für autonome Projekte (Druckerei, Schule), einer Filmnacht , einem Fest und einem Frühstück. Infos über die Veranstaltung gibt's beim *Libertären Zentrum, Brombacherstr.33, CH-4057 Basel.*

Die **Domäne Lutter** hat sich als als Lebens- und Arbeitsprojekt, sowie als Tagungsort für Anarchisten (FLI z.B.) und Autonome einen Namen gemacht. Von der Lutter Gruppe existiert nun folgender Aufruf: "Die Katastrophe - als vorerst letzten Akt bürgerlich kapitalistischen Raubrittertums hat die Gemeindeverwaltung Lutter zu einem harten Schlag gegen uns ausgeholt: im Rahmen des Abwasserprogramms hat sie uns eine Rechnung für den Kanalanschluß in Höhe von 130.000 DM ins Haus geschickt. Unverblümt und kaltschnäuzig, berechnend, daß wir diesen Betrag nicht rechtzeitig werden aufbringen können und damit unser anarchistisches Kommuneprojekt aufgeben müssen. So nicht! Deshalb bitten wir alle SympathisantInnen und FreundInnen - und die, die es werden wollen, uns mit Spenden und Darlehen zu unterstützen. Spenden bitten wir auf das Konto Postscheck Ffm, 35 42 07-605, Rita Kühn, Auf der Domäne, 3372 Lutter am Barenberge. Interessierte DarlehensgeberInnen mögen sich bitte mit uns in Verbindung setzen. Tel. 05383/1884."

Vom 14. bis 15. Januar fand in Verona das 10. Treffen **Anarchie und Gewaltlosigkeit** statt. Die TeilnehmerInnen erörterten die Schwierigkeiten italienischer Gewaltfreier mit der übrigen anarchistischen Bewegung in Italien und führten sie auf bürokratische Erstarrung der Zeitschriften und Unflexibilität der Bewegung zurück: "Die Anarchisten Italiens sind noch weniger als die des übrigen Europas bereit, mit anderen Bewegungen zusammen zu arbeiten." Es wurden Vorträge über Hem Day von Giovanni Trapani, über Aldo Capitini von Veronica Vaccaro, über Gandhi von Umberta und Andrea Dilemmi und über "Gewaltlose Philosophie" von Nazzareno Duili gehalten. Wer sich für weitere Informationen interessiert, wende sich an:
Veronica Vaccaro, C.P.6130, I-00195 Roma Prati.

☆ ☆

Zur Rezension eingesandte Bücher (eine ausführlichere Rezension behalten wir uns vor)

* **Klaus Jünschke**: Spätlese. Texte zu Knast und RAF, *Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1988*
* Karl-Heinz Weidenhammer: Selbstmord oder Mord. **Todesermittlungsverfahren Baader Ensslin Raspe**. *Neuer Malik Verlag, Hamburg 1988*
* **Rudolf Rocker**, (französische) Sondernummer der Zeitschrift ITINERAIRE zu Rockers politischer Biografie, mit Photos (Nr.4, Dezember 1988, 33 Franc), Adr.: *1 bis, Avenue Émilie, F-77500 Chelles*
* **Henriette Hardenberg**: (Expressionistische) Dichtungen, hrsg. von Hartmut Vollmer, *Arche Verlag Zürich 1988*
* Josef Lang: **Das baskische Labyrinth**. Unterdrückung und Widerstand in Euskadi, 2.Auflage 1988, *ISP-Verlag, PF 111017, 6000 Frankfurt*, 39.-DM
* **Theodor Lessing**: Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der Geschichte, Essays und Feuilletons. Hrsg. von Rainer Marwedel, *Luchterhand Literaturverlag, Donnersbergring 18a, 6100 Darmstadt*, 22,80DM
* **Hellmut G. Haasis**: Gebt der Freiheit Flügel. Die Zeit der deutschen **Jakobiner** 1789-1805, 2 Bände, *Rowohlt tb, Reinbek b. Hamburg 1988*, 38.-DM
* Max Watts: US-Army-Europe. Von der **Desertion** zum Widerstand in der Kaserne. 1989. *Harald Kater Verlag , Görlitzer Str.39, 1000 Berlin*, 9,80DM.
* **Counterinsurgency**. Planning Guide. Deutsche Übersetzung. Harald Kater Verlag, 8,80DM.
* **Ulrich Linse**/Reinhard Falter/u.a.: Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte, 1988 (1891-1981f. bzw. Flußkraftwerk Laufenburg bis Wiederaufbereitungsanlage **Wackersdorf**), *Verlag J.W. Dietz Nachf., In der Raste 20-22, 5300 Bonn.*
* **Ingvar Ambjørnsen**: Weisse Nigger. Roman. *Nautilus/Nemo-Press, Hassestr.22, 2050 Hamburg-80*, 36.-DM
* **Maria Hasterok**: Ein Mann zuviel. Krimi aus Kreuzberg. Libertad Verlag und Edition Kalter Schweiss, c/o AurorA-Vertrieb, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19
* Argumente (Broschürenreihe der GRÜNEN im Bundestag): Selbstbestimmt Schwul - **§ 175 Ersatzlos streichen**. *Bundesgeschäftsstelle, Colmantstr.36, 5300 Bonn*, 2.-DM
* **Laurent Verycken**: Wirklichkeit und Macht. Individuum und Allgemeinheit in Wissenschaft und Politik, GrundRissVerlag, c/o Werner Petschko, PF 1247, 8122 Penzberg.

WINTEX/CIMEX - die "Spielereien"(?) der Mächtigen

Kurze Bilanz für 1989

von Ulla Eberhard und Christine Schweitzer für den Koordinierungskreis gegen Wintex-Cimex

Für den Bundeskanzler war der "3.Weltkrieg" nach der ersten Atombombe auf deutschem Boden vorbei. Mit dieser "Verweigerung" störte er, glaubt mensch dem SPIEGEL vom 13.3.89, die Eintracht der Bündnisfreunde empfindlich. Sie wollten nämlich die einmarschierenden Truppen des Warschauer Vertrages mit einem massiven zweiten Atomschlag - über Polen und der Sowjetunion waren zu diesem Zeitpunkt schon 25 Atomraketen explodiert - zum Stehen bringen.

Die heldenhafte "Verweigerung" ihres Bundeskanzlers nicht ahnend, hatten auch Friedensgruppen im ganzen Bundesgebiet vom 24.2. bis 9.3. mobil gemacht - allerdings nicht gegen den Osten, sondern gegen das makabre Szenario, das in der (alle zwei Jahre stattfindenden) Wintex-Cimex-Übung durchgespielt werden sollte. Bei dieser Stabsrahmenübung geht es bekanntlich darum, die Verfahren der Gesamtverteidigung zu üben: das Zusammenwirken von zivilen Behörden mit militärischen Stellen und die Anwendung der Zivilverteidigungs- und Notstandsgesetze. Es liegt allerdings der Verdacht nahe, daß nicht alle Übungsinhalte nur für den Krisen - und Kriegsfall benötigt werden.(Über die Inhalte Informationen zu erhalten, ist sehr schwierig. Schon die Frage, ob eine Kommune oder ein Land an der Übung teilnimmt, kann in der Regel nur auf parlamentarischem Wege über offizielle Anfragen, wie sie besonders die GRÜNEN in vielen Kommunen dieses Jahr gemacht haben erlangt werden.)

Allerdings liegt der Nutzen von Wintex-Cimex wohl weniger im zivilen Katastrophenschutz, wie viele PolitikerInnen von CDU wie SPD mit Vorliebe behaupten, sondern in dem Einüben von Polizeieinsätzen gegen DemonstrantInnen: Im Landratsamt von Schwandorf (bei Wackersdorf) wurde z.B. "gespielt", daß der Landrat Hans Schuirer, bekannter WAA-Gegner, in seinem Dienstwagen von Attentätern mit Maschinenpistolen beschossen werde. Die Polizei nahm die Täter sofort fest - sie waren ausgerechnet Mitglieder einer Friedensinitiative! Bei Bekanntwerden brach das bayrische Innenministerium diesen Teil der Schwandorfer Szenario-Variante ab und gab Order, die entsprechenden Unterlagen zu vernichten. Nicht zurückgenommen wurde im übrigen eine andere Einlage, die vorsah, daß WAA-GegnerInnen von Schwandorfer Bevölkerung tätlich angegriffen worden



seien.

Solche bekanntgewordenen Vorfälle, die vermutlich nur den Gipfel eines Eisberges darstellen, machen deutlich, was wirklich gespielt wird: Einsatz gegen alle "subversiven Aktionen". Als solche gelten den Behörden dabei "scheinbar legale wie illegale, gewaltlose wie gewaltsame Aktionen", bis zu "Agitation und Demonstration gegen unseren Verteidigungswillen". Ihr Ziel sei, "den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung zu untergraben", "das Vertrauen in unsere politische Führung zu erschüttern und letztlich jede Verteidigung als sinnlos darzustellen." (H.J. Schmidt, Polizei und zivile Verteidigung, Stuttgart 1985, S.16).

Bilanz der Friedensbewegung

Die Aktionen gegen Wintex-Cimex werden von dem Trägerkreis als durchschlagender Erfolg gewertet. An ca. 150 Orten in der Bundesrepublik wurden Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit (Infostände, Mahnwachen, Straßentheater usw.) gemacht, u.a. getragen von Verweigererorganisationen, Parteien, Friedensinitiativen und Gewaltfreien Aktionsgruppen. So breit ist der Widerstand gegen Wintex-Cimex noch nie gewesen.

Bei einigen Behörden endeten die Aktionen nicht vor der Tür: In Köln ging z.B. eine Gruppe in das Arbeitsamt hinein und informierte die Arbeitslosen darüber, daß sie die Ehre haben, im Kriegsfall vorrangig zwangsverpflichtet zu werden. Besonderen Ärger staatlicherseits lösten Anschreiben mit städtischen Briefköpfen und Autoaufkleber aus, die vorgaben, amtliche Mitteilungen zu sein und die BürgerInnen zur Mitwirkung an der Übung aufforderten.

Einen besonderen Schwerpunkt setzten die Zivildienstleistenden. Etwa 2500 von ihnen legten am 27.2. die Arbeit nieder. Sie protestierten damit gegen ihre Einplanung für den Kriegsfall und forderten ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das sich auch auf den Einsatz in der Zivilverteidigung bezieht.

In mehreren Fällen verweigerten Menschen ihre Mitwirkung am Manöver, angefangen bei dem Würzburger Oberbürgermeister, der nicht bereit war, seine Straßen mit Polizeieinsatz für flüchtende Bürger zu sperren, bis zu zwei Jugendpflegern in Lindau, die hierdurch ihre Stelle verloren. Eine weitere Entlassung ist aus Osnabrück zu vermelden: Dort mußte ein Mitglied der Friedensinitiative seinen Stuhl in der Stadtverwaltung räumen, weil sein Name als Kontaktadresse auf einem Wintex-Flugblatt genannt war. Dadurch sei, so die offizielle Kündigungsbegründung, der "Betriebsfrieden" gestört worden.

Schleichende Kriegsvorbereitung

Ziemlich unbeobachtet von der allgemeinen Öffentlichkeit wird die Einplanung von Zivilpersonen in die Kriegsvorbereitung weiter vorangetrieben. Nachdem seit 1980 mehrere Anläufe, die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinheitlichen, an der Kritik von Verbänden und Öffentlichkeit gescheitert waren, sollen jetzt in einem Anlauf gleich mehrere Verordnungen und Gesetze ohne großes öffentliches Echo durchgepeitscht werden: Im Januar wurden bereits die Richtlinien zur Gesamtverteidigung verabschiedet, die ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur - von Regierung und NATO immer wieder angemahnten - umfassenden Verteidigungskonzeption sind. Am 10. März lag dem Bundesrat die Verordnung über die Feststellung und Deckung des Arbeitskräftebedarfs nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz vor. Mit ihrem Inkrafttreten müssen die Arbeitsämter die Betriebe, Behörden und militärischen Stellen schon in Friedenszeiten anhalten, ihren Bedarf an Arbeitskräften für den Kriegsfall zu melden. Ebenfalls noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll das Katastrophenschutzergänzungsgesetz. Es sieht u.a. die Feststellung von Nutzungsmöglichkeiten und des Bedarfs an Gütern und Personal in gesundheitlichen Einrichtungen, die Registrierung von Zivildienstleistenden und eine Meldepflicht für alle in Gesundheitsberufen Ausgebildete, die ihren Beruf derzeit nicht ausüben sowie die berüchtigte "Stay-Put"-Regelung vor.

Immer mehr Teile des gesellschaftlichen Lebens sollen nach zivilmilitärischen Erfordernissen ausgerichtet werden. Hier ist die Friedensbewegung gefordert, rechtzeitig zu reagieren und innerstaatliche Aufrüstung zwischen Kriegsvorbereitung und Repression der Bewegung zu verhindern.

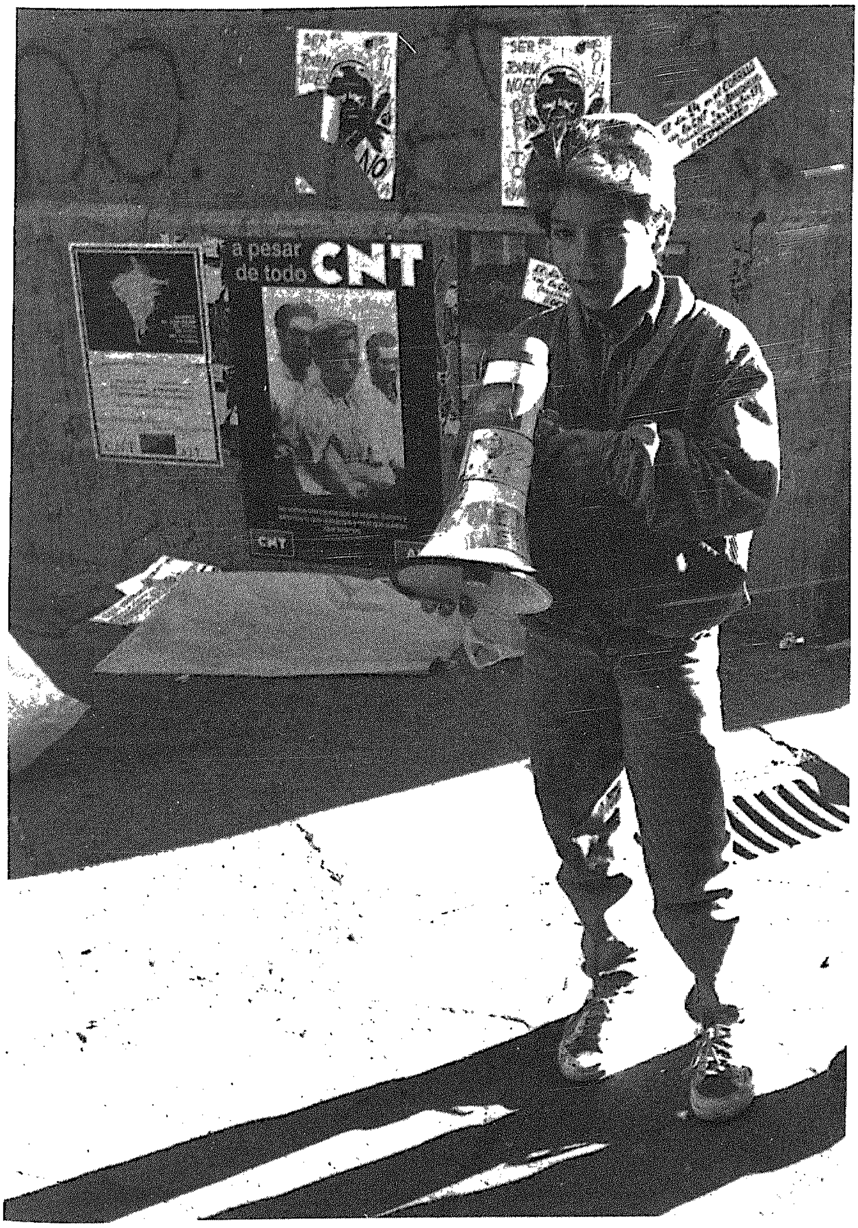


Photo: Jörg Lange

Interviews vom IAA-Arbeitstreffen in Köln Teil 1: CNT-AIT

Generalstreik in Spanien u.a.

Gemeinsames Interview von VertreterInnen der Redaktion *Direkte Aktion*, FAU-Köln und FLI-Köln mit Paco Cabello, Sekretär für internationale Beziehungen im Nationalkomitee der CNT-AIT;

zusammengefaßt vom FLI Köln.

Frage: Kannst Du die derzeitige soziale Lage in Spanien kurz skizzieren?

Paco: Es gibt 4 Millionen offiziell anerkannte Arbeitslose gegenüber 10,5 Millionen Arbeitenden. Insgesamt gelten 6 Millionen SpanierInnen als ziemlich arm.
Armut und Arbeitslosigkeit herrschen v.a. in den Regionen Estremadura, Andalusien und Kastilien. Allein in Andalusien sind 250.000 Menschen ohne Arbeit.
Arbeitslose müssen 60 Tage im Jahr arbeiten, um Anspruch auf ein monatliches Arbeitslosengeld in Höhe von 320.-DM zu haben. Diese Regelung ist auf eine Person pro Familie begrenzt. Werden zwei Familienmitglieder arbeitslos, so besteht folglich nicht die Möglichkeit, ein doppeltes Arbeitslosengeld zu erhalten. Die auferlegten Bedingungen bezüglich dieser 60 Tage Zwangsarbeit werden notgedrungen akzeptiert.

Frage: Wo sind die Ursachen für die momentane Lage zu suchen?

Paco: Die CNT-AIT sieht darin eine Verantwortung sowohl der Regierung, der Unternehmer als auch der reformistischen Gewerkschaften UGT (= sozialistisch) und CCOO (= kommunistisch dominiert), da letztere einem Sozialpakt zustimmten, der zur Verschlechterung der Gesamtbedingungen für die Arbeitnehmerschaft geführt hat. (Seit 1977 - seit dem Moncloa-Pakt - ist die Kaufkraft um 17% gesunken).

Frage: Wie sieht die Lage in den Betrieben aus?

Paco: Die vertikalen Syndikatsstrukturen aus der faschistischen Ära von vor 1976 sind erhalten geblieben. Auch UGT und CCOO zeigen kein Interesse, daran etwas zu ändern.
Alle vier Jahre finden landesweit Betriebsratswahlen statt, wogegen die CNT-AIT jedesmal (1978, 1982, 1986) große Kampagnen gemacht hat. Es sind nur noch 10% der Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert. UGT, CCOO und auch die reformistische CNT-Valencia lassen sich in die Betriebsräte wählen, die danach vier Jahre, da ja gewählt, nicht weiter auf Mitarbeit der Basis angewiesen sind.
Die CNT-AIT setzt dagegen auf eine Alternative: Betriebssektionen!

Frage: Was versteht ihr unter Betriebssektionen - handelt es sich dabei um CNT-Betriebsgruppen?

Paco: Die CNT-AIT beruft in denjenigen Betrieben, in denen sie präsent ist, ArbeiterInnen-Vollversammlungen ein. Zu diesen können - wie das Wort schon sagt - alle in den jeweiligen Betrieben Arbeitenden kommen. Die CNT-Sektion im Betrieb (= CNT-Betriebsgruppe) macht zwar Vorschläge, aber die Versammlung (= Betriebssektion) entscheidet. Die Betriebssektion kann eine Forderungsliste erstellen und wird somit Gesprächspartnerin für Betriebsrat und Unternehmensleitung.

Frage: Das heißt, es existiert neben Unternehmensleitung und Betriebsrat ein dritter gesetzlich geduldeter Verhandlungspartner auf Betriebsebene?

Paco: Die Betriebssektion ist 1976 von der CNT-AIT erkämpft worden, nachdem zuvor in den Paragraphen des Arbeitsgesetzes Lücken gefunden worden waren. ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsstatut sind darin sehr unklar definiert.

Frage: Demnach hätten alle Gewerkschaften, z.B. auch gelbe, die Möglichkeit Betriebssektionen zu gründen?

Paco: Ja natürlich, aber nur die CNT-AIT nimmt es wahr. Die anderen ziehen es vor, durch das Instrument Betriebsrat ungestört von ihrer Basis zu agieren. Allerdings überlegen inzwischen UGT und CCOO, ob sie infolge ihres anhaltenden Mitgliederverlusts auf zwei Ebenen operieren sollen.

Frage: Hat sich die CNT-AIT auch deshalb legalisieren lassen, um Betriebssektionen gründen zu können?

Paco: Nein, die Legalisierung war/ist nur ein Mittel, sozusagen eine Hilfe für unsere Mitglieder in Betrieben, in denen wir nur schwach waren/sind.
Die Registrierung einer Gewerkschaft kommt in Spanien lediglich einer Anmeldung gleich; es heißt nicht, daß die Gewerkschaft auch tarifwillig sein muß.

Frage: Konnte die CNT-AIT aufgrund der Organisierung von Betriebssektionen ihre Mitgliedschaft vergrößern?

Paco: In letzter Zeit ergaben sich eher in anderer Hinsicht erste positive Resultate:
- CNT-Delegierte werden als AnsprechpartnerInnen im Betrieb von allen Seiten zunehmend anerkannt
- Es dürfen in immer mehr Betrieben CNT-Lokale eröffnet werden
- Die Betriebssektionen erhalten öfter ein Mitspracherecht beim Abschluß von Arbeitsverträgen

Frage: Welche waren nun die ausschlaggebenden Gründe für den jüngsten Generalstreik?

Paco: Die Sozialpakte zementierten die permanente Verschlechterung der sozialen Lage, was 1988 auf eine krasse Zuspitzung hinauslief. In den letzten drei Jahren erhielt nur noch jede/r Achte einen gesicherten Arbeitsplatz. Zuspitzung heißt auch vermehrte Angst vor Arbeitsplatzverlust, was sich u.a. in zunehmender Furcht vor gewerkschaftlicher Organisierung ausdrückt.

Frage: Inwieweit ist das projektierte Jugendarbeitsförderungsgesetz in diesem Zusammenhang zu betrachten?

Paco: Dieses Gesetz soll besagen, daß jugendliche Arbeitskräfte (im Alter von 18 bis 26 Jahre) zum Mindestlohn und ohne Sozialabgaben eingestellt werden können. Die Unternehmer bekommen für jede/n neu eingestellte/n Jugendliche/n eine staatliche Prämie. Diese Jugendlichen können dann nur Arbeitsverträge für einen Zeitraum von bis zu 16 Monaten erhalten. (Arbeitskräfterotation) Das läuft auf eine Subventionierung der Unternehmen mittels staatlich geförderter Lohndrückerei hinaus.
Aufgrund ständiger Abänderung der Arbeitsgesetze kam es bereits im Zeitraum 1986/87 zu einer Verdreifachung der Unternehmensgewinne.

Frage: Wie konnte es unter einer "sozialistischen" Regierung zu einer Verdreifachung der Unternehmergewinne kommen und wie stehen die reformistischen Gewerkschaften dazu?

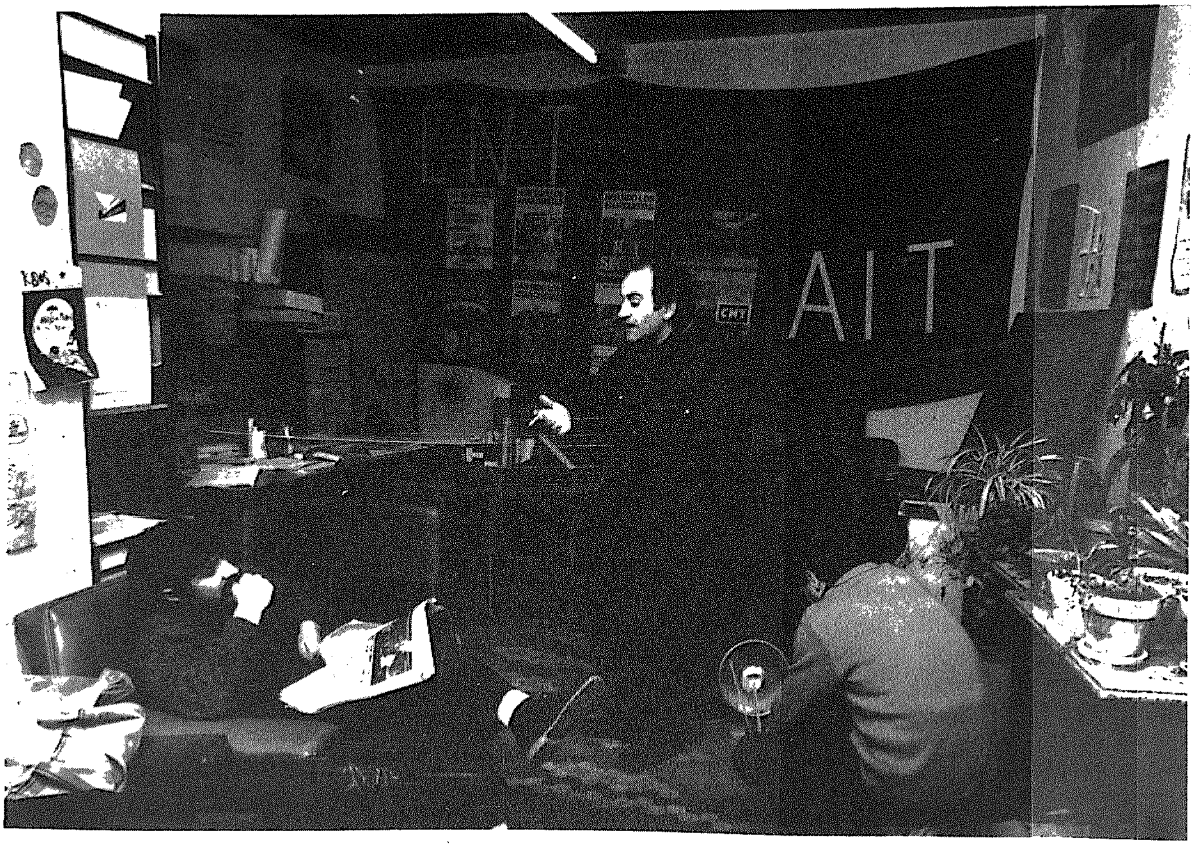
Paco: 1981 kam es zur Übergabe der Regierungsgewalt von der klassischen an die neue Rechte, die sogenannte Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), die in Wirklichkeit neokonservativ ist.
Die sozialistische UGT hielt sich bis 1988 zurück, sah sich dann aber ebenso wie die CCOO gezwungen, infolge eines starken Mitgliederschwunds zum Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung aufzurufen.

Die PSOE versuchte daraufhin ihre in der UGT organisierten Parteimitglieder gegen den Streik zu mobilisieren. Damit hatte sie jedoch nur zum Teil Erfolg. Die UGT reagierte postwendend durch Ausschluß von StreikgegnerInnen.

Frage: Schlossen sich auch andere kleinere Gewerkschaften dem Streik an?

Paco: Neben der CNT-AIT riefen auch regionale Gewerkschaften (baskische, galizische, ...) zum Generalstreik auf, - die gelben natürlich nicht. Die CNT-AIT organisierte vor Streikbeginn eine Generalversammlung, während der es zur Diskussion

Photo: Jörg Lange



mit Delegierten aus allen spanischen Regionen kam. Es war für uns klar, daß es ein rein symbolischer Streik werden würde; denn Veränderungen können lediglich durch alltäglichen kontinuierlichen Kampf (lucha continua) erfolgen - und nicht an einem Tag! Trotzdem unterstützte die CNT-AIT den Streik und machte darüberhinaus eigene Propaganda gegen Arbeitslosigkeit und Sozialpaktiererei.

Frage: Kannst Du etwas zum Verlauf des Streiks sagen?

Paco: Spanien wurde quasi stillgelegt. Es wurde nichts mehr gearbeitet, der Transport mit Flugzeugen, Eisenbahn, LKW, Bus und Taxi war eingestellt. Es wurde nur ein organisierter Minimalservice in Krankenhäusern und im Elektrizitätsbereich aufrechterhalten.
In der Nacht vom 13. auf den 14. blieb das Fernsehbild weg. UGT und CCOO wollten zwar einen Fernsehservice garantieren, aber die ArbeiterInnen gingen darüberhinaus und verdunkelten die Mattscheiben für 24 Stunden.

Frage: Wie war die Atmosphäre unter den Streikenden?

Paco: Es wurde mit Wut teilgenommen. Danach kam es zu kleineren Nachfolgestreiks, aber zu keinem Riesenaufschwung von Arbeitskämpfen. gefühlsmäßig kann auch nicht von einem besonderen Aufschwung gesprochen werden, es war eher so wie nach jedem Generalstreik (der letzte war 1986!).
An verschiedenen Orten kam es auch zu Zusammenstößen zwischen Streikposten und Polizei.

Frage: Inwieweit war der Streik erfolgreich?

Paco: Erstens wurde der "Plan jovenil" (Jugendarbeitsförderungsgesetz) geparkt, jedoch nicht zurückgezogen; d.h. vorerst werden Jugendliche nicht als Spaltungsmasse der ArbeiterInnenbewegung benutzt. Zweitens wurde der Lohn etwas angehoben - und zwar mehr als voriges Jahr aber weniger als gefordert.

Frage: Existieren Gründe für das neuerliche gleichzeitige Aufkommen von Jugend- und ArbeiterInnenbewegung? Wir denken hierbei auch an die SchülerInnen und StudentInnenbewegung 1987?

Paco: Es ist zwischen der Bewegung der arbeitenden - und der nicht arbeitenden Jugend zu unterscheiden. Der arbeitende Teil der Jugend ist erst aufgrund des "plan jovenil" in Bewegung geraten. Momentan existieren in Spanien nur wenige und dazu schwache Jugendorganisationen. Es ist ein Verbrechen ArbeiterIn *und* jung zu sein!!

Frage: Gibt es von Seiten der CNT-AIT schon eine Einschätzung bezüglich einer eventuellen Veränderung innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung? Kann es zum Zusammenschluß von UGT und CCOO kommen?

Paco: Im Moment, das heißt in den nächsten 5 Jahren, wird es keine totale Trennung von UGT und PSOE geben, aber das Verhältnis zueinander wird sich ändern. Vielleicht wird aber auch ein Teil des linken UGT-Flügels in die CCOO eintreten.
Wir warten erstmal ab, ob UGT und CCOO erneut einen Sozialpakt abschließen. Wenn ja wird die CNT-AIT eine Kampagne dagegen machen, die so aussehen soll, daß es in allen Betrieben zu direkten Aktionen kommen wird.

Frage: Erhält die CNT-AIT momentan Zulauf, z.B. auch aufgrund ihres Verhaltens vor und während des Generalstreiks?

Paco: Es gibt permanent einen geringfügigen Zulauf sowohl seites junger zuvor noch nicht organisiert gewesener ArbeiterInnen als auch seitens UGT-Mitgliedern, was heißt von Nicht-AnarchistInnen, die aber was verändern wollen.
Ich bemerke ausdrücklich: die CNT-AIT ist eine anarchosyndikalistische Organisation der ArbeiterInnen und nicht eine anarchosyndikalistische Organisation der anarchosyndikalistischen Arbeiterinnen! Eintagsaktionen wie dieser Streik wirken sich nicht so sehr auf das Organisationswechseln von ArbeiterInnen aus. Das kann eher durch lucha continua bewirkt werden.
Im Vorfeld dey Streiks wurden CNT-AIT-Veranstaltungen sehr zahlreich besucht. Beispielsweise kamen in Salamanca, wo allerdings UGT und CCOO keine Veranstaltungen organisierten, bei zwei Versammlungen einmal 1500 und das andere Masl 2000 Personen. An dieser Stelle will ich hinzufügen, daß es auch speziell auf Veranstaltungen der CNT-AIT Polizeiübergriffe gab. Von ca. 137 Verhafteten in Spanien waren 35-40 Mitglieder der CNT-AIT.

Frage: Abschließend würden wir gerne wissen, ob in Spanien Regungen gegen die EG und den künftigen Binnenmarkt zu vernehmen sind?

Paco: In Stichworten: der Preiserhöhung (u.a. der Grundnahrungsmittel), der Einführung einer Mehrwertsteuer, der Reduzierung von einigen landwirtschaftlichen Anbauprodukten (u.a. Oliven, Baumwolle ...), dem Wegfallen von Arbeitsplätzen für LandarbeiterInnen und dem Bauernsterben, steht beispielsweise eine Verbilligung von Autos und Flugzeugen gegenüber. Die Probleme sind äußerst vielfältig, aber die UGT hat das alles noch nie öffentlich diskutiert. In den CCOO sind nur Einzelne gegen die EG.
Die CNT-AIT muß in Zukunft verstärkt gegen die EG wirken. Ende 1989 halten wir einen landesweiten Kongreß zur EG-Problematik ab. Die in der IAA (bzw. AIT) zusammengeschlossenen anarchosyndikalistischen Sektionen in EG-Europa werden gemeinsam eine Kampagne gegen den Binnenmarkt starten.

In der nächsten Nummer des SF folgt ein Interview mit einem Vertreter der französischen CNT/F.



Diskussion: Israel/Palästina

Palästinenserstaat - Ja oder Nein? Wie verhält sich die deutsche Linke?

Gegenkritik - zum Kommentar "Gegen das Versagen im Großen" von Elmar Klink und zum Artikel "Welche Solidarität?" der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, beide in der *Graswurzelrevolution* vom Januar 1989

von Syma Popper

I "Gegen das Versagen im Großen"

Elmar Klink beurteilt den betreffenden Konflikt Israel/Palästina nicht nach dem Kriterium "wer hier die Unterdrücker sind, und wer die Unterdrückten". Er verurteilt nur eine Seite - und zwar die der Unterdrückten, weil diese in ihrer Verzweiflung Steine zu werfen beginnen, verliert aber kein Wort über die Unterdrücker. In diesem Fall fehlt es ihm an Gerechtigkeitssinn. Die Aktivitäten der Intifada nennt er eine "reaktive, aggressive Gewalttätigkeit von einer der Konfliktparteien"; - nicht also der unterdrückten 'Partei', sondern bloß "einer der Konfliktparteien".

Tatsachen über die Intifada: Sie ist eine Bewegung, die nach 21 Jahren Unterdrückung und Besatzung entstanden ist. Sie zeigte und zeigt den Palästinensern, wie sie Ungehorsam gegen den Besatzerstaat ausüben sollen: sie organisierte und organisiert Streiks und Generalstreiks, fordert die Leute auf, keine Steuern zu bezahlen, nicht nach Israel zu pendeln um dort untergeordnete Arbeiten zu verrichten, - obwohl sie dadurch Notdürftigkeit zu erleiden haben; empfiehlt, israelische Waren zu boykottieren; den Lehrern sagt sie, nicht in den offiziellen Schulen zu lehren sondern - zwar primitive, aber eigene - Klassen zu organisieren; sie instruiert Leute, wie sie eigene Gemüsegärten zum Selbstverbrauch anbauen sollen, sie organisiert verschiedenste "Komitees" für Gegenhilfe -, alles gewaltlose, sich vom Besatzerstaat befreiende Aktionen.

Israel sieht darin eine Gefahr und hat die Besten der Aktivisten deportiert: "45 Ausweisungsaktionen (seit Dezember 1987) fanden in 4 Schüben statt" (Süddeutsche Zeitung, 30.1.89). "Über 10.000 Palästinenser sind immer noch inhaftiert" (ebd.). "Israelische Soldaten haben in der Nacht zum Donnerstag in Hebron 175 Palästinenser nach Listen festgenommen und in einem Fußballstadion bis zu sechzehn Stunden lang festgehalten ... Mehrere Dutzend seien anschließend offensichtlich in Häftlingslager gebracht worden" (ebd.)

Mubarak Awad, Gründer und führende Kraft des Instituts "Studienzentrum für Gewaltlosigkeit" in Ost-Jerusalem (Palästinensischer US-Bürger) wurde ausgewiesen (die *Graswurzelrevolution* berichtete), so daß eine Zunahme von Gewaltaktionen seitens der Palästinenser ihre Ursachen in der Politik der Israelis hat.

"Großmächtige Tagesdiplomatie und weitere Einmischung von außen" hat bislang weder eine Lösung "verhindert" noch verwirklicht, und zwar deshalb weil die Palästinenser in den besetzten Gebieten bis Dezember 1987 keine Initiative gezeigt hatten. Aber die "Intifada" hat alles verändert. Das sagt nicht nur "eine gewisse taz-Kommentatorin", sondern alle mir bekannten Quellen. Bis heute (Februar 89) haben ungefähr 90 Staaten der Welt den palästinensischen Staat anerkannt, und auch die israelische Friedensbewegung tritt für seine Errichtung ein und wenn internationaler Druck auf Israel entsteht, gibt es durchaus die Möglichkeit, daß das ganze Problem gelöst wird.

Elmar Klink hebt hervor, daß das israelische Volk viele libertäre Geister hervorgebracht hat und daß er sich deswegen einer "Verpflichtung ihm gegenüber" bewußt ist. Worin soll diese seine Verpflichtung bestehen? Darin, es aufzufordern, die Palästinenser weiter zu beherrschen und zu unterdrücken? Darin, seine Verbrechen gegen die Menschheit zu rechtfertigen? Darin, es durch



Stillschweigen zu bestärken? - Oder aber darin, das jüdische Volk oder einen Teil von ihm aufzufordern, keine Verbrechen gegen die Menschheit zu begehen?! Letzteres ist gut für die Juden in doppeltem Sinn: sie würden nicht, oder nicht weiter, ihre Seelen besudeln und möglicher linker Antisemitismus würde aufhören. Dann müssen sich die Israelis aber aus den besetzten Gebieten zurückziehen!

Wie sollten wir AnarchistInnen zur Schaffung eines palästinensischen Staates stehen?

Selbstbestimmung ist ein anarchistischer Grundsatz und muß von uns bejaht werden, auch wenn sie gegen einen anderen anarchistischen Grundsatz - Staatslosigkeit - verstößt. Und die Staatslosigkeit? - Die muß noch warten, genauso wie bei anderen Völkern auch.

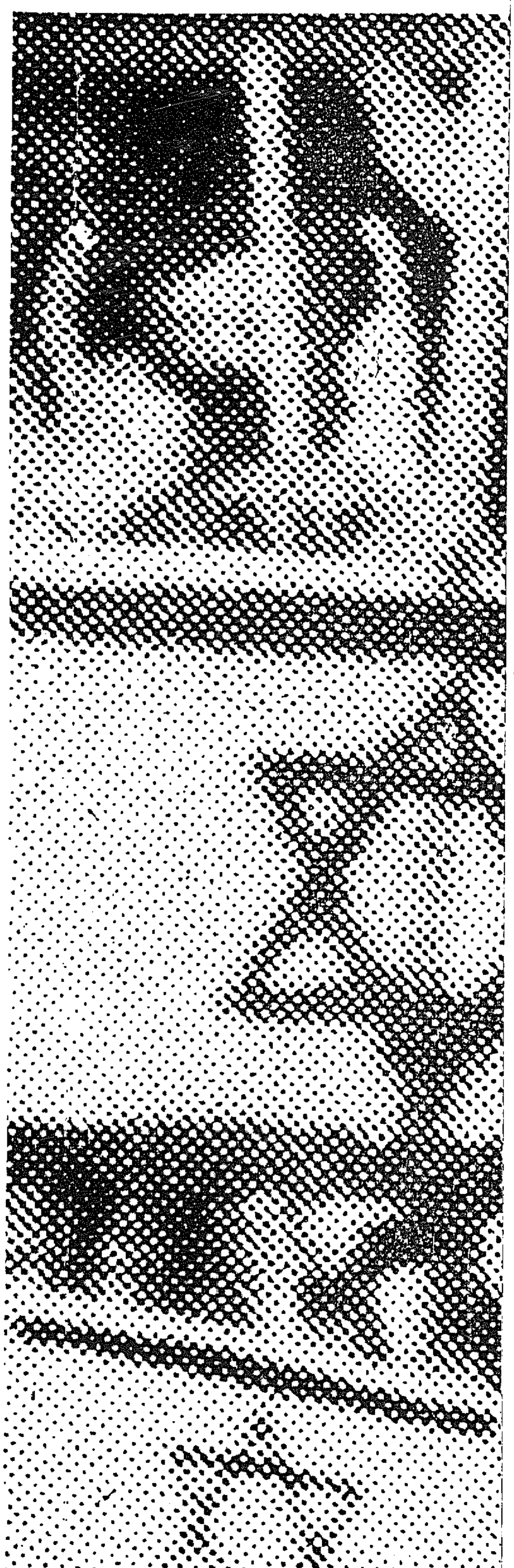
Eine weitere Bedingung, die "Freiheit", muß miteinbezogen werden (und zwar auf nationaler und individueller Ebene), das verlangt den Rückzug der herrschenden Besatzungsmacht aus den besetzten Gebieten. Das ist unabdingbar für AnarchistInnen.

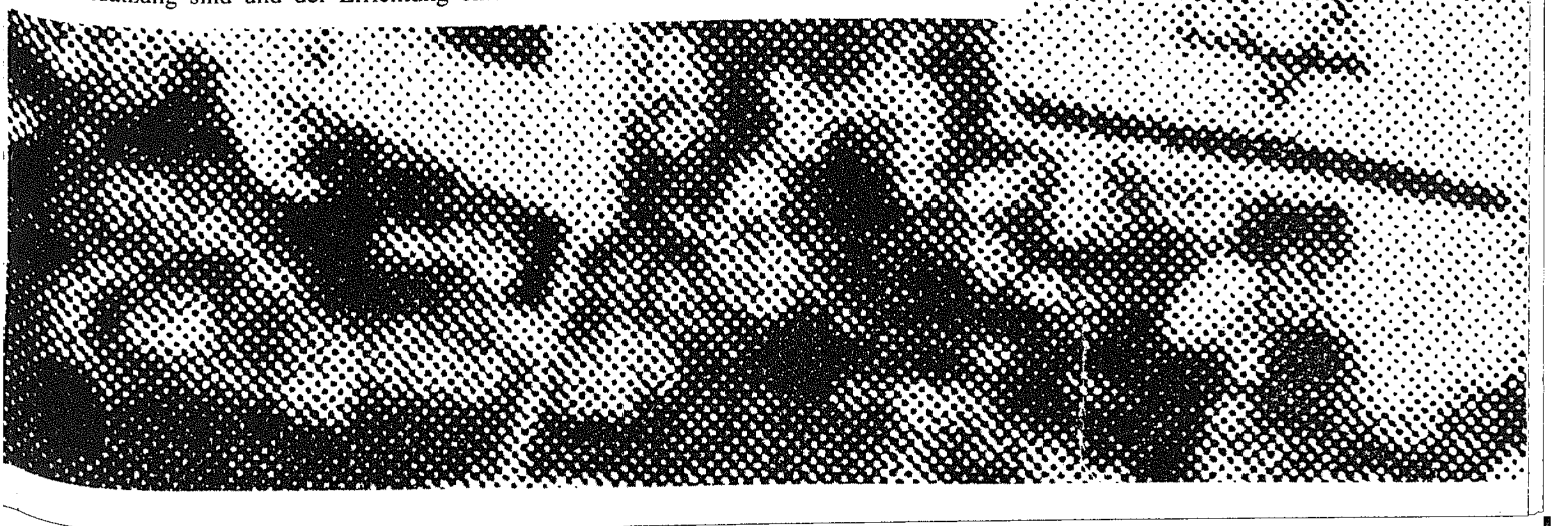
Als Resultat wird aber auf pragmatische, natürliche Weise ein palästinensischer Staat entstehen; unvermeidlich deshalb, weil der Rückzug des Besatzerstaats und die Schaffung eines selbständigen Staates untrennbar miteinander verbunden sind. Diese nationale Freiheit ist der erste Schritt, der zweite, der Anarchismus, kann erst später folgen. Wir haben kein Recht von den Palästinensern zu verlangen, sie sollen bitteschön ihre schreckliche Lage unter der Besatzung weiter ertragen bis das ganze palästinensische und israelische Volk sich für die Ideen des Anarchismus offen zeigt, - was - zumindest - ein paar Generationen dauern würde. Die Aussicht auf Anarchismus in Israel ist gleich Null, im Gegenteil geht die Entwicklung hin zu einem rigoroseren Staat auch im Innern, zu mehr Rechtsradikalismus und religiösem Fundamentalismus. Dort jetzt Anarchismus zu propagieren bevor sie ihren Chauvinismus abgelegt und die besetzten Gebiete freigegeben haben, würde heißen, in taube Ohren zu predigen. Genauso bei den Palästinensern, die voller Sehnsucht nach Freiheit von der israelischen oder jeder anderen Besatzung sind und der Errichtung eines eigenen, selbstständigen Staates anhängen. (Über die schreckliche Lage in Gaza vgl. DER SPIEGEL, Nr.6 vom 6.2.89) Warum sollten wir die Palästinenser diskriminieren, warum gönnen wir ihnen nicht das, was wir allen anderen Völkern der "dritten Welt" (z.B. Namibia) gönnen, nämlich Freiheit von fremder, brutaler Besatzung? Der palästinensische Staat würde ein demokratischer Staat sein, eine pluralistische Gesellschaft mit der Option, dort den Anarchismus zu propagieren.

II "Welche Solidarität?"

Zu dem Artikel der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* hat die Redaktion der *Graswurzelrevolution* eine ausführliche Einleitung verfaßt. Obwohl anarchistisch, rügt sie deutsche Jugendliche, die "unbefangen gegenüber dem Staat Israel" stehen. In ihrer Argumentation enthalten ist kollektives, sippenhaftes Denken und das Prinzip des Individualismus fehlt völlig. Ich kann doch nur für das verantwortlich sein, was ich allein tue oder lasse, nicht einmal für das, was meine eigene Familie tut oder läßt. In der GWR lesen wir: "So, wie alle Weißen an der Ausbeutung farbiger Völker teilhaben, selbst wenn sie dagegen ankämpfen, so haben alle Deutschen eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk". Nicht "alle Weißen" haben teil an der "Ausbeutung farbiger Völker": Es gibt viele Weiße, die am Rande des Existenzminimums leben und genau so schlecht dran sind wie Schwarze. Diese Weißen tragen oder "haben" keine Verantwortung für die Ausbeutung der Schwarzen. Wenn z.B. ein Weißer eine Banane nur deshalb billig kaufen kann, weil die Schwarzen von den Weißen über die Weltmarktpreise ausgebeutet werden, so kann dies auch ein Schwarzer tun. Wenn aber die "Graswurzel"-Redaktion recht haben sollte und die oben genannten verarmten Weißen so eine Verantwortung nur deshalb tragen, weil sie eine weiße Hautfarbe haben, so ist dies Rassismus, rassistisches Gedankengut. Nun ist diese Redaktion das Gegenteil von rassistisch gesinnt, begeht aber einen groben Denkfehler, der zum Rassismus führt und führen muß.

Und auch der/die Weiße, der/die selbst nicht arm ist aber ethisch motiviert und







gegen Diskriminierung, Ausbeutung, Verfolgung und/oder Tötung ankämpft, kann keine Verantwortung - oder "besondere" Verantwortung - für eine schlimme Situation tragen. Wo bliebe sonst die Gerechtigkeit? Und: warum sollte sich jemand bemühen ethisch zu handeln, wenn er oder sie sowieso zumindest moralisch verurteilt wird? Das trifft für alle menschlichen Gruppierungen und Verhältnisse zu, nicht nur für rassistische (Männer/Frauen, ethnische oder religiöse Gruppierungen etc.).

Jemanden die individuelle Verantwortung und das individuelle Gewissen abzunehmen und sie auf jemand anderen - sei es eine andere Person oder nationale oder anderweitige Gruppe - abzuwälzen, hätte katastrophale Folgen. Nur wenn die für eine bestimmte Untat verantwortlichen Individuen nicht auszumachen sind, übernimmt die Gemeinschaft als Ganze die Aufgabe der Entschädigung, wie im Fall des Holocaust dies der deutsche Staat schon getan hat und auch weiter tut. Wobei andererseits auch die Israelis und der israelische Staat wissen müssen, daß sie ihre Verantwortung und ihr Gewissen den Palästinensern gegenüber *nicht* auf die Deutschen abwälzen können und dürfen.

Und die Palästinenser?

Sie sind nicht "Opfer der Opfer" geworden, sondern Opfer des chauvinistisch-rassistischen Geistes der israelischen Juden. Der anti-arabische Geist der Juden existierte in Palästina lange *vor* der Entstehung von Nazi-Deutschland. Viele Juden haben sich gegen ihn gewandt, unter ihnen Martin Buber, der für einen bi-nationalen Staat eintrat, und viele andere schon lange vor ihm. Die Palästinenser hätten also nicht unbedingt zu Opfern werden müssen, hätte man auf die Warner gehört.

Natürlich sollten wir die Intifada unterstützen, aber nicht deshalb, weil wir gegenüber den Palästinensern Verantwortung tragen - das wäre wieder Sippenhaft - sondern weil wir uns mit ihnen und mit der israelischen Friedensbewegung politisch solidarisieren.

Die eigentlichen Verfasser von "Welche Solidarität?", die Leute von "Sühnezeichen", argumentieren ungefähr aus der gleichen Einstellung. Für sie ist die "Auseinandersetzung innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft mit der Shoah (Holocaust) und den anderen NS-Verbrechen sowie deren Ursachen und Folgen unzureichend". Selbstverständlich muß Antisemitismus, wie auch jeder andere Rassismus und jede Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden. Wenn aber trotz allen Grübelns *die* Antwort über Ursachen und Folgen des Holocausts bis jetzt nicht gefunden wurde, wird sie sich auch in der Zukunft nicht finden lassen, - weil sie multidimensional ist.

Die VerfasserInnen des Artikels gehören zu denen, die fast alles entschuldigen würden, was immer die Israelis tun. Israels Verhalten in den besetzten Gebieten, in denen sie eine "fast völlige Rechtlosigkeit und Unterdrückung der PalästinenserInnen" einräumen, beschreiben sie als eines der "zentralen Probleme" und nicht als Verbrechen gegen die Menschheit, das sich im Schießen auf Jugendliche und Kinder, in der Zerstörung von Häusern, der Inhaftierung ohne Haftbefehl, in Tränengas in geschlossenen Räumen, das zur Verletzung und Tötung führt usw. ausdrückt. Dies wird alles nicht erwähnt. Die VerfasserInnen wehren sich dagegen, daß man den Zionismus und Israel rassistisch nennt. Vielleicht hätte sich der Zionismus wirklich anders entwickeln können, wenn die Juden in Palästina von Anfang an keine Nationalisten/Chauvinisten (auch von links) gewesen wären und nicht die Palästinenser abgestossen, verdrängt, ihre Produkte boykottiert hätten usw. und wenn sie die Kritik aus den eigenen Reihen ernst genommen hätten, z.B. die des Schriftstellers Achad-Haam, der noch in den 20er Jahren in seinem berühmtgewordenen Brief an die Zeitung "Haaretz" prophetisch gewarnt hat "Lo zu haderech" - "Dies ist der Weg nicht". Oder z.B. die Kritik anderer Prominenter wie Gordon, oder Dr. Magnes, Mitbegründer und erster Kanzler der Hebräischen Universität in Jerusalem, der, auch noch in den 20er Jahren, zusammen mit anderen vor dem Chauvinismus und Militarismus der jüdischen Gemeinschaft gewarnt hat usw.

Herzls Zionismus hat sich als Rassismus entwickelt - nicht Zusammenarbeit mit den Palästinensern sondern deren Ignorierung und die Option für Geringschätzung und Rassismus war im Kern des grundzionistischen Lügen-Motors "Land ohne Volk (für ein Volk ohne Land)" eingebaut.

Warum soll man "keine Vergleiche mit Südafrika" machen, wenn diese stimmen? Die Araber im Kernland Israel sind aus der jüdischen Gemeinschaft ausgeschlossen, ihre Intellektuellen dürfen keine höheren Posten bekleiden oder intellektuelle bzw. hochqualifizierte Berufe ausüben -, wie die Schwarzen in Südafrika auch. Felicia Langer, jüdische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin von Palästinensern in Israel schreibt: "Das israelische Establishment hat sie (die Soldaten) indoktriniert. Man hat ihnen Rassismus gegenüber den Arabern eingeimpft. Man erzählt ihnen von der Minderwertigkeit der Araber. Sie kennen Araber aber nur als diejenigen, die unsere Straßen reinigen, die uns in den Restaurants bedienen ..." (*AIB*, Die Dritte-Welt Zeitschrift, April '88). Es gebe zwar Schriftsteller, Theater, Bücher, die dem entgegenarbeiten. Aber die zionistische Erziehung der Massen war die, daß der Araber ein minderwertiger Mensch sei,."daß man sich auf seine Freundschaft nicht verlassen kann, daß er dreckig ist. Er reinigt unsere Straßen, aber er ist dreckig. Er arbeitet in unseren Fabriken, aber er ist faul."

Und in der Süddeutschen Zeitung vom 14. März 89 lesen wir: "Die große Zahl der jüdischen Schüler in Israel will nicht arabisch lernen. Das geht aus einer Umfrage hervor, die das israelische Institut zur Ausbildung von Arabischlehrern bei 980 Schülern vorgenommen hat. Nach Angaben des israelischen Rundfunks ergab die Untersuchung, daß die meisten jüdischen Kinder und Jugendlichen 'eine große Abneigung gegen Arabisch und die Araber' haben." Die meisten Kinder sind also schon rassistisch, weil sie so eine Erziehung bekommen und, was noch ausschlaggebender ist, weil ihre Umgebung rassistisch denkt.

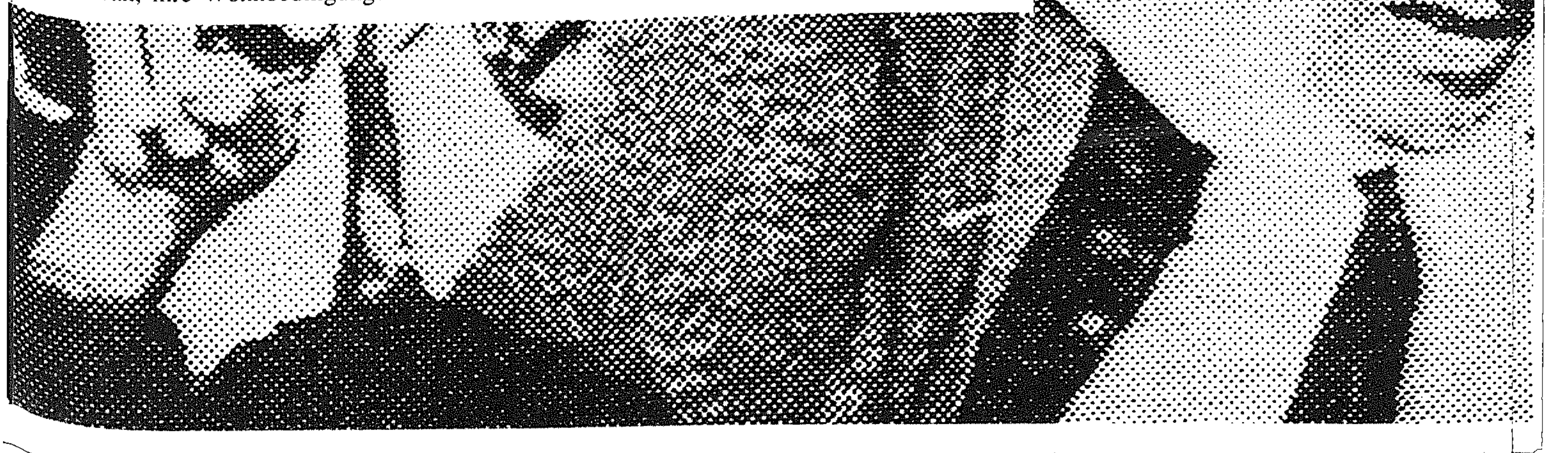
Weiter im Vergleich: Land der Palästinenser wird enteignet. In den besetzten Gebieten dürfen sie z.B. keine nennenswerten Fabriken bauen - und wie die Schwarzen in Südafrika jeden Tag von den "Homelands" zur Arbeit in die Zentren der Weißen pilgern, so pendeln die Palästinenser aus den besetzten Gebieten zur Arbeit nach Israel. Vergleichbar mit den Homelands ist aber auch z.B. die elende hygienische Situation in Gaza: "In ihren ohnehin äußerst beengten Unterkünften bleiben die Familien im Lager während des Ausgangsverbots Tag und Nacht eingepfercht. Die Gesetze der Besatzungsmacht hinderten die Palästinenser daran, ihre Wohnbedingungen zu verbessern und verboten ihnen, ihre Unterkünfte auszubauen oder zu verschönern" (DER SPIEGEL, 6.2.89).

Je vergleichbarer die Situation, umso mehr gilt es, sich außer mit den Leidenden mit der israelischen Friedensbewegung zu solidarisieren.

Ich begrüße die Meinung der VerfasserInnen des Artikels, daß die pragmatische Handlung die sein muß, daß die Israelis ihren Staat in den Grenzen von vor 1967 und die Palästinenser den ihren in Westjordanien und im Gaza-Streifen haben sollen: gleiche Rechte und gleichen Status für Palästinenser wie für Juden. Wenn die Juden einen Staat haben, sollen ihn auch die Palästinenser bekommen. Aus anarchistischer Sicht wäre der erste Schritt in Richtung Anarchismus für die Israelis die Unterlassung jeder Herrschaft über ein fremdes Volk, sei diese Herrschaft "gut"(?), "schlecht" oder "totalitär". Und für die Palästinenser, die Befreiung von fremder Herrschaft und die Schaffung eines eigenen Staates. Nach der sodann entstandenen Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen beiden Völkern, werden die Vorbedingungen für einen zweiten Schritt in Richtung Utopie gegeben sein.

Arafat und die PLO haben einer pragmatischen Lösung zugestimmt. Nicht so der Staat Israel. Die israelische Friedensbewegung ist die einzige Hoffnung, doch ist sie auf transnationale Unterstützung angewiesen. Sanfte Kritik an Israel allein genügt nicht. Starker Druck, wozu diese Friedensbewegung aufgerufen hat, muß ausgeübt werden. Je stärker diese Bewegung wird und je mehr Juden der Welt sich mit der Intifada und der Friedensbewegung solidarisieren, desto leichter wird auch ein möglicher linker Antisemitismus verhindert. Von diesen transnationalen Druckmaßnahmen in vielen möglichen Formen dürfen sich Deutsche nicht ausschließen. Ein abwartendes, schweigendes Verhalten wäre selbstauferlegte Diskriminierung und Sippenhaft. Wenn sich die deutsche Linke zuviel mit dem Holocaust beschäftigt, entwickelt sie einen Minderwertigkeitskomplex und verliert ihre moralische Kraft, was soviel bedeutet, daß sie nicht gegen die in der Gegenwart von den Israelis begangenen Verbrechen gegen die Menschheit ankämpfen kann. Somit würde sie jetzt neue Schuld auf sich laden, die Schuld der Unterlassung, wie andere damals.





Diskussion: "Eine Vergewaltigung und die AKTION"

eine Antwort der AKTION auf den Artikel von Friederike Kamann

Wir finden es wichtig, auf besagten Artikel im *SF-30* zu antworten, da wir größtenteils eine andere Meinung und auch Fragen dazu haben. Die Frage nach Konsequenzen mußten wir uns logischerweise als Gruppe, in der "M" drinsteckt selber stellen. Sie wurde auch von außen an uns rangetragen. Leider reduzierte sich das sehr schnell auf eine von uns erwartete Entscheidung: Rausschmiß von "M" oder nicht.

Die angesprochene Hilflosigkeit unter uns war sicher vorhanden. Aber nicht darüber, wie wir die Vergewaltigung benennen, oder ob es eine war. Sondern darüber, wie wir darauf reagieren, wenn, wie in diesem Fall, der Typ in der eigenen Gruppe hockt. Wir waren also in der Situation, uns jetzt und hier konkret mit der Person "M" auseinandersetzen zu müssen. Das war für keinen von uns einfach und ging ziemlich ans Eingemachte. Ob "M" sich tatsächlich geändert hat? Ob das soweit überhaupt ausreichend ist? Wie glaubwürdig das ist und wie wir es überprüfen können? Was bei uns selbst bzw. in der Szene immer wieder falsch läuft in punkto Verhaltensweisen untereinander und wie das zu knacken ist? Und nach ewigen Diskussionen: wie unsere Entscheidung für eine Weiterarbeit mit "M" nach außen verständlich zu machen ist? Fragen, die wir nicht alle aus dem ff beantworten können. Das ganze hat 'ne Menge Zeit und Nerven gekostet (was es immer noch tut). Dazu noch nervenfressender Kleinkrieg in Frankfurt, über den wir uns hier aber nicht auslassen wollen.

Die Kritik, daß keine Artikel in der AKTION 37 sind, die sich allgemein auf den Zusammenhang zwischen sexistischer Gesellschaft und Vergewaltigung beziehen, ist richtig. Aber wir haben es in der Zeit unter dem Druck nicht geschafft, eine Brücke zu schlagen zwischen der von uns erwarteten Entscheidung zu "M" und allgemein grundlegenden Aussagen über die herrschende patriarchalische Gesellschaftsform. Daß wir nicht bei "M" als einzelnem stehenbleiben ist ohne Frage. Was wir probieren ist ein Ansatz. Ein Versuch, etwas Neues zu machen, wenn die Möglichkeiten dazu da sind. Und diesen Ansatz finden wir nach wie vor richtig.

Der Satz: »"M's" Verhalten wird sogar noch positiv bewertet« ist wohl ziemlich doppeldeutig. Weder die Vergewaltigung, noch ein Mackerverhalten wird positiv bewertet. Aber, daß "M" sich den eingeforderten (!) Diskussionen gestellt hat, statt sich zu verdrücken oder dämliche Entschuldigungen vorzubringen, das sehen wir allerdings als etwas Positives. Wenn Friederike meint, "M" hätte den dafür nötigen "männlichen Charakterpanzer", dann ist das ihre Interpretation. Wir sehen den nicht. (Wenn dem, so klar, so wäre, wären andere Entscheidungen sicher leichter gewesen.)

In ähnlichen Fällen, die wir mitbekommen haben, tauchen Typen weg, streiten alles ab, oder verlassen die Gruppen, Häuser oder Läden in/mit denen sie bis dato gearbeitet/gelebt haben. Bis zum nächsten Mal, beim nächsten Typ. Ist das die richtige Lösung? Finden wir nicht.

Damit es keine Mißverständnisse gibt: Unsere Entscheidung, weiter mit "M" zu arbeiten heißt NICHT: freie Bahn für Vergewaltiger - ihr seid alle resozialisierbar. Sondern, es ist eine Entscheidung, die wir in diesem Fall getroffen haben. Eine Entscheidung, die immer wieder neu getroffen werden muß. Die immer wieder nachprüfbar sein muß.

Friederike zitiert eine "Quintessenz" aus AKTION 37: "Wenn wir es ernst meinen mit unserem Konzept für eine anarchistische Gesellschaft, müssen wir eben mit Menschen umgehen lernen, die gegen elementare Regeln des Zusammenlebens verstoßen." Der Einschub, "auch wenn es sehr schwierig und schmerzhaft ist" (das Umlernen), fehlt übrigens. Wir finden diese Aussage richtig. Wie anders sollten wir was verändern? Einen Satz später schreibt Friederike, daß wir überhaupt erstmal diese Regeln umsetzen lernen müssen und elementare Regelverletzungen bloßgestellt werden müssen. Auch richtig. Das eine schließt das andere nicht aus, sondern bedingt sich gegenseitig. Wenn wir unter uns radikal etwas ändern wollen, müssen Regelverletzungen bloßgestellt werden. Wenn aber "bloßstellen" immer gleichbedeutend mit Ausschluß ist, wird sich nicht viel ändern, außer, daß wir verdammt wenige werden.

Auf den Artikel der *Direkten Aktion* (Nr.73) wird hingewiesen, wo zu lesen ist, was das Verhalten gegenüber Vergewaltigern in den eigenen Reihen angeht.

Als Zwischenbemerkung: Die FAU-Frankfurt, in der "M" Mitglied ist, hat sich monatelang überhaupt nicht mit dem Thema Vergewaltigung auseinandergesetzt und anschließend einen mindestens so hilflosen Artikel zu Papier gebracht wie wir. Der Artikel, der zitiert wird, kommt aus der FAU-Hamburg, wo "M" erstmal nicht drinsteckt. Das nur als Beispiel, daß diese Hilflosigkeit - wie jetzt damit umgehen -, keine AKTIONsintere Unfähigkeit ist. Sondern es ist eine Sache, konkret damit konfrontiert zu sein und eine andere Sache, allgemein über Umgehen mit Vergewaltigern zu schreiben.

Wir finden diesen Abschluß des Artikels der DA 73 sehr gut. Und genau das ist es, was wir versuchen!

Zum Abschluß noch zwei Dinge: Unverständlich ist uns, wieso es so klar sein soll, daß V-Männer oder Faschos schneller und glaubwürdiger Kehrtwendungen machen können als Vergewaltiger (wo bleiben in der Aufzählung die "Verräter" zwischen uns). Bedarf es da keiner grundsätzlichen persönlichen Infragestellung? Oder wo liegt der Grund für eine derartig leicht in den Raum gestellte These?

Der andere Punkt ist das "Gegeninfo AKTION". Wir haben dazu einen Artikel geschrieben, der auch auf die Distanzierungen, Abziehbildchen, Austritte etc., die Friederike in ihrem Artikel anreißt, eingeht. Da ihr das Gegeninfo abgedruckt habt, fänden wir es richtig, wenn unser Artikel im nächsten SF erscheint. Wir haben ihn noch nicht ganz fertig, da auch die Regionalredaktionen was dazu schreiben wollen.

Kurze Anmerkung der SF-Redaktion: Die These, daß sich ein Vergewaltiger schwerer zum Positiven verändern kann, kann deshalb aufgestellt werden, weil es sich bei V-Männern in erster Linie um eine finanzielle und eventuell politisch motivierte Tat, bei Faschos um eine politisch motivierte Tat handelt. D.h. bei beiden dreht es sich um eine Bewußtseinsänderung und einen sich daran anschließenden Entschluß. Genau ein solcher Überzeugungswechsel reicht bei einem Vergewaltiger, der sich als Anarchist versteht und eine solche Tat bewußtseinsmäßig und theoretisch sicherlich ablehnt, sie praktisch dennoch begeht, aber zur Verhaltensänderung nicht aus. Sexismus ist offensichtlich tiefgründiger.

Zur Aufforderung am Schluß: Da wir in SF-30 der AKTION grundsätzlich Platz für eine Gegendarstellung eingeräumt haben, halten wir dies auch für den zweiten Teil der Replik aufrecht.



Photo: Theo Heimann

Termine

Das **15. Tübinger Festival** findet vom **2.-4.Juni 1989** statt und beschäftigt sich thematisch mit der Französischen Revolution und Europa. Dabei sollen verschiedene Aspekte kritisch beleuchtet werden: die Auswirkungen französischer Kolonialpolitik, AusländerInnenfeindlichkeit, europäische Linke. Auftreten werden u.a. Walter Moßmann, Cheb Kader, Mounsi, Salif Keita, Sixun. Dauerkarten 50.-DM. Kontakt: *Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel. 07071/51524.*

Schwarze Tage in Berlin vom 2.5. bis 14.5.89!
"Wir, die **anarchistische Koordination*** Westberlins veranstalten in den ersten beiden Maiwochen "Schwarze Tage" in Berlin. Wir wollen mit diesen Tagen (mit 40-50 Veranstaltungen zu und über Anarchismus) anarchistische und libertäre Ideen in die öffentliche Diskussion bringen. Dies auf 3 Ebenen:
1) Aufruf zum libertär-anarchistischen Block auf der revolutionären 1. Mai-Demo
2). Maizeitung (Auflage 25.000) für die DGB-Demo
3) 40-50 Veranstaltungen: Vorträge, Dia-Shows, Filme, Theater, Fete, Konzert, Diskussionen. Mit Themen wie: Anarchismus in Polen, der Türkei, Großbritannien und Korea; libertäre Pädagogik Theorie und Praxis, Lohnarbeit und gewerkschaftliche Organisation, Anarchismus-Geschichte u.a. Machno, Landauer etc., Projektvorstellungen (z.B. Schwarzer Faden)
Wir werden zu dieser Zeit 3 Radio- und 1 Fernsehsendung machen. Wir laden euch alle ein und hoffen auf Nachahmung.
Vom 2.5.-14.5. wird eine ein Infotelefon geben (für Nachfragen bzgl. Termine, verschobene Veranstaltungen o.ä.) Das zu dieser Zeit von 15-18 Uhr besetzt ist; (ansonsten Anrufbeantworter): *Tel. 030/3946167.*
Mit libertär-anarchistischen Grüßen - die anarchistische Koordination Westberlin"

*Die anarchistische Koordination ist ein Zusammenschluß von libertär-anarchistischen Menschen, Gruppen und ökonomischen Projekten. Sie gründete sich am 4.12.88 und hat bisher zum aktiven Wahlboykott gearbeitet.

[Da diese Ausgabe des **SF** frühestens zum 10.5. erscheint, können wir sinnvollerweise leider nur einen kleinen Teil des Programms ankündigen:]
10.5.: 19 Uhr *El Loco* Malatesta-Film
19 Uhr *Stadtteilladen Lunte* Diavortrag: Ökoanarchismus - Ökokapitalismus
21 Uhr *El Loco* Liebe und Anarchie (Film)
11.5.: 19 Uhr *El Loco* Liebe und Anarchie
20 Uhr *Buchladen Buchzeit*: Republik Nordpol (Science Fiction-Buch)
21 Uhr *El Loco*: Malatesta (Film)
12.5.: 20 Uhr *A-Laden* (Rathenowerstr.) Ein Volk in Waffen (Film)
21 Uhr *El Loco* Vortrag von Kurt Kreiler: Räterepublik
13.5. 20 Uhr *Kneipe Syndikat* Vortragdes IAA-Sekretariats
14.5. 20 Uhr *El Loco* Vortrag von Rolf Cantzen: Konsequenzen libertärer Ideen
20 Uhr *Infoladen Omega* Arrabal: Viva la muerta (Film)

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Porto übernehmen wir. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar Nr.0 bis Nr.15. (Teilweise bei Anares-Gummersbach noch vorhanden!)

Nr.16: Venedig-Berichte * Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus * John Clark über Die Ware * Zur Wendepolitik * IWF-Kritik * Selbstverwaltung bei Indios * Atommüllpriester * Über Oskar Maria Graf * Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" * Nachruf auf Otto Reimers

Nr.17: Günter Hartmann über Industrialismus-Kritik * Sozialstaat oder Marktanarchie * Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis * Chile-Widerstandstage * Egon Meusel über den Fall Casas Viejas im Vorfeld des span. Bürgerkriegs

Nr.18: Herby Sachs über Theater * Medienwerkstatt Freiburg über Videofront Wider die Vereinnahmung * Über Carl Einstein + Rede über Durruti * Jörg Auberg über das andere Amerika im Film * Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! * CNT-Nachlaßstreit * Irische Knäste (I)

Nr.19: Unruhen in Griechenland * Murray Bookchin über libertären Kommunalismus * Anarchismus und Mystik * Uracher Kommune 1919 * Ulrich Klan über Frauen in der FAUD * Irische Knäste (II)

Nr.20: Anti-NATO-Kongreß * Militarisierung der UdSSR und USA * Horst Blume über Bruch mit den GRÜNEN * Lutz Bredlow über Unruhen in Spanien * Interview mit Clara Thalmann (I) * Gottfried Mergner über Deutschen Kolonialismus * Kritik an Barclays Anthropologieansatz

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * CNT heute * Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Mexikanische Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Exilliteraturreihe bei Fischer * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.23: FLI/Libertäre Zentren * Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer Politik * Spaßguerilla * A-Kongreß in Australien * Damals: NSDAP-Mengede = Ex-Syndikalisten * Spanienfilme und der politische Standort der Regisseure * Neokonservativismus am Beispiel Späths * Robert Reitzel - der arme Teufel * Libertarians

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) * Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Malik-Beschlagnahmeaktion * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus? * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücherschwemme) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Nationalrevolutionäre gescheitert * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Filmkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * Strobl - Beugehaft * Gegenöffentlichkeit * A-Szene (CNT, Themroc) * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos * Filmkritik * Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Strobl-Brief * Antifa-Kongreß Berlin * Generalstreik in Spanien (Salamanca, Sevilla) * Medien und Europa von Herby Sachs * Schwerpunktthema Zeitschriften: Knipselkrant - frontline; AKTION - Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen; Interview mit INTERIM; BGH-Urteil in Sachen Buchhandel/Freiraum * FLI-Bericht * Interview mit Joseph Luden (Israel) + Kritik von Syma Popper * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist * Deserteure * Gerd Arntz - Nachruf * Else Lasker-Schüler * Rezensionen etc.





Photo: Theo Heimann